

Hans Thie

Rotes Grün



**Pioniere und
Prinzipien einer
ökologischen
Gesellschaft**

Hans Thie
Rotes Grün

Dr. Hans Thie ist Wirtschaftsreferent der Fraktion DIE LINKE im Bundestag. Infos und Kommentare zum Roten Grün: www.ThieCompany.de

Hans Thie

Rotes Grün

Pioniere und Prinzipien einer ökologischen Gesellschaft

Eine Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung

VSA: Verlag Hamburg



Dieses Buch wird unter den Bedingungen einer Creative Commons License veröffentlicht: Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivs 3.0 Germany License (abrufbar unter www.creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/legalcode). Nach dieser Lizenz dürfen Sie die Texte für nichtkommerzielle Zwecke vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen unter der Bedingung, dass die Namen der Autoren und der Buchtitel inkl. Verlag genannt werden, der Inhalt nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert wird und Sie ihn unter vollständigem Abdruck dieses Lizenzhinweises weitergeben. Alle anderen Nutzungsformen, die nicht durch diese Creative Commons Lizenz oder das Urheberrecht gestattet sind, bleiben vorbehalten.

Inhalt

Vorwort	7
1. Am Anfang ein Ende – wie grüne Szenarien zu grauen Mäusen werden	9
2. Kurze Bilanz eines großen Raubzuges – was die ökologische Überdehnung gesellschaftlich bedeutet	28
3. Trügerische Erwartungen	39
Bürgertum im zweifelnden Trotz	39
Reformisten im grünen Rausch	46
Linke im Labyrinth der Kategorien	54
4. Signale der Hoffnung	64
Kooperation – vom netten Wort zur globalen Notwendigkeit	64
Gleichheit – vom ethischen Gesang zum ökologischen Menschenrecht	71
Planung – vom verdienten Tod zu neuem Leben	78
Produzenten der Dinge – vom ausgebeuteten Objekt zum selbstbewussten Subjekt	89
Produzenten des Geistes – vom elitären Bürger zum freien Commonisten	99
Produzenten des Gemeinwohls – von der einzelnen Stimme zum kollektiven Souverän	105
5. Modellwechsel – vom totalen Markt zu sektoraler Blüte	122
6. Neue Geschichten – wie die Ideen in Bewegung kommen ..	155
Literatur.....	166

Vorwort

Atomkraft und Kohlestrom sind Geschichte. Sonne, Wind, neue Speicher und intelligente Netze schaffen es allein. In den Innenstädten gibt es kaum noch Autos. Bahnen und Busse fahren öffentlich finanziert und Taxis zum Super-Spar-Tarif. Mit dem Flugzeug zu fliegen und Fleisch zu essen, ist uncool geworden. Die Industrie macht Dinge, die jahrelang halten und leicht zu reparieren sind. Werbung und Mode sterben dahin, kaum jemand regt sich auf. Alles Falsche schrumpft mit hohem Tempo. Und die Wirtschaft, die früher nur mit permanentem Wachstum funktionierte, bricht nicht zusammen.

Die Bürgerschaft hat sich anders entschieden, ihr Leben selbst in die Hand genommen. Arbeitslos ist niemand mehr, der Sechs-Stunden-Tag die neue Norm. Weniger Arbeit heißt mehr Freiheit. So soll es sein. Aktienurse sind unbekannt, Hedgefonds nur noch ein Kapitel der Kriminalgeschichte. Unternehmen gehören den Produzenten. Wem denn sonst, fragt man sich. Wissen und Kultur gelten weltweit als öffentliches Gut, der Geist ist frei. Vor Ort sorgt die Kommune für ein gutes Leben. Alles Öffentliche ist kompromisslos öffentlich geworden. Für wichtige Themen gibt es stets den Volksentscheid.

Ist eine solche Wandlung hin zur Vernunft, zur Mäßigung, zum in jeder Hinsicht gleichen Recht möglich? Scheinbar eine naive Frage, denn diese Wandlung ist eine Revolution. Zur Umwälzung aber neigen reiche Gesellschaften nicht. Große Veränderungen waren bislang immer das Resultat schreiender Ungerechtigkeit und klarer Fronten zwischen Herrschern und Beherrschten.

Diesen Grund zur Revolte gibt es in Ländern wie Deutschland – allen Ungerechtigkeiten zum Trotz – gegenwärtig kaum. Dennoch reift bei all denjenigen, die sich etwas intensiver mit den globalen ökologischen Gefährdungen beschäftigen, die Einsicht: »Wir« brauchen genau das, eine umfassende Transformation unserer Produktionsweise. »Wir« müssen uns von den Zwängen einer naturzerstörenden Ökonomie befreien.

Aber wie soll das gehen? Wie werden Wirtschaft und Gesellschaft nicht nur in Worten, sondern auch in Taten, nicht nur im Design, sondern auch in der Substanz, nicht nur im Einzelnen, sondern auch systema-

tisch naturverträglich? Mehr grüne Technik und mehr ökologische Moral – das sind die beiden Antworten, die ständig zu hören sind, aber allzu bescheiden bleiben. Wenn die Weltgesellschaft ökologisch zu scheitern droht, dann kann die zentrale Ursache, die heutige Wirtschaftsordnung, nicht heilig sein.

Die große Preisfrage ist also, ob es Signale der Hoffnung gibt, die sich wechselseitig verstärken und eine andere Art wirtschaftlicher Entwicklung ergeben könnten. Tatsächlich passiert einiges: Kooperation, Gleichheit und Planung sind im Begriff, neue Leitprinzipien zu werden. In der dinglichen und geistigen Produktion sind Tendenzen aufzuspüren, die zu diesen Leitprinzipien passen, wenn man sie aus ihrer profitwirtschaftlichen Umklammerung befreit. Wer sucht, der findet stille Revolutionen an vielen Orten.

Diese Signale der Hoffnung lassen sich zu einem neuen Modell einer grünen und gerechten Wirtschaft verbinden. Vor dem geistigen Auge erscheint dann eine vom Willen des Gemeinwesens gelenkte, vom Wachstumszwang befreite, durchgehend ökologische Wirtschaft, die das Thema soziale Sicherheit nicht mehr kennt, weil sie Freiheit in Gleichheit verwirklicht.

Die Utopie, die darin liegt, ist keine Willkür, wenn man sich vorstellt, dass die Bevölkerung nicht nur Parteien, Kandidatinnen und Kandidaten, sondern die Grundstrukturen von Wirtschaft und Gesellschaft zu wählen hat und der Mehrheitswille verbindlich ist. Die Demokratie gilt. Der Souverän ist souverän. Das ist der Sprung, der nötig und möglich ist.

1. Am Anfang ein Ende – wie grüne Szenarien zu grauen Mäusen werden

Die großen Erzählungen sind tot. Es leben die großen Erzählungen. Zwischen diesen beiden Sätzen liegen 20 Jahre. Als die Sowjetunion wie ein morsches Gebäude zerfiel, schien sich zu bestätigen, was Margaret Thatcher schon vorher gesagt hatte: There is no alternative.

Dieser griffige Spruch war lange Zeit der herrschende Konsens. Er gilt nicht mehr. Er ist gestorben an multipler Verirrung, an abscheulicher Bereicherung und zunehmender Verarmung, an wahnsinnigen Banken und geknebelten Staaten, an kulturellem Verfall und nahenden Ökokaustrophen, nicht zuletzt am Verlust aller Zukunftsverheißungen.

Dass Wirtschaft und Gesellschaft so sein sollten, wie sie sind, kann heute – abgesehen von den zynischen Profiteuren des Status quo – niemand mehr behaupten. Und weil sich die Ahnung verdichtet, dass kleine Korrekturen längst nicht mehr reichen, gibt es wieder das Verlangen nach neuen, nach anderen, nach großen Erzählungen.

Einstweilen sind in der Sphäre der Parteipolitik nur bescheidene Skizzen längerer Handlungslinien zu besichtigen. Armut und Ungleichheit vermindern, Banken an die Kandare nehmen, Ressourcen schonen und die Gestaltungskraft des Staates zurückgewinnen – das sind typische Zutaten einer Programmatik, die man früher reformistisch nannte. Solche schüchternen Leitlinien scheinen als einzige übrig geblieben zu sein, weil jenseits der Verlängerung und Verstärkung vorhandener oder wenigstens denkbarer Trends sich neue Qualitäten gesellschaftlicher Organisation noch nicht aufdrängen. Margaret Thatcher wäre folglich, wenn es beim Reformismus der kleinen Schritte bliebe, nicht widerlegt, nur variiert: Prinzipielle Alternativen gibt es nicht, wohl aber zahlreiche Schrauben, an denen im Interesse eines besseren Lebens zu drehen ist.

Diese Bescheidenheit kann nicht der letzte Satz der Geschichte sein, weil der Veränderungsbedarf nicht nur die Details betrifft, sondern auch die Grundsätze erfasst. Deshalb bleibt die Suche nach prinzipiellen Alternativen auf der Tagesordnung. Die Fahndung läuft international.

Weil die Zeit drängt, werden zwischenzeitlich tausendfach Kurzgeschichten geschrieben, Projekte verwirklicht, die punktuell zeigen, dass

es auch anders geht (Welzer/Rammner 2012; Habermann 2009; Links/Volke 2009). Inseln der selbstbestimmten Vernunft gibt es weltweit: erneuerbare Energie in kommunaler Regie und mit Investitionen in eigener Hand; weitgehend autofreie Innenstädte mit unentgeltlichem, öffentlichen Personennahverkehr; fairer Handel mit dem Doppelziel von mehr Gerechtigkeit und mehr Nachhaltigkeit; Eigenproduktion von Konsum- und Produktionsmitteln auf High-Tech-Basis; Anbau und Konsum von Lebensmitteln in regionalen und selbst in urbanen Kreisläufen.

Massenhaft brechen Pioniere mit dem Gewohnten, verwandeln Bedenken in Taten. Aktivistinnen verlassen den üblichen Pfad, probieren aus, was gestern noch waghalsig schien. Unternehmerinnen und Unternehmer, Landwirte und die Geschäftsführungen öffentlicher Betriebe dehnen den Rahmen des Möglichen, sprengen ihn sogar manchmal, um zu tun, was soziale und ökologische Vernunft gebietet.

Es gibt nicht nur die kleinen Ausbrüche aus einer als falsch erkannten Logik. Die Bevölkerung Islands hat gezeigt, dass man sich der Art von Bankenrettung, die in Südeuropa ihr finsternes Gesicht zeigt, auch verweigern kann. Wikipedia verwirklicht, was vom Standpunkt marktwirtschaftlicher Lehren undenkbar ist: die Sammlung, Prüfung und Verbreitung von Wissen in einem weltweiten Projekt globaler, unentgeltlicher Kooperation – und hat mit diesem überlegenen Organisationsprinzip private Enzyklopädien verdrängt.

Das Erneuerbare Energien Gesetz demonstriert, dass es mit einer neuartigen Kombination von Planung und Markt, mit technologiespezifischen Preisgarantien, mit einer gesicherten Netzeinspeisung und mit wirksamen Innovationsanreizen möglich ist, die Stromerzeugung in gewünschte Richtungen zu lenken. Neben beispielhaften Einzelprojekten gibt es also offenkundig auch Zeichen einer Vernunft, die ganze Branchen erfasst.

Könnten sich solche Beispiele, die es weltweit massenhaft gibt, zu einem Mosaik fügen und ein neues Bild ergeben? Enthalten sie neue Prinzipien, die sich verallgemeinern lassen? Wie sind Gesetze und Verordnungen, Anreize und Verbote so zu ändern, dass vorbildliches Produzieren nicht auf Barrieren stößt, sondern einen Nährboden findet? Allgemeiner gefragt: Wie sollte die Wirtschaftsordnung verfasst sein, welche Grundsätze, welche neuen verbrieften Freiheiten sollen gelten, damit Richtiges wachsen und Falsches weichen kann?

Und schließlich: Wie wird das Verlangen nach einer anderen Lebensweise, die sich in bunter Vielfalt äußert, zu einer gebündelten Kraft mit einer überzeugenden Story, die sich auch mächtigen Gegnern und lähmender Beharrung gewachsen zeigt?

Was könnten und sollten diejenigen tun, die heute schon Zukunft leben oder es wenigstens hartnäckig versuchen, um die kleinlaute Kritik passiver Mehrheiten an den heutigen Verhältnissen zu schärfen und für die Gewissheit zu sorgen, ohne die große Veränderungen nicht gelingen werden?

Vom kleinen Graswurzelprojekt zur Veränderung großer gesellschaftlicher Strukturen, von der lokalen Vernunft zum gesellschaftlichen Sinn, vom Biokonsum zur ökologischen Produktion, von der Sorge um die eigene Gesundheit zur Gesundheit des Planeten – wie solche Übergänge und Erweiterungen praktisch zu schaffen sind, ist bislang weitgehend unbekannt. Selbst gedanklich gelingt die Integration von anderem Alltag und anderer Gesellschaft kaum.

Grüne Szenarien sind massenhaft entstanden, meist voluminös und mit beeindruckenden Trendgrafiken. Aber einen schwerwiegenden Konstruktionsfehler haben sie nahezu alle. Obwohl von großen Transformationen die Rede ist, bleiben die Grundstrukturen von Wirtschaft und Gesellschaft unberührt. Alles soll sich wandeln, die Technik, die Moral, die politischen Instrumente und mit ihnen die Chancenverteilung – aber die Grundfesten der Wirtschafts- und Eigentumsordnung sind unantastbar.

Diese Inkonsequenz sollte auffallen – und sie muss fallen. Wenn es angesichts ökologischer Großgefahren um alles geht, kann nichts heilig sein, nichts von dem jedenfalls, was die Verhältnisse zwischen Menschen regelt und was grundsätzlich als variabel gedacht werden kann. Folglich sind Eigentumsverhältnisse und die aus ihnen entspringende Macht, Erbgesetze und Privilegien, Marktordnungen und Unternehmensverfassungen, die harten Seiten der Ökonomie also, wichtige Themen jeder konsequenten ökologischen Bemühung. Vor allem wird ein positives und motivierendes Gegenbild zur Ungleichheit und Naturzerstörung produzierenden Wachstumsmaschinerie nur dann gemalt werden können, wenn all diese harten Seiten unter Legitimationsvorbehalt stehen und – wenigstens in Gedanken – auf die Entsorgungsliste kommen, wenn sie sich als Zukunftslast erweisen.

In diesem Sinne braucht sattes Grün kräftiges Rot. Und ebenso gilt die Umkehrung: Rot geht nur noch Grün, Gerechtigkeit nur mit Ökologie. Das sind zwei Thesen dieses Buches, die nun – im Anschluss an eine erste schemenhafte Skizze (Thie 2011) – vertieft und differenziert werden sollen. Inzwischen hat die Forderung nach sattem Grün in kräftigem Rot eine Zwillingsschwester jenseits des Atlantiks.

In einem Essay schreibt Naomi Klein: »Dem Klimawandel entgegenzutreten, bedeutet, dass wir buchstäblich jedes Marktfreiheitsdogma zu brechen haben – und zwar so rasch wie möglich! Wir müssen den öffentlichen Raum wiederherstellen, Privatisierungen rückgängig machen ... die Überkonsumtion zurückschrauben, zu einer langfristigen Planung zurückkehren, Großunternehmen energisch regulieren und besteuern, manche womöglich sogar verstaatlichen, die Rüstungsausgaben zusammenstreichen und vieles mehr. Vor allem aber müssen wir anerkennen, was wir dem südlichen Teil unserer Welt schuldig sind ... Kurz gesagt unterstreicht der Klimawandel die Dringlichkeit fast aller Forderungen, die progressive Kräfte seit langem stellen. Zugleich verknüpft er sie zu einer kohärenten Agenda – auf der Grundlage eines unzweideutigen, wissenschaftlich begründeten Imperativs ... Nur eine Weltsicht, die bloßen Reformismus verwirft und stattdessen radikal die zentrale ökonomische Rolle des Profits hinterfragt – eine grün-linke Weltsicht – eröffnet die Möglichkeit, die multiple Gegenwarts Krise doch noch rechtzeitig zu bewältigen.« (Klein 2012: 88)

Dass sattes Grün kräftiges Rot braucht, dass konsequente Ökologie nur mit mehr Kooperation, mehr Gleichheit und mehr Planung zu haben ist, ist eine selten gehörte, aber keine einsame Erkenntnis. Untergründig, zwischen den Zeilen, verhüllt in diplomatischen Formeln, sind selbst die grünen Szenarien, die von Beiräten der Bundesregierung entworfen worden sind, durchzogen von einem neuen, aber nur jeweils in Splittern aufscheinenden und allzu oft im weichen Soziologen-Slang ausgedrückten Paradigma. In dem wohl besten dieser Werke, das sich »Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation« nennt und 2011 vom WBGU, dem »Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen« herausgegeben wurde, ist deutlich spürbar, dass die Privatwirtschaft umfassender, sowohl politischer als auch bürgerschaftlicher Lenkung bedarf, wenn konsequente Ökologie eine Chance haben soll (WBGU 2011: 98f.).

Selbst Meinhard Miegel, der sich als Konservativer in der neuen Weltlage des ökologischen Zeitalters zu orientieren bemüht und zwei lange Jahre lang als CDU-Sachverständiger im Bundestag am Starrsinn seiner christlich-liberalen Kollegenschaft verzweifelte, entdeckt, was für ihn Neuland ist. Konsumtive Abrüstung, so seine Einsicht, werde vor allem dann möglich, »wenn der materielle Wohlstand künftig gleichmäßiger verteilt wird als bisher« (Miegel 2012: 7).

Wenn von großen Transformationen, gar Revolutionen, die Rede ist und wenn es nicht bei bloßen Lippenbekenntnissen bleiben soll, dann muss der Übergang von der einen zur anderen Qualität, der »zivilisatorische Quantensprung« (WBGU 2011: 21), nicht nur einen graduellen, sondern auch einen kategorialen Ausdruck finden. Die Akzentverschiebung vom Markt zur gestaltenden Politik, vom Gegeneinander zur Zusammenarbeit, von der Bereinigung der Schäden zur vorsorgenden Bewahrung – all diese Forderungen des »mehr von dem einen« und »weniger von dem anderen« reichen dann nicht aus, um die qualitative Differenz begrifflich zu schärfen.

Die Weltökologie verlangt globale Kooperation. Globale Kooperation fordert universelle Gleichheit. Universelle Gleichheit kann nur mit vorsorgender Planung gelingen. Wagen wir also explizit auszusprechen, was implizit sich anbahnt: Kooperation statt Wettbewerb, Gleichheit statt Ungleichheit, Planung statt Markt.

Diese Gegensätze klingen für den Zeitgeist unnötig schroff. Er hätte es gern weniger apodiktisch. Kooperation – mehr davon sicherlich, aber wir sollten auch die Kräfte des Wettbewerbs nutzen. Gleichheit – ja, die Ungleichheit ist viel zu groß, aber wir brauchen auch starke ökonomische Anreize zugunsten einer grünen Wirtschaft. Planung – ganz bestimmt sind für die Umgestaltung ressourcenfressender Systeme, besonders der Energieerzeugung, mehr und bessere Rahmenplanungen nötig, aber Märkte werden auch künftig eine große Rolle spielen.

So oder ähnlich dürften die Reaktionen lauten, wenn man das sanfte »Mehr« fallen und das harte »Statt« ertönen lässt. Die Schärfe des proklamierten Gegensatzes könnte als unreif und deplatziert gelten und die Kommunikation erschweren. Ein echtes Risiko – das noch schwerer wiegt, wenn ein weiteres hinzukommt: der Beifall von der falschen Seite, von den noch tief im fossilen Industrialismus steckenden Sozialdemokraten und Sozialisten alter Prägung, die immer noch meinen, nur Pla-

nung und Gleichheit seien geeignet, die Produktivkräfte von den Fesseln zu befreien, die ihnen die bürgerlichen Verhältnisse auferlegen.

Tatsächlich haben Kooperation, Gleichheit und Planung im ökologischen Zeitalter eine Logik, die sowohl zu den üblichen bürgerlichen Vorstellungen als auch zu den herkömmlichen sozialistischen Deutungsmustern quer steht. Denn beide sind nicht nur Gegner, sondern in ihrer Gegnerschaft auch Geschwister: Ihre gemeinsame Quelle ist das möglichst schrankenlose Streben nach umfassender Naturbeherrschung. Heute dagegen ist das Setzen von Schranken, das Einhalten von Grenzen, die Pflege der Biosphäre, der Ausgangspunkt jeder politischen und ökonomischen Strategie, die das Prädikat zukunftsfähig für sich beanspruchen will. Diese Bewahrung aber verlangt unerbittlich Kooperation, Gleichheit und Planung.

Die Reaktionen auf den Klimawandel – so mangelhaft sie bisher auch sind – illustrieren die veränderten Prioritäten, die sich ergeben, wenn das Ziel nicht Naturbeherrschung, sondern Naturbewahrung heißt. Der Klimawandel verlangt Kooperation statt Wettbewerb. Die Nationen müssen – auf Gedeih und Verderb – kooperieren, wenn sie die gemeinsamen Lebensgrundlagen erhalten wollen. Hier, bei diesem zwangsläufig gemeinsamen Projekt, ist Wettbewerb ein tödliches Arrangement.

Wer Kooperation sagt, sagt aber unmittelbar auch Gleichheit. Denn Kooperationen funktionieren nur, wenn ihr Maß und ihre Geschäftsgrundlage Gleichheit ist. Bei Klimaverhandlungen ist dies – so zäh und unergiebig sie auch sein mögen – als normativer Grundsatz anerkannt. Auch wenn die Praxis einstweilen anders aussieht, die Norm ist eindeutig: Jeder Mensch hat das gleiche Emissionsrecht.¹

¹ »In ethischer Betrachtung hat jeder Mensch das gleiche Recht darauf, Ressourcen in Anspruch zu nehmen, solange sie nicht übernutzt werden.« (Bundesregierung 2008, zitiert in SRU 2012: 39) Was das klimapolitisch bedeuten könnte, hat der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) präzisiert: »Ausgangspunkt des WBGU-Budgetansatzes ist die nach Vorsorgeerwägungen erfolgende Festlegung der Gesamtmenge an CO₂, die bis 2050 global noch ausgestoßen werden darf. Dieses globale Budget an kumulativen CO₂-Emissionen gilt es, gerecht auf die Länder der Weltgemeinschaft zu verteilen. Den ethisch robustesten Schlüssel bietet eine gleiche Zuweisung pro Kopf, woraus sich über die Bevölkerungszahlen die jeweiligen nationalen Budgets an Emissionsrechten ergeben. Damit verfügt jeder Staat über ein präzise beziffer-

Was bei den Klimaverhandlungen bislang allerdings nur Gleichheit der erlaubten Schädigung ist, dürfte künftig zu einem breiteren, dann auch positiv geltenden Prinzip werden: Gleichheit also nicht nur der Schutzpflichten, sondern auch der Nutzungsrechte. Am Horizont erscheint damit ein neues, ökologisches Menschenrecht:² Jeder Mensch hat das gleiche Recht auf ein Quantum Umweltraum, das mit der Reproduktion der Natur vereinbar ist. So erhält das demokratische Prinzip – one (wo)man, one vote – seine ökologische Ergänzung: one (wo)man, one piece of nature.

Dieses gleiche Recht zu garantieren, verlangt – hier schließt sich der Kreis – unabdingbar Planung, eine starke, von der Bürgerschaft ausgehende und ihr allein verpflichtete Planung eben der Bedingungen, die Kooperationen unter Gleichen ermöglichen und erzwingen, wenn alte Privilegien und Eigentumstitel im Wege stehen.

Es geht um die Macht des Souveräns, Verfügung über all das zu erlangen, was gesellschaftlicher Natur ist. Ein solches Verständnis von Planung – als bewusstes Herstellen ökologischer Lebensmöglichkeiten für alle – kann Märkte und Unternehmen in vielfältigster Form einschließen, aber das Entscheidende bleibt die Umkehrung der heutigen Rollenverteilung: der vorausschauende Bürgerwille sagt, was sein und wie es geschehen soll.

Kooperation, Gleichheit und Planung haben alte Wurzeln, die nach einigen hyperliberalen und asozialen Jahrzehnten zunehmend wieder entdeckt werden. Insofern ist der ökologisch begründete Zwang zu kooperieren, sich wechselseitig anzuerkennen und gemeinsam Vorsorge zu treffen, auch eine Rückkehr, eine Rückkehr zu dem, was das Menschsein überhaupt auszeichnet. Dass Zusammenarbeit und Empathie füreinander, nicht Wettbewerb und gegenseitige Verachtung, wichtige Triebfedern der Evolution gewesen sind, ist in der Wissenschaft und in der Publizistik erneut zur respektierten These geworden (Tomasello 2010; Sennett 2012; Rifkin 2012). Der Schrecken über das, was ein losgelas-

tes ›Atmosphärenkapital‹, mit dem er bis 2050 flexibel wirtschaften und auf internationalen Märkten handeln kann.« (WBGU 2009: 2)

² Zu dieser Bestimmung dieses ökologischen Menschenrechts siehe Thie 2011. Gleichlautende Formulierungen wurden von einer Projektgruppe der Linksfraktion im Bundestag übernommen – siehe Fraktion DIE LINKE 2012.

sener Kapitalismus für Mensch und Natur bedeutet, hat dem Blick auf das, was Menschen auch und vor allem sind, nämlich kooperierende und vorsorgende Wesen, die Scheuklappen genommen.

Das Dreigestirn von Kooperation, Gleichheit und Planung kann also neue Kraft entfalten, weil es die Alternative zum Falschen ist und gleichzeitig in der neuen Logik ökologischen Handelns liegt, wenn – und das ist die Einschränkung, die stets mitzudenken ist – die große Transformation zivilisiert und demokratisch erfolgen soll. Als Lippenbekenntnis hört man das aus jedem Munde. Aber offenkundig ist es selten wirklich ernst gemeint.

Denn in der ökonomischen Wirklichkeit herrschen nicht Kooperation, Gleichheit und Planung, sondern jeweils ihr Gegenteil: Wettbewerb, Ungleichheit und das Spiel der Märkte. Folglich ist die Frage, wie das ökologisch Gebotene auch jenseits von Proklamationen, also alltagstauglich, die Wirtschaft erobern kann, ein Lackmustest für den Anspruch, es ökologisch ernst meinen zu wollen. Ist es denkbar, dass der Respekt vor der Natur, das Interesse an schadstofffreien Produkten, die Orientierung an maßvollem Konsum, die Blockade sinnloser Produktion, dass also ökologische Kriterien im weitesten Sinne ökonomisches Handeln direkt prägen, wenn Wettbewerb, Ungleichheit und das Spiel der Märkte weiterhin die dominanten Prinzipien sind? Das können nur Gläubige glauben.

Wie die Freiheit zum Richtigen schon heute in einem qualitativ spürbaren Maße stärker werden würde, wenn man sich den Mut zur Verletzung gewisser Spielregeln nähme, zeigt sich in der folgenden Geschichte aus einem vertrauten, aber mit einem kleinen Trick verfremdeten Land.³ In dieser Republik – nennen wir sie Egalitaria – lässt es sich leben. Materiell und finanziell geht es allen gut, den Senioren, den Kindern und den Berufstätigen nicht minder. Wer im erwerbsfähigen Alter ist, arbeitet 30 Stunden in der Woche – mit 3.500 Euro brutto gut bezahlt.⁴

³ Diese Fabel ökonomisch verwirklichter Gleichheit war der Ausgangspunkt eines Textes, der im »Freitag« 21 (2004) und dem Titel »Schöne, neue Welt« erschien – siehe Thie 2004.

⁴ Die »Egalitaria-Daten« sind gerundete statistische Durchschnitte, die sich aus diversen amtlichen Quellen des Statistischen Bundesamtes ergeben.

Reichlich Erholung ist garantiert, insgesamt acht Wochen bezahlte Urlaubs- und Feiertage.

Die Wohnungen in Egalitaria sind – je nach Personenzahl – zwischen 45 und 180 Quadratmeter groß und deutlich günstiger als in anderen Ländern. Denn sie gehören den Bewohnerinnen und Bewohnern, und zwar schuldenfrei. Nur Heizung, Strom und die üblichen Nebenkosten sind zu zahlen. Jeder Erwachsene, selbstverständlich auch die Rentnerin und der Rentner, hat neben seinem schuldenfreien Immobilienbesitz noch einige Zehntausend Euro produktiv angelegt, weil ständig einige Prozentpunkte des Einkommens in Investitionen fließen. Dazu kommen all die persönlichen Dinge, die – von der Kleidung bis zum Laptop – im Überfluss vorhanden sind.

Auch die öffentliche Hand und die Sozialsysteme sind gut finanziert. Entsprechend haben Steuern und Abgaben kein geringes Niveau. Aber mit einem monatlichen Netto von 2.000 Euro für Singles, 4.000 für Paare und zusätzlichen staatlichen Leistungen für jedes Kind lässt sich komfortabel leben – komfortabel vor allem, wenn man an das miet-, zins- und tilgungsfreie Wohnen und den Sechs-Stunden-Arbeitstag denkt.

Das Gemeinwesen, das anderenorts unter der Zinsenlast seine Handlungsfähigkeit zu verlieren droht, ist in Egalitaria genau so schuldenfrei wie die Bevölkerung und die Unternehmen. Denn alle Forderungen und Verbindlichkeiten sind wechselseitig gestrichen worden, sodass nach diesem großen bilanziellen Akt weder Geldvermögen noch Geldschulden existieren und nur reale Vermögen – Häuser, Infrastrukturen, Arbeitsstätten und Konsumgüter – übrig geblieben sind.

Was in den Zeiten permanenter Finanz-, Wirtschafts- und Eurokrisen wie eine ferne Utopie erscheint, ist längst Realität. Bewohner dieser beneidenswerten Republik Egalitaria sind tatsächlich alle 82 Millionen Einwohner der Bundesrepublik Deutschland – zumindest dann, wenn sie die völlige Gleichheit, die im Reich des Rechts und der Gesetze zwischen ihnen herrschen soll, auf ihr wirtschaftliches Dasein übertragen.

Nach einer radikalen, alle Erwerbsfähigen einschließenden Neuverteilung aller Arbeitsstunden, des gesamten Vermögens und sämtlicher Einkommen, die in Gestalt von Löhnen, Gewinnen, Mieten, Zinsen und Dividenden fließen, nach dem großen Schnitt, der alle Forderungen und Verbindlichkeiten, Guthaben und Schulden gegeneinander aufrechnet und das verbleibende Nettovermögen »Eins zu Eins« auf alle Erwach-

senen überträgt, würde die Bevölkerung in einem Land ankommen, in dem die überwältigende Mehrheit über das Deutschland von gestern nur noch den Kopf schüttelt.

Uneingeschränkte Gleichheit vorausgesetzt, würde die stolze Bevölkerung von Egalitaria gleich noch ein paar Schritte weitergehen und all das abschaffen, was dann sinnlos geworden wäre. Die staatliche Maschinerie würde schrumpfen und könnte sich auf ihre wirklich wichtigen Aufgaben konzentrieren. Die private Maschinerie der Banken, der Versicherungen und der Immobilienfirmen wäre zur Randerscheinung degradiert.

Millionen von Finanz- und Steuerberatern, von Sozialingenieuren und Armutsverwaltern, von Job- und Versicherungsvermittlern verlieren ihren Job. Und deshalb senkt Egalitaria in der zweiten Etappe seiner Agenda 2020 die wöchentliche Arbeitszeit auf 25 Stunden (wahlweise auch eine längere und bezahlte Auszeit), damit diejenigen, die gegenwärtig noch (ob staatlich oder privat) mit dem Hin- und Herschieben von Forderungs- und Verpflichtungstiteln beschäftigt sind, eine sinnvolle Beschäftigung finden.

Vieles andere wird den Egalitarianern noch einfallen, wenn sie Freiheit nicht nur rechtlich, sondern auch ökonomisch auf Gleichheit gründen. Und den großen Herausforderungen – vor allem denjenigen der Ökologie, aber auch der Demografie, der Ungleichheit und des Unfriedens in der Welt – würden sie sich nicht kleinlaut stellen, sondern sehr entschieden, schon um ihre schöne neue Welt nicht zu gefährden.

Was haben wir von diesen Gedanken, die mit der radikalsten aller denkbaren Umverteilungen spielen? Natürlich wäre es abwegig, das arithmetische Mittel, den aktuellen Durchschnittsdeutschen, zur Tagesforderung einer alternativen Agenda zu erklären. Trotzdem hat die gedankliche Übung ihren Sinn.

Wenn wir uns aus der Froschperspektive des Meckerns und Jammerns befreien, wenn wir konsequent Verantwortung für das Ganze übernehmen und dabei, wie von Konservativen und Liberalen immer wieder gefordert, keinen einzigen Besitzstand (also auch keinen einzigen Vermögenstitel) ungeprüft gelten lassen, dann zeigt sich die ganze Absurdität des Finanz- und Sozialstaatstheaters, das wir seit langem und akut wieder in Europa erleben. Wären der gesamte Reichtum und die Chancen, die sich aus ihm ergeben, das Gravitationszentrum großer Reformde-

batten, würden sich ganz andere Perspektiven der Freiheit und der Verantwortung eröffnen.

Diese schöne, neue Welt ist keine Fata Morgana. Alles, was Egalitaria zugeschrieben wurde, ist statistische Realität, ist die Wirklichkeit des Durchschnitts einer reichen Nation. Das ist die gute Nachricht. Und sie gilt in ähnlicher Weise für ganz Mittel- und Westeuropa, für die USA und Kanada, für Japan, für Australien und Neuseeland und für manch andere Nation, die einem reichen Lebensstandard nahegekommen ist.

Doch die schlechte Nachricht kommt gleich hinterher. Die Welt der vollständigen Gleichheit wäre, selbst wenn sie in einem Akt revolutionärer Wandlung denkbar erschiene, nicht von Dauer. Denn ihre Grundlage ist die Überdehnung der natürlichen Ressourcen in nahezu jeder Hinsicht. Sie müsste sich selbst dann, wenn sie Gerechtigkeit maximal verwirklichen würde, radikal wandeln. Hier, ganz am Schluss dieser kleinen Geschichte, gibt es dann aber doch wieder einen Lichtblick. Was am Anfang mit der ökonomisch verwirklichten Gleichheit so verheißungsvoll begann, ist nicht nur ein Wunschtraum, sondern ein hartes Kriterium der ökologischen Revolution, der Fluchtpunkt dessen, was sowohl wünschenswert als auch notwendig ist: One (wo)man, one piece of nature.

Kooperation, weitgehende Gleichheit und planende Vorsorge – das sind schon heute wesentliche Kraftquellen vieler ökologischer Projekte. In ihnen lebt lokal, was global erst zu reifen beginnt. Jenseits der bunten Welt anderer Lebens- und Produktionsweisen sind die neuen Imperative bislang nur ein normatives Hintergrundrauschen. Im Vordergrund steht das Bemühen, die Liste der Prioritäten neu zu sortieren. Denn die Selbstverständlichkeiten früherer Tage gelten nicht mehr. Produktion und Konsum permanent zu steigern – diese Idee ist als absurder Wahn erkennbar geworden. Was einst umstandslos und ohne jede Scham zu genießen war, hat heute den faden Beigeschmack des irgendwie Verwerflichen.

Dieses Unbehagen plagt nicht jeden, nicht überall und nicht zu jeder Zeit. Und manchem, der seine persönlichen Umstände ändert oder auf große Veränderungen drängt, mag das »Weiter So« eines rastlosen Getriebes verzweifeln lassen. Doch so hektisch die ökonomische Maschinerie auch sein mag, so wenig sie Besinnung erlaubt, so getrieben vom Expansionsdrang die Unternehmen und vom Einkommenszwang

die Menschen – die ökologischen Fundamentalfragen sind nicht mehr zu ignorieren.

Selbst die hartgesottensten Zeitgenossen begründen ihr Handeln durch allerlei Spitzfindigkeiten ökologisch und geben dadurch zu erkennen, dass auch bei ihnen eine gewisse Ahnung im Großhirn angekommen ist. Das sicherste Zeichen dafür, dass der Umgang mit der Natur zum nicht mehr hintergehbaren Problem geworden ist, sind die bisherigen Leugner der ökologischen Weltlage. In Abwandlung des berühmten Nixon-Zitats könnte man sagen: »We are all Green now.«⁵

Tausende Unternehmen präsentieren sich im modisch grünen Gewand. PR-Abteilungen schwitzen im Dauerstress grüner Kampagnen für die schwarzen Schafe und die grauen Mäuse der Geschäftswelt. Bundeswehr und Pentagon publizieren Ressourcen- und Klimastudien. Parteien krepeln ihre Forderungskataloge um, platzieren ganz vorn Duftmarken im Ökodesign und nehmen die zunehmende Wachstumskritik als Stichwort auf (Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität 2013), auch wenn diese salonfähig gewordene Skepsis einstweilen praktisch ohne Bedeutung bleibt. UNO und OECD setzen auf Green Growth. Nachhaltige Entwicklung ist – offiziell proklamiert auf dem »Erdgipfel« von Rio de Janeiro 1992 – die allseits akzeptierte, wenngleich meistens immer noch folgenlose Leitidee.

All das ist bislang kein echter Paradigmenwechsel, sondern bestenfalls eine sanfte Korrektur – teils ein echtes Bemühen um die Ökologisierung wirtschaftlicher Kreisläufe, teils ein rein äußerliches Begrünen des jeweiligen Markennamens, um den Anschluss an die ökologische Modernität nicht zu verpassen. Die entscheidende Frage bleibt bislang unbeantwortet: Wie werden Wirtschaft und Gesellschaft nicht nur in Worten, sondern auch in Taten, nicht nur im Design, sondern auch in der Substanz, nicht nur im Einzelnen, sondern auch systematisch naturverträglich?

Die neue Artenvielfalt grüner Szenarien hat, so wertvoll sie im Einzelnen sein mag, einen merkwürdigen Defekt. Nahezu alle Varianten drän-

⁵ Die Redewendung »We are all Keynesians now« stammt ursprünglich von Milton Friedman, wird aber US-Präsident Richard Nixon zugeschrieben, der sie 1971 quasi offiziell geäußert haben soll. Diese extrem späte Einsicht galt dann in der Praxis allerdings nur noch wenige Jahre.

gen in ein einziges Biotop. Die Welt der privaten Unternehmen, der gewinnorientierten Marktwirtschaft, also die Welt des Kapitals, erscheint als der selbstverständliche, stillschweigend als alternativlos vorausgesetzte Lebensraum für die großen Veränderungen, deren Notwendigkeit kaum noch jemand bestreitet, die aber stets nur als Summe von kleinen Reformschritten gesehen werden. Diese Veränderungen – selbst von Konservativen bisweilen als Transformation oder gar Revolution bezeichnet – werden nur als Mutation des Bestehenden gedacht, als könne der »Genpool des Kapitals« einfach umgepolt werden.

Dass die heutige Wirtschaftsordnung technische Umwälzungen hervorbringen kann, ist offensichtlich. Der historische Beruf der Bourgeoisie bestehe gerade darin, hatte Karl Marx einst erkannt, permanent die Produktivkräfte zu revolutionieren. Und warum sollten diese technischen Umwälzungen nicht grüne sein? Dass sie das im Einzelnen sein können, dass Bio-Produkte, erneuerbare Energien und ressourceneffiziente Prozesse sich schnell ihren Weg bahnen, wenn politisch die nötigen Anreize gesetzt sind, ist unbestritten. Aber die gesamte bisherige, von Konkurrenz, Expansion und Naturausbeutung geprägte Produktionsweise als durchgehend ökologische Veranstaltung? Eine von politischen Instrumenten sanft erzwungene oder gar von Einsicht getriebene Veränderung, die ökologische Maße voll und ganz akzeptiert? Eine Reform des Expansionsdranges bis hin zu seinem Verschwinden? Ein allmähliches Hinübergleiten des Profithungers in eine sich selbst genügende Mäßigung?

All das ist nicht vorstellbar. Stabilität hat die heutige Produktionsweise nur in der Ausdehnung. Wachstum, nicht Reifung ist ihre Daseinsweise. Deshalb ist es umso erstaunlicher, dass die ökologisch Informierten und Besorgten meistens nur die Folgen, nicht die Triebfedern einer naturverschlingenden Wirtschaft beklagen und entsprechend ihren reformatorischen Eifer unnötig zügeln. Die Abteilung Moral will penetrant im Inneren wirken und dort die Seele erweichen. Die Abteilung Technik hat allein das Äußere im Blick und hofft, die Welt der Konsumgüter und Produktionsmittel ganz in Grün erneuern zu können.

Die Ökonomen ihrerseits interessieren sich weder für die Innenwelt noch für das Stofflich-Materielle. Für sie ist die Innenwelt eine egomatische Konstante und die Welt der Technik ein Ergebnis von Profitchancen und Einkommenszwang. So bleibt am Ende fast immer ungenannt,

worum es doch eigentlich gehen müsste: Wirtschaft und Gesellschaft inklusive ihrer grundlegenden Institutionen, ihrer Eigentumsrechte und Unternehmensformen, ihrer Freiheiten und Verbote, ihrer Gratifikationen und Sanktionen, so einzurichten, dass sie aus eigenem Antrieb naturverträglich werden.

Selbstverständlich zählt kluge Politik im Sinne wirksamer ökologischer Anreize zum Inventar aller grünen Leitideen. Aber auch das passt zum Befund mangelnder Eingriffstiefe. Denn das Gemeinwesen erscheint hier – wie gehabt – nur als Rahmensetzer und als Garant des privaten Biotops.

Die naheliegende Frage wird nicht gestellt: Wenn es um alles geht, warum ist dann die Angemessenheit der herkömmlichen privatwirtschaftlichen Institutionen kein Prüfungsgegenstand? Warum wird in fast allen Fällen nicht einmal krasse gesellschaftliche Ungleichheit als ökologisch relevantes Thema erkannt?

Revolution der Technik und Bewahrung der gegebenen Wirtschaftsordnung – das ist der große gemeinsame Nenner, der vom Funktönärscorps grüner Parteien bis zu den Strategen des Pentagons reicht. In dieser Sicht sind gewissermaßen die Ingenieure die revolutionäre Vorhut und die Unternehmen ihr Agent. Bei diesem gemeinsamen Nenner wird es nicht bleiben – das kann man zuverlässig vorhersagen.

Denn bei einem langfristig fortgesetzten Wachstum auf dem Pfad der vergangenen zehn oder 20 Jahre müsste die Energie- und Ressourceneffizienz in einem Maße steigen, das alle physikalischen Zusammenhänge sprengt. Folglich gerät die Gesellschaft unter einen Veränderungsdruck, für den sie bislang kein demokratisches Lösungsangebot hat und – ohne grundlegende Selbstveränderung – auch nicht haben kann. Ihrem bisherigen Versprechen – mit Wachstum sind alle Probleme lösbar – wird dann der Boden entzogen.

Was aber, wenn Wachstum nicht mehr geht? Wenn der Treibstoff versiegt oder so teuer wird, dass massenhaft ölbasierte Aktivitäten beispielsweise des Verkehrs oder der chemischen Industrie zur Disposition stehen? Wenn der Lebensstandard stetig sinkt, weil die Reparaturkosten ständig steigen? In der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zeigt sich das nicht unmittelbar, weil auch Schadensbeseitigung und Reparaturaufwand das Bruttoinlandsprodukt (BIP) erhöhen. Aber irgendwann wird doch auffallen, was alternative Wohlfahrtsrechnungen heute schon

zeigen: Die gerechnete Wirtschaftsleistung steigt weiter, aber der Lebensstandard stagniert oder sinkt.

Zu befürchten ist, dass dann der Zug zum Reaktionären stärker wird. Und die Rechtfertigungen werden folgen. Gleichheit dürfte dann selbst in ihrer heute selbstverständlichen rechtlichen Fassung ein Ende finden, von materieller Gleichheit ganz zu schweigen. Rationierung gemäß Kaufkraft – das wäre die neue Rationalität der Reichen und Privilegierten, die dann auch an Demokratie kaum noch ein Interesse haben dürften.

So ist sie eben, die moderne, die postmoderne Welt, sagen nun die Superschlaunen. Jedes Versprechen ist getilgt, jeder Glaube blamiert. Im Ganzen geht hier gar nichts mehr, weil alles ausdifferenziert ist in jeweils eigene Milieus – mit eigenen Regeln, eigenen Spezialisten, eigenen Sphären, eigenen Codes. Keine Theorie könne das noch fassen, keine Strategie für große Veränderungen sorgen. Politik sei bestenfalls noch gute Moderation. Diese Diagnose mag bis vor einiger Zeit richtig gewesen sein. Mittlerweile ist sie falsch. Schon 1986 hat Ulrich Beck in seiner Voraussicht darauf hingewiesen, dass in der »Risikogesellschaft« (so auch der Titel seines damaligen Bestsellers) »die Entdifferenzierung der Subsysteme und Funktionsbereiche, die Neuvernetzung der Spezialisten, die risikoeindämmende Vereinigung der Arbeit das systemtheoretische und -organisatorische Kardinalproblem« wird. (Beck 1986: 93)

Die von Beck vorausgesagte Entdifferenzierung, die Re-Integration des vormals Getrennten, hat längst begonnen. Ob Klimawandel, Energiepolitik, Lebensmittelskandale, Giftketten in Kleidung und Spielzeug, Rohstoffsicherheit, Artensterben oder Versauerung der Weltmeere – überall ist erkennbar, dass die ökologische Vergesellschaftung systemisches Denken verlangt und nicht borniertes Expertentum.

Deshalb steigt auch wieder die Wahrscheinlichkeit, dass sich der Geist um das Ganze bemüht und auf ein interessiertes Publikum trifft, wenn er denn erhellende Gedanken bietet und nicht aus dem Nirwana beliebigen Ausdenkens kommt. Die neue Aufgeschlossenheit gegenüber großen Entwürfen erklärt sich aus dem Dilemma, das Umfragen immer wieder belegen: Die herrschende Wirtschaftsordnung wird mehrheitlich abgelehnt, aber überzeugende Alternativen sind scheinbar nicht in Sicht. Die Frage lautet also: Gibt es vor dem Horizont (und nicht dahinter, wo die fantastischen Utopien blühen) neue Phänomene, die – in ihrem inneren Band zusammengedacht – schon das Potenzial ande-

rer Verhältnisse enthalten? Es gibt sie – massenhaft, häufig verborgen, bisweilen eigentlich unübersehbar. »Geschichten vom guten Umgang mit der Welt«⁶ werden jeden Tag geschrieben.

Diese Knospen, die zur Blüte treiben, sind der Gegenstand dieses Buches, allerdings nicht im Sinne eines »geistigen Pflanzenreichs«, in dem das Neue zu beschreiben und in einer großen Sammlung von Arten und Unterarten zu klassifizieren wäre. Solche Beschreibungen sind wichtig für die Inspiration, sie enthalten Lehrstücke und benennen Vorbilder für den punktuellen Ausbruch aus einem falschen Leben. Wichtig ist aber auch die Frage, ob einerseits in den Praktiken der Pioniere und andererseits im aktiven politischen Umgang mit ökologisch gesetzten Größenbeschränkungen bereits ein Band neuer Prinzipien erkennbar zu werden beginnt. Darum vor allem soll es in diesem Buch gehen, um die innere Logik ökologischen Handelns und um die Bedingungen, die sie braucht, um dominant zu werden.

Nun wird mancher einwenden, dass die notwendigen Diskussionen über neue Prinzipien schon lange geführt werden. Nicht an der Existenz der Debatte könne man zweifeln, höchstens an ihren Ergebnissen. Die gedankliche Durchdringung der Aufgaben sei doch schon tausend Mal geleistet worden, auch in konsequenten Varianten. Außerdem sei, wenn es um neue, also in der Zukunft liegende Entwicklungen gehe, immer ein kräftiger Schuss Willkür mit im Spiel. Deshalb könne man über Künftiges immer wieder lange und unfruchtbar streiten. Deshalb zur Tat, die Aufgaben sind doch klar.

Diese Auffassung teile ich nicht – weder über die Qualität der gesellschaftlichen Debatte noch über die Klarheit der Aufgabendefinition. Tatsächlich gibt es eine kaum noch überschaubare Flut an Revolutionsgedanken, Transformationsplänen und Rettungsideen. Sie füllen Buchläden und belegen Terrabytes. Sie enden allerdings in trauriger Regelmäßigkeit mit moralischen Appellen, mit Aufrufen zur Mäßigung, mit Ratgebern für das alltägliche Verhalten, mit Technikeuphorie, mit Masterplänen für Investitions- und Steueranreize, mit lyrischen Sonntagsreden oder – das sind eher die kleinen Minderheiten – mit dem ganz Anderen, das notwendig sei.

⁶ So der Untertitel des von Harald Welzer und Stephan Rammler herausgegebenen Buches »Der FUTURZWEI Zukunftsalmanach 2013« (Frankfurt/Main 2012).

Wie aber das Räderwerk der Gesellschaft selbst, vor allem der ökonomischen Institutionen, andockend an schon vorhandene Tendenzen und deshalb mit einer gewissen Aussicht auf Erfolg, zu ändern ist, das bleibt in der gegenwärtigen Umwälzungsliteratur fast immer ungenannt. Spart man diese entscheidende Stelle aus, dann werden grüne Szenarien zwangsläufig zu grauen Mäusen.

Nun gibt es seit 150 Jahren Spezialistinnen und Spezialisten für all das, was bei den Moralisten, den Technikern und den marktversessenen Ökonomen nicht vorkommt, Spezialisten für die Revolution der gesellschaftlichen Verhältnisse. Diese Abteilung allerdings, von Marx begründet und zwischenzeitlich führend im geistigen Geschäft (vor allem in den 1920er Jahren, nach dem Zweiten Weltkrieg und dann wieder in den 60er und 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts), ist zu einem Traditionsclub geworden, in dem es – eingerahmt von großartigen Zeugnissen vergangener Tage – nur noch selten zu erhellenden Vorträgen kommt.

Auch wenn manch Konservativer wie der FAZ-Mitherausgeber Frank Schirrmacher öffentlich bekennt, dass die Linken vielleicht doch recht haben⁷ – dieses Eingeständnis ist weniger das Verdienst heutiger Marxisten, sondern eher eine simple Reflektion der Wirklichkeit, die sich in vielen Aspekten so zeigt, wie es Marx auf den Begriff gebracht hatte.

Dass die Linke selbst in den Augen Konservativer recht haben kann, ist eher dem Finanzwahn der vergangenen Jahre und dem Auftreten bürgerlicher Ökonomen geschuldet, die zur Erklärung der Wirklichkeit nichts beitragen können und selbst im Angesicht von Dauerkrisen die Märchen ihrer Gleichgewichtswelten erzählen. Die neue Reputation der Linken ist insofern keine wirkliche geistige Macht, sondern einerseits nur den Absurditäten der Wirklichkeit geschuldet und andererseits der Dürftigkeit der bürgerlichen Erklär-Industrie.

Längst vergangen ist die Zeit einer echten geistigen Hegemonie der Linken. Für die heute am Pranger stehenden Neoliberalen hat ihr konsequentester Ahnherr 1949 beschrieben, worum es für ihn und seinesgleichen damals ging. Als der Zeitgeist noch sozialistisch war und niemand die spätere liberale Renaissance für denkbar hielt, ermahnte

⁷ Siehe Frank Schirrmacher unter dem Titel »Ich beginne zu glauben, dass die Linke recht hat« in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 15.8.2011.

Friedrich August von Hayek sein bürgerliches Publikum, sich der eigentlichen Stärke seiner Gegner zu stellen: »Die wichtigste Lektion, die der wahre Liberale vom Erfolg der Sozialisten lernen muss, besteht darin, dass es ihr Mut zur Utopie war, der ihnen die Unterstützung der Intellektuellen sicherte und dadurch einen Einfluss auf die öffentliche Meinung, der tagtäglich möglich macht, was noch vor kurzem als unerreichbar galt. ... Daraus folgt: Wir müssen es schaffen, die philosophischen Grundlagen einer freien Gesellschaft erneut zu einer spannenden intellektuellen Angelegenheit zu machen, und wir müssen ihre Verwirklichung als Aufgabe benennen, von der sich die fähigsten und kreativsten Köpfe herausgefordert fühlen. Wenn wir diesen Glauben an die Macht der Ideen zurückgewinnen, der die Stärke des Liberalismus in seinen besten Zeiten war, dann ist der Kampf nicht verloren.«⁸

Vertauscht man in Hayeks Aufsatz die Rollen und aktualisiert die geistige Lage, lautet der dringende Appell: Gegen die Utopien des Marktes und der individuellen Nutzenmaximierung sind die Grundlagen einer gerechten und ökologischen Gesellschaft zu einem Thema zu machen, von dem sich die besten kritischen Geister angesprochen fühlen. So weit ist es offensichtlich noch nicht. Noch beherrschen moralische Entrüstungen und dienstbeflissene Diskussionen über die Richtigkeit dieses oder jenes Instruments aus dem politischen Handwerkskasten die politische und wissenschaftliche Szene.

Zahm darf das reformatorische Bemühen aber nicht bleiben, weil zu viel aus dem Ruder läuft. Wenn es beispielsweise gelänge, die Länder der Eurozone von der Last fauler Tributforderungen zu befreien und Ungleichgewichte in koordinierten Aktionen zu vermindern, was selbst schon ein nahezu revolutionärer Vorgang wäre, dann hätte Europa bei den Aufgaben wesentlich fundamentalerer Natur noch nichts gewonnen.

Wenn der Planet angesichts seiner zunehmenden Schändung zu rebellieren beginnt, dann geht es nicht nur um Finanzordnungen und So-

⁸ Diese Sätze sind die Quintessenz eines Aufsatzes über »The Intellectuals and Socialism«, den Friedrich August von Hayek 1949 veröffentlichte (eigene Übersetzung). Sahara Wagenknecht fand Hayeks Selbstgewissheit inmitten des damaligen liberalen Dunkels offenkundig ebenfalls erhellend und platzierte das Hayek-Zitat an das Ende der Einleitung ihres Buches »Freiheit statt Kapitalismus« (2011).

zialstaaten, sondern um das Wirtschaftssystem als Ganzes. Denn die Herausforderung, die Natur zu bewahren und den Ressourcenverbrauch drastisch zu senken, ist so elementar, dass sie künftig alles durchdringen wird. Vielen Zeitgenossen braucht man diese Diagnose nicht mehr begründen. Aber mehrheitlich dürfte immer noch die These überzeugen, dass wir umweltpolitisch vieles Neue zu beachten haben, dass aber trotzdem Worte wie »elementar« und »alles durchdringen« überzogen sind.

Deshalb folgt dieser Einleitung eine kurze Bilanz des ökologischen Raubzuges (Kapitel 2). Anschließend begeben wir uns in die deutsche Parteienszene und treffen dort auf Erwartungen, die sich wohl als trügerisch erweisen werden (Kapitel 3). Das eigentliche Anliegen dieses Buches ist konstruktiver Art. Grundlegende Veränderungen als realistische Chancen sichtbar zu machen – darum geht es vor allem. Wenn es vor dem Horizont nichts Relevantes gäbe, was schon das Potenzial anderer Verhältnisse enthält, wäre alles vergebens. Doch es passiert einiges, was »nur« der Enthüllung bedarf. Deshalb werden im vierten Kapitel Signale der Hoffnung genannt und beschrieben, die heranreifen, aber erst dann kräftig werden, wenn sich Blockaden lockern und schließlich verschwinden. Danach folgt der Versuch, die Hoffnungszeichen modellhaft miteinander zu verbinden (Kapitel 5). Abschließend taucht der Ausgangspunkt wieder auf, die Frage nämlich, wie neue Geschichten als Anregung zum Handeln zu erzählen sind (Kapitel 6).

2. Kurze Bilanz eines großen Raubzuges – was die ökologische Überdehnung gesellschaftlich bedeutet

Nahezu alles, was in einem gewöhnlichen Leben eine Rolle spielt, ist in irgendeiner Weise den Sinnen zugänglich. Wasser, Nahrung, Kleidung, Wohnung, Arbeit, Einkommen, Bildung, Freizeit, Gesundheit, Partnerschaft, Kinder, Freundschaft und Glück – all das ist zu erleben, zu empfinden und, wenn's schief läuft, zu erleiden. Um das jeweils eigene Interesse an diesen verschiedenen Dimensionen zu bestimmen und zu vertreten, braucht niemand ein Diplom. Was zu verteidigen, was zu wünschen und zu fordern ist, liegt meistens auf der Hand. Hin und wieder sind Kompromisse zu schließen oder Widersprüche auszuhalten. Aber bei all dem, was alltagsnah wichtig ist, ordnet der Verstand das sinnlich Erfahrene mit hinreichender Klarheit im Kopf.

Schwieriger wird es, wenn es gilt, sich in Zusammenhängen zu bewähren, die nicht zu erfahren, sondern nur zu denken sind. Eine simple Methode, um auch im Systemischen die Orientierung zu behalten, ist die Verallgemeinerung des eigenen Wollens und das Festhalten am eigenen Gerechtigkeitsempfinden. Das gelingt in der Bundesrepublik auf den meisten Feldern der Wirtschafts- und Sozialpolitik ganz gut. Umfragen belegen immer wieder, dass die Bevölkerung hinsichtlich gerechter Lohn-, Renten-, Bildungs- und Gesundheitssysteme, wenn sie gezielt danach gefragt wird, einen klaren Verstand behalten hat. Einem Bürgerentscheid ausgesetzt, wäre beispielsweise Gerhard Schröders (SPD) Agenda 2010 sang- und klanglos untergegangen.

Sobald aber die Verbindung zum eigenen Leben gekappt ist und man das jeweilige Thema vollständig denken muss, wird es schwierig, häufig unmöglich, einen vernünftigen Standpunkt zu formulieren. Aktuell ist es die Eurokrise, deren Charakter kaum jemand versteht. Deshalb stehen ungeschützt alle Gehirnwindungen offen: für absurde Argumente, nationalistisches Treiben und Idiotien aller Art. In diesem Fall ist die Konfusion besonders krass, weil selbst die Regierung sich an Kriterien klammert, die für eine Währungsunion untauglich sind. Im Unterschied zu einigen

wenigen Insidern begreifen auch die Ministergestalten und ihre Kanzlerin nicht, was sie tun. Deshalb ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass Europa noch tiefer in selbst verschuldete Wirrnisse taumelt.

Umso wichtiger ist es, den vergifteten »Rettungspaketen« entgegenzutreten, die ganze Volkswirtschaften ins Chaos stürzen. Unmittelbar geht es um möglichst breiten Widerstand in den unter Kuratel gestellten Ländern und um Aufklärung im finanzdiktatorisch auftretenden Deutschland. Beides dürfte besser gelingen, wenn es nicht nur Protest und Anklage, nicht nur Fachdiskurse über Kreditderivate und Ungleichgewichte gäbe, sondern auch eine Verständigung über die Inhalte, Ziele und Zeithorizonte eines anderen Gesellschaftsvertrages für Europa.

Nur diskutiert es sich schlecht über längerfristige Perspektiven, wenn der Boden plötzlich wankt, der gestern noch unerschütterlich schien. Insofern ist Europas aktueller Zustand auch ein Menetekel für die anspruchsvolle Qualität gesellschaftlicher Reaktionen und politischer Vorsorge, die notwendig sein werden, wenn man die kommenden ökologischen Krisen meistern will.

In fernen Zeiten, als sich Herrschaft noch Personen zuordnen ließ, war den Beteiligten immer klar, wer Räuber und wer Beraubter, wer Täter und wer Opfer war. Heute ist das anders. Heute muss man erst suchen, wer sich hinter Banken- und Konzernmacht als institutioneller Investor oder Privatperson versteckt. Auch deshalb geht bei den großen und den wichtigen Kämpfen ohne begreifendes Denken nichts mehr. Die Sinne liefern allzu oft nur Täuschungen. Das gilt für die Eurokrise und in noch viel größerem Maße für die ökologischen Herausforderungen.

Denn in den Zentren des Nordens ist die Umweltverschmutzung sauberer geworden, den Sinnen kaum noch zugänglich. Wo vor einigen Jahrzehnten die Flüsse trüb dahin flossen und die Stadtluft nicht frei machte, sondern den Atem nahm, da sind Schadstoffe kaum noch zu sehen oder zu riechen. Die Umweltpolitik der vergangenen 40 Jahre hat der sinnlichen Erfahrung manchen Grund zur Aufregung genommen. Pragmatisch auf jeweils einzelne Gifte, auf jeweils separat wahrgenommene Belastungen reagierend wurden spürbare Fortschritte erzielt: weniger Schwefel aus den Abgasen der Kraftwerke, kaum noch Blei in den Kraftstoffen, erhebliche Reduktion des aus Kühlgeräten entweichenden und Ozon killenden FCKW, ein ausdifferenziertes Grenzwert-Management für eine breite Palette von Schadstoffen.

Diese und viele andere Verbesserungen waren Reaktionen auf spürbar gewordene Gefährdungen, vor allem Gesundheitsrisiken, die von einer breit verankerten Umweltbewegung wirksam thematisiert worden sind. Das Paradigma aber blieb die nachsorgende Justierung des Einzelfalls und die Prävention vor der einzelnen Gefahr.

Meistens reichen bislang die von einer aufmerksamen Öffentlichkeit aufgeschreckten Kontrollinstanzen aus, um spürbare Gefahren und offensichtliche, auch sinnlich erfahrbare Überlastungen zu verringern oder zu vermeiden. In vielen Regionen der Erde ist das anders. Was einem Mitteleuropäer als naturwissenschaftlich begründete, abstrakte Gefährdung erscheint, hat anderenorts längst konkrete Folgen: vom Öl vergiftete Landschaften im Nigerdelta, von Landraub und Monokulturen bedrohte Kleinbauern, versinkende Südseestaaten, schutzlos in den Weltfabriken Südsasiens arbeitende Frauen und Männer.

Bei diesen Beispielen sind Ursache und Wirkung noch regional verschieden, und mancher Profiteur kann sich einbilden, dass das eine mit dem anderen nichts zu tun hat. Aber dabei bleibt es nicht. Der Boom von Biokraftstoffen hat gezeigt, dass die unmittelbaren Verknüpfungen in einer endlichen Welt zunehmen. Der automobiler Luxus kann – weil er die Preise für biogene Rohstoffe in die Höhe treibt – Hunger und Tod bedeuten.

Wo die Zusammenhänge von sinnlosem Tod, vermeidbaren Erkrankungen oder vernichteter Zukunft einerseits und überflüssigem Konsum, lächerlichen Statusprodukten und geistloser Verschwendung andererseits deutlich sind, wo stummes Leid die erkennbare Kehrseite schreiender Idiotie ist, entsteht Widerstand nicht nur im Süden, sondern auch im Norden. So wie es alternative Projekte aller Art gibt, so auch NGO-Kampagnen in bunter Vielfalt – mit dem deutlich spürbaren Resultat, dass sich problembewusste Weltsichten verbreiten und allmählich die Erkenntnis reift: Die ökologische Wahrheit ist ins Systemische gerutscht.

Statt Nachsorge und isolierter Prävention geht es um die vorsorgende Senkung der ökologischen Gesamtlasten. Denn entgegen dem Eindruck umweltpolitischen Fortschritts, der sich aus lokal wahrnehmbaren Verbesserungen speist, sind die global wirkenden Lasten deutlich gestiegen und haben längst ein zerstörerisches Niveau erreicht. Länder wie Deutschland sind daran führend beteiligt, was allerdings nicht immer

offensichtlich ist, weil schmutzige Industrien ins Ausland wanderten und weil wir es mit Schadstoffen zu tun haben, die – wie beispielsweise das Kohlendioxid und der Feinstaub in der Luft, der Stickstoff im Boden, die Antibiotika im Fleisch – kaum sinnlich zu spüren sind und ihre bedrohlichen Folgen oft erst offenbaren, wenn sie sich in erheblichem Umfang angereichert haben.

Umso wichtiger sind deshalb Maße wie der ökologische Fußabdruck, die zusammenfassend und anschaulich zum Ausdruck bringen, in welchem Umfang einzelne Länder die Biosphäre nutzen und schädigen. Der ökologische Fußabdruck bilanziert, in welchem Umfang die Menschen sich der Flora und Fauna bedienen und inwieweit sie einen Bedarf an Kohlendioxid-Senken erzeugen. Beides zusammen, die tatsächliche verbrauchte Biomasse für den Konsum und die theoretisch benötigte Biomasse für die Bindung von Kohlendioxid, wird in so genannte globale Hektar umgerechnet.

Dieses Maß berücksichtigt sechs verschiedene Arten der Flächennutzung und ihre jeweils unterschiedliche Produktivität bei der Erzeugung von Biomasse. So ergibt sich mit Hilfe eines nicht unkomplizierten, aber transparenten Rechenverfahrens ein weltweit anwendbares, einheitliches Messinstrument. Ausgedrückt in Hektar pro Kopf wird der von Menschen ausgehende Druck auf die Biosphäre deutlich. Mit demselben Verfahren lässt sich das Angebot an Biokapazität ermitteln. Der Vergleich beider Größen zeigt an, inwieweit die ökologische Tragfähigkeit eingehalten oder überschritten wird.

Global ist die Menschheit bereits heute deutlich über die Tragfähigkeit hinaus. Bildlich gesprochen verbraucht sie gegenwärtig 1,5 Erden (World Wildlife Fund 2012). Der ökologische Fußabdruck zeigt also: Die Störung natürlicher Kreisläufe ist nicht nur eine ausnahmsweise Übertreibung, sondern eine systematische Überlastung. Substanzverzehr – das ist die ökologische Realität der modernen Welt.

Besonders die entwickelten Länder liegen weit oberhalb des Zulässigen. Der deutsche Fußabdruck betrug im Jahr 2008 pro Kopf 4,57 globale Hektar.⁹ Gemessen an der weltweit zur Verfügung stehenden Bio-

⁹ Daten zum ökologischen Fußabdruck werden laufend vom Global Footprint Network aktualisiert. Zur weltweiten Situation im Jahre 2008 siehe World Wildlife Fund (2012).

kapazität von nur 1,8 Hektar pro Kopf verursacht Deutschland ein hohes ökologisches Defizit. Hochgerechnet auf die Menschheit benötigt die Bundesrepublik für ihren Lebensstil 2,6 Erden.

Noch wesentlich räuberischer sind die USA. Selbst China überschreitet trotz weit geringeren Entwicklungsniveaus bereits die global zulässige Pro-Kopf-Grenze. Erschwerend kommt hinzu, dass der ökologische Fußabdruck die Belastung des Planeten eher zu gering bewertet, weil nicht alle Folgen, die von menschlichen Aktivitäten ausgehen, Berücksichtigung finden.

Insgesamt ist der Druck der zu viel verbrennenden, zu viel düngenden, zu viel wegwerfenden, zu viel versiegelnden, Wohlstand auf Raubbau gründenden Menschheit auf das Ökosystem Erde so groß und mittlerweile so dominant, dass Wissenschaftler vom Anthropozän sprechen, von einem Erdzeitalter, das der Mensch prägt (Crutzen 2002: 23).

Der ökologische Fußabdruck ist ein verstörendes und kritisches Maß. Er benennt unmissverständlich die Grenzüberschreitungen und gibt zu erkennen, wer in welchem Umfang gemäß dem Kriterium globaler Gleichheit handeln muss. Für die Verteidiger des Modells Deutschland und seiner angeblichen umweltpolitischen Pionierrolle sind die Botschaften, die der ökologische Fußabdruck sendet, irritierend eindeutig und unangenehm verbindlich.

Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass Union, FDP und SPD sich im Bundestag weigerten, dieses Maß als offiziellen Indikator der ökologischen Tragfähigkeit zu akzeptieren. In der Enquete-Kommission »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität«, die sich von Februar 2011 bis April 2013 mit neuen und – angesichts ökologischer Fundamentalrestriktionen – erheblich veränderten Fragen des Wohlstands befasste, waren LINKE und Grüne mit ihrem Plädoyer für den ökologischen Fußabdruck allein.

Die anderen Parteien haben sich der Anerkennung ökologischer Grenzen nicht entzogen, aber auf ein anderes Deutungsmuster gesetzt, auf das Konzept planetarischer Grenzen, das vom schwedischen Umweltforscher Johan Rockström mit einem Team namhafter Naturwissenschaftler erarbeitet worden ist.

Das Rockström-Team hat neun Problemfelder identifiziert, die entweder unmittelbar oder aufgrund regionaler Häufungen von globaler ökologischer Bedeutung sind: Klimawandel, Versauerung der Ozeane,

stratosphärische Ozonschicht, Phosphor- und Stickstoffkreisläufe, Aerosolbelastung der Atmosphäre, Bereitstellung von Trinkwasser, Veränderungen der Landnutzung, Verlust biologischer Vielfalt und Verschmutzung durch Chemikalien.

Für sieben dieser neun Problemfelder werden mit jeweils eigenen Maßen planetarische Grenzwerte genannt, die künftig einzuhalten sind, wenn katastrophale Folgen vermieden werden sollen. Auf drei Problemfeldern – Klimawandel, Tempo des Verlusts biologischer Vielfalt und Phosphorkreislauf – seien die vorgeschlagenen Grenzwerte bereits überschritten, und deshalb gebe es vor allem hier den dringendsten Handlungsbedarf.¹⁰ Diese Empfehlung haben alle Parteien des Bundestages angenommen – LINKE und Grüne allerdings mit der zusätzlichen Forderung, den ökologischen Fußabdruck mit seiner Doppelbotschaft von ökologischer Tragfähigkeit und Gerechtigkeit in den Rang eines offiziellen Indikators zu erheben.

Die Grenzen rücken näher, und die Anerkennung dieser Grenzen wird breiter. Der stoffliche Preis einer nicht mehr aufrechtzuerhaltenden Produktionsweise ist der Atmosphäre, den Böden, den Gewässern und der gesamten Biosphäre eingeschrieben. Die Symptome allerdings zeigen sich selten in aller Deutlichkeit – in einer gut funktionierenden Stadt der globalen Wohlstandszone häufig gar nicht. Nur jenseits wohltemperierter und gut geordneter Gemeinwesen mehren sich die Zeichen beschleunigter, menschengemachter Veränderung: schmelzende Hochgebirgsgletscher, schrumpfende Korallenriffe, auftauende Permafrostböden in Sibirien und Alaska, global steigender Meeres- und regional sinkender Grundwasserspiegel, Artensterben, Überfischung und Versauerung der Meere, Bodenerosion und Wüstenbildung.

¹⁰ Der SRU (Sachverständigenrat für Umweltfragen) weist auf die Grenzen dieses Konzepts hin: »Zu beachten ist, dass die Erhaltung des Naturkapitals – ein Kernelement des Leitbilds der starken Nachhaltigkeit – ein grundsätzlich anderes Schutzkonzept darstellt als die Einhaltung ökologischer Grenzen. Grundsätzlich ist die Erhaltung des Naturkapitals der strengere Maßstab, weil er jede Minderung zu vermeiden sucht und sich nicht nur an der Vermeidung von Katastrophen orientiert. Dennoch ist das Konzept der ökologischen Grenzen eine sinnvolle Ergänzung zum Leitbild der starken Nachhaltigkeit, da es expliziter auf kritische Belastungsschwellen für wichtige globale Ökosysteme verweist.« (SRU 2012: 42)

Wie ein Zusammenspiel von Gefährdungen aussehen könnte, wie sie sich gegenseitig hochschaukeln, ist dabei noch weitgehend unbekannt. Aber eines scheint gewiss: Je länger die rücksichtslose Versenkung von Schadstoffen in Luft, Boden und Gewässern anhält, desto aufwändiger werden die Reparaturen, desto brutaler werden die Anpassungen und umso mehr ist mit unkontrollierbaren Umbrüchen zu rechnen.

Zugleich wächst die Zahl der Rohstoffe, deren Verfügbarkeit auf längere Sicht fraglich wird oder deren Ausbeutung zu teuer beziehungsweise ökologisch nicht mehr zu rechtfertigen ist. Die Förderung konventionellen Öls hat ihren Höhepunkt (Peak Oil) bereits hinter sich. Aktuell ist die fossile Energieversorgung nur aufgrund zunehmender Nutzung unkonventioneller Quellen wie etwa Schiefergas, Teersande oder Tiefsee stabil (Energy Watch Group 2013). In der näheren Zukunft werden weitere Energieträger und vermutlich auch einige mineralische Rohstoffe ihr Fördermaximum überschreiten.

Ein verringertes Angebot bei gleichzeitig weiter wachsender Nachfrage lässt die Preise steigen und hat weitere Folgen, wie etwa die Jagd auf Bioressourcen, die als Ersatz dienen sollen. Das wiederum verschärft Nutzungskonkurrenzen (Energie- versus Nahrungsproduktion) und lässt den Boden noch mehr zum knappen Gut werden. Von »Peak Soil« ist die Rede, und manche Experten sprechen bereits von »Peak Everything«. Folglich muss die allseits beschworene Reduktion des Energie- und Stoffverbrauchs schon in den kommenden zwei Jahrzehnten zu einem deutlichen und anhaltenden Trend werden, wenn die Schäden nicht ins Unbeherrschbare steigen sollen.

Worauf all das hinausläuft, ist heute nicht in allen Einzelheiten, aber doch in hinreichender Klarheit bekannt: Die industrielle Logik massenhafter Indienstnahme der Natur und die ökologische Logik natürlicher Kreisläufe laufen gegeneinander und passen kaum noch irgendwo zusammen. Deshalb verlangt die gefährdete Reproduktion der Natur eine neue, eine andere Ökonomie. Wirtschaftliche Entwicklung ist grundlegend neu zu denken.

Bislang allerdings haben die naturwissenschaftlichen Erkenntnisse keine sozialwissenschaftliche Entsprechung gefunden. Dass große Veränderungen bevorstehen, findet appellativ durchaus seinen Ausdruck, aber nahezu ausschließlich in Begriffen, die keine Handlungsschärfe haben, die weder Gegner benennen noch Bündnisse schmieden. Mas-

senhaft finden sich merkwürdig subjektlose Aufrufe zur Revolution – Revolutionen ohne Revolutionäre. Diese Aufrufe sind besser als reines Moralisieren, aber die notwendige Trennschärfe haben sie nicht. Deshalb ist es zunächst geboten, die Botschaft der naturwissenschaftlichen Erkenntnisse ins Gesellschaftliche zu übersetzen und zu fragen, welche politisch-konzeptionellen Leitlinien daraus folgen.

Wir leben in einer »vollen Welt«. Das war schon vor längerer Zeit der Befund des US-Ökonomen Herman Daly (2005), der damit den Begriff des Anthropozän vorweggenommen hat, ohne ihn zu nennen. Er meinte damit, dass die Welt des Menschen heute nahezu vollständig die natürlichen Kreisläufe prägt. In früheren Jahrhunderten, in der »leeren Welt«, war die menschliche Aneignung der Natur eher ein unbedeutendes Phänomen, blieb regional begrenzt und hatte noch keinen globalen Charakter. Was die einen taten, war für die Menschen auf anderen Kontinenten – jeweils in ökologischer Hinsicht – ohne Bedeutung.

In einer vollen Welt ist das anders. Hier ist jeder Zuwachs zugleich ein Rückgang, jeder Nutzen ein Schaden an anderer Stelle. Deshalb, so Dalys Schlussfolgerung in ökonomischer Terminologie, ist der Grenznutzen des Wachstums tendenziell null und kann auch negativ werden, wenn die angerichteten Schäden den gestifteten Nutzen übersteigen. Daly nennt das »unökonomisches Wachstum« und ist mit diesem Begriff leider eine Ausnahme geblieben. Denn in aller Regel gilt immer noch, was Kenneth Boulding, ein anderer Begründer der ökologischen Ökonomie, schon vor 40 Jahren feststellte: »Wer glaubt, dass in einer endlichen Welt immerwährendes Wachstum möglich sei, ist entweder ein Verrückter oder ein Ökonom.«¹¹

Was als Mehrung des Wohlstands erscheint, wird zum globalen Nullsummenspiel, in dem jeder Gewinn zugleich ein Verlust ist, jeder Vorteil des einen der Nachteil des anderen. Beim Nullsummenspiel aber bleibt es nicht, wenn es über längere Zeit anhält. Denn die Verluste und Schäden summieren sich nicht nur, sondern können auch den Zusammenbruch von Ökosystemen bedeuten.

Vor diesem Hintergrund dämmert allmählich selbst einigen hartnäckigen Verfechtern freier Märkte, wie in der Enquete-Kommission Wachs-

¹¹ Diesen prägnanten Ausdruck soll Kenneth Boulding 1973 während einer Anhörung des US-Kongresses verwendet haben.

tum des Bundestages deutlich geworden ist, dass die Ökonomie erstmals unter dem Dach umfassender Größenbeschränkungen zu denken ist. Erstmals geht es um den naturwissenschaftlich begründeten Befund, dass weitere Expansion in den bisherigen Formen ökologisch gefährlich ist und deshalb auch volkswirtschaftlicher Irrsinn.

Der Irrsinn ergibt sich aus der Gesamtheit der Schäden, der daraus folgenden Anpassungen und – nicht zuletzt – der Desökonomien der Ressourcenförderung. Denn es gibt nicht nur die Überlastung der Schadstoffsenken und die steigenden Kosten der Begrenzung und Beseitigung von Schäden, sondern eben auch das Ende der »low hanging fruits«, der leicht zugänglichen Rohstoffe mit geringem Förderaufwand.

Damit ist auch klar, dass die bisherige Entwicklung von Europa, Nordamerika, Japan und anderen entwickelten Ländern nicht der Normalfall der Geschichte, vielmehr ein Sonderfall ist, der angesichts begrenzter Ressourcen nicht zu verlängern und schon gar nicht auf die Welt zu verallgemeinern ist.

Dieser Sonderfall wird in absehbarer Zeit ein Ende finden. Ob dieses Ende chaotisch und gewaltsam sein wird, ob wir uns einem veränderten Zustand mit noch schärferer sozialer Spaltung und vielleicht sogar mit diktatorischen Zügen nähern oder ob der schnelle Einstieg in einen umfassenden Umbau gelingt – das ist die unentschiedene Frage. Dass sich die Menschheit nur Aufgaben stellt, die sie auch lösen kann, wie Karl Marx einmal behauptete, ist keineswegs gewiss.

Eines allerdings ist sicher: Im neuen ökologischen Zeitalter schmilzt der Gehalt der bisher vorherrschenden ökonomischen Theoreme und der politischen Leitideen, die sich daraus ergaben, wie der Schnee in der Frühjahrs Sonne. In einer vollen Welt scheitern die alten ökonomischen Grundsätze, weil das von ihnen als selbstverständlich Vorausgesetzte nicht mehr gilt. Die jederzeit grenzenlos verfügbare Natur, die Basis aller traditionellen Theorien, ist unwiderruflich Vergangenheit. Der Reihe nach fallen deshalb die Helden von den Sockeln.

Die Vorstellung von Adam Smith, dass Gemeinwohl aus millionenfachem Eigennutz resultiert, war immer schon fraglich. Jetzt ist sie endgültig obsolet. In einer Welt mit starken ökologischen Restriktionen ist jeglicher Luxus ein unmittelbarer Anschlag auf das Leben anderer. Wenn das als wahr erkannt ist, fallen die Entschuldigungen herkömmlicher Art und vor allem die Rechtfertigungen in sich zusammen. Dann

kann man auch die Mildtätigkeit der Reichen als obszönes Schmierstück verachten.

Die Vorstellung von John Maynard Keynes, dass man aus Krisen herauskommt, in dem man die gesamtwirtschaftliche Nachfrage mit politischen Mitteln beeinflusst, mag kurzfristig immer noch richtig sein, aber angesichts der Enge der ökologischen Grenzen ist auch dieser Tradition kein brauchbarer Rat mehr zu entnehmen. Die scheinbar kühle Rationalität des einzelnen, in Begriffen von Aufwand und Nutzen denkenden und vom Standpunkt des einzelnen Vorteils Handelnden bedeutet, wenn man sie massenhaft und ungesteuert laufen lässt, nicht nur volkswirtschaftliche Irrationalität (Krisen, Massenarbeitslosigkeit), wie von Keynesianern zutreffend erkannt. Sie bedeutet eben auch gesamtökologische Irrationalität – und diese viel größere Gefahr muss nun der konzeptionelle Rahmen sein, der gleichzeitig Antworten auf die alten Gebrechen des Kapitalismus formuliert.

Die besten Ökonomen gingen in der Vergangenheit davon aus, dass irgendwann materieller Reichtum in zwischenmenschlichen Reichtum umschlägt. Diese These teilten beispielsweise Marx und Keynes. Bei Marx war diese Prognose mit den Widersprüchen des kapitalistischen Systems begründet. Keynes setzte eher darauf, dass die besitzende Klasse und mit ihr das ganze Volk zur Ruhe kommen und die Früchte des Fortschritts genießen wolle. Entsprechend fand der Umschlag unterschiedliche Fassungen. Für Marx war klar, dass die neue Qualität gesellschaftlicher Verhältnisse organisiert werden muss und ohne harte Kämpfe nicht zu haben ist. Keynes setzte eher auf die Einsicht der Kontrahenten.

Heute sind all diese Auffassungen nichtig, nicht nur die von Smith, auch die von Marx und Keynes. Denn weder Gemeinwohl noch verheißungsvolle Zukunftserwartungen können heute noch als abhängige Variable der ökonomischen Maschinerie verstanden werden. Heute muss umgekehrt das Gemeinwesen die ökonomische Maschinerie zähmen und in den Griff bekommen. Der »Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen« benennt das, was zu bewältigen ist, als »Herausforderung in einer Größenordnung, wie sie die Menschheit noch nie erlebt hat« (WBGU 2011: 29).

Das ist richtig. Aber was bedeutet es? Das bislang größte Menschheitsproblem ohne Erfahrung meistern? Auf Sicht navigieren, wo es

doch um Vorsorge, also Voraussicht, und um global Verbundenes, also Systematisches, ginge? Stehen wir ausgerechnet in einer Situation, in der es in der Welt um alles geht, in unserer Erfahrung und in unserem Denken vor dem Nichts?

So drastisch müsste man die geistige Lage nur bewerten, wenn die heute dominierende ökonomische Weltsicht den Referenzrahmen liefert. Den Rahmen sprengen ist deshalb auch intellektuell ein guter Grundsatz, dessen erste Konkretisierung – als Konsequenz des großen Raubzuges – lauten sollte: Die Ökologie wird zum Ausgangspunkt der Ökonomie. Entsprechend werden die Naturwissenschaften und die darauf aufsetzenden, technisch gestaltenden Ingenieurwissenschaften zum ersten Mal in ihrer Geschichte quasi zu ökonomischen Basisdisziplinen und zu zentralen Quellen der Politik.

Wenn es der Erhalt der Natur für unsere Spezies ist, der alle gesellschaftlichen Kämpfe in ein neues Licht taucht, dann können auf diese Weise die Natur- und Ingenieurwissenschaften zu einer durch und durch politischen Angelegenheit werden. Naturwissenschaftler, die der Ökologie eine Stimme geben, markieren unter anderem die Differenz der Zeitregime. Denn die langwierigen adaptiven Prozesse, die in der Natur ablaufen, stehen im direkten Widerspruch zum profitgetriebenen Verwertungstempo.

Doch Natur- und Ingenieurwissenschaften liefern – so wertvoll und wichtig sie auch werden – keine Wegweiser und keine orientierenden Ordnungsprinzipien für einen vor- und fürsorglichen Umgang mit Natur und Menschen. Sie stellen keine Stoppschilder auf und können Grenzen nicht verbindlich definieren. Dafür braucht es Leitbilder, in denen sich Sensibilität, Naturerhalt und Humanität vereinen. Das ist eine Herkulesaufgabe, die nur gesellschaftlich und vorausschauend geleistet werden kann, die sich mit ihrem vollen Gewicht auch im politischen System niederschlagen muss.

3. Trügerische Erwartungen

Parteien gelten zu Recht als kurzfristig orientierte Maximierer von Mandaten und Macht. Für diese Politik der üblichen Art ist die Herausforderung einer gefährdeten Weltökologie offenbar viel zu groß, in ihren räumlichen und zeitlichen Dimensionen viel zu weitreichend. Dennoch müssen sich alle politischen Strömungen zu den ungewohnten Themen des ökologischen Zeitalters verhalten und sich wenigstens geistig-konzeptuell darauf einstellen. Wie konsequent und glaubwürdig sie das tun, dürfte künftig die politische Auseinandersetzung prägen.

Bürgertum im zweifelnden Trotz

Es ist schon eine Weile her. Aber es gab tatsächlich eine Zeit permanenter Steigerung des allgemeinen Wohlstands. Wer im »Goldenen Zeitalter« (Joan Robinson), im real existierenden »Traum immerwährender Prosperität« (Burkart Lutz) groß geworden ist, der erinnert sich vielleicht noch, wie das war.

Immer mehr, immer bessere Güter, ob als elektrische Diener zu Hause oder als Produktionsassistenten im Betrieb. Gelebte Zuversicht, weil Jobs für alle da waren und die Einkommen verlässlich zunahmen. Am Ende dieser einmaligen Epoche sogar mehr Demokratie und Freiheit, weil »mitten im Mehr« wieder Sinnfragen auftauchten und das Leben als Ganzes gehaltvoll sein sollte, dieses Begehren auf Straßen und in Fabriken, in Schulen und Universitäten seinen Ausdruck fand, Eindruck machte und – für einen kurzen Moment – die offizielle Politik nicht unbeeinflusst ließ.

Karl-Hermann Flach, FDP-Generalsekretär in jener Zeit, notierte 1971 Gedanken, die heute klingen, als kämen sie von einem anderen Stern: »Der Kapitalismus als vermeintlich logische Folge des Liberalismus lastet auf ihm wie eine Hypothek. Die Befreiung des Liberalismus aus seiner Klassengebundenheit und damit vom Kapitalismus ist daher die Voraussetzung seiner Zukunft.« (Flach 2013: 114)

Wäre, was damals möglich schien, der Zug der Zeit in Richtung nicht nur postindustrieller, sondern auch egalitär-ökologischer Lebenswelten,

also in Richtung wirklich neuer Horizonte, weiter gefahren, dann könnten wir heute über die globalen Herausforderungen ganz anders reden und von anderen Niveaus aus handeln.

Dazu kam es bekanntlich nicht. Die Namen Ronald Reagan und Margaret Thatcher stehen als sichtbare Repräsentanten für den Bruch mit dem zuvor geltenden Konsens, der in Westdeutschland den Erhard'schen Titel »Wohlstand für alle« trug. Seit den 1980er Jahren gelten in der angelsächsischen Welt, seit den 1990er Jahren gelten auch in Kontinentaleuropa neue Leitlinien für ein altes Klassenmodell.

Wer arbeitslos ist, wird doppelt bestraft: weniger Rechte, weniger Almosen. Die normalen Lohnabhängigen dürfen immer schneller, immer hektischer arbeiten, aber haben nichts davon: Die Reallöhne stagnieren. Das diplomierte Fachpersonal soll in einer Mischung aus Disziplin und Kreativität alles aus sich herausholen und bekommt – auf den höheren Ebenen – gelegentlich einen satten Zuschlag. Die Unternehmerschaft kann wieder freier agieren und nach unten treten, ist aber auch von fremden Zwängen getrieben. Denn die Herren des Geschehens sind andere. Ganz oben thronen Großaktionäre und Financiers, sahen ab, weil wieder eindeutig das Eigentumsprinzip zählt.

So kam es zu einem Arrangement, in dem der stumme Zwang der Verhältnisse – anders als in den goldenen Jahrzehnten des Fortschritts – wieder regiert. Statt Zuversicht für das eigene Leben und begründeter Erwartungen für die Zukunft der Kinder machte sich wieder breit, was überwunden schien: Arbeitslosigkeit auf hohem Niveau und die ständige Bedrohung ehemals verlässlicher Sicherheiten. Seitdem ist eine Menge Grau in den Alltag eingewoben – längst nicht für alle, aber für eine deutlich gewachsene Zahl. Nicht nur unten, sondern bis weit in die Mitte hinein gelten wieder die alten Grundsätze: sich fügen, Zumutungen stillschweigend akzeptieren, das eigene Leben halbwegs und mit einem leidlich funktionierenden Sozialstaat in den Griff bekommen. Zynische Weisheiten und immer kürzere Zyklen billig gewordener, technischer Spielereien müssen die Sinnlücken füllen.

All das hat Folgen für die Legitimation bürgerlicher Herrschaft. Das Bürgertum sitzt, weil es bislang an glaubwürdigen und begehrenswerten Alternativen mangelt, fest im Sattel – aber ohne Esprit, ohne Strahlkraft, ohne Vision. Die Vollstrecker gemästeter Macht, Banker und Manager, verwirklichen das Steigerungsversprechen, das im »Goldenen Zeital-

ter« für alle gelten sollte, nur noch für ihre Auftraggeber und für sich selbst. Nach langen Jahren exzessiver Reichtumspflege sind ihre Vermögenslisten gut gefüllt, aber ihre Glaubwürdigkeit nichtig – und der geistige Vorrat ihrer politischen Repräsentanten leer gefegt. Was kann das bürgerliche Lager jetzt, beim unwiderruflichen Eintritt ins ökologische Zeitalter noch bieten?

Sein Angebot ist der nackte Markenkern konservativer Liberalität, angereichert mit Preisschildern für die Natur, die – das wird zugestanden – nicht nur, aber auch von der Politik zu beschriften sind. Das Besitzbürgertum und seine politischen Gewährsleute versuchen, die ökonomische Story der vergangenen Jahrzehnte fortzuschreiben – vor allem mit den gleichen, aber auch mit einigen zusätzlichen Mitteln, die es ermöglichen sollen, auf versteckte ökologische Kosten und auf Rohstoffknappheiten zu reagieren. Die Leitlinie heißt: weiter im Gang der ökonomischen Dinge und etwas breiter bei den politischen Instrumenten.

Die große Hoffnung des liberalen und konservativen Bürgertums bleiben – stets in optimistischer Sprache formuliert – preissensible Märkte, findige Investoren, ehrgeizige Unternehmer und die Substitution all dessen, was nicht mehr hinreichend zur Verfügung steht oder – im Extremfall – zugrunde gegangen ist. Damit aber am Anfang der Wirkungskette richtige Signale zu vernehmen sind, braucht auch die Natur einen Preis – das ist die Quintessenz bürgerlicher Umweltpolitik. Dabei sollen vor allem Marktinstrumente zum Zuge kommen. Richtige Preise, gute Umwelt – so heißt die Rettungsformel für den eigenen Glauben.

In diesen Trotz des Bürgertums mischen sich allerdings auch Zweifel. Denn Märkte und die sie prägenden Gewinnkalküle stehen im Verdacht des weitgehenden oder gar vollständigen Versagens, wenn es um existenzielle Allgemeingüter geht. Märkte reagieren kurzfristig – es geht aber um langfristige Zyklen der Natur. Märkte orientieren sich an Preisen und Mengen – Natur aber ist ein komplexer lebender Zusammenhang. Märkte folgen dem Auf und Ab der Preise – aber für viele Naturgüter wird es keine Preise geben. Und selbst wenn Preise »die ökologische Wahrheit sagen«, also höher liegen, weil sie ökologische Folgekosten wenigstens näherungsweise einschließen, kann die Wirkung verheerend sein.

Denn gerade dann wird die vorher zu teure Förderung von Rohstoffen in sensiblen Gebieten und mit fragwürdigen Methoden lukrativ. Hinzu

kommen all die Preisverzerrungen, die von Spekulationen ausgehen, und die Verteidigung nicht mehr zeitgemäßer Technologien durch Weltkonzerne, die keinerlei Interesse am Ende des fossilen Zeitalters haben. Märkte sind längst nicht immer, häufig nur mit politischem Anschub, dem Neuen zugewandt, wie die erneuerbaren Energien zeigen.

Der Dreiklang von Knappheiten, Preisen und Märkten, der im Ergebnis zum Gemeinwohl führen soll, wird im ökologischen Zeitalter zu einem dumpfen Geräusch. Er passt nicht mehr. Auch ganz praktisch funktioniert er nicht mehr. Deshalb gibt es auch im bürgerlichen Lager ein Sich-Einstellen auf die neuen Prinzipien der Kooperation, der Gleichheit und der Planung. Man versucht, sie zu entern und einzubinden ins eigene Konzept.

Die Notwendigkeit weltweiter Zusammenarbeit mit dem Ziel, die Allgemeingüter zu schützen, ist auch vom etablierten Bürgertum anerkannt. Man kommt daran nicht vorbei, handelt aber auf einem ungewohnten Feld. Denn hier werden die Mächtigen zu Beschuldigten, weil sie ihren Anteil am »Naturbudget« schon aufgezehrt haben. Hier werden die ökonomisch Starken zu ökologisch Schwachen, weil sie dem Rest der Welt zugestehen müssen, was sie längst schon getan haben. Deshalb heißt das Motto, das der Verzögerung dient, aber legitim klingt, nicht Gleichheit, sondern Gleichschritt. Man komme aufgrund der Globalität der Probleme doch nur weiter, so wird behauptet, wenn alle Menschen und Staaten dieser Erde koordiniert in die gleiche Richtung der Ressourcenschonung und Emissionsenkung schreiten.

So versuchen die Vertreter des Nordens, das Prinzip der Kooperation aufs Prozedere zu verengen und auf ein Vorgehen im Gleichschritt zu verkürzen. Dass die entwickelten Länder schneller und entschiedener handeln müssen, wird zugestanden. Aber der entscheidende Mangel – das große Plus aus Sicht der Bremser – bleibt: Globale Koordination ist ein zähes Geschäft ohne Kraft und Geschwindigkeit, wenn die mächtigsten Spieler kein Interesse daran haben. Mit dieser willkommenen Entschuldigung lässt sich dann vermeiden, auf den Grundsatz der Gleichheit einzugehen, den man – zumindest auf der globalen Ebene – nicht angreifen könnte, weil das Beharren auf Ungleichheit nicht als legitim ausgesprochen werden kann.

Bei aller Flexibilität, die das bürgerliche Lager zu praktizieren weiß, will man doch den Kern der eigenen Herrschaft aufrechterhalten. Vor

allem die Unternehmerschaft klammert sich an das bewährte Rezept: Restauration der gesellschaftlichen Verhältnisse durch permanente Revolution der Dinge, also Bewahrung der eigenen Dominanz durch ständig erweiterte Naturbeherrschung und daraus folgender Legitimation. Dabei soll es auch in Zukunft bleiben. Denn, so die rhetorische Frage an das Volk: Sollen wir etwa den Leuten verbieten, innovativ zu sein, etwas zu unternehmen, Bedürfnisse der Kunden zu befriedigen und dafür dann auch den verdienten Gewinn einzustreichen?

Das Problem ist nur: Diese Praxis passt noch im Einzelnen, aber nicht mehr im Ganzen. Angesichts ökologischer Grenzen beginnt permanent erweiterte Naturbeherrschung unmöglich zu werden. Was zu tun ist, steht quer zu dem, was das Bürgertum verlängern will. In den beiden vergangenen Jahren ist in den Sitzungen der Bundestags-Enquete-Kommission »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität« bis hin zu grotesken Peinlichkeiten deutlich geworden, dass Konservative und Liberale bei den großen Zukunftsaufgaben nackt dastehen. Ihre Philosophien und Selbstrechtfertigungen tragen nicht mehr. Tauglich ist weder die als Neoliberalismus in Verruf geratene Mobilisierung egoistischer Instinkte noch konservatives Bewahren im alten Sinne.

Die erste Variante, die seit den Zeiten von Reagan und Thatcher forcierte Freiheit für Finanzakteure und Investoren, ist zwar in der Wirklichkeit immer noch sehr lebendig, aber als Idee spätestens in den Krisen der vergangenen Jahre an sich selbst gescheitert. Den Geretteten, den Banken, den Finanzakrobaten und ihren Klienten, den Reichen und Superreichen, gelingt es, ihren Rettern, den Staaten, die Bedingungen ihrer Rettung zu diktieren, weil sich bürgerliche Politiker, unterstützt von Sozialdemokraten und Grünen, willfährig zeigen. Da äußert sich schiere Macht, aber nirgends eine Idee.

Ebenso ist der Ruf neoliberaler Piraten in den Entwicklungsländern ruiniert. Denn unter der Flagge der Marktfreiheit segelten allzu oft Fanatiker, die man als Stalinisten des Privatinteresses bezeichnen könnte. Wie Naturkatastrophen als »window of opportunity« für das Abräumen von Staatlichkeit, für die Ausradierung sozialer Gefüge genutzt oder wie soziale Katastrophen zu demselben Zweck bewusst herbeigeführt werden, hat Naomi Klein (2007) eindrucksvoll an vielen Beispielen beschrieben und mit Dokumenten belegt. Gegen diese Praxis der zynischen Verachtung hat sich längst eine Gegenbewegung gebildet,

die wieder auf die eigenen Kräfte und auf gemeinwirtschaftliche Organisationsformen setzt.

Die zweite Variante, das vorsichtige Bewahren, geht heute auch nicht mehr. Der alte, der klassische konservative Standpunkt wandte sich gegen Übermut und Anmaßung, gegen die Hybris des Eingreifens, gegen die Vorstellung, dass man Herkömmliches und Bestehendes durch Willensakte außer Kraft setzen oder gar vom Tisch fegen könne.

Geschichtlich ist dieser alte Standpunkt zwar durch Revolutionen widerlegt worden. Denn bisweilen sind eben die Umstände so unerträglich, dass die Menschen die gewohnten Bahnen verlassen und ins Ungewohnte springen, auch wenn sie nicht wissen, was danach kommt. Aber Revolutionen passieren selten, und ihr Resultat kann auch unangenehm sein. Deshalb war der konservative Standpunkt, zumindest der redlich vorgetragene und nicht von einseitigen Interessen durchdrungene, nicht immer nur falsch. Denn je willkürlicher, je unorganischer die revolutionären Willensakte, desto schneller waren Diktaturen etabliert, auch wenn zunächst die Namen und Verkleidungen die Sinne täuschten.

Diesen alten, mahnenden Konservatismus gibt es schon lange nicht mehr. Politisch konstituiert, zur Partei geworden, ist der Konservatismus vor allem aktives Gegenprogramm, Antipode zum Fortschrittsdenken. Damit unterliegt er der Gefahr, sich in das zu verwandeln, was er angeblich bekämpfen will – in eine ideologische, in eine gläubige Haltung.

Als Partei in der Arena der politischen Konkurrenz kommt der Konservatismus nicht umhin, Zukunft zu antizipieren, Ziele zu formulieren und damit sich selbst einer Gestaltungsanmaßung anheimzugeben. Die Setzung äußerer Zwecke, dieses dem Fortschrittsdenken immanente Rütteln am Herkömmlichen und Bestehenden, dringt in den Konservatismus ein und verwandelt den Inhalt seiner ursprünglichen Idee.

Diese alte Idee ist eines verdienten Todes gestorben, weil die geschichtliche Entwicklung über sie hinweggegangen ist und eine sich wirtschaftlich-technisch permanent verändernde Gesellschaft geschaffen hat. Wenn konservatives Denken heute überhaupt noch produktiv sein wollte, müsste es auf einen Mäßigungsappell hinsichtlich der Naturnutzung schrumpfen und die Hybrisanklage fallen lassen, weil der Verzicht auf resolute Eingreifen einem Todesurteil für die menschliche Zivilisation gleichkäme. Denn heutige Gesellschaften sind in vielfältiger Weise

von Zukunftsantizipationen, von Strategien, von konzertierten Aktionen, von zielgerichtetem kollektivem Handeln abhängig.

Der alte konservative Standpunkt, die gegebenen Verhältnisse zu bewahren und nur auf minimal-invasives Management zu setzen, würde heutige Gesellschaften in ihrer Reproduktionsfähigkeit gefährden. Wenn dem kapitalistischen Wirtschaftsleben die Hybris permanenter Veränderung eingeschrieben ist, wenn der Übermut seine Daseinsweise ist, sind Eingriffsnotwendigkeiten und Gestaltungszwänge gesetzt. Die Anmaßung der Politik und des Gemeinwesens ist das notwendige Pendant zum Übermut des Kapitals. Nicht über das »Ob« von Veränderungsstrategien lässt sich streiten, sondern nur über das »Wie«.

Wie Ole von Beust, Hamburgs ehemaliger Erster Bürgermeister, rückblickend schreibt: »Das Kernthema also der Konservativen, das Gestaltenwollen gegen eine Veränderung, ist unlösbar geworden.« (Beust 2012: 190) Eben deshalb begeben sich auch Konservative auf Erkundungspfad, scheitern dabei aber regelmäßig, weil sie nur an ihren Dogmen kratzen, aber sie nicht erschüttern können.

Die bürgerliche Welt bietet hier und da noch Stabilität, aber nirgends mehr ein glaubhaftes Zukunftsversprechen, keine Vision, keine Ideen, kein Projekt. Wenn der Markt seine Utopiefunktion verliert, wenn egoistisches Streben Gemeinwohl zerstört, dann muss etwas anderes an seine Stelle treten. Fühlbar wird, dass im ökologischen Zeitalter andere Normen und andere Prinzipien, letztlich andere Wirtschaftsweisen notwendig werden, wenn Demokratie und Zivilisation halbwegs gewahrt bleiben sollen. Diese Einschränkung zu wahrender demokratischer Zivilisation kann man auch fallen lassen. Wie stark der Zug ins Reaktionäre sein wird, kann man heute nicht wissen, wohl aber, dass es darum erbitterte Kämpfe geben wird.

Das alte Bürgertum hat zwar noch die materiellen Machtmittel in der Hand. Es kann verhindern, bremsen, ablenken, Zwietracht säen. Aber nach vorn hat es wenig zu bieten. Es landet in der geistigen Sackgasse, die am Ende immer enger wird. Sie wird enger, weil weder die alten noch irgendwelche neuen konservativen Haltungen echte Optionen sind.

Der geistige Bankrott des alten Bürgertums ist zwar unübersehbar, aber noch kein wirklicher Grund zur Freude. Denn die wirtschaftsbürgerliche Ordnung kann auch ohne geistige Hegemonie eine lange Weile weiterleben. Zahlreich sind die Strukturen, die aktiv am Alten festhalten.

Lösungen im alten Sinne bringen kurzfristig immer noch positive Effekte, auch wenn das Unbehagen zunimmt. Nicht zuletzt ist für die Menschen mit Geld und Stimme in den vergangenen 30 Jahren vieles besser geworden, sodass ihr Interesse am Status quo noch gewachsen ist.

Außerdem ist die Frischzellenkur schon da: Die grünen Reformisten mit ihrem Angebot, das nicht nur aus neuen Produkten, sondern auch aus geistigem Nachschub besteht. In Deutschland haben die Konservativen, jedenfalls als Partei, dieses Angebot notgedrungen gerade angenommen, wissen aber noch nicht so recht, ob sie es mit einem guten Cognac verdauen oder sich doch lieber den Finger in den Hals stecken sollen.

Reformisten im grünen Rausch

Grün ist die Trendfarbe. Grün setzt die Maßstäbe. Grüner werden – das haben sich die UNO, die ILO, die OECD und die EU auf die Fahnen geschrieben. Am Bekenntnis zur Umwelt, zur Ressourcenschonung und zum Naturerhalt kommt in internationalen Organisationen und besonders in Europa niemand vorbei.

Grüne Themen sind vom Rand ins Zentrum gerückt. Entsprechend sind diejenigen, die früh aussprachen, was heute Allgemeingut ist, authentischer und vertrauenswürdiger als andere. Jenseits von Meinungskonjunkturen, jenseits aller zufälligen Ereignisse, die Stimmungen prägen, die in den Umfragen für ein Auf und Ab sorgen, sind grüne Reformisten im langfristigen Aufwind. Das gilt zunächst unabhängig von den Parteifarben für alle politischen Lager – zumindest in Deutschland, wahrscheinlich auch in Europa und langfristig vielleicht sogar in den USA, auch wenn dort der Irrationalismus immer noch stark ist und den politischen Kurs bestimmen kann.

Dieser Aufwind ist zunächst die Frucht des frühzeitigen Erkennens, der Bestätigung durch Tatsachen der Naturzerstörung, die heute in anschauliche und deshalb wirksame Bilder gefasst werden können. Der politische Gewinn des Rechthabens ist allerdings stets prekär und niemals stabil. Der eigentliche Grund für den Aufwind grüner Reformisten ist deshalb ein anderer. Solange das Bürgertum angesichts der geschilderten Herausforderungen, für die es hier und da pragmatische

Lösungen, aber keine Leitideen hat, nicht ins Reaktionäre taumelt oder sich bewusst dorthin begibt, ist der grüne Reformismus – die Erneuerung der Technik, nicht der Gesellschaft – das strategische Projekt schlechthin.

In Deutschland kommt mit der Leitidee grünen Wachstums zusammen, was zwar nicht automatisch passt, aber doch miteinander verwoben werden kann: erstens ein konzeptionelles Angebot an die Wirtschaftsmächtigen, zweitens eine aussichtsreiche Legitimationsquelle für die internationale Autorität des Landes (auch wenn gleichzeitig die Junior-Beteiligung an Ressourcenkriegen erfolgt), drittens ein politisches Dach für problembewusste Wählerschichten verschiedenster Herkunft, zunehmend auch für die »stofflichen Reformisten«, die Ingenieure und Techniker, und viertens das Versprechen, dass es doch noch eine lebenswerte Zukunft geben kann, eine Zukunft, die – so die zentrale Botschaft der grünen Reformisten – keine Umwälzungen braucht, sondern konsequente ökologische Modernität.

Genau das verkörpern grüne Reformisten: ökonomisch nüchtern und unideologisch, lebensweltlich cool und individualistisch, ökologisch problembewusst und verantwortungswillig. Der grüne Reformismus ist mittlerweile in allen politischen Parteien verankert und wäre in Deutschland – wenn alle aus dieser Geistesströmung sich vereinten – die dominante politische Kraft. Das Szenario einer politischen Neuformierung entlang ökologischer Linien ist allerdings sehr voraussetzungsvoll und deshalb unwahrscheinlich. Auf absehbare Zeit behält der grüne Reformismus trotz seiner gesellschaftlichen Breite eine eher schmale parteipolitische Basis, nämlich die Partei gleichen Namens, die Grünen.

Die SPD, die als politisch schwankende Gestalt sich überall bedient, aber nichts Eigentümliches, erkennbar Eigenes, mehr bieten kann, gehört auch zum grünen Reformismus, weil sie nur mit diesem geliebten Konzept noch etwas halbwegs Kleidsames anziehen kann. In weiten Teilen noch dem alten Industrialismus verbunden ist die SPD zu eigenem strategischem Handeln offenkundig nicht mehr fähig und hat die geistige Führungsrolle an die Grünen abgegeben.

Die Grünen, die einstmals nicht nur das Verhältnis zur Natur, sondern auch die Grundstrukturen der Gesellschaft verändern wollten, haben heute ein bescheidenes Programm, das gut in den Zeitgeist passt: Technik schnell ändern, Wirtschaft und Gesellschaft im Wesentlichen bei-

behalten, wie sie sind, aber entstauben, entgiften, durchlüften. Weg mit den Dreckschleudern fossiler Energie und den Giftkreisläufen der industrialisierten Agrarwirtschaft – her mit dem bio-coolen, selbstbestimmten Leben im gut bezahlten Job. Sarkastisch könnte man sagen: Politik für die Wohlstandsoasen mit Wohlfühlgarantie und gewissenreinem Weltverbesserungsanspruch.

Diese rein lebensweltliche Typisierung würde allerdings die strukturellen Gründe für den wachsenden Einfluss verfehlen. Die Basis grüner Reformisten wird breiter, weil ihr wesentliches Reservoir, die gebildete Urbanität, ständig wächst. Und dieses Wachstum ist – ob bewusst oder unbewusst – das Programm aller Parteien. Mehr Bildung und mehr weltgewandtes Problembewusstsein – das wollen schließlich alle.

Seit 1980 haben die Grünen 18 Jahre permanenter Häutungen erlebt und sind – in diversen Landesregierungen bereits zahm geworden – zunächst in der Bundesregierung und dann in verantwortungsbereiter Opposition gelandet. Wirtschaft und Gesellschaft in ihren heutigen Grundformen haben sie voll und ganz zu akzeptieren gelernt. Das war nicht immer so. Im September 1986 forderten die damals noch recht radikalen Grünen programmatisch einen »Umbau in der Industriegesellschaft. Schritte zur Überwindung von Erwerbslosigkeit, Armut und Umweltzerstörung.«

In diesem noch heute lesenswerten Programmpapier heißt es unmissverständlich: »Die Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen macht immer mehr Menschen krank. Die Ausbeutung der Natur lässt die Wälder weiter sterben, die Vergiftung der Luft, des Bodens, der Gewässer und auch unserer Nahrungsmittel nimmt zu. Verantwortlich für diesen Umgang mit der Natur ist die privatwirtschaftliche, kapitalistische Produktionsweise, die sich der Gewinne und Konkurrenz wegen um ihre gesellschaftlichen und ökologischen Folgen nicht kümmert.« (Die Grünen 1986: 4)

Aktuell bevorzugen die Grünen und Teile der SPD den importierten Slogan vom Green New Deal, bei dem allerdings – die Zeiten ändern sich – so manches »Green«, aber kaum noch etwas »New« ist. Der ursprüngliche New Deal von Franklin D. Roosevelt kombinierte wirtschaftliche Stabilisierung mit gesellschaftlicher Veränderung: deutliche Umverteilung von oben nach unten, Gründung neuer Institutionen der Kapitalkontrolle, massenhafte Anwendung gemeinwohlorientierter Ar-

beitsprogramme und erstmaliger Aufbau nennenswerter sozialstaatlicher Strukturen in den USA.

Das war damals ein mutiges, von Roosevelt und seinem Team mit Leidenschaft vorgetragenes und gegen mächtige Interessen durchgesetztes Reformpaket, eine Dehnung des bürgerlichen Rahmens bis zum Äußersten dessen, was damals möglich war. Von solch ambitioniertem gesellschaftlichem Umbau hat sich der Green New Deal in seiner parteigrünen Fassung verabschiedet. Wer den New Deal von Roosevelt für sich reklamiert, aber nur von »grünen Technologien« spricht und darauf verzichtet, im Rooseveltschen Geist nicht mehr zeitgemäße Vermögens- und Machtverhältnisse zu thematisieren, der fälscht die Etiketten.

Diese Kritik bewirkt gegenwärtig allerdings wenig, solange gesellschaftlicher und ökologischer Umbau zwei fast vollständig getrennte Themen bleiben, solange die Vorstellung eines durchgrünten Kapitalismus als letzte, verbliebene Leitidee erscheint. Gemäß dieser Leitidee darf grundsätzlich alles gleich bleiben, die Wirtschaftsordnung, die Macht- und Herrschaftsverhältnisse – nur die Technologien nicht. Das ist der neue Common Sense.

Deshalb wird auf absehbare Zeit der Einfluss des grünen Reformismus weiter wachsen – nicht nur weil die gesellschaftliche Struktur sich in diese Richtung verändert, sondern auch und vor allem weil die ökologische Frage noch deutlicher als die entscheidende Frage hervortreten wird.

Inwieweit sich dieser Rückenwind für die Originalpartei des grünen Reformismus, also für die Grünen selbst, in Wahlen niederschlägt, ist ungewiss. Gewiss aber dürfte sein, dass der grüne Reformismus als geistige Strömung stärker wird und auch Parteien anderen Namens beeinflusst, quasi innerlich verändert. Wer gegen alle Zeichen der Zeit an alt-industrialistischen Traditionen festhält, kann bei Wahlen hin und wieder gut abschneiden, weil die Mobilisierung unmittelbarer Interessen gelingt, aber geistige Initiative ist so nicht zu gewinnen.

Deshalb werden sich alle Parteien allmählich ökologisieren – ob lautstark proklamiert oder rein handwerklich ohne Fanfare. Parteien sind – bei allem Kalk, der ihnen aus den Gliedern rieselt – immer noch adaptive Gebilde, die Trends aufnehmen müssen und das, häufig mit Verzögerungen, auch tun. Sie haben einen Hang zum Opportunem und in Wahlkämpfen auch zur kühl kalkulierenden Prostitution.

Wie lange der grüne Reformismus die geistige Führung behalten wird, dürfte vor allem von der Frage abhängen, wann und inwieweit es zu Neuinterpretationen der ökologischen Herausforderungen kommt. Die wahrscheinlichste Variante ist – analog zu den Tendenzen, die es in den USA längst gibt – eine neo-imperialistische Strategie, die sich weniger dem Schutz der Biosphäre als vielmehr der Sicherung der Ressourcen widmet. Das verlogene, aber passende Motto, das dann aus dem bürgerlichen Lager käme, würde lauten: »Wir sichern unsere Ressourcen, nicht die der ganzen Welt.«

Diese Gefahr ist heute schon spürbar. Sie wird wohl stärker werden, wenn sich abzeichnet, dass irreparable Schäden zunehmen und es nur noch um die Anpassung an fragil gewordene Ökosysteme geht. Dann könnte eine »Rette-sich-wer-kann-Logik« so naheliegen, dass sie auch subjektiv als Option ausgesprochen und verwirklicht wird. Der grüne Reformismus hätte dann ausgedient, weil ihm für den Ressourcen-Nationalismus die Härte fehlt – oder er würde den Schutz der Senken einstellen, weniger ernsthaft betreiben und den Schwenk zur Sicherung der Ressourcen mitmachen.

Eine eher links-grüne Sicht – das ist die andere Variante der Neuinterpretation der ökologischen Herausforderungen. Diese Links-Wendung des Reformismus bedeutet konsequente Ökologie und auf dieser Grundlage Kritik am Green New Deal in seiner parteigrünen Fassung als gesellschaftspolitisch zu zahm, wirtschaftspolitisch zu traditionell und in seinen selbst proklamierten Zielen zu blass. Der Ausgangspunkt eines solchen, wieder etwas fundamentaleren grünen Standpunkts wäre die Inkonsequenz des grünen Reformismus, seine Beschränkung auf das Drehen an den vorhandenen Hebeln, seine unbegründete Zuversicht, dass das Begrünen von Investitionsanreizen und Steuervergünstigungen eine ausreichende Eingriffstiefe entwickelt.

Wie sich der grüne Reformismus im Kraftfeld der beiden Varianten entwickeln wird, dürfte auch von seinem geistigen Umfeld abhängen. Dieses Umfeld lässt sich differenzieren einerseits in den moralischen Teil, der mehr will, aber nicht mehr kann, weil er nur lebensweltlich, nicht ökonomisch zu argumentieren versteht. Und andererseits in den eher politisch und ökonomisch argumentierenden Teil, der die gesellschaftliche Debatte mit deutlicheren Worten beeinflussen könnte, wenn er denn wollte und sich traute.

Der moralische Zweig des grünen Umfeldes begann einst mit wortgewaltigen Kritikern der Maßlosigkeit wie beispielsweise Ivan Illich oder Carl Amery und fand seinen anklagenden Höhepunkt in Rudolf Bahro. Dessen radikale Kritik an jedweder Industrie (Bahro 1987) blieb allerdings von Anfang an ohne Resonanz, was bei ihm selbst den Zug ins Esoterische verstärkte. Am Ende klang Bahro, als wolle er, weil im Äußeren nichts zu erreichen war, nur noch das Innere revolutionieren, als könne man eine neue Mäßigungsreligion am Reißbrett konstruieren. Das war dann schließlich ebenso absurd, wie es heute der Versuch wäre, im digitalen Wahn einen neuen Glauben mit einem Algorithmus für das Ethische zu programmieren.

Von Bahro und seinen Vorgängern ist kaum etwas geblieben, aber der Anruf des Individuums ist in jüngster Zeit wieder zu hören. Dieser erneuerte Appell ist pragmatischer geworden und speist sich aus zwei Quellen. Einerseits wird die Gewissheit formuliert, dass die Strategien grünen Wachstums zum Scheitern verurteilt sind, weil alle Signale, ob ökologischer Fußabdruck oder andere, zu erkennen geben: Schrumpfung, nicht Wachstum ist das Thema. Andererseits enthält dieser Appell einen Aufruf zum genauen Hinsehen: Wer vernünftig leben will, der kann es auch, wie Tausende Projekte beweisen.¹² Deshalb sei der individuelle Ausbruch aus einer nicht mehr zu rechtfertigenden Lebensweise jederzeit möglich – frau und man müsse es nur tun. Für diesen appellativen Zweig des grünen Umfeldes stehen Namen wie Niko Paech, Harald Welzer und Reinhard Loske.

Aus dem doppelten Befund einer schwer zu bändigenden Wachstums-
maschinerie einerseits und andererseits der Fähigkeit, das als falsch Erkannte zu verlassen, folgt dann zwangsläufig die These, dass des Rätsels Lösung irgendwo in der Kultur zu finden sei. Weil aber das Individuum selbst in vielfältiger Weise von der Grenzenlosigkeit des Konsums ge-

¹² »In der Zusammenschau vieler Versuche des Beginnens einer anderen Praxis, des Experimentierens mit einer anderen Wirklichkeit, zeichnet sich in Umrissen ab, wie die Kultivierung des erreichten zivilisatorischen Standards bei radikal gesenktem Ressourcenverbrauch aussehen könnte. Und anhand der vielen Geschichten des Gelingens beginnt sich auch heraus zu formen, was eine neue Geschichte über uns selbst sein könnte. Die nämlich brauchen wir, um die Praxis der Zukunftsfähigkeit in eine politische Bewegung übersetzen zu können, die das Land verändert.« (Welzer 2012: 44)

prägt ist, kann der individuelle Ausbruch auch zur quälenden Hängepartie werden. Im Grunde wird es ohne kulturellen Bruch nicht gehen. Der Gedankengang von Harald Welzer liest sich dann so: »Die ungeheure Erhöhung der Produktivität durch die Nutzung fossiler Energien ging einher mit der Entstehung eines ganz neuen Typs von Individuum, mit einem zuvor gänzlich unbekanntem Sozialtypus des Gestalters seiner eigenen Biografie. Und sie ging deshalb einher mit gänzlich neuen individuellen und politischen Assoziationsformen, mit neuen Zeitregimen, mit neuen Kommunikationsformen, neuen Denkformen, einer neuen Ökonomie ... Konzepte von Wachstum, Mobilität, Fortschritt usw. haben sich in die kleinsten Nischen unserer Lebenswelt eingenistet und stellen einen festen Bestandteil unseres mentalen und emotionalen Haushalts dar ... Deshalb muss jeder Versuch einer gesellschaftlichen Transformation auf das kulturelle Modell abzielen.« (Welzer 2012: 33f.)

Bei Niko Paech tritt deutlicher hervor, dass die »Befreiung vom Überfluss« – so der Titel seines kleinen Manifests – auch gesellschaftliche Garantien braucht, damit möglichst viele die Befreiung wagen (Paech 2012). Aber letztlich kann auch sein Manifest nur auf diejenigen zielen, die mit guten Jobs und gesicherten, eher überdurchschnittlichen Einkommen die Freiheit der Wahl tatsächlich haben. Ob sie diese Freiheit auch nutzen, ist aber immer wieder zweifelhaft. Denn im Alltag ist das Gewissen des Konsumenten meistens so einsam wie das Gewissen des Abgeordneten im Parlament. Und wenn es sich regt, schrumpft es schnell zur Attitüde, der keine Handlungen folgen.

Zivilgesellschaftlich ist die Debatte über das, was Transformation bedeuten sollte, deutlich weiter als die genannten Appelle an den Einzelnen. Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit gehören zusammen, bedingen sich wechselseitig und bedürfen spürbarer Veränderungen der Gesellschaft – das ist weitgehend Konsens in der bunten Szene von Umweltverbänden, Bürgerinitiativen und engagierten Kirchengruppen.

So heißt es beispielsweise in der bislang größten Umbaustudie, in dem monumentalen Werk »Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt«, dass man die ökologische Herausforderung in einem umfassenden Sinn begreifen müsse. »Sie verlangt statt Einzelmaßnahmen systemische Reformen, weil sich die miteinander verschränkten Probleme nur gemeinsam lösen lassen. Noch dominiert in der nationalen Politik eine Strategie des ›grünen‹ Wachstums, ohne die Voraus-

setzungen einer solchen Politik zu überprüfen. Und in der internationalen Politik wird isoliert über den Klimawandel oder den Schutz der Biodiversität verhandelt, ohne einen systematischen Bezug zwischen beiden oder beider mit der Gerechtigkeitsfrage zwischen den Menschen und den Völkern herzustellen.« (BUND et al. 2008: 458)

Jenseits moralischer Traktate, die entweder mehr an den Einzelnen oder mehr an die Gesellschaft appellieren, gibt es die vielen »Soziotechniker«, die mehr könnten, aber offenkundig nicht mehr wollen oder sich aus anderen Gründen bescheiden. Sie sind es, die große und technisch ausgefeilte Szenarien entwerfen (siehe WBGU 2011; SRU 2012).

Fasst man einige der gemeinsamen Thesen solcher Studien zusammen, dann sind es wohl folgende: Vorausschau und Planung werden wieder zu großen Themen. Was zu tun ist, muss fair geschehen. Der Handlungsraum der Politik ist zu erweitern. Politik braucht die nötigen Mittel, um handeln zu können. Tastende Experimente und die Vielfalt der Optionen sind ausdrücklich willkommen. Die wirtschaftliche Entwicklung bedarf der bewussten und aktiven Gestaltung.

Nur wie soll all das geschehen, wenn man die heutige Wirtschaftsordnung nicht antastet, wenn man nirgends beispielsweise nach der Berechtigung und der Angemessenheit heutiger Eigentumsverhältnisse fragt?¹³ Stattdessen beschränkt man sich auf weiche Begriffe, die Richtungen andeuten, aber Richtungskämpfe nicht benennen.

Der WBGU beispielsweise bietet Revolutionstheorie in Sozio-Techno-Sprache. Von Zeitfenstern, Pfadabhängigkeiten, Kooperations- und Innovationsblockaden, Vetospielern und institutionellen Routinen ist die Rede. Von Herrschaft, konzentriertem Eigentum, Konzernmacht, Privilegien und manifester oder struktureller Gewalt liest man nichts. Im Grunde wird durchgehend bejaht, dass die Wirtschaft zur abhängigen Variable werden muss, die sich dem Willen des Gemeinwesens fügt. Aber was das bedeutet, bleibt nebulös.

So verwandelt sich die proklamierte Große Transformation in eine der Technik, der Politik und der Kultur. Aber die Gesellschaftsstruktur selbst wird nicht zum Thema. Man gewinnt den Eindruck, dass die Ex-

¹³ Der WBGU stellt insgesamt neun Leitfragen. In keiner einzigen Frage geht es um Eigentum, Machtstrukturen, Eingriffe in die Wirtschafts- und Eigentumsordnung, Verteilung von Vermögen und Einkommen – siehe WBGU 2011: 30.

pertinnen und Experten entweder nicht zu Ende denken oder – falls sie es doch tun sollten – nicht den Mut haben, ihr Denken auch öffentlich kundzutun. Vielleicht ist es auch nur die Angst vor dem Geldentzug, die aus scheinbar Unabhängigen längst vielfältig Abhängige gemacht hat. Und es kommt wohl noch etwas Anderes hinzu. Wirtschaft und Gesellschaft in ihren Kernelementen als veränderbar zu denken, ist entweder als anrühlich aus der Mode gekommen oder wird nur noch in abgestandenen, altbackenen Formen praktiziert.

Deshalb werden die Soziotechniker nicht herausgefordert, ihre Halbheiten zu erkennen und zu überwinden. Ohne dieses Korrektiv behandeln sie Politik in geradezu abenteuerlich-naiver Weise wie ein Handwerk, in dem die Normen guter Facharbeit zählen. So erzeugen sie permanent die Illusion, dass eine politisch gut gelenkte Wirtschaft von Vernunft durchdrungen sein kann, selbst wenn sie im Kern so bleibt, wie sie ist. In ihren Konzepten schrumpft die reale Wirtschaft mit ihren Antrieben, Eigentumsstrukturen und ihrem Marktchaos zu einem Werkzeug, dessen man sich nur bedienen muss. Das Schrumpfen der kapitalistischen Formen zu reinen Werkzeugen – eine zweifellos wichtige Aufgabe – wird von diesen Soziotechnikern als schon vorhanden gedacht. Damit aber kommt dieses Schrumpfen nie in den Blick, weil es als längst erfüllt vorausgesetzt wird.

Die Soziotechniker beschränken sich allzu leichtfertig auf den vorherrschenden Politikbetrieb, der im schlechten Fall devoter Diener und im guten Fall energischer Rahmensetzer ist. Aber selbst der seltene gute Fall wird nicht reichen, wenn es darum geht, eine dauerhaft und auf zivilisierte Weise lebensfähige Wirtschaft zu begründen. Tim Jackson, der in grünen Kreisen Reputation genießt, hat diese Leerstelle benannt, um anschließend allerdings kleinlaut einzugestehen, dass auch er den Entwurf eines durchgehend ökologischen Modells der Volkswirtschaft nicht liefern könne (Jackson 2011: 146).

Linke im Labyrinth der Kategorien

Das traditionelle liberal-konservative Bürgertum hat reichlich Macht, aber kaum noch Ideen. Seine Agenda ist defensiv und fern jeder Inspiration. Was sie noch zu bieten hat, ist pure Verwaltung der eigenen Inter-

essen. Im Chaos ihrer eigenen Ordnung die Eigentumstitel sichern, sich den neuen Konkurrenten auf dem Weltmarkt gewachsen zeigen, den eigenen Bedeutungsverlust im Weltgefüge moderieren, mit der Leimrute von Selbstverwirklichung und schnellem Reichtum junge Menschen an sich binden, sich vorsichtig an das ökologische Zeitalter herantasten, das gemeine Volk hart arbeiten lassen und den nicht gebrauchten Rest ruhigstellen – viel mehr steht nicht auf dem Programm.

Aber wer die Macht hat, kann auch kooptieren, in sich aufsaugen, was an ideellem Nachschub von außen kommt. Diese Transfusion passiert gerade. Grüne Ideen fließen in den schwarz-gelben Block. Anders als das US-Establishment, das immer noch meint, dass Grün doch nur die Tarnfarbe für Rot ist, dass die »Ökos« eigentlich finstre Sozialisten sind,¹⁴ beginnt das deutsche Bürgertum zu erkennen, dass »Bio« heute zum guten Ton gehört und man damit auch Geld verdienen kann. Entsprechend werden die grünen Ideen wässriger – einerseits durch schlichte Verbreitung, andererseits aber auch, weil ihre Urheber spüren, dass sie selbst den Takt vorgeben könnten, wenn sie abstreifen, was zwar in der Logik der ökologischen Sache, aber nicht im Interesse der Mächtigen liegt.

Hier könnte nun die Stunde einer grünen Linken schlagen, einer Linken, die sich ihrer Machtferne nicht grämt, weil sie die Stärke zukunfts-gewandter Ideen auf ihrer Seite weiß. Eine solche Linke gibt es in Gestalt eines bunten Schillerns Hunderter kleiner Organisationen und Projekte und einiger Intellektueller (siehe systematische Übersicht in Adler/Schachtschneider 2010). Aber als politische Strömung gibt es sie nicht. Der geistige Kern der meisten Linken – ob in Gewerkschaften, Sozialverbänden oder in der Partei gleichen Namens – ist immer noch die alte Vorstellung einer zunächst möglichst sozial gestalteten und später in gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmenden ökonomischen Maschinerie, die mit voller Last zu fahren ist, um ihr Produkt zu maximieren.

Um diesen alten Gedanken der Arbeiterbewegung kreisen mittlerweile viele Satelliten moderner Programmatik wie etwa demokratische Partizipation, Energie- und Verkehrswende. Es mangelt nicht an Ange-

¹⁴ Siehe Naomi Kleins atmosphärische Einblicke in die Diskussionen des Heartland-Instituts (Klein 2012; Klein 2012a).

boten im zeitgeistig basisdemokratischen Ökodesign. DIE LINKE hat sogar ein Parteiprogramm, das über weite Strecken den Geist egalitär-ökologischer Erneuerung atmet.

Aber in den Köpfen sowohl der Mitgliedschaft als auch der Funktionsträger ist das ökologische Zeitalter noch nicht wirklich angekommen. Man ist dabei auf der dampfenden Titanic und bildet dort die Vereinigung kritischer Passagiere. Weniger Kronleuchter und bessere Mannschaftsdecks! Rettungsboote für alle! Beobachtungsposten rund um die Uhr doppelt besetzen! Das sind die Forderungen. Und manchmal ist auch noch zu hören: »Die Reederei gehört in Besatzungshand!« Aber niemand aus der Sprecherriege der kritischen Passagiere spricht aus, was heute auch zu sagen wäre: »Wir sind auf dem falschen Dampfer!«

Noch immer betrachten die meisten Linken den nötigen Systemwechsel nur gesellschaftlich, nicht im Verhältnis zur Natur. Die ökologischen Herausforderungen strukturieren aber alles neu, setzen neue Maßstäbe für jegliches politische Handeln.

Das gilt auch für Marxisten und Sozialisten. Bislang gingen sie davon aus, dass das verwirklichte Recht auf Naturaneignung irgendwann sozialistische Verhältnisse erfordere, weil die Naturaneignung so umfassend werde, dass für ihre Beherrschung die bornierten bürgerlichen Formen nicht mehr passen.

Angesichts der ökologischen Herausforderungen ist der Zug zum Sozialismus aber nicht aus dem verwirklichten Recht auf Naturaneignung zu begründen, sondern aus der nötigen Pflicht zur Naturerhaltung. Das klingt für manchen Marx-Jünger alter Schule wie eine Zumutung. Das hat den finster-bornierten Beigeschmack von netter Gemeinschaft beim kollektiven Anbau von Bioradieschen.

Wer sich auf diese kleinkarierte Weise abgrenzt, wird kaum erkennen, dass die ökologischen Herausforderungen letztlich nur im linken Geist – mit Kooperation, Gleichheit und Planung – zu bewältigen sind. Bislang jedenfalls ist diese Erkenntnis in der LINKEN so bedeutungslos wie der demokratische Sozialismus des eigenen Programms für die SPD.

Den großen Eigentumstiteln den Salut zu verweigern, wird aber künftig, wenn überhaupt, nur mit ökologischen Begründungen gelingen. Und umgekehrt gilt genauso: Wenn der Umbau unserer Produktionsweise friedlich und auf demokratische Weise gelingen soll, dann geht das nur mit Antworten im linken Geist. Damit solche Antworten Gehör

finden, müssen Sozialistinnen und Sozialisten die »ökologische Sprache« sprechen.

Solange das nicht geschieht, ist es nicht verwunderlich, dass die gesellschaftliche und die parteipolitisch organisierte Linke das massenhafte Unbehagen nicht mit dem Bild einer anderen Zukunft verbinden kann. Stattdessen gibt es ein permanentes Schwanken zwischen Anklage und zögerlichem Mitspielen im Getriebe – bisweilen wohl auch eine Mischung von beidem, wenn so mancher beim Singen roter Lieder letztlich doch nur von roten Teppichen träumt.

Die Linke ist derzeit ohne Strahlkraft, weil sie nicht verstanden hat, dass das gesamte sozialistische Erbe nur noch dann einen Sinn hat und nur dann neue Kraft entfalten kann, wenn es im Angesicht ökologischer Grenzen neu buchstabiert wird. Wolfgang Sachs, Mitbegründer des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie und einer der konsequentesten Ökologen im Lande, hat diesen Zusammenhang präzise ausgesprochen: »Die Formen von Wohlstand, von Reichtum, von attraktivem Leben, die in unserer Zivilisation entwickelt worden sind, sind nicht gerechtigkeitsfähig, d.h. sie können auf der Welt nicht verallgemeinert werden. Das hat mit Verteilungsfragen nur begrenzt etwas zu tun, unsere Zivilisation ist strukturell nicht gerechtigkeitsfähig. Selbst wenn wir alle eine gerechte Verteilung wollten, würde uns das nur schneller der biologischen und ökologischen Katastrophe entgegenreiben. Die Struktur verlangt, dass nur wenige daran teilhaben. Deshalb gibt es nur zwei Wege. Der eine Weg ist, am Wohlstandsmodell der industriellen Moderne festzuhalten. Der andere Weg zwingt uns, sofern man eintritt für eine demokratische Weltgesellschaft, das überlieferte Wohlstandsmodell in Frage zu stellen. ... Jeder, der für mehr Gleichheit, Gerechtigkeit und Menschenwürde auf unserem kleinen Planeten eintritt, ist gezwungen, ökologisch zu sein. Oder: Es kann auch nicht mal mehr die Spur einer sozialistischen Idee geben, ohne ökologisch zu sein. Die Forderung für die nächsten Jahrzehnte lautet, Wohlstandsmodelle zu erfinden, die gerechtigkeitsfähig sind, die Ressourcen schonen und naturverträglich sind.« (Sachs 2009: 142f.)

Fehlen solche Wegweiser im Gepäck, kann man die Schritte nicht gehen, den Sprung nicht schaffen von der Negation zur Position. Von der Anklage zum schlüssigen und glaubhaften Entwurf – das will offenkundig nicht gelingen. Dasselbe gilt auch für DIE LINKE als Partei. Sie ist

einerseits die Verlängerung der gewerkschaftlichen Praxis unmittelbarer Interessenvertretung in den politischen Raum und andererseits die Partei des Glaubens an eine bessere Welt jenseits des Horizonts. So können die profilbildenden Projekte der mittleren Frist nicht gelingen, nicht einmal formuliert werden. So fehlen die Scharniere, die soziale Forderungen für die Gegenwart mit Visionen einer anderen Gesellschaft verbinden.¹⁵

Ein Grund für das Verharren in nicht mehr passenden Gedankenwelten ist die intellektuelle Selbstüberschätzung. Unter Linken herrscht im Allgemeinen das Selbstverständnis, klarer, schneller und treffender zum Kern des jeweiligen gesellschaftlichen Problems vorzudringen. Wo andere nur Individuen oder nur die Gesellschaft oder nur die Wirtschaft sehen, da diagnostizieren sie bestimmte Interessen, die sich zuordnen und als Großgruppen identifizieren lassen. Früher sagte man dann Klassen und Klassenkampf, später die Herrschenden, die Lohnabhängigen und ihre jeweiligen Kräfteverhältnisse.

Heute ist man in der Regel noch etwas softer. So haben sich die Linken allmählich an die heute übliche soziotechnische Sprache herangetastet. Das Eingeständnis heißt: Die alte Sprache passt nicht mehr. Aber dieses Eingeständnis wurde stillschweigend vollzogen und die Aufgabe, eine andere Sprache mit passenderen Begriffen zu finden, nicht formuliert. So bleibt man – die Unverständigen verachtend – im Labyrinth der Kategorien: Irgendwie stimmt unsere Analyse doch, aber vermitteln lässt sie sich nicht.

Diese Verlegenheit der Kapitalismuskritik muss fundamentale Gründe haben. Am wichtigsten ist wohl die selbst verschuldete Blockade marxistischen Denkens, die sich vielfältig äußert, aber vor allem einen großen Mangel hat: Die Unfähigkeit, für die Ökonomie, also für den nach wie vor relevantesten Teil dessen, was wir Gesellschaft nennen, eine wirklich überzeugende und – angesichts der Verwerfungen – angemessen radikale und durchgehend ökologische Vision hervorzubringen. Diese Vision müsste, wenn sie mehr sein wollte als ein beliebiges Wunschkonzert, in schon vorhandenen Tendenzen gründen und Knospen identifizieren, die – gut bewässert und gut gepflegt – zur Blüte treiben.

¹⁵ Ein erster Ausweg aus diesem Dilemma ist der »PLAN B«, ein Positionspapier der Linksfraktion im Bundestag – siehe Fraktion Die Linke 2012.

Das ökosozialistische Potenzial in den heutigen Strukturen und das Wachküssen dieser Möglichkeiten durch Menschen, die weder sich noch das, was sie machen, in irgendeiner Weise sozialistisch nennen würden und es trotzdem tun – all das ist an den meisten Sozialistinnen und Sozialisten ohne Notiz und Spur vorübergezogen. Das ist befremdlich, bedauerlich und im Grunde unverzeihlich.

Denn ohne linke Beiträge von Gewicht, ohne einen auf die Höhe der Zeit weiterentwickelten Marx, ohne die klare Erkenntnis der Geschichtlichkeit und damit Vergänglichkeit der bürgerlichen Verkehrsformen bleiben die überfälligen ökologischen Veränderungen unnötig zahm und den heutigen Institutionen ausgeliefert, weil der Gedanke an ein anderes System ökonomischer Reproduktion gestorben ist. Was dieser Tod bedeutet, bezeugen nahezu alle großen Umbaustudien und ebenso die bunten Szenen der Nichtregierungsorganisationen. Ihnen mangelt es nicht an einzelnen, aber an systemischen Alternativen.

Was also tun? Zu den Altmeistern, die noch das Ganze im Blick hatten, zurückkehren und sie aktualisieren? Auf der Folie von Karl Marx und – wo nötig und möglich – auch mit Hilfe von Max Weber, John Maynard Keynes und Joseph Alois Schumpeter und einigen anderen die Gegenwart interpretieren?

Das hätte nur dann Erkenntnis stiftenden Sinn, wenn die Alten dabei nicht ungeschoren blieben. Das würden sie selbst auch von uns verlangen. Denn sie alle dachten in historischen, nicht in ewigen Kategorien. Gerade das ist ja ihr Vorzug im Vergleich mit den heutigen Gestalten, die glauben, mit überzeitlichen Konstanten menschlichen Verhaltens hantieren zu können.

Nicht mit gläubiger Ehrfurcht, sondern kritisch an die Altmeister herantreten, methodisch bei ihnen anknüpfen und inhaltlich über sie hinausgehen – das ist wegen eines merkwürdigen Faktums linker Geistesgeschichte nicht leicht. Denn die von Marx begründete Tradition, den Lauf der Geschichte nach einer Logik zu befragen oder doch zumindest Elemente zu entdecken, die schlüssig in gewisse Richtungen weisen, ist heute, so scheint es, ein ausgestorbenes Geschäft. Weshalb also findet das, was in prononciertester Form Karl Marx tat, was in der Vergangenheit aber auch marktwirtschaftliche Theoretiker von Rang zu benennen sich verpflichtet fühlten, in der Gegenwart nirgends einen originären Ausdruck?

Der kardinale Fehler ist der nahezu vollständige Abbruch einer Theorietradition, die für Marx, Hilferding, Lenin, Gramsci und viele andere bis hin zu Keynes und Schumpeter eine Selbstverständlichkeit war. Gemeint ist die Historisierung der kapitalistischen Produktionsweise auf der Basis empirischer und deshalb die Veränderungen begreifender Forschung. Wer den jeweiligen Entwicklungsstand der Produktionsmittel, der Arbeitsteilungen, der Unternehmensstrukturen, der Betriebsstätten, der Märkte, der Investitionsrechnungen nicht kennt, wird zwangsläufig nicht in der Lage sein, Dissonanzen zwischen materiellem Gehalt und Formbestimmung zu benennen.

Aus diesem grundlegenden Versäumnis folgt zwangsläufig eine weitere Schwäche, die alleinige Konzentration aufs Politische. Wer über die kapitalistische Ökonomie konkret-historisch wenig auszusagen weiß und wegen des Scheiterns der osteuropäischen Systeme von großen Alternativen die Finger lässt, wird den Gegenstand seines Bemühens nur politisch formulieren können. Hinzu kommt, dass politische Veränderung nur als Verteilungskampf gedacht werden kann, wenn die Sphäre der Produktion außerhalb der Betrachtung bleibt.

Das Resultat ist folglich eine mehrfache Verengung im Kopf und eine Haltung, die in der Nische den Wohlfühlfaktor zu steigern versucht. Noch immer pflegen sich radikal gebärdende Geister einen Lehnstuhldiskurs, der die eigene Machtlosigkeit und damit die eigene Nicht-Verantwortung für den Lauf der Dinge als Selbstverständlichkeit ins Denken integriert.

In ganzen Jahrgängen kritischer sozialwissenschaftlicher Zeitschriften findet man kaum einen Hinweis auf eine Standpunktumkehr. Die Frage, was man denn im Ernstfall anzubieten hätte, wenn es tatsächlich um eine Umwälzung der Gesellschaft ginge, wurde als Herausforderung nicht angenommen.

Angesichts des großen theoretischen Mangels kann die Lösung nun nicht darin bestehen, zu den Alten zurückzukehren und sie einfach fortzuschreiben. Dass wir inhaltlich weit über sie hinaus müssen, zeigt sich beispielhaft an ihren jeweiligen Zukunftsprojektionen. Was sollen wir heute anfangen mit Marx' Sozialismusvision? Mit Webers »stahlhartem Gehäuse der Hörigkeit«? Mit Keynes' Tod des Rentiers? Mit Schumpeters Vergesellschaftung der Unternehmerfunktion? Was sagen uns diese Deutungen großer Denker?

Unmittelbar gar nichts. Denn die Gedankenfäden sind nicht weitergesponnen worden. Deshalb werden die Keimformen neuer Verhältnisse nicht erkannt. Entsprechend können passende Strategien nicht formuliert werden. Um diesem Mangel entgegenzutreten, scheint es ratsam, von allen Aspekten, die für eine ökologische Transformation wichtig sind, jeweils nicht nur die Blockaden, sondern eben auch die keimhaft schon vorhandenen Befreiungen kenntlich zu machen.

Es gibt viel Neues unter der Sonne, das im vollen Licht ihres jeweiligen Potenzials zu reflektieren ist. Und manches davon geht ganz ungeniert in eine Richtung, die Karl Marx in den »Grundrissen«, seinem Werkstattpapier, auf wunderbare Weise, wenngleich nur aphoristisch, benannt hatte und am fernen Horizont heraufziehen sah. Einige der dort genannten Elemente (Marx 1987: 594ff.) werden in der Gegenwart praktisch wahr und sind es schon geworden.

Ein anderer gedanklicher Mangel ist nicht in formellen linken Organisationen, sondern eher in dem bunten Strauß kleiner Basis-Initiativen zu Hause. In der Vergangenheit herrschte bekanntlich die Vorstellung, dass nach der Konzentration aller Kräfte auf den Staat und mit dem Einsatz des Staates als universelles Werkzeug das Morgenrot schon leuchten werde. Diese Staatsbesessenheit vertritt heute niemand mehr und kann auch niemand mehr vertreten. Heute herrscht dagegen in vielen Basisköpfen das ebenso problematische Gegenteil: Die Negation jeglicher staatlicher oder systemischer Ordnung und der Glaube, dass man unmittelbar alles selbst in die Hand nehmen könne. Eine andere Gesellschaft wird aber auch Mechanismen benötigen, die über den guten Willen hinausgehen. Den künftigen Produzenten und Konsumenten wird man nicht allein Altruismus oder gemeinwohlorientierte Vernunft zuschreiben wollen.

Es geht immer auch um das Potenzial der Menschen, anders handeln zu können und zu wollen, und zwar nicht nur in den Phasen der Begeisterung und der breiten Mobilisierung, sondern auch auf den Ebenen der Mühe und in den Senken künftiger Krisen, die jenseits aller Erlösungs-dialektik heute schon bedacht werden sollten. Auch die künftige Gesellschaft braucht Instrumente, mit denen Pflichten definiert, gemessen und eingefordert werden können.

Die Gesamtheit wirtschaftlichen Handelns mit einem großen Donnerschlag von äußeren Zwängen zu befreien, alles abzuschaffen, was

nach Entfremdung riecht – das wäre die Negation, die sich auf Dauer im Getto einrichtet. Das ganz Andere sofort, hier und jetzt zu wollen, sollte als Energie erhalten bleiben, aber nicht das politische Handeln bestimmen. Die Geschichte lehrt Vorsicht bei diesem unnachsichtigen Streben. Diejenigen, die aufs Ganze gehen wollen, sollten sich fragen, ob denn nicht die Freiheit, die sie meinen, des sanften Zwangs für die unangenehmen Seiten des menschlichen Daseins bedarf. Im reinen Licht sieht man so wenig wie in der völligen Finsternis. Wer die totale Freiheit will, muss Auskunft geben, wie denn die Umkehr in ihr Gegenteil zu verhindern ist.

Gemeinschaft und Gesellschaft, Lebenswelt und Systemwelt – die Differenz beider Welten aufheben zu wollen, ist nicht nur unrealistisch, sie ist auch nicht wünschenswert. Das Reich der Notwendigkeit ist nicht nur, aber auch und zwar in erheblichem Umfang systemisch zu organisieren, und zwar im Interesse individueller Freiheit. Sozialismus ist nicht Abschaffung, sondern Gestaltung dieser Differenz.

Insgesamt ist also einiges zu tun, um aus dem Labyrinth der Kategorien herauszukommen. Immerhin wird gelegentlich der Mangel genannt. In den Worten von Dieter Klein: »Offen ist, was – vergleichbar mit der Rolle des Adam Smith im Frühkapitalismus, des Keynesianismus ein halbes Jahrhundert hindurch und mit dem Neoliberalismus seit den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts – die theoriegestützte zentrale geistig-politische Kernbotschaft der Linken sein wird, die sich als tragend für emanzipatorische Alternativen erweisen kann.« (Klein 2008: 49) Oder in den Worten von Stephan Kaufmann und Tadzio Müller: »Für die intellektuelle Arbeit an der Wachstumskritik stellt sich also die Frage, ... wie eine antikapitalistische Makroökonomie aussehen könnte.« (Kaufmann/Müller 2009: 203)

Schließlich fordert auch der kühle Links-Analyst Georg Fülberth: »Die bisherigen großen Krisen des Kapitals begannen als ökonomische Katastrophen und endeten stets in der einen oder anderen Form in politischen, ökologischen oder militärischen Desastern. Welches Desaster wird es diesmal sein? Die Regierungen sind ausschließlich mit kurzfristig angelegten Rettungsaktionen beschäftigt. Niemand denkt an das große Ganze. Es ist die Stunde für andere, für neue Ideen aus der Zukunftswerkstatt.« (Fülberth 2009: 1)

Die kurze Wanderung durch die Parteienlandschaft hat gezeigt: Hüben wie drüben mangelt es an der Fähigkeit und der Bereitschaft, Leitideen zu entwickeln, die eine für das ökologische Zeitalter passende Eingriffstiefe formulieren. Aus diesem Mangel folgt die Dominanz der Soziotechniker, der appellierenden Moralisten und der Rebellen in radikaler Pose. Schrauben drehen, Messen singen und Fäuste schwingen – das sind die Haltungen, mit denen auf Dauer wenig anzufangen ist.

Das sind die Positionen, die jene großen Veränderungen, die vielfach beschworen werden, entweder im Äußeren, in der Technik, oder tief im Innern des Einzelnen oder, das ist die dritte Variante, im großen und unbekanntem Anderen verorten. So bleibt das Thema, um das es doch vorrangig gehen müsste, unbeachtet: die Gesellschaft selbst als der Gegenstand, den es hinsichtlich seiner notwendigen Veränderungen zu erkennen und zu bearbeiten gilt.

Wenn es um alles geht, kann nichts heilig sein. Wenn nichts heilig ist, gehört alles auf den Prüfstand. Wenn alles geprüft ist, wird der Korrekturbedarf deutlich. Um mit Aussicht auf Erfolg korrigieren zu können, müssen Keime des Richtigen schon da sein. Das wachsende Richtige zu erkennen, zu stärken, miteinander zu verbinden und zu systematisieren – das wäre die Kunst eines radikalen, an die Wurzel gehenden Realismus, den man auch umgekehrt realistischen Radikalismus nennen kann, weil er mit nüchternem Blick die Grundprobleme anvisiert.

Wenn die Weltgesellschaft ökologisch zu scheitern droht, dann kann in der Tat nichts heilig sein. Keine Wirtschaftsordnung, kein Eigentumstitel, keine Verfassung, keine Gewohnheiten. Alles, was die Verhältnisse zwischen den Menschen, zwischen Gruppen, Klassen und Nationen regelt, gehört auf den Seziertisch. Und ebenso wäre zu erwägen, ob es unter den früheren Ideen einer sozialistischen Reorganisation der Gesellschaft noch taugliche Gedanken gibt.

4. Signale der Hoffnung

Eine Perspektive jenseits von Technik, Moral und rebellischer Pose ergibt sich erst dann, wenn klare, in den heute schon vorhandenen Möglichkeiten verankerte Gedanken und entsprechende Veränderungen mit einem kräftigen Schub historischer Gewissheit auftreten. In den ersten Nachkriegsjahrzehnten war Entwicklung das bündelnde Projekt in den Ländern des Südens. Im Norden war Massenwohlstand die politische Klammer. Das war damals eine in der Realität verankerte, zunehmend erlebbare Hoffnung.

In der Gegenwart sind dem Norden die großen, der Zukunft zugewandten Erzählungen ausgegangen. Der Traum permanenter Steigerung des materiellen Wohlstands ist passé. Das alte sozialistische Projekt hat sich blamiert. Überall stellt sich also die Frage, was an die Stelle alter, verbrauchter Zukunftsbilder treten kann.

Reformisten und Ökologen haben es versäumt, gedanklich die Ökonomie zu erobern. Linke sind in weiten Teilen nicht auf der ökologischen Höhe der Zeit. Beide konzentrieren sich mit ihren unterschiedlichen Sichten auf die offensichtlichen Mängel und gehen nicht aufs Ganze, obwohl vieles bereitliegt, um einige Schritte weiterzugehen: Normen der Kooperation und der Gleichheit, die Renaissance der Planung, neue Tendenzen in der Produktion und das Verlangen, endlich das Demokratieversprechen ernst zu nehmen.

Kooperation – vom netten Wort zur globalen Notwendigkeit

Globale Ökoprobeme zu bewältigen, verlangt globale Kooperation. Die Notwendigkeit weltweit zu kooperieren ist – ob explizit genannt oder dem Geiste nach – in allen großen Proklamationen enthalten, die sich mit Klimaerwärmung, Überfischung und Vergiftung der Weltmeere, beschleunigtem Artensterben, Bodenerosion, Wasserknappheit, überfüllten Schadstoffsenken und versiegenden Rohstoffquellen befassen.

All diese Herausforderungen sind letztlich nicht gegeneinander zu bewältigen, sondern nur gemeinsam. Das scheint eine Binsenweisheit zu sein und deshalb nicht der Rede wert. Das erinnert an fromme Ap-

pelle einer Sonntagspredigt, an die Moral eines schlechten Märchens, an kitschige Szenen eines Kinderfilms aus Hollywood: bitte alle in Eintracht zusammen, Antilopen und Löwen, Schafe und Wölfe.

Doch so nett und harmlos, wie der Begriff für manchen klingt, ist die heraufziehende Praxis der Kooperation durchaus nicht, wenn man die gesamte Wirkungskette durchdenkt. Drückt man positiv aus, was die Schäden negativ zu erkennen geben, dann heißt das: Die Menschheit lebt in einer gemeinsamen Welt – global vergesellschaftet und in einem globalen ökologischen Zusammenhang. Diese gemeinsame Welt ist hinsichtlich ihrer Nutzungsmöglichkeiten endlich. Sie erträgt nur ein bestimmtes Niveau. Sie ist ein Zusammenhang mit Größenbeschränkung. Folglich muss es Nutzungsregeln geben.

Sollen diese Regeln demokratisch sein, dann müssen sie auf gleichen Rechten beruhen. In den internationalen Beziehungen wird deshalb, soweit es tatsächlich und tatkräftig um diese gemeinsamen ökologischen Aufgaben geht, Kooperation zu einem Leitstern und im Gegenzug Macht zu einem schalen Begriff. Zwang, Diktat, Erpressung, angedrohte oder tatsächliche Waffengewalt – diese alten Machtmittel beginnen wirkungslos zu werden, wenn das Ziel die gemeinsamen Lebensgrundlagen sind.

Die ökologische Aufgabe ist die erste große materielle Aufgabe, die sich einer herrschaftlichen Lösung entzieht. In Kooperation, also denkend, planend und in wechselseitiger Anerkennung der Gleichheit zu handeln – das kann man nicht erzwingen, sondern nur ermöglichen. Entsprechend muss es Rechte, Regeln und dazu passende Institutionen geben. Und das heißt letztlich: Das Nutzungsregime wird politisch konstituiert und prägt die Ökonomie.

Das Neue daran ist nicht, dass die Ökonomie geregelt wird, dass die Aneignung der Natur zulässigen und politisch garantierten Regeln folgt. Selbst der freieste Markt – und gerade er – ist ein politisches Ereignis, eine mit Zwang, häufig mit Gewalt geschaffene Praxis, eine künstliche Verengung auf einige wenige Optionen als legitim geltenden Handelns (siehe Gray 1999).

Das Neue im ökologischen Zeitalter ist die Größenbeschränkung und die notwendige Einmischung des Gemeinwesens nicht nur in das formell erlaubte, sondern auch in das materiell zulässige Verhalten. Herrschte bisher die Freiheit der Naturnutzung, die jeweils nur von Eigentums-

rechten und Schutzrechten anderer Menschen begrenzt war, aber kaum ökologisch begründete Größenbeschränkungen kannte, so wird nun die Quantität zu einem politischen Gegenstand.

Deshalb wird es zu einer folgenreichen Umkehrung kommen müssen. Statt wie bisher die möglichst umfassende Naturnutzung durch einen politischen Rahmen anzuregen, der für möglichst viel und möglichst effizientes Wirtschaften sorgen soll, ist der Umfang der Ökonomie zu begrenzen und deshalb zu regeln. Folglich kann das bisherige ökonomische System, das nicht Grenzen beachten, sondern stets nur überwinden will, nicht länger die Dominante sein und die Menschen in ein enges Korsett zulässiger Optionen zwingen. Vielmehr muss die Umkehrung gelten. Bewusste Kooperation bestimmt blindes System – das ist die Logik der Gemeingüter, der Commons, im globalen Kontext. Die Gemeingüter zu nutzen und dabei zu bewahren – das ist die zentrale Aufgabe im ökologischen Zeitalter.

In diesem Sinne werden die ökologischen Themen zum mäßigenden Faktor für die Staatenwelt. Sie sind – das ist nicht die Realität, aber der Fluchtpunkt der Entwicklung – ein anti-imperialistisches Programm. Nicht jeder für sich und alle gegeneinander auf der Jagd nach den Reichtümern dieser Welt. Nicht nach den Maßstäben der Macht erobern und unterdrücken. Nicht grenzenlos profitieren. Sondern überzeugen, aushandeln, Grenzen setzen, auf Kooperation drängen und auf allen Ebenen beispielhafte Projekte verwirklichen – das ist die innere Logik ökologischen Handelns. Mit anderen Worten: Was ehemals unter dem Banner von Menschenrechten und vor allem zugunsten der Schwächsten gefordert wurde, also Gerechtigkeit, zivilisatorische Standards und friedliche Konfliktlösungen, wird in ökologischer Hinsicht zu einer praktischen Notwendigkeit. Das schöne Sollen wird zum harten Muss.

Der Planet fordert, wenn er ein lebenswerter Ort bleiben oder wieder werden soll, nicht den Kampf, sondern die Vernunft der Nationen. Macht, Herrschaft und Imperialismus passen nicht zu den ökologischen Geboten. Die Bewältigung des ökologischen Imperativs geht nicht imperial. An der aktuell dringlichsten Front ist das schon deutlich: Das Klimaproblem ist ein Weltproblem, das weder in herkömmlichen Machtbegriffen zu denken noch mit dem herkömmlichen Einsatz von Machtmitteln zu lösen ist. Dem Klimaproblem ist ein Zwang zur bewussten und geplanten Kooperation immanent.

Es geht insoweit auch über das seit 1945 bekannte Atomwaffenproblem hinaus. Statt wechselseitiger Neutralisierung durch hochgerüstete Vernichtungsdrohung ist von vornherein kooperativ, planmäßig, global und dazu auch noch gesamtwirtschaftlich umzurüsten. Nicht widerwillige Kooperation durch die angedrohte massive Vergeltung, sondern tatsächliche Zusammenarbeit im eigenen Interesse. Damit hat die politisch verfasste Welt erstmals einen ihr eigenen sozial-ökonomischen Gegenstand. Aber wie soll es zu der notwendigen globalen Kooperation kommen, wenn nahezu alle dafür nötigen Institutionen fehlen?

Bislang war globale Kooperation, soweit es sie überhaupt gab, eine Reaktion auf Konkurrenz, Krieg und Katastrophe. Globale Kooperation mit Regeln und Institutionen, die für alle gelten, es längst nicht immer tun, aber dem Anspruch nach doch sollen, ist ein modernes Phänomen, eine Reaktion auf den Schrecken. Nach dem Ersten Weltkrieg war der Völkerbund eine erste, schwache und in nahezu jeder Hinsicht mangelhafte Form der Kooperation, im Grunde nur eine Verständigung zwischen den damaligen Siegern und insofern nur eine wortreich verbrämte Neuauflage von Allianzen zwischen einzelnen Staaten. Die Sprache hatte sich gewandelt, die Taten kaum.

Nach dem Zweiten Weltkrieg sind die Vereinten Nationen zur ersten, insofern klassischen Form globaler Kooperation geworden. Grundsätzlich gelten gleiche Rechte für alle Staaten. Das ist der normative Fortschritt. Aber real herrscht nach wie vor die Ungleichheit der Macht. Zwar sind auch positive Ziele anvisiert – de facto allerdings geht es vor allem um Regeln für staatliche Gewalt.

Das gesamte Gefüge der Vereinten Nationen ist immer wieder gefährdet, wenn Alleingänge den Großmächten lohnend erscheinen, wenn den Geldgebern nicht passt, was Mehrheiten beschließen. Vor allem die USA haben die Verweigerung ihres Mitgliedsbeitrages als Mittel der Erpressung eingesetzt, um inhaltliche und personelle Zugeständnisse zu erzielen.

Bei allen Mängeln gilt aber dennoch: Die Vereinten Nationen sind zunächst die Autorität, die am glaubwürdigsten zum Ausdruck bringen kann, dass es allen Interessengegensätzen zum Trotz zum ersten Mal in der Geschichte ein gemeinsames existenzielles Anliegen gibt, nämlich die globalen Lebensgrundlagen zu wahren. Zumindest als Instanz der Aufklärung sind die Vereinten Nationen mit ihren Unterorganisationen

wie etwa dem Umweltprogramm wichtig, weil sie verbindlicher als private Vereinigungen den Handlungsbedarf benennen können. Sie halten den Gedanken der Kooperation wach und artikulieren seinen neuen Inhalt – aber exekutieren können sie ihn nicht.

Die Exekution bleibt, soweit es um globale Vereinbarungen geht, zunächst die Aufgabe von Nationalstaaten. Dass sie grundsätzlich fähig sind, wirksame Verträge zu erzielen, haben diverse Abkommen – vorbildlich beispielsweise das Montreal-Protokoll zum Schutz der Ozon-Sphäre – bereits gezeigt. Mittlerweile stehen nicht nur einzelne, eingrenzbar und deshalb leichter zu bewältigende Herausforderungen auf der Tagesordnung, sondern die Größe und die Art des Motors der Ökonomie insgesamt. Genau darum geht es beim Klimaproblem. Es ist insofern auch der erste Testfall für die neue Art globaler Kooperation, die im ökologischen Zeitalter gefordert ist.

Bislang haben viele internationale Klimaverhandlungen kaum spürbare Folgen. Sie erscheinen wie ein nutzloses Geschäft. Dennoch lohnt es sich, zunächst genau zu betrachten, was hier im Unterschied zu früheren Zeiten passiert. Erstmals ist anerkannt, dass es gemeinsame Aufgaben gibt, die aus einem gemeinsamen Schutzbedürfnis entstehen. Ebenfalls zum ersten Mal ist anerkannt, dass bei der Bewältigung des Problems Gleichheit herrschen muss, konkret: gleiche Emissionsrechte pro Kopf.

Diese beiden Fortschritte sind allerdings gezeichnet und – wie sich in der Praxis zeigt – konterkariert von zwei Erblasten: Der Vorstellung, dass die Verbrennung fossiler Energien die effizienteste Art der Energiegewinnung ist und dass die negativen Folgen am besten durch Marktinstrumente zu mindern sind. Zusammengenommen entsteht dadurch die langsamste und mühsamste Art, mit dem Problem umzugehen: Der Versuch, einen globalen Konsens über Verschmutzungsrechte zu erzielen und durchzusetzen. Statt das Problem direkt anzugehen und alle zu diesem Zweck verfügbaren und denkbaren Instrumente zu prüfen, erleben wir ein Geschacher um den gerechten Anteil an der Degradierung des Planeten.

So verkehrt sich die Anerkennung des globalen Problems und seiner globalen, kooperativen Bewältigung um in eine Entschuldigung. Es hagelt dann wohlfeile Lippenbekenntnisse, vorgetragen mit sorgenvoller Miene. »Wir müssen von vornherein auf der globalen Ebene handeln.«

So lautet dann der erste Satz. Und die Begründung erscheint zunächst überzeugend. Denn abgesehen von den USA und China haben alle Nationen jeweils nur geringe Anteile an den Weltemissionen. Selbst eine vollkommen emissionsfreie Bundesrepublik wäre rein rechnerisch kein nennenswerter Gewinn. Umso mehr gilt dies für einzelne Unternehmen und Bürger.

Daraus folgt der zweite Satz: »Wir müssen das Trittbrettfahrer-Problem lösen.« Solange alternative Energien teurer sind als die fossile Energieversorgung hat der Vorreiter einen Kostennachteil, während von seiner Leistung – geringeren Emissionen – alle profitieren. So erzwingen Wettbewerb und Markt ein individuell und national rationales, global aber irrationales Verhalten. Entsprechend formuliert der ökologisch besorgte Bürger drittens als Schlussfolgerung: »Die Irrationalität kann nur politisch und international bindend aufgehoben werden.«

Bevor Wettbewerb und Markt wieder ins Spiel kommen, müsse die internationale Gemeinschaft drei verbindliche politische Vereinbarungen treffen. Erstens über das globale Ausmaß der hinnehmbaren und im Zeitverlauf zurückzuführenden Emissionen. Zweitens über die Verteilung der Emissionsrechte nach einem Maßstab, der global akzeptabel ist und deshalb letztlich nur »Gleiches Recht für alle« lauten kann. Und drittens über einen Mechanismus, der dafür sorgt, dass diejenigen, die mit ihren Emissionen über ihrem zulässigen Anteil liegen, möglichst schnell auf einen Reduktionspfad umschwenken.

Diese drei Schlussfolgerungen sind logisch gut nachzuvollziehen, haben aber in der politischen Praxis, wie sich nicht zuletzt am Kyoto-Prozess gezeigt hat, schwerwiegende Nachteile. Die internationale Gemeinschaft ist entweder nicht handlungsfähig oder nur dann, wenn eine hinreichende Anzahl relevanter Staaten vorangeht und die schwächeren mitzieht oder ins Boot zwingt.

Wie bei jedem Trittbrettfahrer-Problem bestimmt bei der Vereinbarung, die das Problem lösen soll, derjenige, der am wenigsten zu Kompromissen bereit ist, das Tempo. Die mächtigsten und schmutzigsten Staaten profitieren am meisten von weiterem Trittbrettfahren und haben die größte Verhinderungsmacht. So müssten sich insbesondere die Länder mit den höchsten Pro-Kopf-Emissionen, wie insbesondere die USA, grundlegend ändern, und sie wären ökonomisch die größten Verlierer. Der Vorschlag, primär auf ein globales Emissionsregime zu set-

zen, ist also von einer geradezu revolutionären Wandlung derjenigen abhängig, die daran kein Interesse haben.

Die Art globale Kooperation, in deren Zentrum Verschmutzungsrechte stehen, ist bisher weitgehend gescheitert. Nicht nur die Ergebnisse sind mangelhaft, auch die Aufmerksamkeit wird auf falsche Fährten gelenkt, weil nicht nur der Emissionshandel fragwürdig ist, sondern auch die im Verbund mit ihm entstandenen Zusatzinstrumente, Ausgleichsmaßnahmen und Verrechnungen.

Daraus könnte man den Schluss ziehen, dass es von vornherein falsch war und ist, von globaler Kooperation ernsthafte Fortschritte zu erwarten. Ist also Kooperation doch nur ein nettes, aber harmloses Wort? Was nützen all die großen Konferenzen, wenn es – wie bislang meistens – beim Verschwenden diplomatischer Tinte bleibt und keine Taten folgen. Der Zwang zu kooperieren kann auch – wie der Kyoto-Prozess zeigt – zur Entschuldigung verkommen, weil, wie es dann heißt, die Langsamsten nun mal diejenigen sind, die das Tempo bestimmen.

Wie ist gegen diese teils zynische, teils hilflose Entschuldigung um echte und wirkungsvolle Kooperation zu kämpfen? Das Entscheidende ist die Umkehr: von schwacher, von vielen nicht gewollter Kooperation mit dem Ziel der Eindämmung des Falschen hin zur starken Kooperation mit dem Ziel der Förderung des Richtigen. Es geht also um ein positives Bild globaler Kooperation gemäß gewollter und motivierender Ziele.

Nach langen Jahrzehnten ideologischen Trommelfeuers können sich viele Menschen kaum noch vorstellen, dass solche starken Kooperationen mit positiven Zielen möglich sind. Geht man aber – nach Inspiration in der Geschichte suchend – in die ersten Nachkriegsjahrzehnte und in Roosevelts New Deal zurück, dann sieht man, dass es damals sowohl verbindende Anliegen als auch einen darauf verpflichteten öffentlichen Sektor gab.

Dieses Selbstverständnis öffentlichen Handelns ist weitgehend untergegangen. Das Öffentliche ist heute überwiegend nur noch Diener des Privaten. Aber warum sollte die nochmalige Umkehr nicht gelingen? Diese Umkehr wäre keine einfache Rückkehr zu einer Situation, in der vor allem der Staat als Entwicklungsagentur im Zentrum stand. Heute könnte eine solche Kooperation viel stärker von unten wachsen, weil breites Wissen und globale Kommunikationskanäle zur Verfügung stehen.

Die Protagonisten einer gerechten, ökologischen Welt erkennen das Potenzial bisher zu wenig, das im Zwang zur Kooperation vorhanden ist. Machtgewohnte Herrschaften sind längst einen Schritt weiter, wissen oder ahnen instinktiv, dass Kooperation der Gegenpol zum Wettbewerb ist und dass Kooperation eine für sie beängstigende Grundlage hat: Gleichheit.

Gleichheit – vom ethischen Gesang zum ökologischen Menschenrecht

Wer über die Weltökologie spricht und verhandelt, wer für die Bewahrung der Lebensgrundlagen kämpft, braucht Kriterien für das, was gelten soll. Wann und wo ist allein strenger Schutz die richtige Antwort? Welche ökologischen Mindeststandards, welche Leitplanken für die zulässige Naturnutzung sind verbindlich festzuschreiben? Welche Größenbeschränkungen sind einzuhalten, wenn natürliche Kreisläufe sich auf Dauer reproduzieren sollen?

Um einzelne, besonders sensible Naturgüter zu bewahren, gibt es bereits seit längerer Zeit Verbote, Gebote und Schutzgebiete. Die Mengenfragen dagegen wurden lange vernachlässigt, weil sie die Ökonomie insgesamt und nicht nur einzelne Regionen oder Branchen betreffen. Allmählich aber bekommen auch die quantitativen Grenzen die Aufmerksamkeit, die sie verdienen (WBGU 2011; Enquete-Kommission 2013).

Inmitten all dieser Spezialthemen, die sich mit jeweils einzelnen Überlastungen befassen, wird ein Fundamentalproblem sichtbar, das alle angeht, nämlich die Übersetzung der Größenbeschränkungen in gerechte und – weil es um globale Kooperation geht – weltweit akzeptierte Nutzungsmaße. Wenn über den zulässigen Umfang wirtschaftlicher Aktivitäten in irgendeiner Weise politisch zu entscheiden ist, dann wird es solche Maße geben müssen. Die Grundlage solcher Maße kann, solange nicht offen reaktionär oder rassistisch gesprochen wird, solange nicht Pragmatismus das Grundsätzliche vernebelt, nur Gleichheit sein.

Bei den Schutzpflichten, bei den zulässigen Emissionen, ist Gleichheit als Grundsatz bereits anerkannt. Noch nicht in der Praxis, aber normativ gilt: Jeder Mensch hat dasselbe Recht. Künftig wird Gleichheit als bindendes Prinzip auch schrittweise das Reich der Nutzungsrechte erobern

müssen, wenn das Faustrecht, der Krieg um Ressourcen, vermieden werden soll. Der Katalog der Menschenrechte wird damit nicht einfach nur länger. Er bekommt ein neues Fundament: Jeder Mensch hat das gleiche Recht auf ein Quantum Umweltraum, das mit der Reproduktion der Natur vereinbar ist. One (wo)man, one piece of nature.

Dieses neue ökologische Menschenrecht ist bislang nirgends formell proklamiert. Ob es jemals dazu kommt, ist ungewiss. Wenn aber das, worum zu kämpfen ist, nämlich konsequentes ökologisches Handeln, Wirklichkeit werden soll, dann ist Gleichheit nicht nur das ethisch gebotene, sondern auch das sachlich geforderte Prinzip. Nur auf der Basis von Gleichheit kann das ökologische Gebotene verbindlich eingefordert werden, kann die weltweit nötige Motivation wirklich wachsen.

In der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 sind – soweit die Naturaneignung implizit angesprochen wird – nur Grundbedürfnisse genannt, gewissermaßen Minimalbedingungen eines Lebens, das als menschlich gelten kann. Beim neuen ökologischen Menschenrecht geht es nicht nur um »Minima Socialia«, sondern um ein hartes Kriterium für die Gestaltung der Welt, um einen neuen politisch gesetzten Standard, der folgenreich sein wird, wenn er nicht nur auf diplomatischem Papier zu lesen, sondern in der Praxis zu erleben ist.

Die Sprengkraft dieses Rechtes ist offenkundig noch nicht erkannt worden. Als globales Recht würde es für alle und überall gelten. Alle Ungleichheit der Naturnutzung geriete damit unter Rechtfertigungszwang – zwischen Kontinenten und Nationen, aber letztlich auch innerhalb einzelner Länder und Regionen. Wenn nämlich der fällige Umbau zu einer grünen Produktions- und Lebensweise auf demokratische und zivilisierte Art gelingen, wenn das Interesse daran massenwirksam werden soll, dann müssen die Prinzipien von Kooperation und Gleichheit letztlich nicht nur zwischen den Nationen, sondern auch in ihnen gelten.

Krasse Ungleichheiten, die heute der rein sozialen Anklage und dem Vorwurf der Leistungsungerechtigkeit ausgesetzt sind, werden dann auf umfassende, eben ökologische Weise illegitim. Dann ist nicht mehr akzeptabel, dass der Multimillionär mit seinem Privatjet und seinen weiträumigen Anwesen die Erde tausend Mal mehr in Anspruch nimmt als sein Gärtner oder seine Putzfrau. Sein Lebensstil hat dann keinerlei Rechtfertigung mehr. Er ist nicht nur ein ärgerliches Privileg, sondern ein Verbrechen.

Dieser Gedanke ist so ungeheuerlich, dass man ihn kaum zu denken wagt. Bislang ist Gleichheit ein rechtliches und politisches Postulat, das im Sinne des Staatsbürgers und der Rechtsperson in gewissen Grenzen wirklich werden kann, wenn die garantierenden Institutionen einigermaßen funktionieren. Jenseits von Politik und Recht ist Gleichheit bestenfalls eine ethische Verpflichtung, häufig auch nur Gegenstand einer herrschaftstechnischen Abwägung. Zu viel Ungleichheit könnte irgendwann die Legitimation der gegebenen Ordnung gefährden und vielleicht zur Revolte führen. Nicht zuletzt deshalb enthalten die meisten Vorschläge für alternative Wohlstandsmaße, die in den vergangenen Jahren zahlreich entstanden sind, auch Indikatoren, die Ungleichheit zum Ausdruck bringen sollen.¹⁶

Ökologisch begründete Gleichheit hat eine andere Qualität. Sie ist nicht das Ergebnis eines Herrschaftskalküls, sondern ein Herrschaft unterwanderndes Recht. Sie steht quer zu den bisher geltenden ökonomischen Leitprinzipien. Selbst zum Einkommen, das aus Leistung, Mühe und Anstrengung resultiert und wegen eben dieser Quelle Anerkennung genießt, steht ökologische Gleichheit in einem Spannungsverhältnis, das sich nicht einfach auflösen lässt. Ökologische Gleichheit ist ein Anschlag nicht nur auf die hergebrachte Eigentumsordnung, sondern auch auf individualistische Leistungs- und Lohnprinzipien.

Die Folgen des neuen ökologischen Menschenrechts wären in der Tat radikal. Nicht nur Gesellschaften mit nicht-nachhaltigem Nutzungsniveau kämen unter Rechtfertigungszwang, sondern Individuen. Was unter dem Gesichtspunkt der Gerechtigkeit seit langem an radikalen Verteilungsforderungen gestellt wird, bekäme eine zwingende ökologische Begründung. In religiöser Sprache: Du sollst nicht verzehren deines Mitmenschen Lebensbasis.

Das ganze bisherige System der Begründung und der Selbstrechtfertigung des ökonomisch Gewohnten geriete aus den Fugen. Privates Eigentum, das jenseits eines nicht-nachhaltigen Niveaus Verfügung über Natur begründet, wäre nicht mehr legitim. Wirtschaftliche Aktivitäten, die nicht-nachhaltige Niveaus bedienen, und die Einkommen, die aus solchen Aktivitäten stammen, wären nicht mehr zu rechtfertigen. Der

¹⁶ Einen Überblick über alternative Wohlstandsmaße bietet die Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität (2013).

geerbte Status, in einem reichen Land geboren zu sein, wäre keine pure Selbstverständlichkeit mehr. Das ökologische Verbrechen des Multimillionärs wäre nicht mehr nur auf ihn beschränkt.

Und so taucht schnell die bange Frage auf: Was bliebe dann noch von all dem, was wir gewohnt sind? Ist globale ökologische Gleichheit nicht das Ende jeglicher Rechtfertigung für das gesamte Leben in einem reichen Land? Bei solchen Fragen werden selbst dem radikalsten Öko-Aktivisten die Knie weich.

Und sie werden noch weicher, weil mit vollem Recht gefordert werden kann, dass diese Gleichheit nicht nur übermorgen gelten soll, sondern auch konsequent intertemporal, also rückwirkend, in die Vergangenheit hinein. Mit über zehn Tonnen Kohlendioxid pro Kopf und Jahr liegen die Bevölkerungen des reichen Nordens schließlich seit langem weit über dem global zulässigen Niveau. Historisch gesehen haben die früh industrialisierten Länder ihr Kohlendioxid-Budget bereits aufgebraucht. Ihr ökologisches Konto ist tief im Minus, und ihre Schulden wachsen täglich.

Wir sehen also: Ökologische Gleichheit im Sinne tatsächlich gleicher Nutzungsrechte und gleicher Schutzpflichten ist ein Fundamentalangriff auf die gewohnte Ordnung, ihre Wirklichkeit, ihre Prinzipien und – wenn wir den Anspruch auf intertemporale Gleichheit hinzufügen – sogar auf ihre Geschichte. Ökologische Gleichheit definiert den Platz des Menschen in der Welt nach Maßen verträglicher Naturnutzung – nicht nach Eigentumstiteln, nicht nach ererbten Positionen, nicht nach dem zufälligen Status, im Norden geboren zu sein.

Aber was bedeutet das, wenn es mehr sein soll als eine folgenlose Proklamation eines neuen Fundamentalrechts? Zu verwirklichen ist es doch bestenfalls mit sehr langfristigem Blick in die Zukunft – und die Geschichte kann nicht mehr verändert werden. Die Schulden bleiben oder wären nur zu tilgen, wenn der Norden heute aufhört zu atmen. Deshalb gibt es berechtigte Zweifel, ob ökologische Gleichheit tatsächlich den Rang erobert, der ihr eigentlich gebührt.

Dennoch hat die Gedankenkette, die mit Größenbeschränkungen beginnt, globale Kooperation erfordert und somit die Gleichheit als Handlungsnorm setzt, heute schon Folgen. Das entscheidende Moment, das auch kurzfristig zur Geltung kommt, ist die Umkehr der Beweislast. Nicht Gleichheit muss sich rechtfertigen, sondern Ungleichheit. Selbst wenn

sich diese Umkehr einstweilen nur im normativen Bereich niederschlägt, so ist sie dennoch folgenreich.

Heute muss sich jeder Versuch, die aus der kapitalistischen Wirtschaftsordnung entspringende Ungleichheit mit politischen Mitteln einzudämmen, rechtfertigen. Im Lichte konsequent vertretener Ökologie wäre die Umkehrung die Normalität. Gleichheit ist dann der normative Regelfall. Ungleichheit sitzt auf der Anklagebank. So kommt man auf sehr direktem Wege zu der Konsequenz, dass die heutige Verteilung von Einkommen und Vermögen nicht nur ein sozialer Skandal, sondern auch ein anti-ökologisches Bollwerk ist.

Hier geht es also um den alten Anspruch auf Gleichheit, aber in neuer Gestalt – nicht nur in der Gestalt eines rechtlichen Anspruchs (vor dem Gesetz sind alle Menschen gleich), sondern als einzig möglicher Ordnungsrahmen für den radikalen Umbau, wenn dabei Standards einer demokratischen Zivilisation gewahrt werden sollen.

Gleichheit verlässt den Himmel der Ideen und wird zum Elixier der Praxis. Gleichheit wird bindend, wird zu einem harten Kriterium, weil sonst der Umbau seine Verbindlichkeit verliert. Er kann nicht erzwungen werden. Er muss zur bewussten, gemeinsamen Sache werden. Wenn man aber für eine gerechte Sache Macht entfalten will, dann muss die Macht selbst gerecht sein.

Dass die Ökologie in den Bereich fundamentaler Normen vorzudringen beginnt, ist auch dem sensiblen WBGU (2011: 85) nicht entgangen: »Es mehren sich Stimmen, die nach der Entwicklung liberaler Grundrechte (18. Jahrhundert), politischer Partizipationsrechte (19. Jahrhundert) und sozialer Rechte (20. Jahrhundert) die Rechtsentwicklung am Übergang zu einer neuen Rechtsform sehen: hin zu den ökologischen Grundrechten.«

In dieser vorsichtigen Sprache ist – das unterscheidet den vom WBGU vorgelegten Entwurf einer »Großen Transformation« von vielen anderen Großszenarien – wenigstens angedeutet, dass die Egalität die Partnerin der Ökologie werden muss, wenn die fällige Transformation schnell und zivilisiert kommen soll.

Das ökologische Menschenrecht wird nur gelten, wenn es, wie jedes Recht, von Institutionen getragen wird, die es garantieren und durchsetzen. Üblicherweise denkt man an Verfassungen, Gesetze und Verträge, also an kodifiziertes und vereinbartes Recht in diversen Formen,

und an Gerichtsbarkeiten in passender Gestalt. All das wird auch zum ökologischen Gleichheitsrecht gehören. Aber wie gesagt: Es ist ein materielles Recht. Um es als solches zu gewährleisten, ist das Recht, wenn es nur ein einzuklagendes Recht bliebe, viel zu schwach, weil es permanent dem Gang der Ökonomie hinterherlaufen würde.

Deshalb werden die garantierenden Institutionen anderer Art sein müssen. Stellt man die ökologische Frage in gebotener Schärfe, dann gerät notwendig gerade das in den Mittelpunkt, was zwar längst schon geregelt ist, aber nur im Sinne von gleichen Regeln für die ansonsten freie Betätigung: Produktion, Verteilung, Konsum, also die Wirtschaft in ihren wichtigsten Feldern. Denn hier wird die ökologische Frage jeden Tag zum Thema. Und genau hier spielt der ökologische Gleichheitsanspruch bislang keine Rolle.

Ökologische Gleichheit als tatsächliches Recht, als wirksames, folgenreiches Recht zu etablieren, wird deshalb nicht nur schwierig sein im Sinne einer juristischen Operationalisierung. Seine Bedeutung ist viel fundamentaler. Vermutlich zum ersten Mal in der Geschichte wird ein materielles Recht zur Voraussetzung weiterer Entwicklung.

Der Extremfall heutiger Verletzung von Menschenrechten zeigt den Gehalt dieses neuen Rechts. Man kann auch heute noch Millionen Menschen verhungern lassen – ein Verbrechen, das Jean Ziegler (2007) unablässig anklagt. Zieglers Klage erhält ihre Wucht durch die vollständige Vermeidbarkeit von Hunger und Hungertod. Sie wären mit einem winzigen Teil der Weltressourcen zu verhindern. Zieglers Bemühen würde mit dem ökologischen Menschenrecht auf ein bestimmtes Quantum Umweltraum eine zusätzliche Begründung erhalten. Insofern wäre dieses Recht, das in seinen Anfängen nur als vage moralische Norm, als Hintergrundrauschen und diplomatische Floskel auftritt, auch für unmittelbare Bedürfnisse fundamental, wenn es zu einem durchsetzungsfähigen Lebensanspruch wird.

In den Ländern Europas und Nordamerikas ist formale Gleichheit mit zunehmender materieller Ungleichheit und schärferer Herrschaft bis zur Unkenntlichkeit vermischt. Gleichheit ist zum bloßen Rechtsanspruch verkommen. Wenn aber künftig angesichts ökologischer Grenzen vermehrt über Nutzungsrechte zu entscheiden ist, dann sind dafür die Kriterien zu benennen, explizite Kriterien ausgesprochenen, begründbaren und allgemeinen Rechts.

Dann steht explizit zur Entscheidung: Gilt das Gleichheitsgebot der Demokratie oder gilt es nicht? Dann wird es auch darum gehen, Gleichheit und Gerechtigkeit aus ihrem blassen Dasein in alten Diskursen zu befreien. Sie können in ihrer fundamentalen ökologischen Bedeutung nicht aufscheinen, wenn von Leistungsgerechtigkeit, Akzeptanz, Zusammenhalt die Rede ist, wenn es also – wie in reformerischen Diskursen üblich – nur um Erwägungen der Nützlichkeit und der Angemessenheit geht.

Wie der Kampf um ökologische Gleichheit ausgetragen wird, kann man sich in groben Strichen ausmalen. Das bürgerliche Lager wird sein altes Motto starkzumachen versuchen: Lasst die Preise die Wahrheit sprechen. Die herrschenden Gestalten werden alles daran setzen, das Problem der Knappheiten und der ökologischen Überdehnung durch Preise handhabbar zu machen. Die vorhandene Ungleichheit, die dann mit höheren Preisen auch zunehmend Nutzungsausschluss bedeutet, bleibt dann im Extremfall unbeachtet. Ganz gelingen kann das in einer demokratisch verfassten Gesellschaft nicht. Aber einige Zeit wird man mit dem Verweis auf die vielleicht bedauernswerten, aber doch unbestechlichen Preisbotschaften zu Recht kommen.

Die grünen Reformisten werden die Preisargumente ebenfalls aufgreifen, aber wohl um ein anderes Element bereichern. »Ich bin sauber« – werden sie rufen. Reichtum auf grüner Basis ist dann akzeptabel. Der Grundsatz der Bio-Herrschaften lautet folglich: Ein hohes Maß an Naturnutzung ist akzeptabel, wenn sie auf regenerativer Basis erfolgt. Die ersten Verbote gibt es längst: Hollywoodgrößen im E-Mobil mit 300 PS oder ökologisch durchgestylte Riesen-Wohnungen im Passivhaus-Standard.

Solche fortbestehenden Ungleichheiten auf grün-gewissenreiner Basis haben keine Rechtfertigung, wenn das ökologische Menschenrecht tatsächlich gilt. Die Form, in die sich die geistvolle Anklage in früheren Zeiten kleidete, war das Recht – nicht das kodifizierte, technische ausformulierte Recht, sondern das unbedingte Menschenrecht. Das gilt wohl auch heute. Es wäre merkwürdig, wenn in einer Zeit, die von großen notwendigen Transformationen spricht, der Status quo des Rechtenkanons völlig unberührt bliebe. Tatsächlich gibt es hier diesen neuen Kandidaten: das ökologische Menschenrecht. Es hat bislang nicht diesen Namen. Und es ist bislang auch nur negativ formuliert: als für alle

gültige Schädigungsgrenze. Es auch positiv zu formulieren, ist eine der zentralen Aufgaben.

Ökologische Gleichheit wird erst dann zum ganz großen Thema, wenn jenseits der alten Forderungskataloge, die mehr Gleichheit allein auf aktuelle, nicht ökologisch begründete Lebenschancen beziehen, der Umbau der Industriegesellschaft tatkräftig in Angriff genommen wird. Spätestens dann muss der defensive Umgang mit ökologischen Herausforderungen zu einem offensiven Projekt werden. Und damit stellt sich die Frage, welche Kriterien gelten sollen.

Die Debatte über die Verfasstheit künftiger Gesellschaftsentwicklung wäre damit eröffnet. Die konkreten Fragen lauten dann: Wie ist die bisherige Funktion des Wirtschaftswachstums zu ersetzen? Wie und von wem werden Arbeitszeiten geregelt? Welche wirtschaftlichen Aktivitäten sollten möglichst ersatzlos gestrichen werden? Welche Garantien erhalten die negativ Betroffenen?

Dieser Fragenkatalog zeigt, dass die bisherige Art Wirtschaft und Gesellschaft zu gestalten, unzureichend ist. Offenkundig sind neue, zusätzliche Handlungskanäle nötig, um stärker und anders als bisher wirtschaftliche Prozesse zu lenken und zu steuern. Das Gemeinwesen, nicht notwendig der Staat, aber in jedem Fall die organisierte Bürgerschaft, kann nicht nur der Rahmensetzer sein, sondern muss auch Maler werden, muss an den Farben, Strukturen und Bedeutungen beteiligt sein. Ist das denkbar? Demokratische, ökologische Gestaltungsmacht jenseits des Gewohnten? Noch mehr Aufgaben für die Politik, die doch jetzt schon hoffnungslos überlastet scheint?

Planung – vom verdienten Tod zu neuem Leben

Der Zustand der Weltökologie verlangt entschiedenes Handeln. Auf gewohnten Pfaden weiterzugehen, ist keine Option. Da aber das, was zu tun ist, weit mehr als in früheren Zeiten systemischen Charakter hat, ist reflektiertes und strategisches Handeln nötig. Dieses Handeln, dessen Gegenstand komplexe lebendige Zusammenhänge sind, muss vergewärtigen, was sein kann und was sein soll.

Diese geforderte Qualität systematischen und vorausschauenden Handelns steht im krassen Gegensatz zur herrschenden Praxis. Denn die

Unternehmen orientieren sich, auch wenn sie intern gern längerfristig planen, an aktuellen Marktsignalen und kurzfristiger Renditeerwartung. Und die Politik ist allzu häufig zum bloßen Reagieren gemäß Nachrichtenstand und Kassenlage verkommen. Wenn dann noch, wie momentan in Europa, die finanzielle Erpressung hinzukommt, ist es schnell vorbei mit der oft beschworenen Gestaltungsmacht.

Dennoch: Ohne längerfristige Planung funktioniert kein entwickeltes Land. Große Systeme, sei es der Energie, des Verkehrs oder der industriellen Massenfertigung, bedurften immer schon der gesellschaftlichen Rahmenplanung. Im Zeitalter der ökologischen Großgefahren und des absehbaren Rohstoffmangels durchdringen der Zwang zur Planung und die Angewiesenheit auf politische Garantien nahezu die gesamte Ökonomie.

Der Markt kann als Instanz der Koordination nicht mehr überzeugen. So wie die Liberalen früher mit großem propagandistischem Effekt behaupten konnten, dass der Markt der optimale Entscheider par excellence sei, so gilt spätestens heute die Umkehrung. In allen wichtigen Ressourcenfragen liegt der Markt prinzipiell falsch. Er sorgt ständig für schlechte Ergebnisse. Übernutzung und Überausbeutung sind seine Hinterlassenschaft.

Das ist kein Zufall, weil die Unternehmen und die Wirtschaftswissenschaft, die ihnen zur Seite steht, immer noch zwei Dogmen predigen, die das Prinzip des Marktes begleiten und – angewendet auf Naturgüter – zwangsläufig zu miserablen Ergebnissen führen müssen. Das eine Dogma heißt Diskontierung und meint, dass die Zukunft umso wertloser ist, je weiter sie weg liegt. Die Techniken der Diskontierung gehen von der Annahme aus, dass die Präferenz für ein Gut umso größer ist, je schneller es zur Verfügung steht. Was erst später zu haben ist, wird in der Kalkulation mit Abschlägen belegt, abgezinst, diskontiert.

Vom Standpunkt des einzelnen, gegenwartsversessenen Nutzenmaximierers ist das ein schlüssiges Verfahren, vom Standpunkt der Bewahrung unserer Lebensgrundlagen jedoch eine Exitusgarantie. Denn auf diese Weise schrumpft langfristige Vorsorge zu einer ökonomisch nicht mehr interessanten Größe.

Das andere, zur Diskontierung passende Dogma heißt Substitution und soll bedeuten: Es gibt immer Alternativen zu dem, was nicht mehr hinreichend vorhanden ist oder – im Extremfall – zugrunde gegangen

ist. Solche Dogmen und die Vernichtungspraxis, die ihnen entspricht, kann sich eine endliche, gefährdete Welt nicht mehr leisten. Folglich werden Planung, Vorausschau und Vorsorge wieder zu großen Themen mit positivem Klang.

Nun wissen die vor 1989 in der DDR und in Osteuropa Aufgewachsenen, dass Planung ein Synonym für Mangel, Willkür und haarsträubende Fehlanreize sein kann. Diese Art Planung ist verdientermaßen gestorben. Die Planung, um die es hier geht, ist zunächst nur die Veränderung, Kräftigung, Ausdehnung und Systematisierung der ohnehin stets stattfindenden Planungsprozesse. Ihre leitenden Fragen lauten: Wie wird gesamtökologische Rationalität möglich? Was bedeutet optimaler Wohlstand bei minimalem Naturverbrauch?

Die Fragen so zu stellen bedeutet, die bei Ökologen üblichen Begriffe der Systemdienstleistungen auf die Ökonomie zu beziehen. Nicht nur das einzelne Gut soll öko-effizient sein, sondern ganze Branchen und schließlich die Volkswirtschaft insgesamt. Auch der WBGU ist der Auffassung, »dass systemisches Denken und Handeln in einer Langfristperspektive die Grundvoraussetzungen für das Vermeiden künftiger ökonomischer, sozialer und ökologischer Krisen sind« (WBGU 2011: 51).

Strukturen zu lenken, ist allerdings kein einfaches Geschäft. Die gewählten Entwicklungswege können sich als falsch erweisen. Sie sind es sogar zwangsläufig immer – sagen die Liberalen und die überwiegende Mehrheit der Ökonomen. Gemessen an der Wahrheit millionenfacher Entscheidungen von Produzenten und Konsumenten seien strukturpolitische Beschlüsse stets unterhalb des Optimums, insofern immer falsch. So ist es nicht verwunderlich, dass im liberalen Geist der vergangenen 30 Jahre die Worte Strukturpolitik und Rahmenplanung kaum noch zu hören waren, deren Instrumente aber gleichwohl ungeniert hinter den Kulissen für unternehmerische Interessen zurechtgestutzt und eingesetzt wurden.

Auf diesem, eher verborgenen Wege findet Strukturpolitik jeden Tag statt. Nur trägt sie diesen Namen nicht. Die gesamte Automobilindustrie hängt davon ab, dass die Infrastruktur des Verkehrs autogerecht gestaltet wird. Alle Wirtschaftszweige brauchen in irgendeiner Weise verlässliche Standards, die nur politisch zu gewährleisten sind. Deshalb ist die von den Liberalen gepriesene Souveränität der Produzenten und Konsumenten in einer hochgradig vergesellschafteten Wirtschaft immer

eine Scheinsouveränität. Was bei kleinen und mittleren Unternehmen als Souveränität erscheint, ist in den meisten Fällen pure Abhängigkeit von den großen Spielern, deren Bedarf die Wirtschafts- und Strukturpolitik weitgehend bestimmt. Letztlich ist damit auch für die Konsumenten das Spektrum der Optionen beschränkt.

Alles Politische ist heute durchzogen von Erwartungen für die Zukunft und Reaktionen darauf. Es gibt eine zunehmende Verflechtung nicht nur in der Sache und territorial, sondern auch temporal. Das gilt nicht nur, aber vor allem für den Stoffwechsel mit der Natur. Grenzen für Schadstoffe und Engpässe bei den Rohstoffen verlangen heute schon Strategien, auch wenn sie erst übermorgen zu spüren sein werden. Für Planungsstäbe heißt das Vorwärtsverteidigung in der Zeit gemäß den Interessen ihrer jeweiligen Organisation.

Der neue Hang zu strategischem Handeln ist deshalb kein Garant für ökologische Rationalität. Auch hier gilt: Cui bono? Wer entscheidet in wessen Interesse? Wer erhält Planungssicherheit und wer nicht? Wird der Rohstoffbezug der deutschen Industrie geplant oder eine Wirtschaftsstruktur, die ihren Energie- und Ressourcenverbrauch drastisch reduziert? Werden die nationalen Champions planerisch begleitet, wie etwa die deutsche Autoindustrie, oder kommen neue ökologische Verkehrssysteme zum Zuge, in deren Zentrum öffentliche Anbieter stehen?

Die Renaissance der Strukturplanung ist in keiner Weise ein emanzipatorischer Selbstläufer, aber eine Einladung ist sie allemal. Hier steht einiges an wirkungsvollen Instrumenten der gesamtgesellschaftlichen Steuerung bereit, vor allem das Verkehrsrecht, das Bau- und Planungsrecht, das Agrar- und Energierecht. Mit diesen Rechtssystemen wird in großem Umfang über Landschafts-, Rohstoff- und Energieverbrauch entschieden. Betroffen sind hier beispielsweise der Siedlungs- und Städtebau, der Straßen- und Eisenbahnbau und die Intensivlandwirtschaft. Auch das Steuerrecht hat es in sich. Denn jährlich werden umwelt- und klimaschädliche Subventionen im Umfang von über 50 Milliarden Euro gewährt. Der besonders umweltschädliche Flugverkehr gehört dabei mit geschätzten zwölf Milliarden Euro zu den größten Nutznießern.

Wenn Planung und Strukturpolitik wieder in den Fokus kommen, dann ist damit erstmals seit Jahrzehnten ein Politikfeld wieder offen, das von Marktrhetorik verbarrikadiert worden war: die bewusste, be-

gründungs- und rechenschaftspflichtige Beeinflussung sektoraler Entwicklung. Der Finanzsektor und die Energieversorgung sind die aktuellen Beispiele, die sich einem breiten Diskurs über das »Wozu« und »Wohin« nicht mehr entziehen können. Diese beiden Beispiele sind – zum Teil bewusst, zum Teil aus der Not geboren – zum Gegenstand politischer Planung geworden. Vermachtete Märkte und private Entscheidungshoheiten weniger großer Unternehmen haben offenkundig schlechte Ergebnisse geliefert – im Fall des Finanzsektors bis hin zum drohenden Kollaps der Weltwirtschaft.

Gemessen am ökologisch Notwendigen stehen aber nicht nur diese beiden, aktuell umkämpften Branchen im Fokus, sondern die gesamte Wirtschaftsweise. Deshalb ist das Potenzial längerfristig angelegter Planungsprozesse breiter zu mobilisieren. Deshalb nähern sich auch die Zeiten einer an Experten delegierten Umweltpolitik dem Ende. Es geht nicht mehr nur um einzelne Schadstoffe, die zu begrenzen, um einzelne Naturräume, die zu schützen sind. Heute geht es um die Ökologisierung der Wirtschaftskreisläufe insgesamt, um das Primat der Ökologie, um den Naturerhalt als oberstes Prinzip.

Das ist für alle eine fundamentale Herausforderung, nicht nur für die bürgerliche Auffassung einer untertänigen Natur, sondern auch für ihren Gegenpol. Auch für Gewerkschaften und Arbeiterbewegung ist die Beherrschung der Natur, die ständige Entwicklung der Produktivkräfte, der kaum hinterfragte Motor der Geschichte geblieben. Irgendwann, so die Überzeugung zumindest des linken Teils der organisierten Lohnarbeit, werde diese Kraft so stark, dass sie nicht mehr mit privatwirtschaftlichem Dünkel, sondern nur noch mit gesellschaftlichem Eigentum bewältigt und weiter vorangetrieben werden könne.

Bertolt Brecht konnte noch behaupten, dass die Realität in die Funktionale gerutscht sei. Ob der Hammer der Kunst dient oder zum Werkzeug des Mordes wird, sei dem unschuldigen Hammer nicht anzusehen, sondern nur der ihm vom Menschen zugeordneten Funktion zu entnehmen.

Heute wissen wir, dass zwar viele Wahrheiten noch immer in der Funktionalen stecken, dass aber gleichzeitig die Wahrheit auch in die Materiale, in die Energie- und Stoffkreisläufe, gerutscht ist. Selbst alltäglicher Konsum ist dem Verdacht des »zu viel«, »zu giftig« und »unverantwortlich« ausgesetzt. Und die Produktion, die dahinter steckt,

erscheint wie eine Maschinerie, die bei allem Nützlichen, das sie hervorbringt, eben auch die Lebensgrundlagen zerstört.

In den Hochzeiten der alten sozialistischen Arbeiterbewegung war Planung das Instrument, um die Wahrheit in eine neue Funktionale zu bringen, damit – um im Bild zu bleiben – der Hammer allein den Menschen diene und nicht dem Akkumulationstrieb des Kapitals.

Nachdem dieser Versuch mit dem Hammer (und der Sichel) in Osteuropa schief gegangen ist, traut sich kaum jemand, von Planung als neuer Notwendigkeit zu sprechen. Tatsächlich aber hat sich volkswirtschaftliche Planung längst wieder auf die Tagesordnung gesetzt. Nur mit umgekehrtem Ziel: nicht maximale Naturunterwerfung, sondern Einhaltung von Grenzen. Das gesellschaftliche Management stofflicher Mengen beginnt, zu einer großen volkswirtschaftlichen Aufgabe zu werden.

Bislang bezieht sich diese Reduktionsplanung nur auf Schadstoffe. Ziel ist die Senkung der Abfallmengen, die sich in den Umweltmedien einlagern und zerstörend wirken. Schon diese Aufgabe verlangt nicht nur mehr Planung, sondern auch eine andere Art von Planung. Es geht nicht mehr um die Rahmenbedingungen, die für eine maximale Steigerung der in Geld ausgedrückten Mengen des Reichtums sorgen, sondern um Anreize, die zu einer Senkung der in physikalischen Größen gemessenen Stoffe beitragen müssen.

Die bisher angewandten Mittel, um dieses Ziel zu erreichen, sind vorrangig konzentriert auf End-of-Pipe-Technologien (beispielsweise Entschwefelung von Rauchgasen oder Partikelfilter für Autoabgase) und Effizienzsteigerungen (weniger Rohstoff- und damit Naturverbrauch je Nutzeneinheit). Selten geblieben ist die ganzheitliche Gestaltung von Stoffkreisläufen mit Wiedereingliederung und Mehrfachnutzung desselben Stoffs. Ungeachtet industrieller und amtlicher Erfolgsmeldungen gibt es weiterhin in allen Industriebereichen noch hohe ungenutzte Effizienzpotenziale.

Kontraproduktiv ist die Finanzialisierung der Natur (Zertifikate sowohl für Emissionen als auch für angeblich ungenutzte Natur, Verwandlung dieser Zertifikate in handelbare Wertpapiere). Die kostenlos verschenkten Zertifikate füllten nur die Konten der Begünstigten und hatten, weil zu großzügig bemessen, kaum eine ökologische Lenkungswirkung.

Die vertane Zeit lässt die Aufgaben wachsen. Künftig wird sich Reduktionspolitik nicht nur auf Schadstoffe beziehen müssen, nicht nur auf die Senkung der in Luft, Böden und Gewässern deponierten Abfälle. Es wird auch nicht reichen, Produkte und Materialien mit immer neueren und raffinierteren Methoden, immer effizienter mit weniger Energie- und Rohstoffeinsatz herzustellen. Es geht also nicht nur um den letzten Akt am Ende des Prozesses oder mehr Effizienz. Es geht vielmehr um den Ursprung der Probleme, um die Quelle, mithin den Umfang der Naturnutzung selbst.

Bislang ist noch schwer vorstellbar, wie maximale Mengen für Rohstoffe festgelegt und durchgesetzt werden könnten. Völlig absurd aber ist der Gedanke nicht. Denn zumindest in einer Branche passiert genau das. Die Senkung des Energieverbrauchs ist offiziell verkündetes Ziel der Bundespolitik. Folglich sollte die Angst vor der argumentativen Keule »Planwirtschaft« die Angriffslust nicht trüben.

Reduktionspolitik wird auch andere Branchen erfassen müssen und kann dabei mit erheblicher Unterstützung der Bevölkerung rechnen. Weniger Verkehr, weniger Fleischkonsum, weniger Massentierhaltung – solche Forderungen sind bereits populär. Dieses »Weniger« ist – im Unterschied zu einzelnen Gefahrstoffen, die sich mit Ordnungspolitik, also mit Geboten und Verboten regeln lassen – einerseits ein Gegenstand für Kampagnen und Aufklärung, andererseits aber auch ein Planungsthema. Denn die Neuausrichtung ganzer Branchen verlangt – ob im Verkehrssektor oder anderswo – langfristige Planung, wie auch die Bundesregierung unfreiwillig konstatiert, wenn sie Energiekonzepte mit dem Planungshorizont von 40 Jahren oder Strategien für die Sicherung von Rohstoffen vorlegt.

Der planmäßige Schutz der Schadstoffsenken, insbesondere der Atmosphäre, ist in der internationalen Geschäftswelt erst salonfähig geworden ist, seitdem Sir Nicholas Stern¹⁷ als quasi amtlicher Vertreter der stets den Marktkräften verpflichteten angelsächsischen Welt verkündet hat, dass der Klimawandel nichts anderes ist als »globales Marktversagen«. Die Rohstoffquellen dagegen werden von den Unternehmen selbst zum wichtigen Planungsthema erklärt. Nicht mit einer ökologischen, son-

¹⁷ Nicholas Stern präzisiert seinen 2006 publizierten Befund »globalen Marktversagens« in seinem späteren Buch »Der Global Deal« (2009: 22ff.).

dern mit einer rein ökonomischen Motivation verlangen Wirtschaftsverbände mehr Planung. So fordert der Bundesverband der deutschen Industrie, die Rohstoffversorgung Deutschlands geplant anzugehen, weil auf die Lieferfähigkeit von Märkten kein Verlass mehr sei. Bei der Rohstoffversorgung folgt der Planungszwang der Beschaffungsnot.

Diese Art Planung für partikulare Interessen wird rasant zunehmen, wenn es nicht gelingt, für Wirtschaftsstrukturen zu sorgen, die von vornherein deutlich weniger »Stoff« brauchen. Für den Gesamtbedarf von Volkswirtschaften gibt es bis dato allerdings keine Mengenziele, sondern nur Effizienzprogramme. Nicht der Umfang der Ökonomie ist bisher zum Gegenstand politischen Handelns geworden, sondern nur das Verhältnis zwischen Naturnutzung und Nutzenstiftung.

Nun kann man sich heute noch nicht so recht vorstellen, wie die Größenordnung des Wirtschaftens zum Gegenstand politischer Regulierung werden soll. Als Zuteilung von Nutzungsrechten pro Kopf der Bevölkerung? Als globales Rationierungssystem? Das klingt nicht erfreulich.

Wir sind hier wieder an einem Umschlagspunkt. Wie bereits unter den Titeln »Kooperation« und »Gleichheit« ausgeführt, gerät man in eine Sackgasse, wenn man sich vorzustellen versucht, wie die starken Anforderungen, die aus ökologisch begründeten Größenbeschränkungen folgen, bei gleichzeitigem Weiterbestehen der gegebenen Wirtschaftsordnung und der üblichen Politikabläufe zu erfüllen sein könnten. So wie globale Kooperation nur zu einem starken Trend wird, wenn die Förderung und massenhafte Verbreitung des Richtigen das mühsame Gezerre um den akzeptablen Anteil am Falschen ablöst, so wie das gleiche Recht auf Naturnutzung nur dann folgenreich sein wird, wenn sich jede Ungleichheit vor ihm rechtfertigen muss, so wird auch der Zug zur Planung nur dann neue Horizonte eröffnen, wenn er nicht dem Alten dient.

Die Hürden für demokratische Planungsprozesse im Bürgerinteresse sind aktuell noch hoch und zahlreich. Planungsstäbe agieren weitgehend im Verborgenen. Verträge zwischen öffentlicher Hand und privaten Unternehmen sind selbst den Parlamenten nicht zugänglich. Gesetzentwürfe werden bisweilen an private Kanzleien outgesourct. Die Beziehungen zwischen einflussreichen Abgeordneten und Wirtschaftsverbänden sind eng und vertraulich. Das Öffentliche ist bislang nicht das, was es sein sollte: kompromisslos öffentlich. Ändert sich daran nichts, bleibt Planungswissen einseitiges Herrschaftswissen.

Aber es ändert sich einiges. Unsinnige Großprojekte stoßen auf massiven Widerstand. Die Bürgerschaft nutzt ihre oft überlegenen Sachkenntnisse, um nicht nur mitsprechen, sondern auch entscheiden zu können. Direkte Demokratie ist populär. In den vergangenen Jahren sind Volksbegehren und Bürgerentscheide gestartet worden, die das politische System unter Druck und Rechtfertigungszwang setzen. In Berlin mussten die Geheimverträge der Wasserprivatisierung veröffentlicht werden, weil erstmals eine von Aktivistinnen und Aktivisten selbst formulierte und von der Bevölkerung unterstützte Initiative zum gültigen Landesgesetz wurde.

Abschottung des politischen Systems und Wiederaneignung der Demokratie – die Wirklichkeit enthält beides. Die zweite, die bessere Variante hat nicht die Macht des großen Geldes auf ihrer Seite, aber die überzeugenderen Argumente und die Interessen des Gemeinwohls, auch wenn dessen Definition bisweilen umstritten ist. Es bedarf keiner überbordenden Fantasie, um sich vorzustellen, wie aus der formellen, auf die Stimmabgabe beschränkten und allzu oft den Willen der Bevölkerung ins Gegenteil verkehrenden Schein-Demokratie eine echte und lebendige Demokratie wird, die ihrem Begriff, Herrschaft des Volkes, deutlich näher kommt.

Auf übersichtlich gestalteten Internetseiten würden alle entscheidungsrelevanten Informationen, Daten, Planungsgrundlagen und Gutachten im Netz stehen. Kein Bürokrat könnte mehr im Trüben fischen, und der Verschwender stände schnell am Pranger. Geheimverträge gäbe es nicht mehr. Die Bevölkerung hätte weitreichende Klage- und Initiativrechte. Auf der kommunalen Ebene könnte es neue Organe geben, nicht nur Beiräte, sondern auch Räte, die problemnah, in direktem Kontakt mit den Betroffenen und auf der Basis eines imperativen Mandats Entscheidungen treffen. So würde das Öffentliche tatsächlich öffentlich werden, und der Demos hätte tatsächliche Entscheidungsgewalt. Karl Marx würde sich im Grabe freuen: »Die Freiheit besteht darin, den Staat aus einem der Gesellschaft übergeordneten in ein ihr durchaus untergeordnetes Organ zu verwandeln.« (Marx 1987: 27)

Wäre diese Demokratisierung der Demokratie, die in hoffnungsvollen Ansätzen bereits sichtbar geworden ist, stärker, könnten neben Infrastrukturen auch Wirtschaftsstrukturen allmählich in den Blick kommen. Dann ginge es nicht nur um Wasserversorgung, S-Bahn-Betriebe und

andere Bereiche der Daseinsvorsorge, sondern auch um Kernbereiche der Privatwirtschaft. Für diese Erweiterung gibt es eine sehr handfeste Begründung. Attraktive Optionen für mehr Lebensqualität bei deutlich reduziertem Ressourcenverbrauch wird es nur geben, wenn sie systemisch angelegt sind. Solche Optionen können Märkte prinzipiell nicht zur Verfügung stellen.

Die Privatwirtschaft kann singuläre Öko-Effizienz hervorbringen, aber keine systematische: verbrauchsarme Autos, aber keine effizienten Verkehrssysteme; Öko-Häuser, aber keine ökologisch sinnvollen Siedlungsstrukturen; effiziente Heizungen und Elektrogeräte, aber keine nachhaltigen Energiesysteme; Bio-Lebensmittel, aber keine Bio-Agrarsysteme. Kulturkritiker würden vielleicht ergänzen: effizient organisierte Biografien, aber keinen gesellschaftlichen Sinn.

Große ökologische Effekte sind nur dann zu erzielen, wenn man nicht nur auf einzelne grüne Produkte, sondern auch und vor allem auf integrierte grüne Systeme setzt. Aber wie sind solche Angebote zu schaffen, die sowohl ökologisch rational als auch individuell attraktiv sind, die sich mit zielgerichteter Planung auf den Weg bringen lassen? Es gibt ein prominentes Beispiel, das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG).

Seit dem Jahr 2000 zeigt das EEG, dass es möglich ist, einen ganzen Industriezweig mit politischen Mitteln umzugestalten. Das EEG ist das bislang wirksamste Instrument, um bewusst und vorausschauend für einen Strukturwandel zu sorgen. Das Erfolgsrezept des EEG ist eine intelligente Kombination von Plan und Markt. Verkaufs- und Preisrisiken – üblicherweise zum Kern unternehmerischen Handelns gehörend – werden den Investoren abgenommen. Ihnen bleiben die Betriebs- und Technologierisiken sowie der Zwang zur Innovation. Anders gesagt: Die marktwirtschaftlichen Kräfte werden auf das gelenkt, was sie können, also für Effizienz und technischen Fortschritt sorgen, und sie werden abgeschirmt von dem, was sie nicht beherrschen, von Konjunkturen und Preisbewegungen. Diese Ungewissheiten neutralisiert die gesellschaftliche Grundsatzentscheidung, erneuerbare Energien wachsen und als falsch erkannte Energien weichen zu lassen.

Kann dieses Modell einer Verknüpfung von gesellschaftlichem Wollen und einzelwirtschaftlichem Wirken nicht das anregen, was in vielen Branchen notwendig ist, nämlich den schnellen Rückbau ressourcenverschlingender und den ebenso schnellen Aufbau naturverträglicher

Wirtschaftsstrukturen? Wünschenswert wäre – jenseits der aktuellen Debatten über Strompreise – eine ernsthafte Diskussion über den EEG-Erfolg und seinen Beispielcharakter, eine Diskussion über die Frage also, ob dieser Erfolg als Inspiration für den Umbau anderer Wirtschaftsbereiche dienen kann.

Bislang wird diese Suchrichtung selten verfolgt. Bislang dominiert die Auffassung, dass es möglich sei, die herkömmliche Wirtschaftsweise sowie ihre Steuerungs- und Anreizregeln zu »durchgrünen«, ohne sie substantiell zu ändern, ohne sektorale Entwicklungen massiv zu beeinflussen. Jenseits des Stromsektors und des EEG mangelt es an systemischen Ansätzen zur vorsorgenden Reduktion der ökologischen Lasten.

Statt an sektoralen Umbaukonzepten etwa für den Verkehrsbereich, für die Agrarwirtschaft oder für Siedlungs- und Infrastrukturen zu arbeiten, dominiert das nicht sehr anspruchsvolle Konzept der Entkopplung. Entkopplung ist aktuell die zentrale systemkonforme Leitidee für die Eindämmung des Klima- und Ressourcenproblems. Die Wirtschaft soll weiter wachsen, aber der Verbrauch von Energie und Rohstoffen mit effizienzsteigernden Mitteln gleichzeitig schrumpfen.

Die Bundesregierung formuliert diese Anschauung in ihrem Umweltbericht 2010: »Für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und damit auch ihrer nachhaltigen Nutzung ist es eine unabdingbare Voraussetzung, dass wir wirtschaftliches Wachstum dauerhaft von vermehrtem Energie- und Ressourcenverbrauch entkoppeln und darüber hinaus den Verbrauch auch absolut senken. Wir müssen unser Verständnis von Wachstum auf den Prüfstand stellen. Wir brauchen heute ein qualitatives Wirtschaftswachstum, das den ökologischen Grenzen, dem Streben der Menschen nach mehr Lebensqualität und ihren sozialen Bedürfnissen Rechnung trägt.« (BMU 2010: 10)

Angesichts fortschreitender Rohstoffverknappung und entsprechend steigender Preise werden Tendenzen der Entkopplung zwangsläufig stärker. Reine Effizienzstrategien, die den Verbrauch in Relation zur Wertschöpfung senken sollen, reichen aber nicht, um die Inanspruchnahme der Natur schnell, dauerhaft und absolut zu senken. Dem steht der so genannte Bumerang- oder Rebound-Effekt entgegen. Rebound bedeutet für den Konsum: Die in der Wohnung eingesparte Kilowattstunde entlastet das Einkommen und landet als Umsatzplus im »Mediamarkt« oder im »EasyJet«-Billigflieger. Rebound bedeutet für die Pro-

duktion: Der verminderte Rohstoffverbrauch des Unternehmens senkt die Kosten und stärkt die Fähigkeit, in neue Produktlinien zu investieren. So steigert bisher jeder Effizienzgewinn an der einen Stelle den Verbrauch an einer anderen.

Wer den Teufelskreis des permanenten Einkommen-Rebounds durchbrechen will, muss die ökologische Wahrheit in die Systeme bringen und deutlich mehr Gleichheit wagen, damit Ökologie für alle möglich wird. Wer solche Optionen bietet, kann dann auch mit den üblichen Ausreden fertig werden, die sich auf die Konsumentensouveränität berufen. Dann könnte auch die Emotionalisierung der ausschließlichen Eigennutzung bei Automobilen oder anderen Konsumgütern schwächer werden. Die Renitenz der auf individuelle Lösungen setzenden Konsumenten dürfte erheblich schrumpfen, wenn kollektive Lösungen attraktiv werden – nicht nur in der Konsumtion, sondern auch in der Produktion.

Produzenten der Dinge – vom ausgebeuteten Objekt zum selbstbewussten Subjekt

Die moderne Wirtschaftswelt ist eine Welt der Trennungen und Gegensätze: Kapital und Arbeit, Profit und Lohn, Kampf am Markt und Kooperation im Betrieb, Unternehmen und Haushalt, Schuldner und Gläubiger, Vermieter und Mieter, Produzent und Konsument, Investor und Sparer. Diese Welt der Trennungen bedarf permanent des äußeren Zusammenhalts: Märkte, Verträge, verlässliche Rechte und staatlicher Zwang. Die bis heute übliche Vorstellung lautet: Die Welt der Trennungen funktioniert, solange Recht und Gesetz dafür sorgen, dass das Getrennte produktiv und effizient zusammenkommt.

Die Zweifel an dieser Sicht werden stärker. Dass mit dem gewohnten Repertoire die aus den Trennungen resultierende soziale und ökologische Verantwortungslosigkeit gegenüber der jeweils schwächeren Seite, den Beschäftigten, den Konsumenten, den Mietern und insbesondere gegenüber der Natur, aufgehoben werden könne, glauben nur noch Wenige. Deshalb gehört die eigentlich naheliegende, aber selten gestellte Frage wieder auf die Tagesordnung: Können diese Gegensätze, zumindest einzelne von ihnen, nicht nur äußerlich, sondern auch innerlich, auf ihrem je eigenen Gebiet, aufgehoben werden?

Fahndet man nach möglichen, vielleicht schon sich anbahnenden Aufhebungen unproduktiv gewordener Gegensätze, dann ist Vorsicht geboten, will man nicht gleich wieder in die beiden Sackgassen rennen, die sich als solche bereits erwiesen haben: Einerseits die Vereinigung alles Getrennten durch Politik im Staat, andererseits die Hoheit über das gesamte Leben in vollständiger Autonomie, zum Beispiel in autarken Kleinkommunen.

Die Frage nach der Aufhebung von Trennungen ist auf der Höhe der Zeit zu stellen. Welche technischen Mittel, welche organisatorischen Erfahrungen liegen vor? Welche realen Trends gibt es bereits? Welche zarten Pflanzen neuer Produktionsmodelle könnten stärker werden und Verbreitung finden, wenn Gesetze und Rahmenbedingungen sie fördern und nicht bremsen würden? Und nicht zuletzt: Welche Trennungen bleiben produktiv oder wenigstens so harmlos, dass sie strategisch nicht von Bedeutung sind?

Der erste Schritt ist stets das Eingehen auf die unmittelbarste Gefahr, die mit individuellem Handeln gebannt werden kann. Dabei geht es dann um giftfreie und gesunde Lebensmittel und den daraus folgenden Bio-Boom, um sauberes Wasser und um die weltweit erhobene Forderung nach einer öffentlichen, verlässlichen Wasserversorgung, die sich aus dem Desaster von Privatisierungen ergeben hat.

Bei Lebensmitteln wird die räumliche Trennung von Angebot und Nachfrage auf regionalen Märkten schwächer. Das Motto heißt: Kenntnis des Anbieters statt anonymer Markt. Das unmittelbarste Motiv ist der Selbstschutz. Aber selbst dieses beschränkte Motiv enthält Botschaften: Reduziert die Länge der Lieferketten! Misstraut den Agrokonzernen! Die aufscheinende Perspektive lautet also: weitgehend regionalisierte Bio-Landwirtschaft – künftig verbunden mit nur noch geringem Fleischkonsum. Das ist keine völlige Aufhebung getrennter Funktionen, sondern die gestiegene Achtung für das Lebenswichtige, die durch Repersonalisierung der Marktbeziehungen entsteht oder wenigstens entstehen kann.

Ein zweites und sehr weites Feld, in dem sich zu vereinen beginnt, was in den vorhergehenden Jahrzehnten stets getrennt war, ist die Erzeugung von Energie. Der Trend heißt regenerative Energie in eigener Regie. Seit dem 1. April 2000, als das EEG in Kraft trat, ist deutlich größer geworden, was der herkömmlichen Energiewirtschaft den Schrecken in die Glieder jagt: das Gespenst der Energieautonomie.

Denn tatsächlich geht dieses Gespenst um in Deutschland. Eine ständig wachsende Zahl von Kommunen und Regionen verwirklicht die regenerative Wende in eigener Regie. Von Nordfriesland bis zum Berchtesgadener Land, von der Pfalz bis ins brandenburgische Prenzlau wachsen kräftige Pflanzen einer erneuerten Gemeinwirtschaft. Das erklärte Ziel von mittlerweile Hunderten Stadtwerken, Energiegenossenschaften, Bürgerkraftwerken, von lokalen Initiativen und Bündnissen lautet Energieautonomie auf regenerativer Basis für die jeweilige Region.

Die besten Beispiele demonstrieren, dass Ökologie, Effizienz und demokratische Gestaltungsmacht Hand in Hand gehen können. Für die herrschende Meinung klingt das naiv. Tatsächlich aber lassen sich Projekte der Energieeinsparung, der Kraft-Wärme-Kopplung und der umfassenden Nutzung regenerativer Energiequellen besser und effizienter verwirklichen, wenn die Investitionshoheit vor Ort bleibt und unmittelbar dem Gemeinwohl dient. Nur so entsteht in Dörfern, Landkreisen und Städten die notwendige Motivation in hinreichender Breite. Nur so wächst die Bereitschaft, in eigener Verantwortung und im eigenen Interesse die Fundamentalprobleme Energie und Klima in Angriff zu nehmen.

Wie die Praxis zeigt, ist zugunsten der jeweiligen Kommunen und Regionen nicht nur ein finanzieller Ertrag, ein »Return on Investment«, möglich, sondern auch ein mehrdimensionaler »Return on Initiative«, eine breite Palette an Vorteilen, die sich eigener Initiative verdanken: kommunale Souveränität statt Abhängigkeit von externen Investoren, schrittweise Entmachtung von Energiekonzernen durch eigene Energieerzeugung, Stärkung der kommunalen Demokratie und der lokalen Steuerbasis, neue Arbeitsplätze und zusätzliche Einkommen, günstigere Energiepreise (Kraft-Wärme-Koppelung), weniger Emissionen, stabile regionale Kreisläufe, profitable Verwertung von Rest- und Abfallstoffen statt kostenträchtige Entsorgung.

Wer diese Win-win-Früchte ernten will, muss allerdings in Zusammenhängen denken und begreifen: Energiefragen sind immer auch Machtfragen. Wer Energiefragen fachpolitisch verkürzt, etwa nach dem Motto »verlässliche Versorgung zu günstigen Preisen«, verfehlt das Potenzial einer neuen, dezentralen Energiestruktur. Rekommunalisierung kann deshalb nicht nur bedeuten, privatisierte Stadtwerke und/oder Verteilnetze wieder in öffentliches Eigentum zu überführen, um auf diesem

Wege die Energiepreise sozialverträglich zu gestalten. Vielmehr ist von vornherein die eigene Produktion von Strom und Wärme ins Visier zu nehmen, weil erst mit integrierten Konzepten der Schatz einer »Energiewende von unten« gehoben werden kann. Ein kräftiges Kapitel »Demokratischer Ökosozialismus« kann vor Ort geschrieben werden, wenn in Kooperation mit privaten Initiativen und lokalen Dienstleistern die Übernahme weiter Teile der Energieversorgungskette gelingt.

Für zwei zentrale Bereiche des Lebens, für Lebensmittel und Energie, ist damit eine neue Perspektive deutlich erkennbar: Regionalisierte Kreisläufe in regionaler Hoheit, erheblicher Anteil von Prosumenten (gleichzeitig Produzenten und Konsumenten), mehr Souveränität über das eigene Leben, Abschied von Finanz- und Kapitalmärkten und von externen Investoren, die für lokale Belange kein Interesse haben. Wenn Mandatsträger, Bürgerschaft und lokale Unternehmen erkennen, was sie können, kann dem Privatisierungsgerede auch jenseits der Agrar- und Energiethemen der Boden entzogen werden. Das Terrain wäre bereitet für weitere gemeinwirtschaftliche Initiativen.

Ähnliche Tendenzen der Rückgewinnung von Entscheidungen, des reduzierten Glaubens an Märkte, gibt es beim Wohnungsbau. Genossenschaften sind als beste und sinnvollste Form innerstädtischen Wohnens wieder im Gespräch. Gut verdienende Städter entdecken die Baugruppe als neue Form kollektiver baulicher Selbstbestimmung. Nicht zuletzt gehört auch das boomende CarSharing zu dieser Welle einer Vergemeinschaftung des Konsums.

Das bisher Gesagte gilt – so wird nun der Einwand lauten – doch eigentlich nur für den ökologisch informierten Bürger, der es sich leisten kann, sauber zu leben und gesund zu konsumieren. Dieser Einwand ist richtig, soweit man isoliert auf die einzelnen Momente schaut. Tatsächlich scheinen aber auch Aspekte einer neuen Lebensweise auf, die nicht mehr nur für kleine Gruppen gelten. Vor allem aber enthalten alle genannten Phänomene Verbindungslinien zu einer neuen Logik, die wesentlich stärker werden könnte, wenn man sie mit der Maßgabe von Kooperation, Gleichheit und Planung stärkt, verbreitet und beschleunigt. Es kommt also darauf an, die vorhandenen Impulse zu politisieren, indem die Forderung auf den Tisch kommt: Ökologische Verantwortlichkeit muss für alle gelten. Folglich müssen dann auch alle die Chance dazu haben – im Konsum und in der Produktion selbstverständlich auch.

Mit dieser Verallgemeinerung im Sinne von »Ökologie für ausnahmslos alle« kommt dann auch die Produktion jenseits des Elementaren viel stärker in den Blick. Und das muss dann kein Willkürakt sein. Denn auch in der Produktion vereinigt sich an vielen Stellen, was auf Dauer getrennt schien. Folgenreich sind Aufhebungen, die sich aus den Produktivkräften selbst ergeben, die nicht willkürlich vollzogen werden. Diese Aufhebungen werden sichtbar, wenn man sowohl den linken Holzhammer der Anklage als auch den konservativen Glauben an die Ewigkeit heutiger Produktionsverhältnisse weglässt.

Begeben wir uns also in die Höhle des Löwen, in das Innere der großen Unternehmen. Und fragen wir uns bei diesem Gang ins Unbekannte, ob die übliche Sicht auf diese Produktionswelt vielleicht zu korrigieren ist. Diese Sicht hat zwei Seiten: einerseits die Bewunderung all der technischen Meisterwerke, die das industrielle Getriebe hervorbringt, andererseits das Entsetzen über den Preis, den dort nicht die Konsumenten, sondern die Produzenten und die Umwelt zu zahlen haben. Denn bei allem Fortschritt gilt häufig noch immer die berühmte Zeile aus dem ersten Band des »Kapital«: »Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen allen Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter.« (Marx 1975: 529f.)

Trotz aller menschlichen und ökologischen Kosten wird von vielen immer noch behauptet: Nur der Zwang zum vollen Einsatz lässt am Ende effizient gefertigte Produkte entstehen. Nur wenn das Getriebe auf vollen Touren läuft, bleiben Effizienz und Innovation gewahrt. Wäre dieses Modell tatsächlich alternativlos, dann hätten von außen gesetzte Zwänge wie etwa die Peitsche der Konkurrenz ihren Sinn. Dann wäre ökologische Verantwortung für sinnvolle Mengen und akzeptable Qualitäten nur von außen zu setzen und nicht von innen zu gewinnen. Muss das so sein? Und ist das überhaupt eine zutreffende Beschreibung? Passt in industriellen Unternehmen, also dort, wo einst in Gestalt der organisierten Arbeiterklasse das Herz alternativen Verlangens schlug, nur technische Erneuerung und sonst gar nichts?

Eine der fundamentalen Trennungen ist die von Kopf und Hand, die ihrerseits mit anderen Trennungen korrespondiert: von Leitung und Ausführung, von unternehmerischen Wollen und dem sich Fügen der Beschäftigten. Herrschaft gründet nicht nur, aber auch auf Wissen.

Bleiben Kopf und Hand voneinander geschieden, ist das Wissen eine einseitige Macht.

Im Schnelldurchlauf zeigt sich, dass hier einiges in Bewegung gekommen ist. In weit zurückliegenden Jahrhunderten war das wichtige, vor allem das schriftgebundene Wissen ausschließlich Herrschaftswissen: Kenntnis der Zusammenhänge, der Eckpfeiler der jeweiligen Ordnung und der Personen, die in ihrer Person Macht verkörperten. Wo Wissen nicht in die jeweilige Ordnung integriert war, gab es Inseln der Selbstbestimmung: Handwerker und Klöster im Mittelalter, später Kaufleute und Geldvermittler und schließlich die eigenständige Wissenschaft. Das Wissen um die Bearbeitung der materiellen Welt, die Erfahrung über den Umgang mit der Natur, blieb über Jahrhunderte eher unten. Der Herr befahl, der Knecht wusste, was auf dem Acker zu tun war.

In ihren Anfängen war auch die bürgerliche Welt abhängig von den Kenntnissen ihrer Untergebenen. In einer dynamischen Welt ist diese Abhängigkeit allerdings hinderlich. Deshalb war der Kapitalismus bis ins 20. Jahrhundert ein doppeltes Enteignungsprogramm: Enteignung von den materiellen Ressourcen und Enteignung des Arbeiterwissens. Eine doppelte ursprüngliche Akkumulation: nicht nur der materiellen, sondern auch der ideellen Ressourcen. Beides, die Erzeugung von materiellem Reichtum und die ideelle Seite der Naturbeherrschung, sollten unabhängig vom Willen und Wissen der Arbeitenden erfolgen. Das gelang durch Naturwissenschaft und Maschinerie.

Im ersten Band des »Kapital« beschreibt Karl Marx diesen Trend bis hin zur völligen geistigen Leere der Lohnabhängigen, ihrer Reduktion zum reinen Anhängsel der Maschine, dem vorgegebenen Takt willenlos ausgesetzt. Alle Produktivkraftentwicklung sei vom Kapital bestimmt, vom Kapital angeeignet und vom Kapital weiter getrieben – so die reichlich illustrierte These von Marx.

Mit dieser Diagnose hatte Karl Marx recht – aber nicht für die gesamte bürgerliche Epoche, sondern nur bis etwa zur Mitte des 20. Jahrhunderts. Der Taylorismus, die Teilung der Arbeitsabläufe in kleinste, gemessene und als Norm vorgegebene Einheiten, war der Höhepunkt der geistigen Enteignung und gleichzeitig der Höhepunkt einer homogenen Arbeiterklasse in großen Einheiten. Nicht zufällig war diese Ära auch der Höhepunkt der alten (in den Unternehmen organisierten) Arbeitermacht und der alten Idee eines zentral regulierten Sozialismus.

Seitdem läuft das umgekehrte Programm. Der Geist wandert wieder nach unten. Die Kenntnis der Produktionsabläufe, der Eigenheiten von Maschinerie und Material, ist zwingend nötig in hoch technisierter Produktion. Zwischendurch gab es immer wieder mal die Erwartung, dass sich das Produktionswissen doch abtrennen und bei Meistern und Ingenieuren oder in der Software der Steuerung von Maschinen und Organisationen versammeln ließe. Aber im Großen und Ganzen ist das nicht gelungen (siehe Kern/Schumann 1984 für die 1970er Jahre; siehe Redlich 2011 für die jüngsten Entwicklungen).

Das ständige Gerede von der Wissensgesellschaft, überhaupt von der Bildung als der Investition schlechthin, ist nicht nur Gerede, sondern auch Reflex der Tatsache, dass heute nicht Hände, sondern Köpfe die dominante Produktivkraft sind. Aktuell soll aus dieser Not für das Kapital sogar eine Tugend werden: Handelt selbstverantwortlich, denkt vom Standpunkt des ganzen Betriebes, werdet unternehmende Beschäftigte. Offenkundig soll in der Gegenwart auch noch der unternehmerische Geist unten ankommen. Nicht nur das äußere Tun, auch das Innenleben und die gesamten kreativen Kräfte mögen der Kapitalverwertung dienen. Vor einigen Jahren haben Betriebsräte der Düsseldorfer IBM-Niederlassung treffend zum Ausdruck gebracht, wie sich diese Dynamik als Zwang entfaltet, der scheinbar nur noch aus freien Handlungen besteht (Glißmann/Peters 2001).

Dass die Delegation unternehmerischer Haltungen nach unten, auf die Ebene der tatsächlichen Produktion, überhaupt möglich ist, folgt aus der Flexibilisierung und Intellektualisierung der Produktionsmaschinerie. War in früheren Zeiten der Zweck der Produktion den Maschinen quasi eingeschrieben, weil sie nur zu einer Funktion fähig waren, so sind heute die Maschinenparks zweckvariabel, durch elektronische Steuerung flexibilisiert. Dadurch wird die Technik wieder zum Werkzeug, und deshalb ist permanent zu entscheiden, was gemacht werden soll. Folglich gibt es eine Freiheit zur Strategie. Technik wird strukturell demokratiefähig.

Die Trennung von Kopf und Hand war früher die berechtigte und lange Zeit auch verwirklichte Hoffnung der herrschenden Kreise. Heute ist die Chance, diese Trennung nicht nur faktisch, in den alltäglichen Arbeitshandlungen, sondern auch bewusst und strategisch aufzuheben, ihre Furcht. Wenn die Produktionstechnik vielfältige Chancen der dezent-

tralen Aneignung und der selbständigen Entscheidung eröffnet, dann ist der Untertänigkeit faktisch der Boden entzogen. Die Eigentumsverhältnisse, die bislang verhindern, dass abhängig Beschäftigte auch formell das werden, was sie als wissende und lenkende Produzenten reell schon sind, könnten als nicht mehr zeitgemäß ins Visier kommen.

Leider passiert an dieser Front bislang wenig. Zur möglichen eigentumsrechtlichen Vereinigung von Kopf und Hand kommt es bisher nicht, weil in den Unternehmen und auf den Arbeitsmärkten die Angst regiert und weil es kaum Beispiele erfolgreicher Übernahmen gibt. Leider sind weder Gewerkschaften noch linke politische Kräfte an diesem Punkt auf der Höhe ihrer Möglichkeiten. Sie wehren die neue Realität eher ab, statt sie aufzugreifen und zu erweitern – zum Beispiel mit dem selbstbewusst vertretenen Anspruch: Wenn wir schon alles tun, alles erdenken und alles verantworten, dann ist das auch in Gänze unser Unternehmen.

Aber das geschieht nicht. Viele Unternehmen haben – wenn man für einen Moment ihren Standpunkt einnimmt – eine große Leistung vollbracht. Das Stellvertreter-Problem ist gelöst. Die Produzenten sind zu Als-Ob-Eigentümern geworden und bewähren sich in dieser Funktion ziemlich gut. Mit anderen Worten: Die Kapitalisten lösen ihr Eigentumsproblem, indem sie Verfügung nach unten delegieren und dadurch effizienter wirtschaften können. Im sozialen und ökologischen Interesse wäre es, den umgekehrten Weg zu gehen: Immer mehr Verfügung nach unten ziehen und auf dieser Basis Eigentumsrechte begründen. Die Verfügung über die Produktion, die heute von den Beschäftigten faktisch schon ausgeübt wird, wäre dann Schritt für Schritt nicht mehr ein verliehenes, immer wieder zu entziehendes Recht, sondern eine Ausdehnung der Befugnisse, die von unten wächst, Standards der Selbstbestimmung setzt und dazu passende politische Garantien erkämpft.

In Richtung tatsächlicher Vollverantwortung geht es aber bislang nur als äußerste Notlösung, nicht als Regelfall. Selbst bei den erkennbar absurden Fällen reiner »Heuschreckenwirtschaft«, also bei der Aussaugung und Filetierung bewährter Unternehmen durch Finanzinvestoren, bleibt der entscheidende Schritt meistens aus. Trotzdem ist die Idee, dass es zu einer Bewegung der Aneignung von Unternehmen kommen könnte, vermutlich nicht völlig abwegig, wenn es erfolgreiche Präzedenzfälle gäbe.

In jedem Fall hätten konsequente Ökologen allen Grund, die faktisch herangereifte, aber als strategische Option bislang weder begriffene noch ergriffene Transformation in den produzierenden Unternehmen (und selbstverständlich auch im Handel und im Dienstleistungsgewerbe) zu unterstützen. Denn je mehr die Produzenten selbst zu Eigentümern werden, desto geringer ist der Einfluss der unternehmensfremden Wachstumstreiber, desto geringer das Getriebensein, das aus der Unsicherheit des Einkommens resultiert, und umso größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass ökologische Verantwortung übernommen wird.

In der Vergangenheit war es üblich, die Frage nach dem Produktivkapital als Gerechtigkeitsfrage zu stellen. Dieser Impuls ist verschwunden, könnte aber vielleicht neu entstehen, wenn die Verfügung über Produktivvermögen eine zwingende ökologische Begründung findet, wenn die alte Frage der Sozialisten in ein tiefes Grün sich taucht. Denn die anstehende »Große Transformation« wird umso stärker, je mehr aus den ausgebeuteten Objekten selbstbewusste Subjekte werden.

Technische Innovationen, insbesondere die neuesten Produktionsmittel, unterstützen diesen Schritt in Richtung Produzentensouveränität. Nicht nur die Software, auch die Hardware tendiert in Richtung offener Standards (Anderson 2013; Redlich 2011). »Open Hardware« meint, dass die technischen Designs und Konstruktionsprinzipien von Produkten offengelegt und einer gemeinschaftlichen Fortentwicklung zugänglich werden, die über das einzelne Unternehmen hinausgeht. Grundsätzlich könnten in einer weiter gedachten Perspektive alle informatorischen, nicht stofflichen Anteile der Produktion zu frei zugänglichen Gütern werden, die dann dezentral in handgreifliche Produkte verwandelt werden.

Die dazu passenden, miniaturisierten, von heruntergeladener Software gesteuerten und auch billiger werdenden Produktionsmittel sind auf dem Sprung zum Massenmarkt.

Je weniger sich die Lohnabhängigen »ihre« Unternehmen aneignen, desto mehr braucht es eine produktive Haltung zum real existierenden Unternehmertum. Die Linke betrachtet das Unternehmertum in der Regel argwöhnisch, bisweilen wie fremde feindliche Wesen von einem anderen Stern. Gleichwohl bleibt man vorsichtig, weil zu spüren ist, dass ohne Unternehmer eine Lücke klaffen würde, für die Ersatz nicht so recht bereitsteht.

Manche verweigern sich dem Thema vollständig, weil sie meinen, dass Unternehmer grundsätzlich zu den Gegnern gehören, es also falsch ist, über etwaige gemeinsame Interessen mit bestimmten Unternehmergruppen überhaupt nachzudenken. Denn, so diese Weltsicht, in einer nicht-kapitalistischen Welt seien die Unternehmer keine eigenständige soziale Kategorie mehr, weil an ihre Stelle die Arbeitenden selbst treten.

Das mag für textgläubige Marx-Jünger alter Schule angenehm schlüssig klingen, ist tatsächlich aber unbrauchbar. Denn jegliche Vorstellung einer konfliktlosen Aufsaugung der Unternehmerfunktion in die Beschäftigtenschar sollte man von vornherein fallen lassen. Denn es gibt weder eine Gleichheit des Tatendrangs noch eine Automatik des kollektiven Interesses. Den Treibern Raum zu geben, die ökonomisch Fähigsten zu motivieren, bleibt deshalb eine zentrale Aufgabe, wenn es zu einer Bewegung der Aneignung von Unternehmen kommen soll.

Da es diese Bewegung bisher nicht gibt, ist die Frage nach einer produktiven Haltung zum Unternehmertum umso wichtiger. Hermann Scheer, der geistige Vater der Energiewende in Deutschland, hatte das von Anfang an begriffen (Amery/Scheer 2001; Scheer 2005; Scheer 2010). Für ihn war klar, dass die in wenigen Unternehmen konzentrierte fossil-atomare Energiewirtschaft nur bezwungen werden kann, wenn man für ökonomische Gegengewichte sorgt. Unter den gegebenen Bedingungen können das nur eigenständige investive Interessen sein, die unabhängig von den Energiekonzernen agieren, eigene Machtpositionen aufbauen und sich in Konfliktfällen zu wehren verstehen. Dieses Handeln von Hermann Scheer und vielen anderen war keine opportune Anpassung an die bestehenden Verhältnisse, sondern eine strategische Haltung, die sich als erfolgreich erwiesen hat. Ohne diesen Weitblick hätte es die Energiewende nicht gegeben.

Jede politische Kraft muss ein Interesse daran haben, den Gegner zu schwächen und auseinanderzuidividieren. Und das gilt nicht nur politisch, sondern auch ökonomisch. Entsprechend ist klar zu identifizieren, welche Kräfte des Besitzbürgertums und der Unternehmerschaft einzubinden sind. Wer sich in der Geschäftswelt nicht auskennt, wird es nicht glauben, aber es ist so: Es gibt massenhaft Unternehmerinnen und Unternehmer, die ihre Gewinne und Bilanzen nur als Mittel betrachten, die sich – weil das Leben sonst nicht spannend wäre – an Ge-

brauchswerten orientieren. Und einige von ihnen gehören zu den ökologischen Pionieren der ersten Stunde.

Die Differenzierung der Unternehmerschaft wird selten erkannt – ihre Gemeinsamkeit als stets gegeben vorausgesetzt. Bei den Beschäftigten ist es umgekehrt: Sie sind offenbar so weit in einzelne Gruppen und Milieus gegliedert, dass gemeinsames Handeln kaum noch vorstellbar ist. Gegenwärtig kann man nicht wissen, ob sich das ändert. Jenseits der Welt materieller Produktion dagegen kommt Gewohntes in Bewegung. Für die Produzenten des Geistes gelten neue ökonomische Gesetze, die auch zum Impuls für die »Große Transformation« werden könnten.

Produzenten des Geistes – vom elitären Bürger zum freien Commonisten

Die ökologischen Fragen verlangen schnelle Antworten an möglichst vielen Orten auf der gesamten Erde. Denn die kommenden beiden Jahrzehnte gelten als die entscheidenden, um eine Umkehr einzuleiten. Möglichst viele Menschen sollten folglich die besten Lösungen kennen und die Freiheit haben, sie den jeweiligen Bedingungen entsprechend anzupassen und weiterzuentwickeln. Deshalb muss der menschliche Genius, der Geist der Wissenschaftler, der Erfinder, Ingenieure und Techniker, möglichst frei und allgemein zugänglich sein.

Wenn es zu einer breiten Anwendung mit hohem Tempo kommen soll, dann muss alles Wissen zum günstigsten Preis, am besten unentgeltlich, zur Verfügung stehen. Was ökologisch von Bedeutung ist, darf keiner künstlichen Verknappung unterliegen.

Der Geist sollte immer möglichst frei sein. Aus diesem »Sollen« wird im ökologischen Zeitalter ein »Muss«. Genauso wie Kooperation, Gleichheit, Planung und die Produzentensouveränität im Wortsinne notwendig werden, so verwandelt sich auch das schöne, oft unverbindliche Wort von der Freiheit des Geistes in ein hartes Kriterium, das zu erfüllen ist.

Privatisierung und Verknappung sind hinderlich und haben spätestens dann keine Berechtigung mehr, wenn es ums Überleben geht. Stattdessen sollten die Parolen gelten: Aufhebung aller Patente! Freiheit für den Erfindergeist! Kopiert global und schrankenlos! Macht Euch zu Diensten,

was Euch nützlich ist! Schleift die Mautstellen! Entmachtet die Wegelagerer, die von Euch Zölle verlangen, wenn Ihr Euch bilden wollt!

Solche Appelle wären noch vor 20 Jahren ultraradikale Phrasen gewesen. Heute dagegen stehen die technischen Mittel bereit, um die Gesamtheit des ökologisch wichtigen Wissens so aufzubereiten, dass es möglichst viele verstehen, es so zu verbreiten, dass es alle Erdmenschennutzen unentgeltlich nutzen können, und so zu präsentieren, dass die Veränderung für eigene Zwecke möglich ist. Solche Darstellungen und Verbreitungen liegen im gemeinsamen Interesse der Menschheit. Deshalb sollten sie ausdrücklich mit dem Zweck des Kopierens und Adaptierens zur Verfügung stehen. Was man heute mit großem Aufwand zu verhindern versucht oder nur stillschweigend duldet, die Verbreitung ohne Zahlung, sollte zum expliziten Ziel werden. Was vom bürgerlichen Standpunkt wie ein gigantischer Raubzug aussieht, wäre tatsächlich eine Wallfahrt für das gemeinsame Wohl.

Ökologisches Wissen hat wie alles Geistige den Charakter, ein öffentliches Gut werden zu wollen. Aber wenn es um das Überleben geht, dann wird die Anerkennung als öffentliches Gut zwingend und sollte nicht mehr ins Belieben gestellt sein. Bislang haben die ökologisch Bewegten nicht hinreichend erkannt, dass sie der Freiheit des Geistes bedürfen und dass sie deshalb die Unterwanderung privaten geistigen Eigentums unterstützen sollten. Grüne Reformisten und traditionelle Linke haben leider kaum einen kritischen Begriff geistiger Eigentumsrechte. Umgekehrt mangelt es bei denjenigen, die gegen geistiges Eigentum und für die Freiheit des Geistes kämpfen, an ökologischer Sensibilität.

Wenn eine Firma irgendwo auf der Welt gegen geistige Eigentumsrechte verstößt, Patente missachtet und auf dieser Grundlage beispielsweise effiziente Solarzellen produziert, ist dies vom Standpunkt des Weltklimas zu begrüßen. Folglich ist der »Raub« geistigen Eigentums – je nach dem Endprodukt – nicht gleich zu bewerten. Bislang allerdings sind die Protagonisten geistiger Freiheit von der Einsicht noch entfernt, dass ihnen die ökologischen Imperative ein wirkungsmächtiger Bündnispartner sein können.

Kommt an diesem Punkt zusammen, was zusammengehört, dann können sich beide Trends wechselseitig verstärken. Denn bei rein geistiger Produktion, also dort, wo geistige Betätigung nicht nur Mittel, sondern Selbstzweck des Wirtschaftens ist, kommen die bürgerlichen Ver-

hältnisse grundlegend ins Rutschen. Hier wanken die bisherigen Gesetze der Ökonomie und zugleich ihre bürgerlichen Formen. Hier ist tendenziell alles anders. Der Geist ist freier Commonist, nicht elitärer Bürger.

Die Ökonomie geistiger Produktion zu verstehen ist heute von fundamentaler Bedeutung. Denn geistige Tätigkeit ist in der Gegenwart die beherrschende, alles durchdringende wirtschaftliche Aktivität. Und zweitens sind die Mittel entstanden, um sie voll zur Geltung zu bringen. Jedes Resultat geistiger Tätigkeit kann heute unmittelbar, extrem kostengünstig, veränderbar für den individuellen Bedarf und frei zugänglich für jede Erdenbürgerin und jeden Erdenbürger zum allgemeinen Eigentum werden.

Die Produktivität, die daraus entspringt, kann kein Privatunternehmen jemals zustande bringen. Wikipedia, Linux und viele Basisprogramme, die dem Internet zugrunde liegen, sprechen hier eine klare Sprache. Alle drei sind in freier Kooperation entstanden und weitgehend in freier Verfügung geblieben, ohne private Aneignung, ohne Patente. Und ihr Erfolg bestätigt: Diese Freiheit ist keine Freiheit gegen die Ökonomie, sondern mit ihr. Denn die Ökonomie des Geistes ist umso produktiver, je allgemeiner, je weniger privat sie ist.

Geistige Arbeit und geistige Produkte fühlen sich in ihrer bürgerlichen Eigentumsform nicht wohl. Sie würden produktiver arbeiten und kostengünstiger wirken, wenn sie ihrer privatwirtschaftlichen Begrenzung entfliehen könnten. Deshalb zerren sie an ihren Ketten, experimentieren mit neuen Produktionsverhältnissen, wehren sich gegen den Versuch, sie in den Grenzen der alten Form zu halten.

Auch das Kapital der im weitesten Sinne Ideen produzierenden Konzerne kann kaum auf herkömmliche Weise begriffen und bilanziert werden. Es geht nicht um Anlagen, Fabriken, Grundstücke oder sonstige fassbare Vermögensgegenstände. Das Kapital besteht eigentlich nur noch aus der Kreativität und Lernfähigkeit der Menschen, die in solchen Unternehmen arbeiten, sowie aus ihrem produktiven Zusammenwirken.

In der Wirtschaftswissenschaft wurde schon vor längerer Zeit der Geist in die Theorie integriert, vor allem in den so genannten Produktionsfunktionen. In diesen Gleichungssystemen sind die Ergebnisse geistigen Schaffens, technischer Fortschritt genannt, die eigentlich treibende Kraft neben Kapital und Arbeit. Aber die Prozedur bleibt begriffslos, weil

der technische Fortschritt quasi zur Resterampe wird, die alles aufzunehmen hat, was sich der Erklärung entzieht.

Geistige Produktion ist eine Herausforderung nicht nur für bürgerliche Denker, sondern auch für Marxisten alter Schule. Denn wie soll das Marxsche Wertgesetz noch gelten, wenn nicht mehr die Arbeitszeit physischer Produktion, sondern die globale Kommunikation geistigen Schaffens das Gravitationszentrum ist. Facebook oder Google mit den Begriffen zu fassen, die Marx hinterlassen hat, dürfte schwerfallen.

Nicht zuletzt ergibt sich aus den Eigenheiten geistiger Arbeit eine strategische Verlegenheit für marxistische Analysen. Denn Kapital und Arbeit sind in vielen Unternehmen, insbesondere bei den Trendsettern, nicht mehr so eindeutig unterscheidbar – ein Horror für gewerkschaftliche Interessenvertretung und zugleich ein Schrecken für das Kapital, wenn die geistig Tätigen ihrem Berufsethos folgen und der Allgemeinheit zur Verfügung stellen, was sie ersonnen haben.

Auch extern unterliegen geistige Produkte einer anderen Logik. Einmal hervorgebracht, können sie beliebig häufig reproduziert werden. Herkömmliche Weisheiten der Betriebswirtschaft über Knappheit und sinkende Grenzerträge können diese Realität nicht mehr erfassen. Jede zusätzliche Einheit verursacht praktisch keine Kosten mehr. Und so kann der Geist allgemein werden, seinen Ritt durch die Welt antreten und seine Attacke reiten gegen alle bisherigen Grenzen, gegen die Grenzen seines physischen Trägers, gegen die Grenzen der Knappheit und der Kalkulation und damit auch gegen die Grenzen der bürgerlichen Eigentums- und Warenformen.

All das ist ein Affront gegen die gesamte, bislang gewohnte Wirtschaftswelt: Überfluss statt Knappheit, fallende statt steigende Grenzkosten, Kommunikation statt Markt, Kooperation statt Konkurrenz, Kultur statt Ware, Globalität statt Beschränkung, dezentrale statt zentrale Produktionsmittel, Universalität statt Trennung von Stadt und Land, integriertes Leben statt Spaltung in Arbeit und Freizeit, Lebenstätigkeit statt Lohnarbeit, innere Motivation statt äußerer Antrieb, Selbstorganisation statt Fremdbestimmung, kultureller statt monetärer Reichtum.

Die Freiheit des Geistes ist natürlich nicht der Sinn der ganzen Veranstaltung, wenn sie von privaten Unternehmen betrieben wird. Die Angebote sollen das nicht bleiben, was sie ihrer Natur nach sind: öffentliche Güter. Sie sollen vielmehr privaten Charakter bekommen und sich

in wahre Gelddruckmaschinen verwandeln. So erklären sich die hartnäckigen Auseinandersetzungen um den Schutz geistigen Eigentums, um Software-Patente, Verschlüsselungstechnologien und Datensicherheit. Solche Mittel bleiben aber bisher defensiv und nicht verlässlich, wie Hacker und Jugendliche jeden Tag beweisen.

Entsprechend drehen sich in der Gegenwart wesentliche Konflikte um geistiges Eigentum. Diese Konflikte finden von vornherein und immer im rechtlichen Raum statt. Denn geistiges Eigentum kann überhaupt nur rechtlich geschützt werden, nie handgreiflich. Bei geistigem Eigentum ist das Recht nicht die Zivilisierung des Faustrechts wie beim materiellen Eigentum, sondern die Abwehr des Kommunismus. Das nicht auszusprechen, ist wohl dem Zeitgeist geschuldet, aber sachlich nicht geboten, denn in diesem Bereich beginnt, die Möglichkeit einer anderen Ökonomie aufzuscheinen. Freie Software beweist die Überlegenheit allgemeiner, nicht warenförmiger Verfügung. Das deutlichste Beispiel ist das Internet selbst: Alle wichtigen, das Internet begründenden Programme sind freie Software.

Commonismus ist zum neuen Stichwort geworden, um das emanzipatorische Potenzial begrifflich zu fassen, das in den fortgeschrittensten Formen geistiger Arbeit steckt. Der Geist via Internet als weltweites öffentliches Gut – das war der Beginn. Aber das Neue ist nicht auf den Verbreitungsweg beschränkt. Es erfasst auch die Produktion, das kreative Schaffen selbst. Open Design, Open Source und mittlerweile auch Open Hardware – der Siegeszug der Offenheit ist offenbar unaufhaltsam.

Die Begründung ist einfach: Die Kreativen brauchen den offenen, von Privatisierung freien, unbehinderten Austausch. Und sie brauchen die Freiheit, sich des Weltgeistes zu bedienen und Neues zu ersinnen, auch für ihren Tagesablauf. Denn Kreativität kann man nicht kaufen, sondern nur ermöglichen. Eben deshalb dürfen und sollen die Beschäftigten der Trendsetter einen erheblichen Teil ihrer Arbeitszeit mit selbst definierten Projekten verbringen – sie sollen tun, was sie wollen, nicht, was sie müssen. In privater Form wird wahr, was Utopiker einst forderten: Offen kommunizieren, partizipieren, teilen, tauschen, kooperieren.

Folglich beginnt sich die Praxis aufzulösen, die noch vor zehn Jahren die digitale Welt prägte: Standards setzen und verteidigen, patentieren, Offenheit vermeiden. Diese Art Privatisierung geistiger Produktion beginnt sich als unterlegen zu zeigen, weil man kollektive Intelligenz nicht

einpfirchen kann und weil die Kreativen diese Offenheit wollen, um ihr Potenzial auszuschöpfen. Mehr Erfolg verspricht – vom Standpunkt der Unternehmen gedacht – die offensive Strategie, zu der es, wenn Offenheit herrscht, auch keine Alternative mehr gibt: Mit ständigen Innovationen den Gang der Dinge bestimmen. Angesichts der Überlegenheit offener Standards kann also die Freiheit des Geistes auch in die Privatwirtschaft einziehen.

Vor diesem Hintergrund könnte auch die Legitimation von Patenten brüchig werden. Sie würden zu Rechtsansprüchen schrumpfen, die nicht mehr in die Zeit passen. Heute zementieren Patentrechte mit langen Laufzeiten die Hierarchien der Weltwirtschaft. Der Norden hat die Spitze mit den gut bezahlten, eher geistigen Tätigkeiten – der Süden stellt das Fundament mit den schlecht bezahlten, eher ausführenden Lohnarbeiten.

Wenn es im Interesse weltweiten ökologischen Fortschritts darum gehen muss, mittels modernster Umwelttechnik den ökologischen Fußabdruck zu verkleinern, dann sind Patente als Barrieren für eben diesen Fortschritt und als Instrumente der Dominanz zu verdammern. Das gilt erst recht für reine Verhinderungspatente, die beispielsweise erneuerbare Energien beschränken und fossile Energiestrukturen schützen sollen.

Wer nun behauptet, dass ohne Patentschutz das geistig-technische Schaffen zum Erliegen käme, hat die neue Politische Ökonomie der globalisierten geistigen Produktion nicht verstanden. Ohne Patente dürfte die qualitative Konkurrenz sogar stärker werden. Den eingefleischten Marktwirtschaftlern könnte man zurufen: Wenn Ihr das nicht glaubt, habt Ihr kein Vertrauen in die Marktwirtschaft.

Selbstverständlich wird der Prozess geistiger Produktion anders laufen, wenn Patente keinen Schutz für Forschung und Entwicklung mehr bieten. Aber dieser Prozess wird nicht aufhören, sondern sich verbreitern. Für extrem aufwendige Forschungsprojekte, die ohne Patente in privater Hand nicht funktionieren würden, sollte öffentliche Grundlagenforschung zuständig sein und ihre Ergebnisse vollständig transparent publizieren.

Im Moment ist eine umfassende Patent-Bereinigung schwer vorstellbar. Denkbar aber wäre, die Laufzeiten von Patenten drastisch zu verkürzen. Darüber hinaus sollte es ein jederzeit einlösbares Kaufrecht der

öffentlichen Hand beziehungsweise – auf der globalen Ebene – von UN-Organisationen geben. Jeder potenzielle Anwender sollte das Recht haben, Lizenzen zu erwerben. Die Lizenzvergabe wird dann gewissermaßen umgekehrt: Der Lizenznehmer darf handeln, der Lizenzgeber muss handeln. Als Lizenzpreis könnte grundsätzlich ein geringer Anteil am Umsatz des Lizenznehmers gelten. Aus dieser Relativierung der Patent-Barrieren würde sich ein starker Anreiz für neue Forschung und Entwicklung ergeben. Das Feld der Wissenschaft wäre nicht mehr so stark durch frühere Forschung markiert, sondern wieder offen.

Ob auch Patente vom Trend zur Offenheit erfasst werden, ist ungewiss. Jenseits des Patentierbaren sind dagegen die Urheberinnen und Urheber längst in einem anhaltenden Konflikt zwischen privatem, auf Einkommen angewiesenen Schaffen und ihrem Werk als tendenziell öffentlichem Gut. Der Geist will Allgemeingut werden – aber wie kommen die Geistesschaffenden dann zu ihrem Einkommen? Hier stellt sich eine grundsätzliche Frage: Ist eine Ökonomie der gesellschaftlichen Anerkennung statt der privaten Aneignung denkbar? Damit sind wir beim Gemeinwohl, das in einer breiten, modernen und ökologischen Definition auch Lebensperspektiven für Kopfarbeiter einschließen sollte.

Produzenten des Gemeinwohls – von der einzelnen Stimme zum kollektiven Souverän

Kooperation und Gleichheit kommen nicht von allein in die Welt. Die beiden fundamentalen Prinzipien des ökologischen Zeitalters brauchen Hebammen und Zuwendung. Sie brauchen Druck von unten, aus der Zivilgesellschaft, und Druck von oben, soweit einzelne Staaten bereit und fähig sind, diese Prinzipien zu befördern.

Einzelne Länder unterstützen globale Zusammenarbeit und den Grundsatz gleichen Rechts in der internationalen Politik umso mehr, je stärker sie sich im Innern daran halten. Gesellschaften, die im eigenen Revier von krassen Gegensätzen geprägt sind, haben weder die Kraft noch die Glaubwürdigkeit für ein Engagement zugunsten globaler Anliegen. Wenn zu Hause die Liste der unerledigten Aufgaben lang ist, wenn große Teile der Bevölkerung sich allein auf die Bewältigung des Alltags konzentrieren, weil ihnen Geld und Garantien für ein souveränes Le-

ben fehlen, dann wird es schwierig mit der Überwindung einer falschen Produktionsweise.

Im Interesse globalen Grüns braucht es auch im eigenen Land kräftiges Rot. Insofern ist der Kampf für mehr soziale Gerechtigkeit auch ein Beitrag zur ökologischen Handlungsfähigkeit, auch wenn die Protagonisten das in den seltensten Fällen so sehen. In diesem Kampf gab es allerdings in den vergangenen 30 Jahren vor allem eines: Niederlagen.

Die Gesellschaften in Europa und Nordamerika waren das Objekt einer konservativ-liberalen »Revolte von oben«. Die Kompromisse zwischen Kapital und Arbeit, die das »goldene Zeitalter« der ersten Nachkriegsjahrzehnte prägten, wurden gekündigt. Begleitet und getragen von permanent verbreiteter Marktrhetorik hat sich das Kapital seine Handlungsfreiheit zurückerobert. Die Resultate sprechen eine klare Sprache: krasse Spaltungen zwischen Reich und Arm, Unsicherheit und Angst um den Job, öffentliche Einrichtungen im Dauerfeuer von Kürzen, Streichen, Sparen und Privatisieren.

Die Lohnabhängigen waren in diesen Verteilungskämpfen in den meisten Fällen Verlierer. Die Früchte ihrer Arbeit landeten wieder in großem Umfang bei der Gegenseite. Diese Niederlagen zeigen sich deutlich in den prekären Lebenslagen des unteren Drittels der Gesellschaft und auf den Konten der Normalverdiener, aber kaum – und das ist für die Zukunft wichtig – in den Köpfen. Die materiellen Niederlagen waren keine geistigen Niederlagen. Marktversessene Gedanken hat die Bevölkerung, jedenfalls in Europa, nicht angenommen.

Der systematisch organisierte Versuch einer breitenwirksamen Gehirnwäsche, an der sich zahlungskräftige Lobbyverbände wie die »Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft«, PR-Agenturen, Wirtschaftsprofessoren, Fernsehmoderatoren und Zeitungsjournalisten beteiligten, hat nicht funktioniert.¹⁸ Aus den Europäern sind keine Amerikaner geworden, die noch in der Gosse ihre Hand aufs Herz legen und die Kraft des selbstverantwortlichen Bürgers beschwören.

¹⁸ Albrecht Müller hat gemeinsam mit seinem Partner Wolfram Lieb auf der Internetseite www.nachdenkseiten.de das Dunkel dieser Machenschaften immer wieder beleuchtet. Aber seine Schlussfolgerung, dass die groß angelegte Manipulation gelungen sei, ist nicht haltbar, weil die Bevölkerung mehrheitlich in den Grundfragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik ihre eigenen Interessen sehr wohl zu definieren versteht, auch wenn ihr die praktische Gegenwehr selten gelingt.

Die Bevölkerung hat in ihren ureigenen Angelegenheiten einen klaren Kopf bewahrt, wie Umfragen zeigen. Sie würde Ungleichheit akzeptieren, aber nur in dramatisch reduziertem Maß. Wären die wichtigen Dinge im Leben Gegenstand einer Volksabstimmung und hätten die staatlichen Institutionen das Ergebnis dieser Abstimmung verbindlich zu akzeptieren, gäbe es weder krasse Gegensätze bei Einkommen und Vermögen noch das Aushungern öffentlicher Leistungen.

Der Gegensatz zwischen gesellschaftlichem Wollen und wirtschaftlichem Sein offenbart, dass auch das politische System seit längerer Zeit nicht mehr oder kaum noch auf den mehrheitlichen Bevölkerungswillen reagiert. Gelitten hat – parallel zur gesellschaftlichen Polarisierung – auch der demokratische Prozess.

Die nationalen Parlamente sind zu Abstimmungsmaschinen verkommen. Hier wird abgesehnet, was die Regierung will. Und die Regierung macht, was die Finanzmärkte verlangen. Zu Recht werden deshalb Grundsatzfragen gestellt. Was ist eine solche Demokratie noch wert? Welchen Nutzen hat das Wahlrecht, wenn der Wählerwille nach dem Wahltag kaum Berücksichtigung findet?

Diese Skepsis ist gut begründet. Auf Politik herkömmlicher Art ist kein Verlass. Sie mag fähig sein, Interessen zu moderieren und ein Mindestmaß an Rechtssicherheit und sozialem Ausgleich zu gewährleisten. Aber allzu häufig ist sie überfordert, korruptionsanfällig und erpressbar. Reine Repräsentation, die Überlassung lebenswichtiger Entscheidungen an gewählte Vertretungen und Regierungen, ist deshalb keine zukunftstaugliche Idee. Und sie muss es auch nicht sein. Denn der Wille, das eigene Leben souverän zu gestalten und an wichtigen politischen Entscheidungen unmittelbar teilzunehmen, ist in jüngster Zeit ebenso deutlich stärker geworden wie die Chance, diesen Souveränitätsanspruch mittels passfähiger, dezentral verfügbarer Technologien nebst regionaler Wirtschafts- und Stoffkreisläufe auch verwirklichen zu können.

Ausgestattet mit einem Mehr an Kooperation, Gleichheit und Planung wäre eine Bürgerschaft, die souverän und maßvoll über elementare Angelegenheiten ihres persönlichen und gesellschaftlichen Lebens selbst entscheidet, keine Utopie, sondern Tagesprogramm. Lauten Streit und harten Kampf wird es auch dann noch geben. Bilder einer großen Harmonie haben in einer Gesellschaft ökologischer Gerechtigkeit keinen Platz. Ihr Anliegen ist auf revolutionäre Weise konservativ: Wirtschaft

und Gesellschaft umfassend zu verändern, damit die Erde als lebenswerter Ort erhalten bleibt.

Es gibt längst bessere Alternativen, um auf neue Weise demokratische Entscheidungen zu treffen, wie Bürgerentscheide, Volksabstimmungen und Techniken der Meinungs- und Entscheidungsfindung, die das Internet als Plattform nutzen. Vieles davon ist neu und ungewohnt. Was sich bewährt, wird sich zeigen. Auf jeden Fall ist eines klar: Demokratie kann zum lebendigen Prozess werden. Dabei sollte dann auch manche deutsche Tradition verschwinden, die bis in die Sprache erkennbar ist. Stimmabgabe, Abgeordneter – was für eine gruselige, demokratiefeindliche Staatssprache, die allerdings aktuell durchaus passend ist, weil die Volksvertreter das nicht sind, was sie sein sollten, sondern sich eher in Erfüllungsgehilfen von parteilichen Eigeninteressen oder in Gesandte des großen Geldes verwandeln.

Wenn sich heute zeigt, dass es im politischen Raum um bislang ungenutzte Möglichkeiten geht, dass die Trennung in Volk und Vertreter schwinden kann, weil es zunehmend möglich wird, sich selbst zu regieren, dann gilt das, wie in den vorangehenden Kapiteln bereits beschrieben, im Grunde für die ganze Gesellschaft und für die Wirtschaft ebenso. Es ist möglich, aus der Fremdbestimmung, aus der Alternativlosigkeit, aus der Passivität, herauszutreten. Aber wie kann das geschehen? Und weshalb war der Widerstand gegen zunehmende Ungleichheit und gegen die Aushöhlung der Demokratie in den vergangenen 30 Jahren so schwach?

Ein Grund für die Niederlagen und Rückschläge war die Beschränkung der Gegenwehr auf unmittelbare Interessen – ohne Bild und Rahmen für die allgemeinen Botschaften, die zu mehr Resonanz hätten beitragen können. Deshalb kam es kaum zu breiterer Solidarität und zu Bündnissen über einzelne Anliegen hinweg.

Es ist an der Zeit, die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen wieder so aufzunehmen, dass in den Tagesforderungen auch eine wünschenswerte Zukunft aufscheint oder wenigstens angedeutet ist. Dabei geht es nicht um eine äußere Verklammerung von Gerechtigkeit heute und ökologischem Umbau morgen, nicht um die Addition von Rot und Grün, sondern um die Einsicht, dass starke Ökologie aus sich selbst heraus die alten linken Prinzipien der Kooperation und der Gleichheit verlangt und zu deren Durchsetzung Planung braucht.

Wir haben gesehen, dass es Signale der Hoffnung gibt, die in diese Richtung zeigen. Diese Signale sollten global zur Geltung kommen, aber auch national. Zukunftsfähigkeit verlangt auch im Innern einzelner Länder mehr Kooperation, Gleichheit und Planung. Dabei markieren die Begriffe Politik, politisches System, Daseinsvorsorge und öffentlicher Sektor gewöhnlich den Gedankenrahmen, innerhalb dessen Reformen gedacht werden. Dieser Rahmen bietet ungenutzte Möglichkeiten, ist aber zu eng, wenn das Gemeinwohl auf ökologische Weise Wirklichkeit werden soll.

Deshalb passt die Bezeichnung »Produzenten des Gemeinwohls« besser. Dieser Begriff soll die weitergefasste Zielrichtung andeuten. Das Gemeinwesen ist demnach nicht nur Rahmensetzer und Erfüllungsgehilfe des Privaten, nicht nur Lieferant öffentlicher Güter, sondern wird seinem Begriff adäquat und versucht auch unmittelbar, in eigener Regie und mit eigenen wirtschaftlichen Aktivitäten das Gemeinwohl zu verwirklichen – vor allem dort, wo die ökologischen Effizienzen im Systemischen liegen, wie etwa bei der Energieversorgung, beim Verkehrssystem, bei den Siedlungs- und Infrastrukturen.

Die wichtigste Aufgabe aller Instanzen, die direkt auf das Gemeinwohl verpflichtet sind, sollte es künftig sein, die Bedingungen zu schaffen, die ein ökologisches Leben für ausnahmslos alle ermöglichen, und deshalb die Hürden des Einkommens oder anderer äußerer Zwänge zu beseitigen, die diesem Zweck der Naturverträglichkeit entgegenstehen. Politik, öffentliche Verwaltungen, Betriebe in öffentlicher Regie und selbst die Systeme der sozialen Sicherung hätten demnach – im Verein mit einer aktiven Bürgerschaft – eine neue oberste Priorität: ein gutes Leben in den Grenzen der Natur.

Jenseits des Öffentlichen ginge es ebenfalls um starke, aber primär indirekte Interventionen in diesem Sinne. Denn die Welt der Dinge und der Ideen, die Produktion von nützlichen Gütern und von Informationen, bleibt auch in einer neuen, ökologischen Produktionsweise eine im Wesentlichen private Angelegenheit. Dieses Private wäre allerdings, wenn die dargestellten Veränderungschancen Wirklichkeit werden, deutlich stärker dem Gemeinwohl zugetan als heute.

Wenn es nun um die Wahl der Mittel geht, die für Änderungen des Verhaltens von Produzenten und Konsumenten sorgen sollen, bleibt der politische Mensch meistens unnötig bescheiden, akzeptiert vorschnell

den gegebenen Rahmen und wechselt unvermittelt auf die Ebene der politischen Instrumente, der Steuern, der Anreize, der Verbote, der vorhandenen Rechtssysteme. Das birgt die Gefahr, dass die Werkzeuge selbst nicht zum Gegenstand kritischer Prüfung werden und – weil die Werkzeuge nur für begrenzte Zwecke einsetzbar sind – die politischen Ziele von vornherein auf einen eher engen Ausschnitt des Möglichen reduzieren.

Andere politische Menschen sehen diese Enge und verlangen, nicht an kleinen Rädern zu drehen, sondern ein neues Getriebe zu erfinden. Dieses Verlangen nach dem ganz Anderen bleibt allerdings fast immer ein unbestimmtes Sehnen, das den Gegenstand seiner Begierde entweder nur träumerisch oder in altbackener Revolutionsprosa auszudrücken vermag.

Beide Standpunkte sind einer »Großen Transformation« nicht angemessen. Die Nähe zu den Rädern verstellt den Blick für die Signale der Hoffnung, die an den Rändern des Räderwerks, aber auch in seinem Innern zu erblicken sind. Die Ferne vom Geschehen verkennt diese Signale ebenso, weil – mit großem Abstand – das Räderwerk stets dasselbe ist.

Beide Standpunkte, ob versessen auf den direkten Effekt oder besessen von größtmöglicher Distanz, sind heute nicht mehr zeitgemäße Haltungen. Denn die anstehende Transformation braucht Taten mit großer Reichweite und hohem Tempo. Diese Taten könnten – allen Beharrungskräften zum Trotz – vielleicht möglich werden, wenn man die Optionen ausreizt, die im Keim bereits vorhanden sind. Das gilt für die Produzenten der Dinge und des Geistes, erst recht aber für die Produzenten des Gemeinwohls.

Die wichtigen Fragen lauten also: Was kann Politik tun, um neue Pfade breitenwirksam zu unterstützen? Wie wird der Staat vom Diener der Privatwirtschaft und vom bedrängten Kostgänger zum Garanten, Förderer und Organisator schnellen Wandels? Welche großen Hebel sind anzusetzen, um die Unterordnung des Politischen unter die Wirtschaftsmaschinerie aufzuheben, um das Primat der Politik, von dem so häufig die Rede ist, in grün-egalitärer Art wirksam werden zu lassen?

Gemeinwohl für alle unter der Bedingung, dass die ökologischen Grenzen eingehalten werden, bedeutet Befähigung zum naturverträglichen Leben auf der Basis souveräner, sowohl individueller als auch kol-

lektiver, Verfügung über alles Wesentliche. Eine vielfach gespaltene Gesellschaft ist deshalb kein Zukunftsmodell. Lenkende Großmanager und Großeigentümer, in Konkurrenz strampelndes Klein- und Mittelunternehmertum, auf die bestehende Ordnung eingeschworene Bürokraten, eine abhängige Mehrheit mit geringer oder gar keiner Planungssouveränität – mit einer solchen Zuweisung von Funktionen und Lebenslagen ist der ökologische »Turnaround« kaum möglich, weil nahezu alle veranlasst sind, unverantwortlich zu handeln und ihr Leben auf eine stets wachsende Wirtschaftsma­schinerie auszurichten.

Gegen diese Strukturfehler helfen keine Therapien mit homöopathischer Dosis. Naturverträgliches Gemeinwohl wird nur zu erlangen sein mit energisch reduzierter Ungleichheit, mit der Abschaffung existenzieller Unsicherheit, mit vollständiger Transparenz des Öffentlichen, mit der Planung von ökologisch effizienten Infrastrukturen und mit Wirtschaftsstrukturen, die sich den Prioritäten der Gesellschaft fügen. Das sind die großen Aufgaben für die Produzenten des Gemeinwohls.

Um die Ungleichheit einzudämmen, stehen die alten Mittel bereit: spürbare Steuern auf Vermögen und Erbschaften, Steuern auf Einkommen mit progressiv ansteigendem Tarif bis hinauf zu hohen Spitzensteuersätzen, ein gesetzlicher und auskömmlicher Mindestlohn (und künftig auch eine Grenze nach oben, ein Maximaleinkommen). Wichtig wäre die gesetzliche Verankerung von Belegschaftseigentum in größeren Unternehmen, etwa nach dem Motto: Mindestens die Hälfte des Gewinns gehört den Beschäftigten, wird nicht ausgeschüttet, sondern im Unternehmen investiert und begründet auf diese Weise einen stetig wachsenden Eigentumsanteil der Belegschaften.

Ungleichheit hat zunehmend aber auch eine Quelle in steigenden Energie- und Ressourcenpreisen. Sie sind im Sinne von mehr Ökologie und gleichzeitig mehr Gerechtigkeit zu bewältigen, wenn Öko-Bonus-Systeme eingeführt werden. Solche Systeme kombinieren niedrige Preise für den Basisverbrauch mit stark ansteigenden Preisen für den darüber hinausgehenden Mehrverbrauch.

Denkbar ist auch, sämtliche Einnahmen aus der Besteuerung von Energie und Ressourcen mit einem gleichen Pro-Kopf-Bonus an die Bevölkerung auszuzahlen. Gäbe es bei diesen Steuern keine Ausnahmen und wäre beispielsweise auch der Flugverkehr voll steuerpflichtig, würden diese Steuern von gegenwärtig rund 50 auf circa 80 Milliarden Euro stei-

gen. Jeder Einwohner – vom Baby bis zum Greis – bekäme jährlich einen Bonus von 1.000 Euro. Weil Geringverdiener deutlich weniger verbrauchen, wäre der Effekt auf ökologische Weise gerecht: die Vielfahrer, die Vielflieger und diejenigen mit großen Wohnungen und vielen Elektrogeräten zahlen an die anderen, die sich das nicht leisten können. Entsprechend könnten höhere Energie- und Ressourcensteuern mit Unterstützung der Niedrig- und Normalverdiener rechnen.

Weniger Ungleichheit ist nicht nur eine Geldfrage. Wichtig sind auch neue Standards der Bildung und der sozialen Sicherheit. Warum sollten in einer reichen Gesellschaft nicht anspruchsvolle Ziele gelten? Keine Klasse über 20, Online-Universitäten für alle zugänglich, kein Zwei-Klassen-System beim Arztbesuch, gut ausgestattete Sozialsysteme von ausnahmslos allen Einkommen finanziert – all das wäre jederzeit möglich.

Die Ungleichheit mit harten Bandagen zu bekämpfen, ist bisher nicht gelungen. Das könnte sich ändern, wenn die notwendigen Umverteilungen nicht allein von sozial begründeten Gegenwartsinteressen, sondern auch von ökologisch begründeten Zukunftsinteressen getragen und befördert werden. So würden sich klassisch-linke und vorausschauend-ökologische Anliegen wechselseitig durchdringen. Dann wäre es auch leichter, eine weitere Aufgabe klar zu formulieren: die Abschaffung existenzieller Unsicherheit, die letztlich die Abschaffung der Arbeitslosigkeit bedeuten sollte.

Wer den ökologischen Fortschritt will, muss für Angstfreiheit sorgen, das Selbsthandeln stärken, den Zwang zum falschen Leben mindern. Die Verhältnisse sollten so sein, dass der Begriff des Lohnabhängigen verschwindet. Diese Angstfreiheit ist wichtig, weil der ökologische Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft nicht nur Kapital-, sondern massenhaft auch Arbeitsplatzinteressen betrifft.

Was passiert mit denjenigen Jobs in der Autoindustrie, in der Ernährungswirtschaft, im Investmentbanking, in der Reisebranche und in all den anderen Industrien, die auf einer unhaltbaren Ressourcenverschwendung beruhen? Wie ist die Einsparung sinnloser und naturzerstörender Aktivitäten in einen Gewinn für alle zu verwandeln? Welche Garantien und welche Angebote gibt es für diejenigen, deren Einkommen an den Jobs hing, die nicht mehr gebraucht werden?

Ohne verlässliche Garantien ist schwer vorstellbar, wie überdimensionierte Sektoren schrumpfen sollen. Geschieht das nicht, werden

gleichzeitig die gewünschten Aktivitäten (erneuerbare Energien, soziale Dienste, regionalisierte Ressourcenwirtschaft, Bildung und Kultur) in ihrem gewollten Wachstum behindert. Um diese wechselseitigen Blockaden aufzuheben, um die Angst vor dem Wandel zu vertreiben, sollte die Arbeitslosigkeit als Bleigewicht an der Verwirklichung des Notwendigen abgeschafft werden.

Das scheint vor dem Hintergrund des heutigen, bescheidenen Verständnisses von Politik eine Forderung von zu großer Reichweite zu sein. Warum aber sollte es undenkbar sein, die Verteilung der Arbeitszeiten mit Verfassungsrang so zu regeln, dass alle die Chance haben, am beruflichen Leben teilzunehmen? Weshalb kann es nicht starke und tatsächlich einlösbare Teilhabe-Garantien geben, die eine erbärmliche, auf Almosen und Zwang setzende Arbeitsmarktpolitik ablösen? Warum sollte es nicht – analog zu dem für die Europäische Zentralbank verbindlichen Inflationsziel von zwei Prozent – eine ebenso verbindliche Zielmarke von maximal zwei Prozent für die Arbeitslosigkeit geben?

Die Alternative zu solchen Garantien wäre ein bedingungsloses Grundeinkommen, das ebenfalls für die Angstfreiheit sorgen könnte, die der Umbau braucht. Gleichzeitig würde ein Grundeinkommen das Dilemma geistiger Produktion mindestens teilweise lösen, weil die Produzentinnen und Produzenten der Ideen, der Kultur und der Informationen auch dann ein bescheidenes Einkommen hätten, wenn ihr Schaffen – frei zugänglich und ohne Bezahlung – die Sphäre des Weltgeistes bereichert.

Welches Modell auch immer den Vorzug erhält – es kommt darauf an, die finanzielle Not zu beseitigen, die einem radikalen ökologischen Umbau im Wege steht.

Ist all das unrealistisch und unfinanzierbar? Im Herbst 2008 beschloss der Deutsche Bundestag im Eilverfahren und auf der Grundlage von Empfehlungen privater Wirtschaftskanzleien ein 480-Milliarden-Euro-Programm zur Bankenrettung. Weshalb ist diese Haftung für die Finanzverbrechen der Vergangenheit erlaubt, aber nicht die Vorsorge für die jetzigen und künftigen Generationen? In einer reichen Gesellschaft dürfte die ausreichende und egalitäre Verfügung über alles Wichtige im Leben längst kein Problem mehr sein. Es ist an der Zeit, die erreichten technischen Möglichkeiten zu nutzen, um eine neue Qualität der Zivilisation zu verwirklichen.

Was manchem utopisch erscheint, wäre die Praxis dessen, was in einigen programmatischen Äußerungen der SPD, der Grünen und der LINKEN durchaus vorhanden ist. Nun ist stets ungewiss und meistens zweifelhaft, ob von der Programmatik etwas bleibt, wenn man die Schwelle zur exekutiven Verantwortung überschreitet. Gewiss ist aber, dass eine Regierung, die – mit Mut und Hirn – eine nicht nur halbherzige, sondern ambitionierte grün-linke Agenda verwirklichen wollte, mit breiter Unterstützung rechnen könnte.

Allerdings wäre auch der mediale, politische und ökonomische Gegenwind so stark, dass eine Reformregierung, wenn es sie denn gäbe, nur mit erheblicher Mobilisierung der Bevölkerung eine echte Chance hätte. Gestützt allein auf Repräsentanten im Parlament und starke Charaktere in der Regierung ist ein echtes Reformprogramm, das tradierte Privilegien überwinden muss, aussichtslos.

Gäbe es eine mutige, geistig wache, integre und von der Bevölkerung eben wegen ihrer Glaubwürdigkeit und ihres Veränderungswillens getragene Regierung, wären spürbare Eigentumsschnitte und die Beseitigung der Unsicherheit ein machbares Ziel. Hinzu kommen müsste eine Transformation des öffentlichen Sektors selbst. Denn ein Gemeinwesen, das zu einem tief greifenden Umbau fähig sein will, muss das Prinzip »nachhaltige Bedarfsdeckung« zu einem erheblichen Teil auch auf direktem Wege verwirklichen können. Wenn alles grün werden soll, muss das selbstverständlich auch für den gesamten öffentlichen Sektor gelten.

Der Übergang der Gemeinwirtschaft vom belächelten Kostgänger zur effizienten Alternative ist keine leichte Aufgabe, aber eine machbare Option. In Deutschland wie generell in Europa gibt es allen Privatisierungen zum Trotz noch immer ein großes, weitverzweigtes System von Aktivitäten, die nicht privatwirtschaftlich, sondern öffentlich-rechtlich organisiert sind. Eine breite Definition des Öffentlichen, die alles enthält, was nicht unmittelbar privatwirtschaftlich organisiert ist, umfasst zehn bis 30% der Erwerbstätigen. Deutschland liegt gegenwärtig eher am unteren Ende dieser Bandbreite.

Die so genannte Daseinsvorsorge, die Versorgung mit dem für das Leben Elementaren, sollte in öffentlicher Regie erfolgen. Das war in Westeuropa lange Konsens, geriet dann in den Privatisierungswahn, um sich schließlich wieder dem alten Konsens anzunähern. Die Begründungen

für öffentliches Eigentum bei der Daseinsvorsorge sind gesellschaftspolitischer oder ethisch-moralischer Art. Sicherheit der Versorgung, gleicher Anspruch auf elementare Grundversorgung, landesweit annähernd gleiche Lebensbedingungen – das sind die Stichworte, die in diesem Zusammenhang zu hören sind.

Von einer ökonomischen Überlegenheit öffentlicher statt privater Organisation ist selten oder gar nicht die Rede. Sofern wirtschaftliche Erwägungen genannt werden, beziehen sie sich in der Regel auf Güter, Netze oder Dienstleistungen, die nur als Monopol sinnvoll betrieben oder angeboten werden können. Weil private Monopole immer missbrauchsanfällig sind, bedürfen sie einer sehr dichten Regulierung, die sich schon in den Privatisierungsverträgen niederschlagen muss. Öffentliche Körperschaften sind dabei keine gleichgewichtigen Partner, insbesondere wenn sie großen Versorgern und ihren spezialisierten Anwaltskanzleien gegenüber sitzen. Deshalb ist es besser, natürliche Monopole von Anfang an in öffentlicher Hand zu behalten oder soweit wie möglich zu rekommunalisieren – in völliger Transparenz, frei von Filz und Schlendrian.

Die direkte wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand war bis in die 1970er Jahre in Europa sehr umfangreich. Dazu gehörten der Energiesektor und beträchtliche Teile der Grundstoff- und Investitionsgüterindustrien. Einen großen öffentlichen Sektor hatten vor allem Frankreich, Großbritannien und Italien. Die Performance war durchweg sehr viel positiver als die heute übliche Rede vom Staat als schlechtem Unternehmer vermuten lässt. Auch in Deutschland gab es ein beträchtliches Ausmaß direkter und mehr noch indirekter wirtschaftlicher Betätigung des Staates. Im Zeitraum von 1975 bis etwa 2005 ist dann die Zahl der staatlichen Beteiligungen deutlich kleiner geworden.

Weshalb geschah das? Es ist erstaunlich, dass rein wirtschaftliche Vorteile eher selten wirklich nachgewiesen wurden. Behauptungen dieser Art gab es immer wieder. Aber eindeutige Befunde aus sorgfältigen Evaluationen sind kaum zu finden. Negative Beispiele dagegen gibt es reichlich wie etwa die Eisenbahnbetriebe in Großbritannien oder Wasserunternehmen weltweit.

Die Welle der Privatisierungen lässt sich wohl eher begründen mit der Not der öffentlichen Kassen und der Steuerpolitik, die dieser Not zugrunde liegt. Gleichzeitig konnte radikale Bürokratiekritik geschickt

am Postengeschacher und an der Geldverschwendung öffentlicher Einrichtungen anknüpfen. So verbündete sich die Suche überschüssigen Kapitals nach neuen Anlagefeldern mit dem neoliberalen Zeitgeist, der zunehmend mit religiöser Inbrunst auftrat. Auch in Deutschland waren all diese Tendenzen wirksam, aber nicht so verheerend wie in vielen anderen Ländern, vor allem den Ländern des globalen Südens und Osteuropas nach 1989.

In der jüngeren Vergangenheit ist der Zug zu weiteren Privatisierungen weitgehend gestoppt und – vor allem von den Kommunen – umgekehrt worden. Die Bundesrepublik durchzieht eine Welle der Rekommunalisierungen. Vorreiter sind die Bereiche Wasser, Energie und Müllentsorgung. Bei aller Vielfalt der Begründungen lassen sich dennoch zwei wesentliche Motivationen destillieren: erstens die Rückkehr der alten Erkenntnis, dass natürliche Monopole in die öffentliche Hand gehören, weil Monopole in privater Hand immer eine Einladung zum Missbrauch sind, und zweitens der Versuch, wichtige Leistungen der Daseinsvorsorge miteinander zu verzahnen.

Demokratisch, bürgernah und transparent vollzogene Rekommunalisierungen sind deshalb häufig nicht nur eine Rückkehr zum Status quo ante, zum vorherigen Zustand. Manche Projekte gehen einen deutlichen Schritt weiter, vor allem im Energiesektor. Es hat sich herumgesprochen, dass die kommunale Souveränität über möglichst große Teile der Energieversorgungskette vielfältige Vorteile bietet. Vor diesem Hintergrund darf man wohl behaupten: In den Kommunen gibt es insbesondere dann ein erhebliches Veränderungspotenzial, wenn gewählte Vertretungen einer aktiven Bürgerschaft ausgesetzt sind.

Bislang sind Kommunen beschränkt auf zwei Aufgaben. Sie sind Garanten der öffentlichen Ordnung und einer halbwegs geordneten Stadtentwicklung. Und sie sind zweitens zuständig für die Bereitstellung öffentlicher Güter. Insoweit sind Kommunen vor allem Rahmensetzer und Dienstleister für private Aktivitäten. Die Idee, dass die Kommunen selbst zum wirtschaftlichen Akteur werden sollten, wird gerade erst im Zuge der Energiewende wieder geboren. Diese Funktion deutlich zu erweitern, ist eine heranreifende Chance.

Um diese Chance ergreifen zu können, müsste allerdings die Finanzausstattung deutlich besser werden. Denn die meisten Kommunen sind unterfinanziert. Deshalb gibt es massenhaft Beispiele für den

Niedergang kommunaler Infrastrukturen und kommunaler Dienstleistungen. All das ist Resultat einer merkwürdig einseitigen Steuerpolitik, aber auch der grundsätzlichen Auffassung, dass die Pflichtaufgaben einer Stadt eher eng zu definieren sind. Kultur und Soziales erscheinen dann schnell als Luxus, der im Zweifel zur Disposition steht.

In Deutschland sind die Einnahmen der Kommunen eine unzulässig abhängige Variable. Sie sind abhängig von der Bundespolitik, von den Ländern, von der Volatilität ihrer eigenen Quellen, also der Steuern, die den Kommunen direkt zufließen. Dieser erbärmliche Zustand passt nicht zu der für den Umbau wichtigen Rolle, die Kommunen spielen könnten, wenn sie hinreichend mit finanziellen Mitteln ausgestattet wären.

Der reformerische Weg, der am heutigen Instrumentarium ansetzt, verlangt die Rückkehr zu ehemals bereits erreichten Standards. Solche Reformschritte können dazu beitragen, den aktuellen Status quo kommunaler Finanzen zu verbessern. Wenn allerdings Kommunen kräftige Treiber des nötigen Umbaus werden sollen, dann brauchen sie mehr Geld auf verlässlicher Basis und mit langfristiger Perspektive. Hinsichtlich der Steuern heißt das: Höherer Anteil am gesamten Aufkommen und stetiger Fluss.

Damit allein aber wird der Umbau nicht gelingen. Kommunen müssen vor allem wieder massiv investieren können. Wenn Energie, Verkehr und Wohnen zu zentralen Feldern kommunaler Souveränität werden sollen, dann sind extrem günstige Kredite mit sehr langfristigen Laufzeiten das Mittel der Wahl. Wenn es gegenwärtig möglich ist, innerhalb kürzester Zeit Hunderte Milliarden Euro für Bankenrettungen zu mobilisieren, warum soll dann nicht ein großes Kreditprogramm möglich sein? Wenn, wie zur Jahreswende 2011/2012 geschehen, die Europäische Zentralbank den Banken der Eurozone Kredite in einem Gesamtvolumen von 1,1 Billionen Euro und zu einem Zinssatz von einem Prozent zur Verfügung stellt, warum soll dann nicht ein milliardenschweres Kreditprogramm für Kommunen möglich sein? Was im ökologischen Sinne vernünftig ist, sollte nicht am Geldmangel scheitern.

Denkbar ist auch die Veränderung oder Erweiterung des gesetzlich zulässigen kommunalen Handelns. Praktisch würde das bedeuten: Änderung des kommunalen Wirtschaftsrechts, Umkehr der Regionalförderung in Richtung kommunaler Souveränität und Importsubstitution (beispielsweise selbst erzeugte, saubere Energie statt Fremdbezug fos-

siler Energie), Einbeziehung von Privatunternehmen und Privatpersonen in Einkaufsgemeinschaften, Energieverbund zwischen Großstädten und umliegenden ländlichen Regionen, gut dotierte Wettbewerbe um die klimaneutrale Stadt in verschiedenen Größenkategorien. Ideen, um wirtschaftliche Selbstbestimmung auf den Weg zu bringen, gibt es reichlich.

Als Quintessenz dessen, was heute schon in Ansätzen praktiziert wird, erscheint am Horizont die voll handlungsfähige Kommune. Es ist deshalb an der Zeit, Kommunen anders zu denken: als Investor, Gestalter und als kräftiger Akteur, der seiner Bürgerschaft verpflichtet ist und alles tut, was ein Leben in möglichst freier Selbstbestimmung ermöglicht. Statt eines Handelnden in Not, eines Bittstellers gegenüber den Investoren, wären solche Kommunen Akteure, die selbst in die Hand nehmen, was einem guten Leben der Bürger dient. Zu dieser Vorstellung kann man offensichtlich nur gelangen, wenn man die heutige Situation weitgehender finanzieller Abhängigkeit der Kommunen als absurd, abwegig und als Verirrung erkennt.

Warum soll die öffentliche Hand permanent gefesselt sein? Warum sollen die Fesseln umso fester sein, je schlechter es einer Kommune geht? Warum soll eine Stadt mit hoher Arbeitslosigkeit nicht aus der Not eine Tugend machen dürfen und brachliegende Potenziale für die Stadtentwicklung nutzen? Warum soll der arbeitslose Dachdecker nicht das kaputte Dach der Schule decken? Warum soll der arbeitslose Lehrer nicht unterrichten dürfen, wenn allseits Bildungsnotstände beklagt werden?

Und schließlich umgekehrt: Warum soll eine Stadt im Wirtschaftsboom nicht die Möglichkeit haben, kräftig auf den Wohnungsmärkten zu intervenieren, um die Mieten stabil zu halten? Warum soll eine Stadt nicht dafür sorgen, dass möglichst viele Wohnungen zu genossenschaftlichem Eigentum werden? Warum soll es nicht massenhaft Gewerbehöfe geben, die in genossenschaftlichem Eigentum für stabile Immobilienpreise sorgen? Ganz allgemein gefragt: Warum gehört die Stadt nicht den Bürgern und der Kommune, die ihre Interessen vertritt?

Diese Perspektiven sind keine Utopie, sondern sind ein Paradigmenwechsel – weg von der passiven dienenden Funktion des Rahmensetzers, des Bewahrers und des Garanten, hin zum kräftigen Gestalter einer besseren Gesellschaft: gerechter, grüner und nicht zuletzt effizienter.

enter im Sinne eines Vergleichs von Gesamtaufwand und Gesamtnutzen. Bei all dem geht es, im Unterschied zur Privatwirtschaft, um Bedarfsdeckung. Und das heißt: Wenn der gemeinwirtschaftliche Sektor notwendigerweise größer wird, weil er die zusätzlichen Aufgaben übernimmt, die für systemische Effizienz sorgen, dann wird dieses Prinzip der Bedarfsdeckung stärker und relativiert das auf Wachstum angewiesene Profitprinzip.

Ein vergrößerter öffentlicher Sektor hat folglich den Kollateralnutzen, Kreisläufe zu stärken, die sich ohne Wachstum stabil reproduzieren können. Als Faustformel kann man davon ausgehen, dass ein wirtschaftlich aktiver öffentlicher Sektor im Verbund mit den Unternehmen und Dienstleistern, die seine Aufträge entgegennehmen, 30 bis 50% der Erwerbstätigen der Expansionsmaschinerie und den Launen des Marktes entziehen würde.

Wäre diese Vision einer finanziell gut ausgestatteten und wirtschaftlich aktiven Kommune lebendig, könnte sie in eigener Regie die Arbeitslosigkeit erheblich senken. In der ersten Phase, die dem Aufbau ökologischer Stadtstrukturen dient, könnte das Tempo dieses Aufbaus umso höher sein, je größer vor Ort die Arbeitslosigkeit ist oder zu werden droht.

Sinnvoll wäre deshalb eine flexible Aufbauplanung, die jeweils hinreichend viele Projekte vorbereitet hat, um schnell Arbeitskräfte absorbieren zu können. Das geht in Großstädten grundsätzlich leichter, weil es hier eine weitverzweigte Wirtschaftsstruktur gibt, die vielfältige Leistungen und Produkte anbieten kann.

Doch selbst im ungünstigsten Fall, wenn ein großer Teil von außen bezogen werden muss, sind lokale Arbeitskräfte einzubinden, wenn der Auftraggeber, also die Kommune, vom beauftragten Unternehmen verlangt, dass das jeweilige Projekt einen Mindestanteil von »local content« aufweisen muss. In diesem Fall kann zwar der Preis der jeweiligen Leistung steigen, was aber für die Kommune kein Problem ist, wenn sie dadurch die Kosten der Arbeitslosigkeit mindert oder gar vermeidet.

In einer zweiten Phase, die den Investitionen folgt und die dann nur noch durch Ersatzinvestitionen geprägt ist, wird der öffentliche Sektor größer und vielfältiger sein. Beträgt der Anteil der Gemeinwirtschaft 30 bis 50%, kann die Stadt als mit Abstand größter lokaler Akteur die nötige Umverteilung von Arbeitszeiten auch in eigener Regie vollziehen.

Im Unterschied zu heute dürften Vorbehalte gegen reduzierte Arbeitszeiten und den damit verbundenen Einbußen von Einkommen deutlich geringer sein, weil nahezu alles Elementare geregelt ist. Eine Kommune, die zu weiten Teilen Energie, Verkehr, Wohnen und – mit gestärkten Sparkassen – auch die Kreditwirtschaft in der Hand hat, ist nach dem großen, grünen Investment Schub nicht nur auf ökologische Weise widerstandsfähig, sondern auch wirtschaftlich. Wir erleben dann gewissermaßen die Wiedergeburt der Stadt in moderner, ökologischer und egalitärer Fassung.

Signale der Hoffnung sind reichlich zu vernehmen. Kooperation und Gleichheit werden im Prozess der Bewältigung ökologischer Großgefahren zu Normen des Handelns, mindestens aber zu Berufungsinstanzen, die alle ins Feld führen können, die schnell und ambitioniert handeln wollen. Der wieder in die Politik zurückgekehrte Planungszwang ist für sinnvolle Ziele zu erobern.

Die Produzenten der Dinge sind Belegschaften, die zur Vollverantwortung fähig sind und damit potenziell als souveräne Subjekte erscheinen, die dann nicht mehr Bremser, sondern Gestalter des ökologisch Notwendigen werden.

Erkennbar wird eine neue Politische Ökonomie geistiger Produktion, deren Errungenschaften tendenziell zu öffentlichen Gütern werden und die deshalb alle anderen Hoffnungszeichen verstärken würden.

Im Bereich des Öffentlichen können die Pflanzen kollektiver Souveränität wachsen. Kommunale Daseinsvorsorge in erweiterter Fassung bis hin zur regionalen Vorsorge in allen wesentlichen Angelegenheiten ist genauso denkbar wie eine neue Qualität bürgerschaftlicher Gestaltung des Allgemeinen. Das gesamte, dafür notwendige Planungswissen könnte auf Internetplattformen für alle Interessierten verfügbar sein.

Auf der gesamtstaatlichen Ebene stehen die großen und wirksamen Instrumente bereit: die Steuern gegen die Ungleichheit und die Garantien für tatsächlich gleiche Chancen, ein sinnhaftes und ökologisch verantwortbares Leben zu führen.

Es gibt also reichlich politisch-geistige Impulse und neue technische Realitäten, die zu nutzen sind. So könnte insgesamt eine in früheren Be-

griffen nicht mehr fassbare und in Richtung öffentlicher Güter tendierende Ökonomie entstehen.

Wer sucht, der findet stille Revolutionen an vielen Orten – häufig in einem Aufzug und in einem Gestus, der mit den Revolutionsvorstellungen früherer Zeiten nichts gemein hat und deshalb häufig nicht zu erkennen ist. Was für die ökologische Revolution nötig ist, ist in vielen Ansätzen schon da, bleibt aber bisher zu schwach und unverbunden.

Die große Preisfrage ist also, ob die einzelnen Elemente – wenn sie kräftiger werden und einen Zusammenhang bilden – Modelle, Bilder und gemeinsame Geschichten ergeben, die den Veränderungswillen stärken, weil er dann mit gedanklicher Gewissheit auftreten kann.

5. Modellwechsel – vom totalen Markt zu sektoraler Blüte

Wenn die ökologischen Folgen untragbar werden, können die wirtschaftlichen Ursachen nicht unverändert bleiben. Diese Schlussfolgerung ist sachlich zwingend und dürfte mehrheitsfähig sein. Aber sie ist auch allzu bequem, solange sie als unverbindliche Leitlinie stehen bleibt oder eine offensichtlich unzureichende Konkretisierung erfährt. Unzureichend sind – so die bisherige Argumentation – Politik als Rahmensetzer, Technik als vermeintlicher Heilsbringer und Moral als tief im Innern wirkendes Reinigungsmittel. Alle drei können und sollen ihre Dienste tun – aber nötig und möglich ist auch ein neues Modell wirtschaftlicher Entwicklung.

Das Modell, um das es hier geht, kann kein ökonomisches Modell im engeren Sinne sein. Denn es geht um bewusstes Handeln, um die Verfügung über das bislang bewusstlose Treiben. Insofern geht es im Wortsinne und nicht nur als Floskel um Politische Ökonomie – eine Politische Ökonomie, die, im Gegensatz zu früheren Zeiten, in ihrem innersten Kern naturverträglich ist.

Das Ziel kann nicht mehr sein, die Maschinerie unter Dampf zu halten und dann – quasi als Nebenprodukt – Arbeitsplätze, soziale Sicherung und Steuern für die öffentlichen Aufgaben, auch für den Naturerhalt, zu bekommen. Wohlstand im Einklang mit den ökologischen Grenzen wird vielmehr zum Primärziel, dem sich wirtschaftliche Mittel unterzuordnen haben. Die Ökonomie wird folglich degradiert vom Zweck zum Mittel, vom Herrscher zum Diener, von der rücksichtslosen Rennmaschine zum Werkzeug für ein gutes Leben in Harmonie mit der Natur.

Was Sonntagsreden beschwören, Programmatiker proklamieren, Ethiker postulieren und der Alltagsverstand begrüßt, erhält mit den ökologischen Imperativen eine bisher nicht gekannte Wucht, die von einer unabweisbaren Notwendigkeit getragen wird. Es entsteht das Verlangen, Wirtschaft verfügbar zu machen, bewusst zu gestalten, nach neuen Maßen und neuen Regeln – weg von der ökologisch blinden, für skandalöse Ungleichheiten verantwortlichen Wachstumsmaschinerie und hin zu einer ökologischen und lebenswerten Produktionsweise.

Was bisher nur Teil der politisch gesetzten Rahmenbedingungen war (Steuern, Subventionen, Grenzwerte, Verbote), muss in den Kern der Anreize eindringen und sie prägen. Die Wirtschaft braucht nicht nur einen grünen Rahmen, sondern auch eine innere Verfassung, die ökologisches Handeln ermöglicht und belohnt. Was und wie viel der Natur zu entnehmen ist, wie Ressourcen effizient und nutzbringend verteilt werden, welches Ausmaß und welche Struktur Produktion und Konsum haben sollen und haben dürfen, welche Infrastrukturen hinsichtlich Qualität und Größe die richtigen sind – all diese zentralen Momente der Ökonomie dürfen nicht länger einem Steuerungssystem überlassen bleiben, in dem das »Je mehr, desto besser« regiert.

Diese Anforderung lässt sich locker aussprechen. Aber wie ist sie genauer zu fassen und zunächst gedanklich auf den Punkt zu bringen? Hier beginnt das große Rätsel, das eine mittlerweile weltweite Suchbewegung inspiriert. Diese Fahndung ist nicht auf notorische Wachstumskritiker, Radikal-Ökologen oder grüne Sozialisten beschränkt, sondern hat auch einen amtlichen Zweig, der sich um neue Wohlstandsmaße bemüht (Enquete-Kommission 2013).

Ausgehend von dem breiten Konsens, dass der bisherige Leitindikator, das Bruttoinlandsprodukt, durch andere Kennziffern zu ergänzen und zu relativieren ist, wird in Parlamenten, in der EU und in der OECD über geeignete Maßzahlen für die sozialen und ökologischen Dimensionen der Gesellschaft debattiert.

Die bisherigen Ergebnisse sind zwangsläufig ernüchternd, weil von Parteien und Bürokraten, für die das heutige Wirtschaftssystem das letzte Wort der Geschichte ist, nur einige zusätzliche Zahlen, aber keine Vorschläge für neue und anzustrebende Qualitäten künftiger Entwicklung zu erwarten sind.

Im Zuge der internationalen »Indikatoren-Debatte« ist viel nützliches Wissen ans Tageslicht getreten. Aber die daraus gezogenen Schlussfolgerungen sind leere Worte und Mahnungen ohne Biss. Das »Je mehr, desto besser«, der expansive Modus, kann für traditionelles Denken schwerlich zum Gegenstand kritischen Bemühens werden, weil dieser Modus bisher Garant der Stabilität und Quelle der Legitimation war. Denn Kapitalismus kann nur im Vorwärtsgang funktionieren. Bleibt der Tiger stehen, frisst er uns auf – so die Lebensweisheit unter keynesianischen Ökonomen.

Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass alle Reformisten und alle Linken zum Diener, bestenfalls Moderator der Expansion werden, sobald sie sich in die exekutive Verantwortung begeben. Da aber die Expansion nicht mehr wie im Fortschrittsglauben früherer Tage als stets sinnvoll und gut zu präsentieren ist, kommen Adjektive ins Spiel: qualitatives Wachstum, grünes Wachstum, entkoppeltes Wachstum, inklusives Wachstum und – als vorläufig letzte Stilblüte – intelligentes Wachstum (Fücks 2013).

Diese Adjektive sind entweder zynisches Marketing oder aus der Not geborene Illusionen, deren praktische Folgen bisweilen vernünftig sein können, die aber gleichzeitig den fälligen Paradigmenwechsel behindern. Dieser Paradigmenwechsel wird seinerseits nur dann kommen, wenn er gedanklich in Gestalt neuer Modelle und tatsächlich greifbarer Optionen beschrieben worden ist. Zu diesem Zweck bedarf es zunächst einer Identifikation dessen, was zu überwinden ist. Die aktuell breit diskutierte Wachstumsfrage ist ein guter Ausgangspunkt.

Verdammtes Wachstum – zum Wachstum verdammt

Politische »Entscheider« vertreten unverändert und mit großer Mehrheit die These, dass Wachstum nicht nur wegen des Wohlstandsziels notwendig ist, sondern auch Antworten auf andere Großprobleme liefert: Arbeitslosigkeit (je mehr BIP-Wachstum, desto mehr Arbeitsplätze), ungleiche Verteilung (je höher das BIP, desto weniger schmerzt die Ungleichheit), Bevölkerungswachstum in den Entwicklungsländern (je höher das BIP, desto weniger Kinder). Das implizite Ideal sind sogar gleichbleibend hohe Wachstumsraten, also exponentielles Wachstum.

Kurzfristig sind diese BIP-Effekte immer noch wirksam, vor allem in den weniger entwickelten Ländern. Aber in reichen Volkswirtschaften werden diese Zusammenhänge auf der nationalen Ebene brüchig – und global gelten sie nicht mehr. Denn die Weltwirtschaft ist – wenn nicht nur die unmittelbaren Wohlstandsgewinne, sondern auch die morgen und übermorgen anfallenden sozialen und ökologischen Kosten in die Rechnung einfließen – in einer Ära »unökonomischen Wachstums« (Herman Daly) angekommen.

Diese Erkenntnis hat allerdings, selbst wenn sie bisweilen in salbungsvollen Reden zu hören ist, keine Folgen und kann gegenwärtig auch kaum Folgen haben. Denn der expansive Modus ist gegenwärtig kein

Gegenstand von Entscheidungen. Das Unbehagen mag in Feierstunden zur Sprache kommen – im Alltag zählt nur Wachstum. Wirtschaftswachstum wirkt wie ein Naturgesetz, das sich der Entscheidung entzieht.

Die kapitalistische Privatwirtschaft ist auf Wachstum angewiesen. Rendite- und Zinsforderungen sind auf Dauer nur zu bedienen, wenn die Wirtschaft wächst. Dieser Wachstumszwang gilt nicht nur für das Kapital, sondern für alle wesentlichen gesellschaftlichen Institutionen. Ob Arbeitsmarkt, soziale Sicherungssysteme oder öffentliche Haushalte – sie alle sind auf Wachstum hin konstruiert. So wie Wirtschaft und Gesellschaft gegenwärtig verfasst sind, wirkt Null-Wachstum zerstörend. Eine länger anhaltende Schrumpfung wäre eine Katastrophe.

Deshalb lautet immer wieder die Empfehlung: »Wir müssen mehr Wachstum generieren.« Wegen der kurzfristigen Effekte ist das verständlich. Konjunkturelle Aufschwünge stabilisieren die Beschäftigung, sorgen für steigende Steuereinnahmen und solidere Sozialkassen. All das sei unverzichtbar, heißt es, Wachstum also der Königsweg. Denn am Wachstum hängen Jobs, an Jobs hängen Einkommen. Einkommen aus abhängiger Beschäftigung machen aktuell rund zwei Drittel des insgesamt verfügbaren Einkommens aus. Für neun von zehn arbeitenden Menschen sind Löhne und Gehälter die einzige nennenswerte Einkommensquelle. Entsprechend heißt das Motto: »Arbeit sichern, Arbeit schaffen.«

Nun sind Änderungen des Arbeitsmarkts, der Sozial- und Steuersysteme denkbar, die den Wachstumszwang mildern. Mehr Gleichheit – also kräftige Umverteilung von Arbeitszeiten, Einkommen und Vermögen – wäre dabei das handlungsleitende Prinzip. Selbst wenn das gelänge, bliebe immer noch ein unerbittlicher Wachstumstreiber. Denn eine Wirtschaft, in deren Zentrum die Kapitalverwertung steht, muss wachsen. Eine kapitalistisch verfasste Wirtschaft kann nicht stationär funktionieren. Sie muss wachsen, weil sie ohne Wachstum keinen Antrieb hat.

Ihr Antrieb sind Profite, die es per saldo und dauerhaft nur dann gibt, wenn die Einnahmen der Unternehmen ihre Ausgaben überschreiten. Für die Gesamtheit der Unternehmen entsteht eine positive Differenz zwischen Umsätzen und Kosten auf Dauer nur in einer wachsenden Wirtschaft. Folglich lähmt und neutralisiert eine Wirtschaft, die nicht wächst, den Motor einer kapitalistisch verfassten Wirtschaftsordnung.

Ein Unternehmen, das nur Einnahmen in Höhe seiner Kosten erzielt, kann gesellschaftlich Sinnvolles tun. Vom Standpunkt der Kapitalverwertung ist eine solche Veranstaltung sinnlos.

Einzelne Unternehmen können auch in einer stationären, nicht wachsenden Wirtschaft Profite erzielen, die Gesamtheit der Unternehmen auf Dauer jedoch nicht. Wenn alle Unternehmen nur gerade das an Einnahmen erzielen, was ihren Kosten entspricht, dann kann es einen als Kostenfaktor aufgefassten Unternehmerlohn geben, aber der gesamtwirtschaftliche Gewinn im eigentlichen Sinne, also als Überschuss über alle Kosten inklusive Unternehmerlohn, ist gleich null.

Deshalb ist in den Modellen der beratenden, auf Wirtschaftspolitik zielenden Ökonomen immer noch Wachstum die entscheidende Variable – und für die Politik bleibt, wenn sie ihr Eigeninteresse an geregelten Haushalten, gesicherten Sozialsystemen und an neuen Arbeitsplätzen wahren und den Rahmen der zulässigen Optionen nicht sprengen will, immer nur die Parole: Wachstum und nochmals Wachstum. Das ist gewissermaßen die innenpolitische Staatsräson.

Wer Null-Wachstum, stationäre Wirtschaft oder die Aufhebung des Wachstumszwangs fordert und trotzdem davon ausgeht, dass die herrschende Wirtschaftsordnung keiner grundlegenden Änderung bedarf, der muss sich folglich erklären. Wer aus ökologischen Gründen für Null-Wachstum plädiert, sagt implizit, dass der Profit nicht das Steuerungszentrum sein kann, dass letztlich die Kapitalverwertung aufgehoben werden muss. Es ist merkwürdig und erstaunlich, dass nahezu alle Plädoyers gegen das Wachstum, die gegenwärtig in einer mittlerweile nicht mehr überschaubaren Breite existieren, die antikapitalistische Konsequenz ihrer eigenen Argumentation nicht einmal ahnen, geschweige denn klar und eindeutig aussprechen.

Dieses Schweigen ist schon angesichts der erkennbaren Tatsachen merkwürdig. Kapitalistisch verfasste Gesellschaften werden sehr schnell instabil, wenn sie nicht mehr wachsen, wie sich in jeder Krise und erst recht in jeder Rezession zeigt, also in Zeiten des Null-Wachstums und der Schrumpfung.

Erstaunlich ist dieses Schweigen aber auch, weil nahezu die gesamte Wirtschaftswissenschaft, von den Liberalen bis zu den Marxisten – auf unterschiedlichen Wegen, aber in der Konsequenz doch einmütig – begründet hat, dass Kapitalismus ohne Wachstum nicht funktionieren

kann. Einfache Gedankengänge legen den Schluss nahe, dass irgendwo netto investiert werden muss, wenn per saldo in einer kapitalistisch verfassten Volkswirtschaft Gewinne entstehen sollen. Wenn das nicht geschieht, gibt es keine Quelle für den Überschuss der Einnahmen über die Ausgaben. In technischer Sprache: Der Einkommenseffekt der Investitionen muss ihrem Kapazitätseffekt vorausgehen. Wenn das Wachstum stoppt, wenn es also keine Nettoinvestitionen gibt, dann läuft der Kapazitätseffekt der vorangegangenen Nettoinvestitionen ins Leere. Mehr Waren können produziert, aber nicht abgesetzt werden. Aus der Kreditfinanzierung der Investitionen ergibt sich ein weiterer, eigenständiger Wachstumszwang. Wenn das Wachstum stoppt, sind die Zinsverpflichtungen aus der vorangegangenen Periode nicht zu bedienen.

Da dauerhaftes Wirtschaftswachstum in einer begrenzten Welt nicht möglich ist, Kapitalismus aber auf Wachstum angewiesen ist, stellt sich logisch zwingend die Frage, was den Profit als Steuerungszentrum ersetzen soll. Wenn der Gewinn als wichtigster Anreiz ausfällt, wie funktioniert dann eine Wirtschaft?

Am Beispiel des Finanzsektors lässt sich illustrieren, dass man dieser Grundsatzfrage nicht ausweichen kann. Da eine stationäre Wirtschaft definitionsgemäß eine Wirtschaft ohne Nettoinvestitionen ist, in der sich also Investment und Desinvestment (kein Ersatz verbrauchter Produktionsmittel) zu Null saldieren, wird die Kreditvergabe der Banken prekär.

Sie wird entweder prekär, weil Banken bei den schrumpfenden (desinvestierenden, Kapazitäten abbauenden) Unternehmen so viel Geld verlieren, dass sie mit den Gewinnen, die sie mit Investitionen anderer, wachsender Unternehmen verdienen, nur zu einem Ausgleich von Verlusten und Gewinnen kommen, bestenfalls einen minimalen Gewinn verbuchen können. Sofern es insgesamt nur wenige schrumpfende Unternehmen gibt, wird die Kreditvergabe der Banken bei volkswirtschaftlichem Null-Wachstum ebenfalls prekär. Denn in diesem Fall müssten die kreditvergebenden Banken, egal ob privat oder öffentlich, im Durchschnitt damit rechnen, dass gute und schlechte Investitionsprojekte gleichmäßig verteilt sind und dass deshalb mit Krediten per saldo kein Geld zu verdienen ist.

Allgemeiner formuliert lautet das Dilemma einer kapitalistisch gedachten Null-Wachstums-Wirtschaft: keine Kredite, keine Nettoin-

vestitionen, auf Dauer kein Gewinn, kein Antrieb – folglich Lethargie, Schrumpfung, Niedergang. Ebenso kann es auf Dauer kein Sparen geben, weil Sparen das Pendant von Investitionen ist, die es ja per definitionem bei Null-Wachstum nicht geben kann. Das Sparen müsste also gänzlich aufhören oder könnte – alternativ – nur zu noch wilderen Spekulationswellen führen, die dann allerdings – wegen der Abwesenheit aller realen Nettoinvestitionen – noch schneller in sich zusammenbrechen würden.

Diese Fragen werden noch drängender, wenn man sich vor Augen führt, dass heute nahezu alle mittleren und größeren Unternehmen aufs Engste mit Finanzmärkten verbunden sind. Ein Unternehmen, das keine Wachstumsaussichten plausibel machen kann, wird schon bei der Zwischenfinanzierung des laufenden Geschäfts Probleme bekommen. Eine mittelständische Firma, die an eine große Handelskette liefert und häufig erst nach Wochen mit Zahlung rechnen kann, muss den Intervall zwischenfinanzieren und bekommt einen solchen Kredit in der Regel erst dann, wenn sie den Abschluss einer Kreditausfallversicherung nachweisen kann. Beides, der Kredit und die Kreditausfallversicherung, sind von der Bonität abhängig, vom guten Ruf des Kreditnehmers. Und dieser gute Ruf ist seinerseits abhängig von wachsenden Umsätzen. Stabile Stagnation ist keine Basis für die Gewährung von Kredit, sondern der Garant für gar nicht erst stattfindende Kreditverhandlungen.

Wir sollten uns nicht in systemischen Zusammenhängen verlieren und stattdessen das tun, was geboten ist – so könnten nun Ungeduldige einwenden. Weniger Treibhausgase, weniger Ressourcenverbrauch, weniger Verschwendung, weniger Gift in Lebensmitteln und Konsumartikeln, weniger unfairem Handel – wenn all das anhaltend gelingt, dann kann uns die Wachstumsfrage egal sein. Wenn in einer Gesamtbilanz das Richtige stärker wächst, als das Falsche schrumpft, dann wäre das doch gutes Wachstum.

Mechanisch betrachtet scheint diese Überlegung vernünftig zu sein. Aber das Schrumpfen des Falschen bedeutet eben auch Aufgabe von Aktivitäten, Einmotten von Produktionskapazitäten und – in der heutigen Wirtschaftsordnung – Arbeitslosigkeit, Bedrängnis und regionaler Niedergang. Dieses Aufgeben ist deshalb keine kleine Aufgabe, sondern ein Kraftakt, vor allem dann, wenn das Richtige schnell wachsen und das Falsche schnell weichen soll.

Das könnte tatsächlich schwierig werden, gesteht der unbekümmerte Wachstumskritiker und beharrt dennoch: Grundsätzlich sollte es möglich sein, eine Wirtschaftsverfassung zu schaffen, die auf Wachstum nicht angewiesen ist, die verwirklicht, was den meisten Menschen einleuchten dürfte, nämlich einfache Reproduktion auf gutem Niveau.

Wer rein stofflich denkt, kann das Systemproblem kaum erkennen, das mit Null-Wachstum verbunden ist. Aber wir leben in einer Marktwirtschaft mit einer primär monetären Perspektive privater Akkumulation. Profit ist der Antrieb, und ohne Aussicht auf Profit scheitert schon beim einzelnen Unternehmen der Beginn neuer ökonomischer Aktivitäten. Und gesamtwirtschaftlich ist die kleine positive Differenz, die sich in einer positiven Wachstumsrate darstellt, für die Stabilität des Systems entscheidend.

Genauso wie bei der Preisentwicklung nicht zufällig von einem Zielwert von zwei Prozent Inflation gesprochen wird, so ist auch das Wachstumsziel nicht zufällig entstanden. Denn wenn die Wirtschaft wächst, greifen die Systemrädchen ineinander. Der Profit als Systemregler funktioniert. Der Anreiz zu produzieren und zu investieren wirkt. Ersparnisse werden aufgenommen. Arbeit wird nachgefragt. Die öffentlichen Haushalte sind entspannt. Vor allem: Die Unternehmer können mit weiteren Gewinnen rechnen. Alles passt. Alles passt, wenn man ökologische Folgen, gesellschaftliche Ungleichheiten und andere Kollateralschäden nicht betrachtet.

Diese Zusammenhänge geben zu erkennen: Das stabile Funktionieren von Null-Wachstum ist sehr voraussetzungsvoll. Hinter dem netten kleinen Satz »Null-Wachstum müsste doch auch gehen« stehen viele und dicke Fragezeichen. Denn der Zwang der auf Expansion getrimmten Verhältnisse macht sich immer wieder bemerkbar. Man kann sich individuell von ihm verabschieden. Und man kann hoffen, dass die Summe der guten Taten und der alternativen Projekte am Ende etwas Neues ergibt. Je mehr aber das sinnvolle Einzelne Kraft entfaltet, Nachahmung inspiriert und – mittels Masse – dann auch an Strukturen rüttelt, wird der Gegenpol sich wehren.

Vor allem aber: Das Systemische wird zum Thema, wenn es jenseits von Katastrophenabwehr und jenseits von einzelnen Projekten schon heute gelebte Mäßigung um eine attraktive Story geben soll und muss. Eine attraktive Story aber ist kein Sammelband – das Andere braucht

auch einen Zusammenhang, theoretischer gesprochen: ein Modell. Dieses Modell muss fähig sein, nicht nur im Reich der Theorie zu gewinnen, sondern auch herrschende, in der Bevölkerung verbreitete Deutungsmuster zu erschüttern und bessere an ihre Stelle zu setzen. Es reicht also nicht aus, das Kapital als Wachstumstreiber zu benennen und allein davon ausgehend ein anderes Modell zu suchen. Auch die Story, die sich um Wachstum rankt, bedarf der finalen Delegitimation.

Diese Geschichte permanenten Wachstums ist noch lebendig. Sie lebt mit Blessuren weiter und wird in aktualisierten Varianten neu geboren. Das gelingt, weil die Gedankenfolge, die aus der gewöhnlichen, liberal gesinnten Wirtschaftswissenschaft stammt und im politischen Raum vom bürgerlichen Lager, bisweilen auch von Sozialdemokraten und Grünen, erzählt wird, an das Alltagsbewusstsein anzudocken versteht. Diese Gedankenfolge wird quasi übersetzt in souveräne Handlungen freier Vereinigungen und freier Bürgerinnen und Bürger, die jeweils ihre Rollen spielen.

Demnach sind die Unternehmen kreative Organisationen, die sich den Kaufentscheidungen der mündigen, wissenden und souveränen Bürgerschaft fügen. Der Souverän entscheidet, und die Unternehmen buhlen mit ihren Angeboten um die zahlende Zuneigung des Souveräns. Der Konsument ist der Herr, das Unternehmen sein kreativer Knecht. Um das Geld des Souveräns zu bekommen, müssen die Unternehmen permanent innovativ sein. Diese Konstellation ist gut und richtig. Denn die Entscheidungen, denen sich die Unternehmen anpassen, sind per definitionem demokratisch, weil sie den Willen der Konsumentengesamtheit widerspiegeln.

Die einzige wesentliche Spielregel, die politisch zu wahren ist, heißt Wettbewerb. Wenn Wettbewerb herrscht, ist alles in bester Ordnung. Dann werden im Kampf um Marktanteile Investitionen getätigt, um innovative Produkte anbieten zu können. Das daraus resultierende Wachstum ist gutes Wachstum, weil souveräne Menschen es so wollen.

Diese Gedankenfolge hat Wirkung. Was in ihr vorkommt, ist zwar ein extrem einseitiges und geschöntes Herausheben bestimmter Seiten der Realität, vor allem des Kaufs und Verkaufs von Waren. Aber diese Aspekte des Wirtschaftslebens sind nicht erfunden, und sie gelten nach wie vor als die stärkste Leistung der heutigen Produktionsweise. Wenn diese Leistung im Mittelpunkt des Bildes von der Wirtschaft steht,

wenn der Reichtum an Waren – einer effizienten Privatwirtschaft entspringen – Ausgangspunkt des Alltagsbewusstseins ist, dann haben andere Wohlstandsmodelle einen schweren Stand. Dann bleibt die gewinnorientierte Erwerbswirtschaft das Gravitationszentrum aller Reformbemühungen und die erfolgreich behauptete Normalität, vor der sich alles andere rechtfertigen muss. Dann sind Politik, soziale Sicherung, Kultur und vieles mehr auf dieses Zentrum bezogen und können sich kaum von ihm entfernen.

Akademische und linke Kritik an diesem simplen Modell gibt es seit Jahrzehnten reichlich. Geäußert werden vor allem folgende Argumente: Die Nebenbedingungen, die das Modell voraussetzt, sind nie erfüllt. Es gibt keine Gleichheit und keine Unabhängigkeit der Akteure, keine vollständige Information, kein perfektes Wissen zu jeder Zeit an jedem Ort und auch keine kostenlosen Transaktionen. Denn der Aufwand für die Erstellung, Beschaffung, Verarbeitung und Verbreitung von Informationen, die für jegliches rationale Marktverhalten nötig sind, ist in einer arbeitsteiligen Wirtschaft erheblich.

Es gibt auch niemals, wie das Modell unterstellt, perfekten Wettbewerb oder vollständig flexible Preise. Entsprechend gibt es keine elastischen Reaktionen auf die Veränderung von Preisen und Mengen. Geld spielt im liberalen Modell ebenfalls keine eigenständige Rolle. Implizit vorausgesetzt ist eine bedarfsorientierte Tauschwirtschaft des perfekten Marktplatzes – eine Theorie für den Wochenmarkt verderblicher Waren (weil auch Lagerhaltung keine Rolle spielt).

Wenn Geld nur als Medium des Tausches auftritt, dann kann auch der Gewinn, der Profit, nicht vorkommen. Unfreiwillige Arbeitslosigkeit ist in diesem Modell ebenfalls nicht möglich, weil die »Produktionsfaktoren« von Angebot und Nachfrage dorthin gelenkt werden, wo sie gebraucht werden, und deshalb stets an der Grenze der Kapazitäten beschäftigt sind. Zusammenfassend lautet die Kritik am liberalen Marktmodell: Alles fehlt, was eine kapitalistische Wirtschaft im Unterschied zu einer Tauschwirtschaft ausmacht.

All diese Kritiken am alten Modell sind richtig, können es aber nicht hinreichend treffen, wenn dessen Kern, die segensreiche Wirkung des Marktes, vollständig erhalten bleibt und wenn die Kritiker akzeptieren, dass Märkte die quasi natürliche Art der Koordination wirtschaftlicher Aktivitäten sind. Das Marktmodell lässt sich dann relativ leicht auf

alle ökonomischen Zusammenhänge übertragen, die folglich ebenfalls marktförmig gedacht werden. Und was bislang nicht marktförmig gedacht und geregelt war, wie insbesondere die Natur, muss – so die Konsequenz – nur ins Modell hinein gesogen werden, um einer vernunftgemäßen Bearbeitung zugänglich zu sein. So bleiben Märkte, Preise und von Preisen abgeleitete Einkommen der Mittelpunkt nicht nur der konservativ-liberalen, sondern auch der reformistischen und selbst der linken Überlegungen.

Diese Deutungsmacht eines überholten Modells ist in den vergangenen Krisenjahren kleiner geworden, aber verschwunden ist sie nicht. Solange glaubwürdige Alternativen nicht in Sicht sind, halten sich Unbehagen und Ratlosigkeit die Waage. Umfragen zeigen häufig, dass Mehrheiten die kapitalistische Ordnung ablehnen, aber auf die Frage nach dem Neuen nichts zu sagen haben.

Auch politisch ist dieses Modell kaum angreifbar, wenn man seinen Kern akzeptiert und sich nur mit den Voraussetzungen beschäftigt, die es braucht, um zu funktionieren. Behauptet man beispielsweise, dass es den von den Liberalen konstruierten Optimalfall freier Märkte in der Wirklichkeit niemals geben könne, dann ist diese Kritik schwach, irreführend und politisch gefährlich. Wenn nämlich der mögliche Optimalfall nur wegen der Rahmenbedingungen nicht zum Zuge kommt, dann ginge es wirtschaftspolitisch immer darum, den Rahmen so zu setzen, dass er den Voraussetzungen des Optimalfalls möglichst nahekommt.

Gelingt ein solcher Diskurs, was im Zeitraum von etwa 1980 bis 2008 zunehmend der Fall war, dann sitzen nahezu alle in der Falle und singen, ob sie wollen oder nicht, liberale Lieder. Deutschland ist spät in diese Falle gerutscht, und es waren ausgerechnet Sozialdemokraten und Grüne, die voller Inbrunst sangen, was ihnen ihre einst ärgsten Gegner vorher eingeflüstert hatten. Besonders auf zwei Märkten waren sie »erfolgreich«: auf dem Arbeitsmarkt und den Finanzmärkten, also auf den beiden Märkten, die am wenigsten wie klassische Märkte funktionieren sollten, wenn am Ende so etwas wie Gemeinwohl herauskommen soll.

Nutzen und Grenzen der Keynesianer

Treffender und politisch wesentlich schärfer ist die zweite Kritik, weil sie sich nicht nur mit den Voraussetzungen des liberalen Modells befasst, sondern auch den Kern des Modells kritisiert. Dieses Argument besagt: Wenn alle Märkte tatsächlich in der Reinheit funktionieren würden, wie es die bürgerliche Theorie verlangt, dann bringen sie uns um, und zwar mit hohem Tempo und mit Exitusgarantie. Denn die ausschließliche Orientierung an Preisen, Mengen und Profiten, die Konzentration aller Kräfte auf kaufmännische Größen, zerstört im Zeitraffer jede Gesellschaft, weil sie alles, selbst die innersten Regungen, in kurzfristige und – wegen der Schwäche des Gemeinwesens – auch räuberische Rechenbarkeit verwandelt.

Was das im 19. Jahrhundert bedeutete, hat Karl Marx vor allem im ersten Band des »Kapital« am Beispiel Englands beschrieben. In einer anderen Variante untersuchte später Karl Polanyi (1978), welche verheerenden Wirkungen entfesselte Märkte haben. Das aktuellere, wiederum englische Beispiel ist die Thatcher-Ära, die mit dem alleinigen Blick auf Investorenwünsche gewachsene Communities reihenweise zerstörte (siehe Gray 1999).

Die These, dass eine Marktwirtschaft stabil überhaupt nur dann funktionieren kann, wenn das Gemeinwesen und sein politischer Arm als starker Rahmensetzer auftreten, hat in jüngster Zeit wieder Zuspruch gefunden, wird als explizites Konzept aber nur von Ökonomen vertreten, die sich an Keynes orientieren. Aus ihrer Sicht funktionieren Märkte nicht nur ausnahmsweise, sondern immer unvollkommen. Deshalb seien Staatseingriffe immer und nicht nur bei offensichtlichem Marktversagen geboten. Märkte sind in einer an Keynes orientierten Betrachtung nie eine naturwüchsige, sich selbst regelnde Angelegenheit. Entsprechend gibt es auch nie eine aus dem Marktgeschehen resultierende Tendenz zum Gleichgewicht.

Märkte seien eine politisch organisierte Veranstaltung – und das gelte vor allem für die wichtigsten Märkte und für die wichtigsten Austauschbeziehungen. Deshalb konzentrieren sich Keynesianer zu Recht auf die drei wichtigsten Preise einer Volkswirtschaft (Lohnsatz, Zinssatz, Wechselkurs), die in erheblichem Umfang politisch zu steuern sind und auch gesteuert werden sollten. Wer die Volkswirtschaft nur als Summe von Einzelakteuren, insbesondere von Unternehmen, betrachtet und sich

nur fragt, wie diese Einzelnen zu motivieren sind, verkennt die systemischen Zusammenhänge und die gesamtwirtschaftlichen Fallen einzelwirtschaftlicher Rationalität.

Ein aktuelles Beispiel ist etwa das Sparparadox, das sich in Südeuropa zeigt. Die Konsequenz zu hoher Verschuldung scheint auf der Hand zu liegen: Sparen, den Gürtel enger schnallen. Wenn das aber viele Produzenten und Konsumenten gleichzeitig versuchen oder wenn der Staat als größter Akteur mit drastischen Kürzungsprogrammen auf seine eigenen Schulden reagiert, bricht die Wirtschaft schnell zusammen.

Die drei zentralen Preise einer Volkswirtschaft, die Preise für Lohnarbeit, Kapital und für die jeweilige Volkswirtschaft als Ganzes (Wechselkurs) sind bereits seit Jahrzehnten die großen politischen Stellschrauben. Der Lohn wird umfassend politisch reguliert. Steuern und Sozialabgaben (Arbeitnehmer- und Arbeitgeberanteil) unterliegen unmittelbar politischen Entscheidungen. Der Zins wird nicht allein, aber doch weitgehend von der Zentralbank beeinflusst. Der Wechselkurs ist ebenfalls Resultat von politischen Entscheidungen – seit den 1970er Jahren allerdings der Entscheidung, nicht bestimmen zu wollen.

Politische Preise sind nicht nur eine pragmatische Lösung, sondern auch theoretisch zu begründen. Denn all das, was Preise bildet, ist längst vergesellschaftet. So ist etwa die eindeutige individuelle Zuordnung von Leistungsanteilen in einer größeren, ausdifferenzierten und kooperierenden Belegschaft kaum möglich. Damit sind Theorien individualisierter Preisbildung seit langem nicht mehr adäquat.

Die großen Preise politisch lenken zu können, ist eine wichtige, aber keine ausreichende, weil im Wesentlichen defensive Macht. Mit ihnen sind die üblichen Störungen, Krisen und Fehlentwicklungen einzudämmen. In diesem Sinne sind sie auf den möglichst reibungslosen Ablauf der volkswirtschaftlichen Maschinerie ausgerichtet. Um die großen Preise auch im ökologischen Sinne wirken zu lassen, müssen zwei weitere Hebel hinzukommen: einerseits Ziele für die Lenkung volkswirtschaftlicher Strukturen und andererseits Unternehmensverfassungen, die positive Ziele direkt in den Unternehmen verankern (siehe die Vorschläge in Felber 2012).

Keynesianer sind heute weit davon entfernt, die geistigen Kräfteverhältnisse zu drehen, obwohl sie gerade in der anhaltenden Krise und

angesichts der großen Blamage ihrer Gegner viele Argumente auf ihrer Seite haben. Weshalb ist das so, müssten sie sich also fragen.

Einige Gründe sind offensichtlich. Sie bleiben Ökonomie-Ingenieure, Fachleute für technische Reparaturen auf alter Grundlage. Sie haben auch keine Bataillone mehr, keine sozialdemokratischen Parteien mit einem Mindestmaß an Hirn und Mut, keine Technokraten in den Apparaten, keine Multiplikatoren in den Medien. Sie wenden sich an die Königsebene, an die leitenden Gestalten in Regierungen und Zentralbanken, die von ihren Botschaften aber nichts wissen wollen. Und beim Fußvolk, in der Gesellschaft, finden sie keinen Anklang, weil ihre Vorschläge nahezu ausschließlich nach ganz oben zielen, für das Handeln darunter also kaum brauchbar sind. Entscheidend aber ist, dass sie die geistige Auseinandersetzung nicht wirklich annehmen können, weil sie keine zeitgemäßen Perspektiven zu bieten in der Lage sind. Sie haben keine mobilisierenden Ideen, keine ökologischen Antworten. Das Unbehagen, dass womöglich der Lauf und die Richtung der Wirtschaft falsch sein könnten, und es tatsächlich ja auch sind, können sie weder ausdrücken noch aufnehmen und beantworten. Das ist ein fundamentales Versäumnis, weil nun ganze Heerscharen von ökologisch besorgten Menschen, also große Teile der Bevölkerung und insbesondere ihre Intellektuellen und Multiplikatoren, sich den grün gefärbten Marktmodellen ergeben und eifertig anschließen.

Die keynesianische Sicht könnte wichtige Beiträge leisten, wenn sie auf das »Ölen« der Konjunktur verzichtet und sich stattdessen auf das Entstehen eines anderen Modells wirtschaftlicher Entwicklung in den Grenzen der Natur einlässt. Die Leitfrage wäre dann: Wie lassen sich die großen Preise so regeln, dass sie optimal zum ökologischen Strukturwandel beitragen? Bislang spielt diese Frage bei den Ökonomen Keynescher Tradition kaum eine Rolle. Sie bleiben die Reparaturabteilung einer alten Wirtschaftsmaschine – besser als ihre liberalen Kontrahenten, aber ohne die Einsicht, dass die alte Maschine nicht mehr taugt. Sie sollten sich aneignen, was die ökologische Ökonomie hervorgebracht hat, ohne in deren Fallen zu tappen.

Daly und Binswanger

In der ökologischen Ökonomie ist Wachstum »naturgemäß« ein großes Thema. Wachstumszwang, Wachstumsdrang, Wachstumstrieb – in verschiedenen Varianten taucht auf, dass kapitalistische Wirtschaftsordnungen auf Expansion angelegt sind. Wichtige Erkenntnisse kommen von denjenigen, die erkannt haben, dass der Kern der ökonomischen Theorie grün werden muss. Ihr wichtigster und bester Repräsentant ist Herman Daly, ein Schüler von Nicholas Georgescu-Roegen¹⁹ und unter den Umweltökonomern derjenige, der das ökologische Dilemma am konsequentesten durchdenkt.

Die wichtigste These von Herman Daly lautet: Die Kosten des Wachstums steigen in einer »vollen Welt«, die von menschlichen Aktivitäten geprägt ist und der Natur kaum noch Raum lässt, deutlich stärker als der Nutzen des Wachstums und können diesen Nutzen sogar übertreffen, sodass in einer Gesamtbilanz weiteres Wachstum vollständig sinnlos ist (Daly 1999).

Zu dieser Schlussfolgerung kommt Daly, indem er die volkswirtschaftlichen Daten materiell bewertet, die Sinnhaftigkeit wirtschaftlicher Aktivitäten beurteilt und dabei den Grundsatz verletzt, dass alle Aktivitäten berechtigt sind, wenn sie die üblichen Legalitätskriterien erfüllen und am Markt einen Preis erzielen. Dieses Geschäft der Bewertung betreibt Daly nicht moralisch, sondern ökonomisch, und zwar empirisch mit einem alternativen Wohlstandsmaß und theoretisch mit einem kreativen Bezug mikroökonomischer Denkfiguren auf volkswirtschaftliche Zusammenhänge.

Das eher theoretische Argument von Daly geht von der Mikroökonomie aus, die stets nach der optimalen Größe einer Aktivität sucht, um jenen Punkt zu finden, indem sich – in marginalistischer Terminologie – Grenzkosten und Grenzerträge schneiden. Ein entsprechendes Konzept von Optimalität müsse es angesichts ökologischer Grenzen auch für ganze Volkswirtschaften, also für die Makroökonomie, geben. Dort allerdings erscheine Wachstum immer wieder als einzige Antwort, weil die Natur als unbegrenzter, kostenloser und leerer Raum gedacht wird, in

¹⁹ In seinem Hauptwerk »The Entropy Law and the Economic Process« (1971) hat Nicholas Georgescu-Roegen zentrale Grundlagen für die ökologische Ökonomie formuliert.

den die Ökonomie ungestraft hineinwachsen darf. Die optimale Größe, die es in der Mikroökonomie für jeden Betrieb gibt, wird von der Makroökonomie folglich nicht als wichtiger Gegenstand erkannt.

Bislang sind nirgends Kosten- und Nutzenfunktionen für das ökonomisch sinnvolle Ausmaß der Gesamtwirtschaft definiert worden. Obwohl ständig die Gesamtwirtschaft als Summe der Mikro-Akteure gedacht wird, was Keynesianer zu Recht kritisierten, indem sie auf Rationalitätsfallen hinweisen, wird dieselbe Hochrechnung, die beim Ausmaß zulässiger Aktivitäten zu richtigen Fragen führen würde, nicht vollzogen. Bezieht man aber das Problem der optimalen Größe auch auf die Volkswirtschaft als Ganzes, dann ist dafür, so Daly, das mikroökonomische Instrumentarium (Grenznutzen, Grenzkosten, Grenzerträge) im Sinne ökologischen Wirtschaftens ein unverzichtbares Erkenntniswerkzeug, auch wenn die Berechnung im Einzelnen immer schwierig und umstritten ist.

Die optimale Größe einer Volkswirtschaft ist jene, die in den Grenzen der Natur möglichst guten Nutzen stiftet. Der Ausgangspunkt ist dafür die Naturerhaltung, die vorsichtig, also deutlich unterhalb der Grenzen, zu definieren ist. Das hat Folgen für die Modellierung der Wirtschaft, die den konsequenten Umweltökonom Herman Daly implizit zum Sozialisten werden lässt.

Wenn im Gegensatz zur gesamten ökonomischen Tradition, auch im Unterschied zu Marx und Keynes, die Erhaltung des »natürlichen Kapitals« Vorrang haben muss, dann hat das gemäß Daly unabweisbare Konsequenzen und lässt sich mit folgender Argumentationskette ausdrücken:

Aus ökologischen Gründen muss der relative Preis des »natürlichen Kapitals« steigen. Damit stellt sich das Problem des Grundbesitzes neu, weil mit steigenden Ressourcenpreisen die Grundrenten (die aus dem Bodeneigentum entspringenden Einkommen) ebenfalls steigen. Wenn Grundrenten wieder zu volkswirtschaftlich relevanten Größen werden, funktioniert das frühere, in den letzten 30 Jahren von neoliberaler Verteilungspolitik bereits arg ramponierte Bündnis von Kapital und Arbeit nicht mehr. Spätestens damit – und wenn gleichzeitig Wachstum im herkömmlichen Sinne als Problemschärfung nicht mehr zur Verfügung steht – wird die Verteilung der Einkommen und Vermögen wieder zu einem ganz großen Thema.

Deshalb muss der Staat als einziger, in diesem Sinne handlungsfähiger Akteur das Grundrentenproblem mindern, indem er selbst – weit mehr als heute – Grundeigentümer wird und den Konflikt austariert. Vermutlich kann auch nur der Staat dafür sorgen, dass die erforderlichen »Investitionen in natürliches Kapital« getätigt werden. Denn diese Investitionen sind für kapitalistische Verhältnisse eine Zumutung: Warten, sich regenerieren lassen, in Ruhe lassen. »Der Begriff ›Laissez-Faire‹ bekommt dadurch einen neuen und tieferen Sinn für die ökologischen Ökonomen.« (Daly 1999: 118)

Dalys abschließende Konsequenz: Wenn es neben dem Staat keinen anderen Akteur mit auch nur annähernd vergleichbarer ökologischer Handlungsmacht gibt, dann ist das Globalisierungsgerede als Killer-Ideologie zu verwerfen, weil es permanent die Handlungssohnmacht von Regierungen an die Wand malt.

Diese Gedankenfolge von Herman Daly ist für die gewöhnliche Wirtschaftswissenschaft nicht akzeptabel, weil Daly die Heiligkeit der Märkte und tradierten Eigentums nicht akzeptiert. Liberale Marktmodelle sind aber auch aufgrund ihrer Prämissen nicht in der Lage, das Problem »unökonomischen Wachstums« zu erkennen, weil sie sich, wie Daly (1999: 74ff.) am Beispiel von Schiffen verdeutlicht, nur um die optimale Verteilung der Ladung (Allokation der Ressourcen) kümmern, ohne darauf zu achten, dass das Gewicht der Ladung (die Größe der Volkswirtschaft insgesamt) möglicherweise die Plimsoll-Linie, die Linie der sicheren Tragfähigkeit, überschreitet.

Die liberale Theorie sorgt gewissermaßen für optimal sinkende Schiffe. Und die keynesianische Denkweise beschleunigt, wenn sie in ihrer ökologischen Umnachtung verharret, den Untergang, weil sie mit »richtiger Wirtschaftspolitik« für einen höheren Wachstumstrend sorgen will und damit das Gewicht der Ladung noch weiter erhöht.

Herman Daly und andere ökologische Ökonomen fordern zu Recht, dass die Existenz ökologischer Grenzen theoretische Konsequenzen haben muss. Wenn es nicht nur für das einzelne Unternehmen, sondern für die Volkswirtschaft als Ganzes Maxima und Optima gibt, dann kann diese Erkenntnis ökonomische Lehrsätze und Modelle nicht unberührt lassen.

Leider hat auch die ökologische Ökonomie nur unzureichend auf die Herausforderung reagiert. Daly selbst hat sein Plädoyer für eine nicht

mehr wachsende, stationäre Wirtschaft nicht mit systematischen Empfehlungen für den Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft verbunden. Seine Ratschläge beschränken sich auf einige wenige Reformen. Daly hat sich nicht hinreichend die Frage gestellt, wie denn eine Wirtschaft mit Kredit, Zins und Profit, aber ohne Wachstum, funktionieren soll? Auch bei anderen Autoren aus der jungen Tradition der ökologischen Ökonomie ist genau das der große und auffallende Mangel.

Diese notwendige Sensibilität für die Abhängigkeit vom Wachstum scheint zu fehlen, obwohl ein kurzer Blick auf die Tatsachen zeigt, dass schon geringste Rückgänge der Wirtschaftsleistung das Gesamtgefüge ins Stottern bringen. Mit lang anhaltender Stagnation oder gar Schrumpfung würde alles aus den Fugen geraten. Nichts ist auf Null-Wachstum eingestellt. Eine Verfassung von Wirtschaft und Gesellschaft, die sich mit Stagnation verträgt, muss erst geschaffen werden.

Herman Daly ist ein kritischer Geist, von dem man viel lernen kann. Aber seine Analysen und Empfehlungen haben auch den eklatanten Fehler, dass die Wirtschaftsordnung selbst nicht zum Gegenstand seines Scharfsinns wird. Obwohl er (aufgrund seiner Diagnose »unökonomischen Wachstums«) eine stationäre, nicht mehr wachsende Wirtschaft als einzig noch sinnvolle Option empfiehlt, glaubt er, dass jenes System privatwirtschaftlicher Mechanismen und Institutionen in Kraft bleiben darf, obwohl es doch nur mit Wachstum leben kann.

Der einzige ökologisch inspirierte Ökonom, der in einem großen Gedankenbogen den Wachstumszwang systematisch untersucht, ist Hans Christoph Binswanger (2009). Er bringt die beiden großen Wachstumstreiber, einerseits Kredit und Zins, andererseits Eigenkapital und Gewinn, in einen dynamischen Bewegungszusammenhang und fragt sich: Funktioniert das Ineinandergreifen dieser Elemente, wenn man sich den Ablauf ohne Wachstum denkt? Unmöglich, sagt Binswanger, weil nur der stete Zuwachs für die Stabilität des Zusammenhangs sorgt. Die entscheidenden Variablen bei Binswanger sind die Kreditzinsen und der Gewinn auf das eingesetzte Kapital. Beides kann in einer nicht wachsenden Wirtschaft auf Dauer nicht entstehen. Sein Fazit: Ohne Wachstum geht es nicht. Seine Konsequenz: Mäßigen, Wachstum dämpfen.

Binswanger bringt den Wachstumszwang auf den Punkt, bleibt aber in seinen politischen Konsequenzen vollständig im privatwirtschaftlichen Rahmen. Gewinne beispielsweise sind in Binswangers Sicht un-

ter allen Umständen ein rechtmäßiges Verlangen, weil nur durch sie ein Gegenposten zum Risiko entstehe. Ohne Risiko kein Wachstumszwang, müsste Binswanger nun eigentlich folgern. Aber diesen Gedanken kann er nicht denken, weil Unternehmen für ihn nur in privatkapitalistischer Form existieren. Gäbe es dagegen gesellschaftliche Vorschüsse statt privaten Kapitaleinsatz oder Unternehmen im Belegschaftseigentum statt Aktiengesellschaften, hätte das Risiko des Geld- und Kreditgebens eine andere Bedeutung und könnte auf andere Weise bewältigt werden.

Beide Extreme der Debatte, sowohl die Anklage des Wachstums als Grund allen Übels als auch die Lobpreisung des Wachstums als Voraussetzung aller Lösungen, haben ihren spezifischen Mangel. Die Skeptiker ziehen nicht die Konsequenz aus ihrer Analyse. Sie müssten aufzeigen, wie Wirtschaft und Gesellschaft grundlegend zu reformieren sind, damit die Stabilisierungsfunktionen, die bisher das Wachstum übernahm, auf andere Weise erfüllt werden. Wer dagegen am Wachstumscredo festhält, stellt meistens nicht die anderen, ebenfalls nahe liegenden Fragen. Ist Wachstum auf dem gegenwärtigen industriellen Pfad überhaupt noch wohlstandssteigernd? Fressen nicht schon heute die gesamtökologischen Kosten des Wachstums die Wohlstandsgewinne auf?

Marx und Ostrom

Spätestens hier müsste nun die Stunde einer zeitgemäßen, grünen Politischen Ökonomie schlagen. Dabei ginge es dann nicht nur um die Gefahrenabwehr, sondern auch um verborgene Chancen der Produktivkraftentwicklung, die mit traditionellen Modellen nicht in den Blick kommen. Beispielsweise ist all dem, was Wissenschaft, Kunst und Kultur hervorbringen, den Produkten des Geistes also, die Tendenz zum freien, öffentlichen Gut immanent. An vielen Fronten, ob in der Musik oder bei den Informatikern, erweist sich die private, verwertungsabhängige Form als nicht mehr adäquat.

Es geht also nicht nur um die Eindämmung fundamentaler ökologischer Negativtrends, sondern auch um das Wackküssen ungenutzter Möglichkeiten. Der Geist, der im Zeitalter seiner nahezu kostenlosen technischen Reproduzierbarkeit unmittelbar zum Welterbe werden kann, sollte nicht in seiner privatwirtschaftlichen Begrenzung und im klientelistischen Dünkel stecken bleiben. Man muss sich also fragen, wie der technische, wissenschaftliche und künstlerische Genius sinn-

voller, freier und zugänglicher zur Entfaltung kommt, ohne die Antriebskräfte für seine Produktion zu erlahmen. Gefragt ist also nicht nur die »Erdung« der Ökonomie, sondern auch ein zeitgemäßes Modell geistiger Produktion.

Eine neue Politische Ökonomie kann es nur geben, wenn sie von vornherein eine ökologisch informierte ist und in ihren Theoriekern die Reproduktionsfähigkeit der Natur aufnimmt. Bislang bleiben fast alle Theoretiker des Sozialen naturblind und stoffvergessen, weil sie in der früher verständlichen, heute überholten Tradition stehen, die Natur bestenfalls als zu beachtende Umwelt, aber nicht als Basis von allem zu denken. Was bei Karl Marx angelegt ist, aber zu seiner Zeit noch nicht zu denken war, kam auch später im Sinne einer durch und durch ökologischen und gleichzeitigen politiktauglichen Vision niemals aufs Papier.

Das gilt besonders für die Ökonomen, die – ob in linken oder rechten Varianten – noch immer glauben, dass Wachstum niemals sinnlos sein kann. In ehrlichen Bilanzen, bei voller Berücksichtigung aller gesellschaftlichen und ökologischen Folgen, sind aber schon heute die Kosten des vermeintlichen Fortschritts oft höher als sein Nutzen.

Wenn die heutige Produktionsweise sich anschickt, die Lebensgrundlagen zu zerstören, dann verfehlt eine ökonomische Theorie, die in reinen Wertkategorien verharrt, also nur von Einkommen, Preisen und Märkten spricht und den Stoffwechsel mit der Natur nicht thematisiert, die wesentliche Herausforderung. Das gilt auch für alle kritischen Varianten, die – ob auf Keynes oder Marx oder andere Traditionen sich berufend – nur die ökonomischen Ausdrücke der Verhältnisse zwischen Menschen zum Gegenstand erheben und von der Natur abstrahieren.

Karl Marx selbst hatte ein solches Ansinnen stets zurückgewiesen. Wer Zusammenhänge behauptete, die unter allen zeitlichen und unter allen stofflichen Umständen gelten sollen, war für ihn ein Objekt bitteren Spotts. Für Marx war der stoffliche Inhalt der Produktion systematisch mit den Wertformen und den Kreisläufen des Kapitals verbunden. Und er war sich gewiss und hat am historischen Material reichlich demonstriert: Die Art dieser Verbindung ändert sich im Zeitverlauf.

Wer heute eine Re-Animation von Marx versucht, wer an die Marxsche Gedankenkraft nicht philologisch und textgläubig, sondern im Interesse wirklichen geistigen Fortschritts anzuknüpfen versucht, sollte sich die Frage stellen, was der Meister in der Gegenwart wohl tun würde,

wenn er seinem Grab entsteigen könnte. Als unermüdlicher Arbeiter, der nichts ungeprüft lässt, was auch nur marginal von Bedeutung ist, durchforstet er das gedankliche Erbe und versucht, das 20. Jahrhundert zu verstehen.

Amüsiert, entsetzt, bisweilen wohl auch erfreut liest er, was diejenigen schrieben, die in seiner Spur zu denken glaubten. Im Lichte der historischen Tatsachen entdeckt er mit Ungemach, dass er manches in seinem ersten Leben besser hätte machen können. Vor allem ärgert ihn, dass von den sechs großen Werken, die er geplant hatte, nur eines, das über das Kapital, halbwegs und mit Hilfe von Friedrich Engels fertig wurde. In jedem Fall ist eines gewiss: Ein reanimierter Marx würde sein Werk an kaum einer Stelle so lassen, wie es uns überliefert ist. Entsprechend hätte jeder Versuch, die heutige Wirklichkeit und ihre Fluchtpunkte mit dem theoretischen Instrumentarium zu erfassen, das er selbst 1883 hinterließ, mit beißender Häme des auferstandenen Marx zu rechnen.

Zurück zu Marx heißt folglich vorwärts zum eigenen Denken, zur theoretischen Durchdringung der Gegenwart. In der Rückschau sind wir uns der Idiotien früherer Epochen sehr bewusst. Dass sie beendet werden mussten und auch wurden, ist aus unserer heutigen Sicht eine Selbstverständlichkeit. Der »reale Sozialismus« lässt uns heute nicht mehr ob seines Endes erstaunen, sondern nur noch in Anbetracht seiner Dauer.

Den Nerv treffende Kritiken nicht nur rückschauend, sondern auch für die jeweilige Gegenwart zu formulieren, gelingt aufgrund von Befangenheiten verschiedenster Art nur selten. Die einzigen Ausnahmen sind die Werke und Traktate, die Zustände schreiender Ungleichheit und Ungerechtigkeit zum Ausgangspunkt hatten und neue Perspektiven eröffneten. Jenseits der geistigen Sphäre wurden diese Gedankenarbeiten wirksam, wenn sie – auf welch verschlungenen Pfaden auch immer – auf gesellschaftliche Kräfte trafen, die sich der Thesen annahmen und mit ihnen im Gepäck eine bessere Welt ausmalen konnten.

Sich an den Zielen einer gedachten Wirtschaftsvernunft zu orientieren, ist ein aus der Mode gekommenes Verfahren. Für wache und besorgte Zeitgenossen, für grüne Linke und linke Grüne, zu deren geistigen Vätern ja auch Karl Marx gehört, sollte die Orientierung an systemischer Vernunft kein ungehöriger Gedanke sein. Marx hat häufig dem kapi-

talistischen System einen gedachten »Verein freier Menschen« gegenübergestellt, um grundlegende Verkehungen zu demonstrieren. Heute ist dieses Verfahren noch viel wichtiger als zu Marxens Zeiten. Denn die ökologische Dimension ist mit einer solchen Wucht hinzugekommen, dass Vorsorge, Planung, Rücksicht, die Beachtung von Grenzen, insgesamt also systemische Vernunft, nicht nur als erhellendes Vergleichsmaß, sondern als praktische Anforderung zu beachten sind.

In dieser verzwickten Lage sollte man vielleicht das tun, was Karl Marx zu seiner Zeit immer tat: die neuesten Entwicklungen in Theorie und Praxis zur Kenntnis nehmen, sie drehen und wenden, das Bewahrenswerte aufgreifen und fortentwickeln. Zu diesem Neuen zählt die Forschung von Elinor Ostrom. Die Nobelpreisträgerin von 2009 hat so genannte »Common Pool Resources« untersucht, Gemeinschaftsgüter wie Süßwasserspeicher und Fischgründe (Ostrom 1999).

Diese Güter unterliegen der Gefahr einer zu starken Nutzung und – auf lange Sicht – der Zerstörung. Als Reaktion auf diese Gefahr hatte die Wirtschaftswissenschaft zwei Antworten parat: privatisieren oder verstaatlichen. Privateigentum an dem jeweiligen Gut würde die Übernutzung verhindern, weil es dann ein eindeutiges Interesse an der Bestandserhaltung gebe. Soweit aber der Zugang zu der schützenswerten Ressource kaum oder nur mit unverhältnismäßigem Aufwand zu kontrollieren sei, wäre nicht der Privateigentümer, sondern der Staat mit seinem Sanktionsapparat der passende Eigentümer und der zur Bewahrung fähige Wächter.

Elinor Ostrom hat anhand von vielen Beispielen untersucht und demonstriert, dass es zwischen der rein privaten und der rein öffentlichen Organisation noch eine andere gibt, die man als das gemeinschaftliche Private oder – umgekehrt – als das privat organisierte Gemeinsame bezeichnen könnte. Die Organisation der Gemeinschaftsgüter nehmen nicht alle (auch nicht die Repräsentanten von allen, also die staatlichen Instanzen) in die Hand, sondern die Privaten mit den stärksten und unmittelbarsten Interessen. Sie werden – ihrem Privatinteresse folgend – faktisch zu Hütern des Gemeinwohls, indem sie das tun, was die Reproduktion ihres Geschäfts erfordert.

Ostrom hat die Verhaltensregeln, die Entscheidungsprozesse, die Rechte und die Sanktionen beschrieben und reflektiert, die bei der Organisation von Common Pool Resources zu beobachten sind. Der ent-

scheidende Punkt ist: Im Gegensatz zu der üblichen Sicht auf den stets egoistisch handelnden Homo Oeconomicus sind Menschen offenbar doch fähig, faire und dem jeweiligen Gut angemessene Regeln zu finden und wirksam werden zu lassen, um Übernutzungen zu verhindern.

Solche Arrangements können selbstverständlich auch scheitern, weil die Regeln nicht passen und der Aufbau von Vertrauen nicht gelingt. Viel wichtiger ist aber, dass die Praxis der Commons häufig über lange Jahre funktioniert, womit der Beweis erbracht ist, dass diese dritte Option eine echte und lebensfähige, nicht nur eine ausgedachte ist.

Was ist aus den Befunden der Commons-Forschung zu lernen? Sind Ostroms Schlussfolgerungen nur für bestimmte Gemeinschaftsgüter passend? Enthalten sie Botschaften, die für eine neue ökologische Produktionsweise generell gelten könnten? Elinor Ostrom ist bei ihren gelegentlichen Ausflügen in Themenbereiche außerhalb ihres unmittelbaren Forschungsfeldes eher vorsichtig geblieben – eine dritte Option jenseits von Markt und Staat beschreibend, aber nicht als generelles Prinzip empfehlend.

Aber das Fenster der Gelegenheit ist offen. Die Einladung, Wirtschaft anders zu denken, wurde angenommen und übertragen auf unterschiedlichste Fronten der Reform und der Reorganisation, wie in dem großartigen Kompendium »Commons« (Helfrich/Bollier 2012) nachzulesen ist.

Die praktisch bewährten Grundsätze der Organisation von Gemeinschaftsgütern passen zu den Anforderungen, die eine durch und durch ökologische Produktionsweise stellt. Commons orientieren auf das, was künftig im Zentrum der Ökonomie stehen muss: Das Bewahren und Pflegen des Gemeinsamen auf der Basis gleicher Rechte, selbst gesetzter Normen und geplanter Bewirtschaftung. Sie praktizieren im Einzelnen das, was auch im Allgemeinen gelten muss: Kooperation, Gleichheit und Planung.

Commons unterlaufen die herkömmlichen Modelle. Sie lassen die gewohnten Empfehlungen ins Leere laufen, die nur starre Gegensätze kennen: Markt versus Staat, Individuum versus Kollektiv, privat versus öffentlich, Subjekt versus Objekt. Bei der Bewirtschaftung von Gemeinschaftsgütern verlieren diese Gegensätze ihre Macht, weil sich Einzelne kollektiv geltende Regeln geben und ihr Privates gemeinschaftlich verwirklichen.

Wegen dieser ungewohnten Übergänge gibt es bislang keine Antwort auf die Frage, wer sich auf welche Weise mit dem Commons-Paradigma

verbündet. Manche Sozialisten früherer Tage hätten, wenn man ihnen mit Ostrom begegnet wäre, den Kopf geschüttelt und den Schuldspruch gnadenloser Naivität sofort auf den Lippen gehabt. Für sie war Privatwohl und Gemeinwohl stets eindeutig geschieden. Darin waren sie sich einig mit ihren Kontrahenten. Nicht die Trennung der Sphären trennte sie, sondern das Bestehen auf der Überlegenheit des einen über den anderen Pol. Die Unterscheidung selbst aber war dieselbe. Einen Übergang gab es für beide nicht.

Tatsächlich aber ist das Denken in Commons-Begriffen weit mehr dem links-grünen Bemühen zugeneigt als dem liberalen Festhalten an der Einzigartigkeit des Marktes. Denn in den Commons wird nicht im Allgemeinen, aber doch im Einzelnen praktisch wahr, dass die Entwicklung der Individuen Gemeinschaft voraussetzt und dass – umgekehrt – nur das gemeinschaftliche Werk die Individuen erhält. Diese Praxis könnte vielleicht ein verallgemeinerungsfähiges Vorbild werden: »Jetzt, wo die Grenzen des marktfundamentalistischen Kapitalismus überall auf der Welt offenbar geworden sind, stellt sich die Frage, ob sich die Sphäre der Commons so ausweiten kann, dass sie die dominante gesellschaftliche Form wird.« (Helfrich/Bollier 2012a: 23)

Resümee der Theoreme

Der bisherige Gang durch die Modellwelten hat uns gezeigt, dass die gedankliche Erfassung des Notwendigen und Machbaren, des Sinnvollen und Wünschenswerten, des gesellschaftlich Guten und des ökologisch Vernünftigen unbefriedigend ist. Das traditionelle Marktmodell ist zwar kein Zerrbild, weil es an Alltagshandlungen anzuknüpfen vermag und gerade deshalb eine gewisse Deutungsmacht behalten hat. Aber es ist weitgehend auf das Markthandeln Einzelner beschränkt, vernachlässigt die Produktion und kann keine wirtschaftlichen und erst recht keine ökologischen Zusammenhänge erkennen. Dieses Modell hat – insofern es im Bewusstsein der Bevölkerung mit dem Kapitalismus identifiziert wird – in den Krisen der jüngsten Vergangenheit seinen letzten Glanz verloren. Es verdankt sein Leben nur noch der Abwesenheit überzeugender Alternativen.

Sein Gegenpol, die an Keynes orientierte Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik, ist in Deutschland für kurze Zeit, als die Weltwirtschaft 2008/2009 am Abgrund stand, aus der geistigen Isolierung her-

ausgekommen und hat es hin und wieder zum vereinzelt Kommentar in großen Medien geschafft. Seitdem es in einem erfolgreichen Coup massenmedialer Manipulation gelungen ist, die Finanz-, Banken- und Eurokrise in eine Staatsschuldenkrise umzudeuten, ist Keynes hierzulande – im Gegensatz zu anderen Ländern – wieder ein toter Hund.

Das ist bedauerlich, weil die führenden Keynesianer wie insbesondere Heiner Flassbeck über die wirtschaftspolitische Steuerung der »großen Größen«, des Lohnes, des Zinses und des Wechselkurses, viel zu sagen haben und damit zu Aussagen über jene volkswirtschaftlichen Zusammenhänge kommen, die im Marktmodell und im Handeln der deutschen Politik – von FDP und Union bis zu SPD und Grünen – gar nicht vorkommen.

Was die wenigen deutschen Keynesianer zu Recht betonen, verhallt allerdings weitgehend ungehört – nicht zuletzt weil ihnen die Vermittler und die Basis fehlen. Der größte Mangel der Keynesianer ist allerdings ihre ökologische Ahnungslosigkeit. Deshalb sind sie fernab von zentralen Auseinandersetzungen unserer Zeit. Während in England Robert Skidelsky, der Bewahrer des Keynesischen Erbes, gemeinsam mit seinem Sohn Edward unter dem Titel »Wieviel ist genug?« (Skidelsky/Skidelsky 2012) die Grenzfrage stellt, sind Deutschlands Keynesianer auf erstaunliche Weise unsensibel für fast alles, was jenseits des eigenen Feldes der Wirtschaftspolitik liegt.

Sie sollten sich zumindest aneignen, was die ökologische Ökonomie in den Mittelpunkt ihrer Erkenntnisse stellt: Aus den Grenzen der Natur ergeben sich Grenzen für die Größe der Volkswirtschaft. Der optimale und maximale Umfang ökonomischer Aktivitäten, dieses in jedem einzelnen Unternehmen permanent zu lösende Problem, gilt auch für die Gesamtwirtschaft, deren Wachstum unökonomisch geworden ist. Deshalb geht es heute nicht mehr darum, die Maschinerie unter Volldampf zu halten, sondern ihren Umbau einzuleiten. Für diesen Zweck liefert wiederum die Commons-Forschung wichtige Erkenntnisse.

Der schnelle Ritt durch die Modellwelten, der bei geringerem Tempo differenzierter verlaufen, aber wohl am gleichen Punkt enden würde, zeigt also: Eine reife Lösung, das Modell einer nicht nur am Rande, sondern auch im Kern egalitär-ökologischen Produktionsweise ist in der Volkswirtschaftslehre nicht zu finden. Auch in der Wirklichkeit haben sich gesellschaftliche Kopiervorlagen noch nicht gezeigt. »Es gibt der-

zeit weltweit kein einziges Modellland für klimaverträgliches Wirtschaften (Low-carbon- Modellland), an dem sich Reformprozesse in anderen Ländern orientieren könnten.« (WBGU 2011: 89)

Auf dem Wege zu einem neuen Modell

Wenn passende Modelle fehlen, aber der Handlungszwang offenkundig ist, rät Pragmatismus das zu tun, was in jedem Fall richtig ist. Was ist in jedem Fall richtig? Die Antworten auf diese Frage ergeben bereits eine lange Liste: massive Investitionen in die Ökologisierung der Energiewirtschaft, des Gebäudebestands, des Verkehrssystems und der Agrar-/Ernährungsindustrie; deutliche Reduktion des PKW- und Flugverkehrs, des Fleischkonsums und anderer nicht-nachhaltiger Aktivitäten; Senkung nicht nur der Klimagasemissionen, sondern auch des Ressourcenverbrauchs; Eindämmung des Rebound-Problems durch spürbare Verteuerung tendenziell aller der Natur entnommenen Stoffe und Lenkung der Nachfrage in Richtung soziale Dienste und Kultur.

Diese ökologischen Aufgaben verlangen – wenn sie nicht gegen die Bevölkerung, sondern mit ihr auf den Weg kommen sollen – egalitäre Antworten: Einkommensgarantien für die vom Wandel negativ Betroffenen, massive Umverteilung von Einkommen und Arbeit, drastische Korrektur der Vermögensverhältnisse und Aufbau von Belegschaftseigentum in den Unternehmen, Ausbau des öffentlichen Sektors. Diese harten Einschnitte in tradierte Eigentumsverhältnisse sind auf Dauer unvermeidbar. Sie sind nicht zuletzt ein Mittel, um Produktivitätsgewinne in mehr Muße, mehr Freizeit, mehr Freiheit zu verwandeln.

Auch für die Aufgaben, die noch keine überzeugenden Lösungen gefunden haben, ist zumindest eine Leitlinie zu beachten: Experimente wagen, die Breite der Optionen praktisch erproben. Es braucht Freiräume, um Neuland wirklich testen zu können. Vor allem in den Kommunen könnte und sollte es einen lebendigen Nährboden für verschiedene Wege zu ökologischen und solidarischen Städten und Gemeinden geben. Das aber erfordert, wie mehrfach betont, die Befreiung aus fiskalischen Zwangsjacken, die immer dann besonders eng sind, wenn der Bedarf, auch der Experimentierbedarf, am größten ist.

Für all diese grün-roten Reformprojekte, ob sie eher auf der Bundesebene oder eher kommunal angesiedelt sind, wäre ein übergreifendes Motto passend: Hineinwachsen in eine ökologisch-egalitäre Wirt-

schafts- und Gesellschaftsordnung, die Wirtschaftswachstum nicht mehr braucht. Auf dem Weg dahin könnte der Wachstumszwang schwächer werden, indem die Zahl der souverän handelnden, alles Elementare selbst regelnden Kommunen wächst und indem auf der Bundesebene die ökologisch motivierten Umverteilungen und Eigentumsschnitte vollzogen werden. Wem ein solches Modell zu radikal erscheint, der muss andere Antworten für die Aufhebung des Wachstumszwangs präsentieren. Geschieht das nicht, wird wegen der kurzfristigen Vorteile immer wieder Wachstum gefordert, obwohl klar ist, dass dies – bei einfacher Verlängerung gegenwärtiger Trends – katastrophal enden wird.

Das Naheliegende tun, Experimente wagen und energisch an den Strukturen des Eigentums rütteln – ein konsequenter Pragmatismus dieser Art ist gut und richtig. Er könnte besser und stärker werden, wenn er auch intellektuell den Beharrungskräften entgegentritt. Dabei gibt es keinen Grund zu übertriebener Bescheidenheit. Denn die allmählichen Verschiebungen im normativen Gefüge und die bereits sichtbaren Tendenzen der Wirklichkeit enthalten Hinweise auf ein anderes Modell.

Im Einzelnen sind bereits genannt worden: der Zwang zur globalen Kooperation, die ihrerseits Gleichheit als Maß und Geschäftsgrundlage erfordert; mehr Planung und Vorsorge, um Kooperation und Gleichheit befördern zu können; der kräftiger werdende Zug zur Aufhebung bislang getrennter Funktionen in der materiellen Produktion; die neue Politische Ökonomie des Geistigen, die tendenziell nur noch frei zugängliche Güter erzeugt und als solche auch verbreitet; das Verlangen nach einer spürbaren Demokratisierung der Demokratie und vollständiger Transparenz des Öffentlichen; die aufgrund widriger Umstände stets gefährdete, aber doch mögliche und manchenorts verwirklichte Bewegung hin zu mehr kommunaler und regionaler Souveränität.

Diese Signale der Hoffnung lassen sich zu einem neuen Modell einer grünen und gerechten Wirtschaft verbinden. Man muss sie gedanklich vom zarten Keim in das Stadium der Reife erheben und benennen, wie ihr Zusammenwirken funktionieren könnte. Macht man das, erscheint vor dem geistigen Auge eine vom Willen des Gemeinwesens gelenkte, vom Wachstumszwang befreite, durchgehend ökologische Wirtschaft, die das Thema soziale Sicherheit nicht mehr kennt, weil sie Freiheit in Gleichheit verwirklicht. Die Utopie, die darin liegt, ist keine Willkür, wenn man sich vorstellt, dass die Bevölkerung nicht

Parteien, Kandidatinnen und Kandidaten, sondern die Grundstrukturen von Wirtschaft und Gesellschaft zu wählen hätte und der Mehrheitswille verbindlich wäre.

Die Demokratie gilt. Der Souverän ist souverän. Alles Eigentum, das über das Persönliche hinausgeht und – in welcher Form auch immer – Macht über andere Menschen begründet, wäre demokratiepflichtig. Das ist der Sprung, den man gedanklich machen muss. Einige springen bereits wie Christian Felber mit seiner erfolgreichen Gemeinwohl-Initiative, die auf die praktische Verwirklichung neuer Unternehmensverfassungen und neuer, sowohl sozialer als auch ökologischer, Erfolgsbilanzierungen setzt (Felber 2012).

Der Souverän ist souverän. Er entscheidet über alles, was wichtig ist – zum Beispiel mit einem Volksentscheid, dessen Ergebnis Verfassungsrang erhält. Zehn Fragen stehen zur Abstimmung:

- Welche Spreizung der Einkommen ist akzeptabel? 1 zu 1, 1 zu 2, 1 zu 5, 1 zu 10, 1 zu 100 oder 1 zu 1.000?
- Welcher Vermögensunterschied ist akzeptabel? 1 zu 1, 1 zu 2, 1 zu 5, 1 zu 10, 1 zu 100, 1 zu 1.000, 1 zu 1.000.000 oder 1 zu 1.000.000.000?
- Soll die Arbeitslosigkeit abgeschafft werden?
- Sind alle Bereiche der öffentlichen Hand auf vollständige Transparenz zu verpflichten?
- Sind Sie dafür, dass die Kommunen finanziell eigenständig und souverän werden, damit sie sich über die bisherige Daseinsvorsorge hinaus zu Dienstleistern für alle elementaren Bedarfe entwickeln können?
- Sollen Informationen, Wissen und Kultur frei zugängliche Güter werden?
- Sollen die Gewinne der Unternehmen mindestens zur Hälfte den Belegschaften zufließen und Belegschaftseigentum begründen?
- Sollen alle Banken – analog zu den Sparkassen – öffentliche Einrichtungen werden, denen jegliche Spekulation und sonstige fragwürdige Geschäfte verboten sind?
- Sind Sie damit einverstanden, dass – unter der Voraussetzung nur noch geringer Unterschiede bei den Einkommen und bei den Vermögen – die Preise für Energie und Ressourcen deutlich steigen?
- Sind Sie dafür, dass die Bereiche großer Ressourcenverschwendung mittels verbindlicher Zielvorgaben umgebaut werden?

Juristisch korrekte, für einen Volksentscheid taugliche Formulierungen dieser Fragen ließen sich finden. In jedem Fall dürfte die Prognose, dass die Mehrheit zugunsten von Gleichheit, Vorsorge und Ökologie entscheiden würde, nicht allzu gewagt sein. Insofern ist auch ein mehrheitsfähiges Modell der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung denkbar, das genau jene Treiber von Ungleichheit, Unsicherheit und Unverantwortlichkeit überwindet, die heute – trotz immensen Reichtums – die Maschinerie in ungewünschte Richtungen laufen lassen. Es gäbe also keine Arbeitslosigkeit, kein konzentriertes Kapitaleigentum, keine Hoheit über die Finanzwelt in privater Hand, keine geheimen Abreden zwischen Politik und großem Geld.

Stattdessen sind die Grundsätze nicht nur rechtlicher, sondern auch ökonomischer Gleichheit in der Verfassung verankert. Alles Öffentliche ist kompromisslos öffentlich geworden. Geistiges Eigentum verschwindet. Der Geist ist das, was er sein will: der frei zugängliche, allen dienende und von allen zu entwickelnde Weltgeist.

Politik agiert dann nicht mehr als Diener der Maschinerie, sondern als demokratisch verfasster Prioritätensetzer, der an das imperative Mandat der Verfassung und der Volksentscheide gebunden ist. Überall, wo organisatorisch möglich, gilt das Primat der direkten Entscheidung gegenüber der Repräsentanz.

Was all das bedeuten würde, lässt sich als Gegensatz zum heutigen Zustand formulieren: ökologische Kooperation statt Imperialismus des Raubbaus, Regionalisierung der Ressourcenkreisläufe statt globaler Ressourcenkampf, gleiche Rechte der Naturnutzung statt quasi-feudaler Eigentumstitel und Verfügungsrechte, vorsorgende Wirtschaft statt blinde Wachstumsmaschinerie, Freiheit des Geistes statt Privatisierung der Ideen, vollständige Transparenz öffentlicher Angelegenheiten statt Korruption der Willensbildung, Bildung zur Freiheit statt Heranzüchten von Getriebenen.

Wie könnten nun diese Leitlinien praktisch werden und einen neuen Zusammenhang bilden? Strukturen werden gebraucht, die auch nach der revolutionären Zeit des Verfassung gebenden Volksentscheids tragfähig sind. Das Modell muss alltagstauglich sein und Vorsorge treffen für die ruhigeren Perioden, in denen das Engagement nachlässt.

Das neue Modell kann kein Modell sein, das ein einziges ökonomisches Prinzip auf alle wirtschaftlichen Bereiche bezieht. Denn die

Produzenten der Dinge, des Geistes und des Gemeinwohls haben Aufgaben und Handlungslogiken, die sich qualitativ unterscheiden. Deshalb ergibt sich nicht irgendeine neue Mischung von Staat und Markt, sondern ein Drei-Sphären-Modell, in dem vieles so erscheint, wie es heute ist und dennoch – aufgrund weitgehend verwirklichter Gleichheit – eine ganz andere Bedeutung hat.

Die wichtigste Sphäre dieses Modells ist die demokratisch und transparent gestaltete Gemeinwirtschaft mit öffentlichem Eigentum als tragender, aber nicht alleiniger Grundlage. Diese Gemeinwirtschaft funktioniert nach den Prinzipien der Bedarfs- und Kostendeckung. Sie unterliegt keinerlei Wachstumszwang und hat mit Schrumpfung kein grundsätzliches Problem. Denkbar ist, dass sie sich bei allen Energie- und Ressourcenthematen explizit das Ziel der Schrumpfung setzt. Aufgaben, die sich erledigt haben, weil sparsamere, systemische Lösungen zur Anwendung kommen, werden begrüßt.

Der anstehende Paradigmenwechsel – weg vom Wachstumszwang, hin zur Bedarfsdeckung – kann in einem gut organisierten, transparenten und effizienten gemeinwirtschaftlichen Sektor weitgehend vollzogen werden. Stadtwerke im Verbund mit Bürgerkraftwerken und Energiegenossenschaften können und sollten in einer ersten Phase wachsen, um schlechte Arten der Energieversorgung zu verdrängen. Aber es gibt keinen inneren Wachstumszwang. Solche Organisationen können auch mit anhaltendem Umsatzrückgang fertig werden, weil sie in ihrer inneren Verfassung auf den Bedarf, nicht auf Umsatz und Gewinn ausgerichtet sind.

Alles Elementare in Gemeinwirtschaft – das ist der Grundsatz, um den Zuständigkeitsbereich dieses Sektors zu bestimmen. Zum Elementaren zählt die gesamte bisherige Daseinsvorsorge: Gesundheit, Bildung, Kultur, Wasser, Entsorgung, öffentlicher Nah- und Fernverkehr. Hinzu kommen sollten nahezu alle netzgebundenen, nur als Monopol effizient funktionierenden Infrastrukturen, weite Teile der Energieversorgung und das Finanzsystem, damit Geld- und Kreditflüsse auf das Gemeinwohl verpflichtet werden können.

Für alle Kommunen und für alle überregional tätigen öffentlichen Einrichtungen gelten bundesweit harte Standards sozialer und ökologischer Praxis. Permanent wird in bundesweiten Vergleichen über die Erfüllung der Gemeinwohlziele berichtet. Beispielhafte Einzelprojekte erhalten eine stattliche Anerkennung.

Das Zusammenspiel zwischen öffentlichen und privaten Unternehmen verläuft engmaschig, abgestimmt und – wegen des strikten, im Internet von der gesamten Bürgerschaft nachprüfbaren Transparenzgebots – tendenziell korruptionsfrei. Als zusätzliche Sicherung wird Betrug am Gemeinwohl härter bestraft als heute. Außerdem gibt es Bürgerrechnungshöfe, die alle betriebswirtschaftlichen Vorgänge der öffentlichen Hand akribisch prüfen und Hinweise zum notwendigen Bürokratieabbau geben.

Dort, wo die Gemeinwirtschaft in Routine zu erstarren droht, wie beispielsweise im Bereich der Bildung oder sozialer Dienste, sind freie Träger mit engagiertem Personal als Alternative zum öffentlichen Dienst ausdrücklich willkommen. Genossenschaften, die in dieser neuen kommunalen Welt den Großteil der Mietwohnungen besitzen und sie dem Immobilienmarkt entziehen, sind an der Planung der Infrastrukturen prominent beteiligt. Bei all den kleinen Betrieben, Kanzleien und Ingenieurbüros, die von der Gemeinwirtschaft ihre Aufträge erhalten, wird sich im Vergleich zu heute nicht viel ändern.

Die große Veränderung ist die volle Handlungsfähigkeit der Kommune, die kaum noch von widrigen äußeren Umständen, sondern fast nur noch von der Entscheidungsfähigkeit, der Intelligenz und vom Gemeinsinn der Bürgerschaft geprägt ist.

Die zweite Sphäre bilden die Produzenten der Dinge und all die Dienstleister, die im Auftrag der produzierenden Unternehmen tätig sind. Das handlungsleitende Prinzip heißt nicht mehr Verwertung des Kapitals, sondern Reproduktion der Einkommen. Denn die Produzenten sind Eigentümer ihrer Firmen geworden. Sicherheit und Stetigkeit eines guten Einkommens ist ihr primäres finanzielles Interesse. Zu diesem Zweck diskutieren und verabschieden sie in demokratisch legitimierten Unternehmensgremien, welche Summen für Innovationen und Investitionen zur Verfügung stehen sollen, damit auch künftig der Einkommensfluss gewahrt bleibt.

Den Eigentümerproduzenten sitzen keine Aktionäre, keine Gewinnerwartungen und keine Börsenanalysten im Nacken. Feindliche Übernahmen sind unbekannt. Es gibt keinen äußeren Zwang, die Umsätze und Gewinne permanent zu steigern. Stabile Reproduktion auf gleichem Niveau gilt als akzeptables Ergebnis. Der Wachstumszwang ist abgeschafft.

Für die Produzentenunternehmen gibt es keinen Gesamtplan und keine »Grand Strategy«. Sie müssen sich – daran ändert sich zunächst nichts – auf Märkten bewähren und Kundenwünsche erfüllen. Sie stehen zunächst noch im Wettbewerb, der allerdings mit einem zunehmenden Anteil stabiler Kooperationen allmählich seine Macht verliert. Insofern gibt es durchaus noch den Wachstumsdrang. Größer werden, um auf den Märkten mehr Kraft zu entfalten – dieses Phänomen ist keineswegs unbekannt, wird aber schwächer.

Das heute übliche Tandem von Lohnabhängigen einerseits, die Fragen nach dem Sinn des Produzierten nicht stellen, und andererseits von Managern, die mit dem Blick auf kurzfristige Effekte zu unverantwortlichem Verhalten neigen, ist Vergangenheit. Die Eigentümerproduzenten müssen sich – nicht zuletzt, weil sie einer starken, sanktionsfähigen Gemeinwirtschaft gegenüberstehen – harten Fragen nach ihrem Beitrag zu einer ökologischen Produktionsweise stellen.

Die dritte Sphäre, die sowohl mit der Gemeinwirtschaft als auch mit dem Bereich der dinglichen Produzenten vielfältig verbunden ist, ist die geistige Produktion. Geistige Produzenten haben ihre Arbeitsplätze in den meisten Fällen in einer der beiden anderen Sphären, sollten aber trotzdem eigenständig herausgehoben werden. Ihr handlungsleitendes Prinzip ist weder die Bedarfs- und Kostendeckung noch die Reproduktion der Einkommen, sondern die Anerkennung. Selbstverständlich haben sich geistige Produzenten auf Bedarf und Kosten einzustellen. Selbstverständlich sind sie auf Einkommen angewiesen. Aber ihre primäre Motivation ist Reputation. Wenn Informationen, Wissen und Kultur frei zugängliche, öffentliche Güter werden, dann ist geistiges Schaffen von vornherein auf die Allgemeinheit ausgerichtet und will dort seinen Effekt erzielen. Um den Produzenten des Geistes diese Freiheit zur Arbeit am Allgemeinen zu geben, bedarf es einer vornehmlich öffentlichen Finanzierung ihrer Einkommen. Wissenschaft, Forschung und Kultur können auf diese Weise den erbärmlichen Zustand von Fremdfinanzierung und Selbstentmündigung verlassen, der heute das Geistesleben in falsche Bahnen lenkt.

Solche Modelle einer neuen Produktionsweise zeigen, was möglich wäre und was auch zusammenpassen würde, wenn man sich einen starken gesellschaftlichen Veränderungsimpuls vorstellt. Aber diese intellektuelle Übung ist, wenn sie nur im Gedanklichen verharret, ein kühles

Sinnieren, ein Diskurs, der am moralischen Koordinatensystem zunächst wenig ändert.

Deshalb ist zu fragen, wie sich auch die inneren Maßstäbe ändern, wie das gedanklich Mögliche zum moralisch Richtigen wird. In der bisherigen Geschichte haben sich Maßstäbe für Gerechtigkeit nur langsam verschoben und sich in zugespitzten Situationen als bereits verändert gezeigt. Unrecht, das gestern noch akzeptabel war, ist plötzlich eine Beleidigung geworden, die um der eigenen Achtung willen nicht mehr hingenommen werden kann. Im Gegensatz zu früheren Zeiten ist aber gegenwärtig nicht darauf zu warten, dass neue Maßstäbe in Krisen und Katastrophen sich manifestieren und anschließend zu Kräften formieren. Was für das Gedankliche gilt, hat auch für die Moral seine Bedeutung: Sie muss vor der Katastrophe sich als Macht bewähren. Parallel zu den strengen Gedanken bedarf es deshalb der emotionalen Geschichten, die von ebenso kenntnisreichen wie humorvollen Erzählerinnen und Erzählern in die Gesellschaft getragen werden.

6. Neue Geschichten – wie die Ideen in Bewegung kommen

Nie war die Wahlfreiheit größer, nie war die soziale Ungleichheit schreiender, nie war die Natur gefährdeter. Potenziell sind die Länder des Nordens ein Hort der Selbstbestimmung geworden, faktisch aber herrscht in ihnen und auf dem Globus insgesamt der gnadenlose Zwang einer naturzerstörenden Ökonomie.

Diktaturen sind zusammengebrochen, viele Millionen Menschen haben in den vergangenen 30 Jahren Wahlrechte erhalten. Zu den alten bürgerlichen Demokratien in Westeuropa und Nordamerika sind neue in Osteuropa, Lateinamerika und anderswo hinzugekommen. Diese neu gewonnene politische Freiheit wurde mit dem ultraliberalen Gang der Ökonomie sogleich wieder entwertet und besteht vielfach nur noch aus einer luftigen Hülle reiner Potenzialität.

Denn Freiheit ohne Gleichheit – so bezeugen Arm in Arm die alte Philosophie und die moderne Erfahrung – ist ein unfaires Spiel, eine Veranstaltung, bei der die Vermögenden ihre Macht und ihre Stimmen vervielfachen, während der Souverän zwar das Personal, aber nicht dessen Taten wählen darf.

Das 20. Jahrhundert hat auf die Frage, wie denn Freiheit und Gleichheit ins Verhältnis zu setzen sind, zwei Antworten hervorgebracht. Die östliche, aus extremer, partiell noch feudaler Ungleichheit, Krieg und Faschismus hervorgegangene lautete: Im Interesse sozialer Gleichheit ist die politische Freiheit zunächst sekundär und sogar zu beseitigen – sie wird später neu entstehen.

Diese Erwartung stützte sich auf zwei Prognosen: Die Befreiung von Ausbeutung werde die individuellen Produktivkräfte freisetzen, und die Eigentumsform Staat werde dafür sorgen, dass Krisen, Arbeitslosigkeit und sonstige Gebrechen kapitalistischer Reproduktion überwunden werden. Die erste Erwartung hat sich sehr schnell als Illusion erwiesen und wurde durch Zwang, später durch Planvorgaben, ersetzt. Die zweite war immerhin einige Jahrzehnte lebendig und hat auch im Westen bis in die 1970er Jahre hinein ein breites Echo gefunden.

Der Westen hat nach dem Zweiten Weltkrieg dem traditionellen bürgerlichen Verständnis vom Primat der wirtschaftlichen Freiheit und der

auf das Recht beschränkten Gleichheit neue und für breite Bevölkerungsschichten spürbare Elemente hinzugefügt: ausgebauter Sozialstaat, erweiterte politische Rechte, Steuerung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, Gleichklang von Massenproduktion und Massenkonsum, deutlich gesteigerte Erwerbstätigkeit der Frauen, Technisierung der Haushalte, Relativierung der zwischenstaatlichen Konkurrenz im eigenen Machtbereich. Diese zusätzlichen Elemente waren die Grundlage des »Goldenen Zeitalters«, das in der Nachkriegszeit begann und bis in die 1970er Jahre währte. Der Osten hatte eine gewisse zivilisierende Wirkung auf den Westen entfaltet, zur Nivellierung sozialer Ungleichheiten und zu zwischenstaatlichen Arrangements beigetragen.

Der Rollback startete in den USA und Großbritannien bereits vor dem Ende der Systemkonkurrenz, aber nach dem Kollaps des Ostens hat die Rücksichtslosigkeit im Westen deutlich zugenommen. So war das Verschwinden der östlichen Antwort, die in den Umwälzungen von 1989/91 gestorben ist, auch ein wesentlicher Grund für die Erosion westlicher Ideen und westlicher Praxis. Selbst wenn es die globale Gefährdung ökologischer Kreisläufe nicht gäbe, wäre trotzdem über ein neues Modell gesellschaftlicher Entwicklung nachzudenken, das Wohlstand für die größtmögliche Zahl erlauben würde.

Dieses Nachdenken muss nun aber den ökologischen Imperativ voll und ganz annehmen, wenn dabei eine glaubwürdige Geschichte herauskommen soll. Wirksame, den Nerv treffende Interventionen setzen immer zweierlei voraus: Erstens den Status quo moralisch und logisch entzaubern und zweitens etwas Lebenswerteres anbieten. Die Entzauberung ist weit gediehen, aber eine Alternative noch nicht greifbar, obwohl mittlerweile jede Wohlstandsgenossin und jeder Wohlstandsgenosse weiß oder doch zu ahnen beginnt, dass die heutige Art des Produzierens und Konsumierens nur noch sehr begrenzt in die Zukunft zu verlängern ist.

In der Vergangenheit waren Ideen des Freiheitsgewinns und der Weltverbesserung wichtig, weil sie eine in Erkenntnis begründete Hoffnung formulierten. In der Gegenwart muss die Antizipation einer anderen Welt mehr sein als eine begründete Hoffnung und mehr sein als eine intellektuelle Übung im Kampf gegen alte Deutungsmuster. Denn im ökologischen Licht wird Vorsorge, also die Vorwegnahme des Künftigen, zu einem nicht hintergehbaren Gebot. Dieser Zwang, Zukunft zu denken,

ist ungewohnt und angesichts der Aufgabengröße nicht automatisch eine Quelle der Zuversicht.

Im Unterschied zur geistigen Lage der Gegenwart waren die großen Denker früherer Zeiten nahezu alle Optimisten. Dabei mag ein kräftiger Schuss Selbstüberschätzung dabei gewesen sein. Denn Ideengeber müssen davon überzeugt sein, dass große Gedanken wichtig und vorwärtstreibend sind. Die früheren Geistesgrößen waren deshalb stets bemüht, gedanklich die Tore zu öffnen, um eine bessere, jedenfalls vernünftiger Welt betreten zu können. Heute ist das anders, in vielen Fällen sogar blamabel einfallslos.

Wie ist es möglich, dass angesichts einer noch nie dagewesenen wechselseitigen Abhängigkeit aller Teile dieser Welt der individuelle Nutzenmaximierer und der blinde Markt noch immer und trotz aller Blamage zum Ideal erklärt werden? Weshalb ist in einer Zeit, in der Wissenschaftler und Techniker im Verhältnis zur Natur eine Revolution an die andere reihen, die gesellschaftliche Fantasie so erstarrt? Ist die heutige Gesellschaft so ausdifferenziert, dass in ihren Elementen alles erdenklich Neue, aber im Ganzen nichts wirklich Anderes mehr geht? Warum ist im Moment eine Kraft undenkbar, die sich analog zur Bürger- oder Arbeiterbewegung früherer Jahrhunderte um ein gemeinsames Interesse gruppiert?

Dass ein grundlegender Wandel mehr denn je notwendig ist, ahnen Millionen. Was fehlt, ist die Story, die überzeugen und mobilisieren kann. Gäbe es sie, ließen sich vielleicht auch diejenigen für einen Neuanfang gewinnen, die bislang noch von der Schnelligkeit fasziniert sind, die ihnen die heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse bieten. In der Mehrzahl rühmen die Träger von Wissenschaft und Technik die Verwertungsmaschinerie als ihren natürlichen Verbündeten. Anträge, sachfremde Entscheider, Bürokraten, Verwaltungsvorschriften sind ihnen ein Gräuöl – sie wollen Tempo, Leistung, Orientierung an der Sache. Deshalb optieren sie pro-kapitalistisch, wenn ihnen die geistigen Gralshüter des Establishments einpauken, dass es nur die Wahl zwischen Bürokratie und Privatunternehmen gibt.

Wenn niemand mit Ernst und argumentativer Kraft Grundzüge anderer Strategien, vielleicht sogar einer anderen Welt beschreibt, werden Millionen Kopfarbeiter sich auch künftig von gesellschaftlicher Verantwortung fernhalten, Politik als zwangsläufig schmutzig und jegliches

Engagement als blauäugig denunzieren. Gerade sie aber werden gebraucht, wenn wir den Kurs der Zerstörung verlassen und eine neue Reise buchen wollen. Es ist also Zeit für eine Wiedergeburt kritischen Denkens.

Dabei geht es um Denkansätze, die nicht in voluntaristischer Manier eine schöne neue Welt herbeizaubern, sondern mit radikalem Realismus Emanzipationspotenziale und den ihnen angemessenen institutionellen Rahmen benennen. Es geht um polit-ökonomische Modelle, die den ökologischen Imperativ an zentraler Stelle und nicht nur als zusätzliche Variable in sich aufnehmen. Nicht zuletzt ist die Frage wichtig, wie die weltweit 50 Millionen Hochqualifizierten, die heute fragwürdigen Zwecken hinterherrennen, vernünftige Tätigkeitsfelder finden.

Wer Zivilisation bewahren will, muss sein Verständnis gesellschaftlicher Entwicklung nicht nur technisch, sondern vollständig ökologisieren. Und diese ökologische Erneuerung braucht ein zeitgemäßes Verständnis des sozialistischen Erbes von Kooperation, Gleichheit und Planung. Denn im ökologischen Licht wird das, was Generationen von Linken gefordert haben, nämlich dass die formelle Gleichheit des bürgerlichen Rechts auch materiell gelten soll, eine notwendige Voraussetzung für eine auch künftig halbwegs zivilisierte Welt.

Obwohl die Notwendigkeit grundlegender Änderungen heute kaum noch zu leugnen ist, kann man offenkundig diese Änderungen nicht mehr in Analogie zu früheren Umbrüchen denken. Früher ging es in den Ländern des Nordens um obsolet gewordene Staatsformen, um die Ablösung unfähiger oder menschenverachtender Regime oder – in den radikalsten Varianten – um eine Reorganisation der Ökonomie, die dann auch zwangsläufig neue Herrscher brauchte.

Heute geht es um eine Revolution, die auch Politik und Wirtschaft grundlegend zu ändern hat, deren zentraler Ausgangspunkt aber nicht unterdrückte Lebensansprüche revoltierender Klassen oder Völker sind, sondern die Gefährdung der Lebensgrundlagen insgesamt. Deshalb ist nicht eine neue und höhere Qualität der Naturbeherrschung das Erstrebenswerte, das dann revolutionär zum Durchbruch kommt, sondern eine Mäßigung im Umgang mit der Natur, die in früheren Revolutionen nie zur Debatte stand.

Überall wird gehnt und ausgesprochen, dass positive Entwürfe als Orientierung notwendig sind, beispielsweise von Rob Hopkins, dem In-

spirator der »Transition-Town-Bewegung«, der sich um ein Netz von resilienten, also im positiven Sinne widerstandsfähigen, Kommunen bemüht:

»Wir brauchen ein Verständnis von Resilienz, das sich nicht nur mit dem bloßen Überleben im Katastrophenfall beschäftigt. Resilienz ist vielmehr als positiver und konstruktiver Prozess zu verstehen ... Zur Stärkung von Resilienz sind Zeit, Ressourcen und eine vorausschauende, kreative Planung erforderlich ... Uns fehlen Geschichten, die davon erzählen, wie eine energiesparende Welt voller resilienter Gemeinschaften tatsächlich klingt, riecht, aussieht und sich anfühlt. Es ist ebenso schwierig wie wichtig, eine Vorstellung dieser Welt zu entwickeln, die so verlockend ist, dass die Menschen morgens aus dem Bett springen und sich für diese Welt ins Zeug legen.« (Hopkins 2012: 48)

Rotes Grün – dieses Buch will genau das: eine Story bieten, die zum Handeln motiviert, indem sie die Signale der Hoffnung benennt und in einen Zusammenhang bringt. Denn die Kämpfe der Gegenwart werden umso stärker, je mehr sie gleichzeitig darstellen, wohin die Reise gehen könnte und sollte, welche gesellschaftliche Entwicklung möglich wird, wenn uns die Bleigewichte der Vergangenheit nicht mehr am Hals hängen.

Soll es erkennbare Linien zwischen dem Heute, dem Morgen und dem Übermorgen geben, dann ist es falsch, einerseits nur über die direkt anstehenden Aufgaben zu reden und andererseits über ganz ferne Geschichten. Zu erzählen ist vielmehr, wie das heute schon Mögliche mit all dem verbunden ist, was noch nicht zum Greifen nahe liegt, aber vor dem Horizont schon deutlich aufscheint. So entsteht, was die Gehirne und die Emotionen gleichermaßen inspiriert: eine begeisterungsfähige Vision der mittleren Frist, eine kreative Interpretation der heranreifenden Möglichkeiten.

Ein Politikstil, der nur aufgreift, was unmittelbar machbar erscheint, läuft immer Gefahr, durch die jeweiligen Ereignisse an Wucht zu verlieren. Diese Umstände können sehr unterschiedlich sein. Krisenangst lähmt den Offensivgeist. Forderungen werden teilweise erfüllt. Der Verweis auf schlechter gestellte Länder stärkt die Bescheidenen, schwächt die Vorreiter. Der allein auf unmittelbare Effekte setzende Politikstil kann – selbst wenn die Umstände günstig sind – keine geistige Kraft, keine echte Begeisterung entfalten.

Ebenso falsch ist die Erwartung, ohne gesellschaftliche Bewegung im Rücken durch die Institutionen marschieren und dort verändernd wirken zu können. Ist die Gesellschaft starr, sind es die Instanzen erst recht. Von 100 engagierten Aktivistinnen und Aktivisten, die voller Tatendrang in nationale Parlamente ziehen, verwandeln sich 95 in Paragrafenreiter und Fraktionsopportunisten. Die Revolutionäre ziehen ins Hohe Haus, aber das einzige, das sich verändert, sind die Revolutionäre selbst. Zu groß ist die korruptive Kraft der kleinen Privilegien. Zu stark ist der Sog verrechtlichter Verfahren, die den Gedanken an Veränderungen jenseits des kleinkarierten Antragswesens schon im Keim ersticken. Volksvertreter in einer auch nur rudimentär dem Begriff angemessenen Weise sind – jedenfalls auf der nationalen, lobbydurchgesetzten Ebene – eine seltene Spezies.

Veränderungen beginnen in der Gesellschaft und dort zunächst in den Köpfen. Aber die Köpfe sind ihrerseits nicht nur Ausgangspunkte, sondern auch Resultate, geprägt vom jeweiligen Zeitgeist, von den vorherrschenden Begriffen, von den Deutungsmustern, die unsere Sinne dirigieren. Deshalb ist es wichtig, das Denken selbst zu denken, das heißt, kritisch zu prüfen, ob die ideellen Werkzeuge, mit denen wir uns orientieren, vielleicht eher der Trübung als der Klarsicht dienen.

Die grobschlächtigen Verzerrungen der Begriffe sind leicht zu durchschauen. Das beginnt dann üblicherweise mit dem ersten Akt der Aufklärung: mit dem Begriff Arbeitnehmer. Er stellt seine Arbeitskraft zur Verfügung und gibt seine Arbeit. Das ist der Kern der Sache. Er ist also vor allem Geber und heißt trotzdem Nehmer, weil der eine Aspekt, der auch dazu gehört, das Entgegennehmen des Arbeitsplatzes, aus leicht zu durchschauendem Interesse des Gegenpols begriffsbildend wirkt.

Das hat für die andere Seite, die Arbeit nimmt und trotzdem Geber heißt, den äußerst willkommenen Kollateralnutzen, dass die Schuldfrage gleich mit erledigt ist. Wer nimmt, muss sich rechtfertigen, hat eine Bringschuld, ist zur Gegenleistung verpflichtet und sollte wohl eher eine demütige Haltung pflegen. Wer gibt, ist gut, kann und darf wohl erwarten, dass sein Geben die volle Anerkennung des minderen Standpunkts, des Nehmens, bekommt. Die Verkehrung der Verhältnisse, die beim Begriffspaar Arbeitnehmer/Arbeitgeber offensichtlich ist, endet hier nicht, sondern durchzieht nahezu das gesamte Feld des von Konflikten geprägten Handelns.

Wenn es um Attacken auf den Sozialstaat geht, wird statt vom Sozialen von Lohnnebenkosten geredet, die nicht mehr tragfähig seien. Märkte wiederum, die doch bestenfalls nur der Koordination dienen sollen, erhalten menschengleiche Eigenschaften, werden nervös, zögerlich oder überschwänglich. Umgekehrt verwandeln sich erwerbstätige Frauen und Männer in Produktionsfaktoren und Kostenposten. Der Staat wird zu dem, was er nicht ist und auch nicht sein sollte, zum unternehmensähnlichen, einzelnen Akteur. Wiederum umgekehrt werden die Unternehmen als quasi-öffentliche Einrichtungen präsentiert, die allgemeine Ziele verfolgen.

Karl Marx hat in seinem Hauptwerk »Das Kapital« nahezu seinen gesamten Gedankengang mit einer sozialpsychologischen Nebenlinie verwoben: mit den berühmten Mystifikationen, die an anderer Stelle notwendig falsches Bewusstsein heißen und beispielsweise die Vorstellung meinen, dass nicht Arbeit, sondern das Kapital selbst seinen Profit produziert oder dass es einen gerechten Lohn geben könne.

All diese Enthüllungen falscher und mystifizierender Begriffe sind auch heute wichtig, um jeweils zu dem Kern vorzudringen, um den es immer wieder geht: um das bewusste, aber vom jeweiligen Zeitgeist und von Interessen geprägte Handeln unter gegebenen Umständen. Gelingt das, dann lautet die Frage nicht mehr »was gegen was«, sondern »wer gegen wen«.

So werden Handlungen als Handlungen erkennbar. So ist zu vermeiden, dass Abstraktionen zu Menschen werden und – umgekehrt – Menschen zum Beiwerk von Fakten und Tendenzen. Dabei ist selbstverständlich stets zu berücksichtigen, dass die Einschränkung »unter gegebenen Umständen« eine gewichtige ist. Was bewusst, mit Absicht, getan wird, kann im Gegenteil enden. Die Gewissheit, auf der richtigen Seite zu stehen und in die richtige Richtung zu gehen – wie entsteht das, ohne beliebiges Herbeiwünschen, ohne naives Revoluzzertum, ohne anmaßende Belehrung?

Das erste Moment ist die unerbittliche Anklage. Man muss wissen, was zu überwinden ist. Das passiert heute in mannigfaltigen Formen und hat seine Wirkung nicht verfehlt. In Industrieländern sind Mehrheiten skeptisch gegenüber der herrschenden Wirtschaftsordnung. In der Negation sind Mehrheiten auf der richtigen Seite der Barrikade. Als Weltverbesserer muss man sich also nicht ständig einsam fühlen.

Auch das Bemühen, über die Anklage hinaus zu neuen Entwürfen zu kommen, ist ernsthafter geworden und hat mit dem Internet das passende Medium gefunden. Die Produktivkräfte kommen den Alternativen entgegen. So kann aus tausend Blumen ein Blumenmeer werden, das auch politisch relevant zu werden beginnt, weil es einen gemeinsamen Boden hat und Veränderungsgewissheit begründen kann.

Es gab einmal eine Bürgerbewegung, die dem Abstammungsprinzip des Feudalismus das Rechtsprinzip entgegenhielt und durchsetzte. Es gab einmal eine Arbeiterbewegung, die dem Rechtsprinzip des Bürgertums das Koalitionsprinzip entgegenhielt und durchsetzte. Wird man in 50 Jahren einmal auf die Geschichte zurückschauen und in ähnlicher Weise Subjekte identifizieren und Prinzipien benennen können, um die gerungen wurde?

In klassischer, ökonomisch bestimmter Weise kann ein an grundlegender Veränderung interessiertes Subjekt nicht mehr identifiziert werden. Die Arbeiterklasse und ihre Bewegung waren das letzte Glied in einer Kette von Klassenkräften, die, um ihre ökonomische Lage zu befördern, politisch werden mussten. Eine an Veränderung interessierte größere Menschengruppe, die auch nur annähernd als soziale Klasse bezeichnet werden könnte, gibt es heute nicht mehr.

In der Gegenwart deutet zumindest in den entwickelten Ländern nichts darauf hin, dass es hier eine Kraft geben könnte, die analog zu den beiden großen vorhergehenden Bewegungen und als ihr legitimer Nachfolger gedacht werden kann. Beide Vorgänger waren in erster Linie ökonomisch motiviert. Welche Verbindung von Interessen aber sollte es heute und in Zukunft noch geben, die sich vorrangig aus einer gemeinsamen wirtschaftlichen Lage speist und deshalb gemeinsame Forderungen und eine gemeinsame politische Praxis begründet?

Die Zeiten, in denen die großen geschichtsmächtigen Subjekte unmittelbar aus der Ökonomie hervorkamen, sind offensichtlich vorbei. Bei aller Dominanz des Ökonomischen in der heutigen Zeit ist eine künftige Bewegung, die sich analog zu Kapital und Arbeit um ein ökonomisches Interesse gruppiert, nicht zu sehen.

Die Revolutionäre von heute sind keine Parteisoldaten, sondern Generäle ihres Anliegens. Sie marschieren nicht, sie organisieren selbsttätig und kommunizieren selbstbestimmt. Sie wuseln im Reich der Veränderungen, die heute möglich sind. Absprachen treffen sie schon, aber

völlig offen, in Medien, zu denen vermutlich nur ihre ärgsten Gegner privilegierten Zugang haben.

Man sieht sehr schnell, dass der Ausdifferenzierung der Gesellschaft, der Individualisierung der Lebensperspektiven und den biografischen Brüchen des offiziellen Lebens eine offensichtlich ebenso ausdifferenzierte Gegengemeinschaft entspricht. Subjekte grundlegender Veränderung werden deshalb nicht mehr in erster Linie sozial-ökonomisch konstituiert.

Wahrscheinlicher ist vielmehr, dass sich ein Begriff von Fortschritt bildet, der dem Ökonomischen seinen untergeordneten Platz zuweist. Keynes hat schon in den 1930er Jahren prophezeit, dass umfassende Güterversorgung, also das klassische ökonomische Problem, bald erledigt sein könnte. Hätte er die spektakulären Wachstumsraten der Nachkriegsjahrzehnte gesehen, wäre er in seiner Erwartung wohl noch bestärkt worden.

Was aber finden wir heute vor? Das ökonomische Problem im Sinne einer allen zugänglichen Güterversorgung wäre in der Tat längst erledigt, wenn wir uns zum Status quo eine andere Verteilung, andere Produktpräferenzen und ein kreatives und wirklich demokratisches Gemeinwesen hinzudenken. Trotzdem dreht sich heute alles um die Ökonomie – eine absurde Situation, die den Verdacht nährt, dass unnötige Knappheiten als Knute für die Massen künstlich aufrechterhalten werden.

Welche Motive könnten an die Stelle begrenzter wirtschaftlicher Interessen treten? Ein kulturvolles, sinnvolles, nicht von der Not unmittelbarer Bedürfnisse getriebenes Leben? Eine Bescheidung auf das Wesentliche? Vielleicht nur Leben? Vielleicht nur Überleben? Wer den Raum handlungsleitender ökonomischer Motive verlässt, gerät schnell in einen Nebel, in dem die Konturen verschwimmen.

Und doch gibt es in vielfältiger Weise ein Keimen neuer Möglichkeiten. Für viele, die es sich leisten können, ist Zeit wichtiger als Geld geworden. Allem Neoliberalismus zum Trotz nimmt das Engagement für Gemeinschaftsinteressen zu. Die meisten sozialen Bewegungen verfolgen keine ökonomischen Partialinteressen. Auch dort, wo es in Ein-Punkt-Initiativen explizit um Einzelinteressen geht, sind diese in den meisten Fällen nicht primär ökonomischer Natur. In der Regel richten sie sich gegen das Eindringen der ökonomischen Maschinerie in Lebensräume, kommunale Traditionen oder andere Lebensqualitäten. Sie sind

ein Moment der Verteidigung der Kommunalität inklusive ihrer jeweiligen Naturbedingungen.

Insgesamt werden die subjektiven Kräfte des Wandels stärker. Es hat sich herumgesprochen, dass in einer endlichen Welt manche Naturgrenzen durch technologischen Fortschritt gedehnt werden, aber längst nicht alle. Es wird zunehmend erkannt, dass die Naturnutzung des einen auch der Nutzenentzug für den anderen ist. Je mehr sich solche Erkenntnisse verbreiten, je mehr sich ökologisches Leben kulturell verankert und zum unmittelbaren Interesse wird, desto besser werden die Chancen für einen ambitionierten Umbau.

Dabei hat der ethische Gleichheitsanspruch eine ökonomische Schwester im Geiste, die bekannte Weisheit über den fallenden Grenznutzen. Denn für den einzelnen Konsumenten gilt: Je größer der bereits erreichte materielle Wohlstand, desto schwächer wird der Grenznutzen zusätzlichen materiellen Wohlstands. Ab einer gewissen Stufe ist ein reines Mehr an Gütern kaum noch ein Zuwachs an subjektivem Wohlempfinden.

Es gibt also reichlich Andockpunkte, um die ökologische Revolution gedankenreich und tatkräftig voranzutreiben. Wichtig sind dabei Charaktere, die ihre besonderen Begabungen in den Dienst des Allgemeinen stellen, Gegner benennen, Botschaften senden, Bündnisse schmieden und große Aktionen organisieren. Diese Fähigkeiten sind gewöhnlich auf verschiedene Personen verteilt, was kein Mangel sein muss, wenn die Tendenz zur Kooperation stets stärker ist als der Hang zur Sektiererei. Organische Aktivistinnen und Aktivisten müssen darauf bedacht sein, dass die wichtigen Funktionen erfüllt sind.

Die »Manager des Kollektiven« treffen den wunden Punkt der Gegner und orientieren die eigenen Kräfte so, dass zunächst kleine, später große Siege möglich werden. Die »Trüffelschweine« entdecken die neuen, vorwärtsweisenden Phänomene und identifizieren, was zur Beförderung des eigenen Handelns kopiert werden kann. Die »Elefantenjäger« bieten den gegnerischen Großideologen gedanklich die Stirn und erringen Punktsiege im intellektuellen Kampf. Die »Märchentanten und Wanderprediger« mahnen und begeistern, vermeiden den wehmütigen Blick nach hinten und betonen die eigenen Kräfte. Die »Medienzauberer« beschäftigen die Öffentlichkeit mit Geist und Kultur, mit Ästhetik und Witz. Die »Clubbetreiber« organisieren geschützte Debatten,

schaffen Räume für den vertrauensvollen Austausch und laden die Renegaten des Establishments ein.

Zivilgesellschaftliche Courage ist die große Hoffnung. Denn die Zeit der kleinen Schritte in festgefühten Strukturen nähert sich dem Ende. Die Bastellei am Bestehenden, das Drehen dieser oder jener Schraube, reicht nicht mehr. Die Menschheit steht vor einer Aufgabe historisch beispielloser Dimension. Es geht darum, eine Produktionsweise zu überwinden, die fundamentale Lebensgrundlagen gefährdet. Beispiellos ist die Aufgabe, weil sowohl die Produktionsverhältnisse als auch die Art und der Umfang unserer Naturnutzung zu ändern sind. Im Unterschied zu früheren Zeiten geht es nicht nur um Produktion und Verteilung, um Aneignung und Enteignung, um Ungleichheit und Gleichheit, um Kapitalismus und Sozialismus, sondern um die Grundlagen unseres Lebens. Sollen sie gewahrt werden, ist das gemeinsame Auftreten von kräftigem Rot und sattem Grün die beste Option.

Literatur

- Adler, Frank/Schachtschneider, Ulrich (2010): Green New Deal, Suffizienz oder Ökosozialismus? Konzepte für gesellschaftliche Wege aus der Ökokrise. München: oekom
- Altvater, Elmar (2006): Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik. Münster: Westfälisches Dampfboot
- Altvater, Elmar/Brunnengräber, Achim (2008): Ablasshandel gegen Klimawandel? Marktbasierete Elemente in der globalen Klimapolitik und ihre Alternativen. Hamburg: VSA
- Altvater, Elmar/Zelik, Raul (2009): Vermessung der Utopie. Mythen des Kapitalismus und die kommende Gesellschaft. München: Blumenbar
- Amery, Carl (2004): Global Exit. Die Kirchen und der Totale Markt. München: Goldmann
- Amery, Carl/Scheer, Hermann (2001): Klimawechsel. Von der fossilen zur solaren Kultur. München: Kunstmann
- Anderson, Chris (2013): Makers. Das Internet der Dinge: die nächste industrielle Revolution. München: Carl Hanser
- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2010): Memorandum 2010. Sozialökologische Regulierung statt Sparpolitik und Steuergeschenken. Köln: Papy-Rossa
- Bach, Stefan/Beznoska, Martin/Steiner, Viktor (2011): A Wealth Tax on the Rich to Bring down Public Debt? Revenue and Distributional Effects of a Capital Levy. SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research. Berlin: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
- Bahro, Rudolf (1987): Logik der Rettung. Wer kann die Apokalypse aufhalten? Ein Versuch über die Grundlagen ökologischer Politik. Stuttgart, Wien: Edition Weitbrecht
- Barnes, Peter (2008): Kapitalismus 3.0. Ein Leitfaden zur Wiederaneignung der Gemeinschaftsgüter. Hamburg: VSA
- Beck, Ulrich (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt/Main: Suhrkamp
- Beck, Ulrich (2008): Weltrisikogesellschaft. Auf der Suche nach der verlorenen Sicherheit. Frankfurt/Main: Suhrkamp
- Beust, Ole von (2012): Mutproben. Ein Plädoyer für Ehrlichkeit und Konsequenz. Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus
- Binswanger, Hans Christoph (2009): Die Wachstumsspirale. Geld, Energie und Imagination in der Dynamik des Marktprozesses. Marburg: Metropolis
- Binswanger, Hans Christoph (2009a): Vorwärts zur Mäßigung – Perspektiven einer nachhaltigen Wirtschaft. Hamburg: Murmann

- Boulding, Kenneth (1992): *Towards a New Economics. Critical Essays on Ecology, Distribution and Other Themes*. Aldershot: Edward Elgar
- Brand, Ulrich (Hrsg.) (2009): *Globale Umweltpolitik und Internationalisierung des Staates: Biodiversitätspolitik aus strategisch-relationaler Perspektive*. Münster: Westfälisches Dampfboot
- Brie, Michael (Hrsg.) (2011): *Zwischen Klassenstaat und Selbstbefreiung: zum Staatsverständnis von Rosa Luxemburg*. Baden-Baden: Nomos
- BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland)/Brot für die Welt/Evangelischer Entwicklungsdienst (2008): *Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte. Eine Studie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie*. Frankfurt/Main: S. Fischer
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) (2010): *Umweltbericht 2010. Umweltpolitik ist Zukunftspolitik*. Berlin: BMU
- Candeias, Mario (2009): *Neoliberalismus, Hochtechnologie, Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise: eine Kritik*. Hamburg: Argument-Verlag
- Carson, Rachel (1962): *Silent Spring*. Boston: Houghton Mifflin
- Crome, Erhard (2006): *Sozialismus im 21. Jahrhundert. Zwölf Essays über die Zukunft*. Berlin: Dietz
- Crutzen, Paul (2002): *Geology of mankind*. *Nature* 415 (6867): 23
- Dahn, Daniela (2013): *Wir sind der Staat. Warum Volk sein nicht genügt*. Berlin: Rowohlt
- Daly, Herman (1999): *Wirtschaft jenseits des Wachstums. Die Volkswirtschaftslehre nachhaltiger Entwicklung*. Salzburg-München: Anton Pustet
- Daly, Herman (1999a): *Ecological Economics and the Ecology of Economics. Essays in Criticism*. Cheltenham (UK) and Northampton (Mass.): Edward Elgar
- Daly, Herman (2005): *Economics in a full world*. In: *Scientific American* 293(3): 100-107
- Dath, Dietmar (2008): *Machinenwinter. Wissen, Technik, Sozialismus. Eine Streitschrift*. Frankfurt/Main: Suhrkamp
- Die Grünen (1986): *Umbau der Industriegesellschaft. Schritte zur Überwindung von Erwerbslosigkeit, Armut und Umweltzerstörung – als Programm verabschiedet von der Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen in Nürnberg (26.-28. Sept. 1986)*. Bonn
- Ditfurth, Jutta (2012): *Zeit des Zorns. Warum wir uns vom Kapitalismus befreien müssen*. Frankfurt/Main: Westend
- Energy Watch Group (2013): *Fossile und Nukleare Brennstoffe – die künftige Versorgungssituation*. Berlin: Energy Watch Group
- Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität (2013): *Entwurf des Gesamtberichts*. Berlin: Deutscher Bundestag

- Felber, Christian (2012): Die Gemeinwohl-Ökonomie. Eine demokratische Alternative wächst. Wien: Deuticke
- Flach, Karl-Hermann (2013): Kleiner liberaler Katechismus. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 2/2013: 111-119
- Flassbeck, Heiner/Spiecker, Friederike (2007): Das Ende der Massenarbeitslosigkeit. Mit richtiger Wirtschaftspolitik die Zukunft gewinnen. Frankfurt/Main: Westend
- Flassbeck, Heiner (2010): Die Marktwirtschaft des 21. Jahrhunderts. Frankfurt/Main: Westend
- Foster, John Bellamy/Clark, Brett/York, Richard (2011): Der ökologische Bruch. Der Krieg des Kapitals gegen den Planeten. Hamburg: Laika
- Fraktion Die Linke (2012): Plan B. Das rote Projekt für einen sozial-ökologischen Umbau. Berlin: Fraktion Die Linke
- Fücks, Ralf (2013): Intelligent wachsen. Die grüne Revolution. München: Hanser
- Fülberth, Georg (2009): Denker im Niemandsland. In: Freitag 10 (2009): 1
- Geißler, Heiner (2012): Sapere aude! Warum wir eine neue Aufklärung brauchen. Berlin: Ullstein
- Georgescu-Roegen, Nicholas (1971): The Entropy Law and the Economic Process. Cambridge (Mass.)/London: Harvard University Press
- Gleißmann, Wilfried/Peters, Klaus (2001): Mehr Druck durch mehr Freiheit. Die neue Autonomie in der Arbeit und ihre paradoxen Folgen. Hamburg: VSA
- Graeber, David (2012): Schulden. Stuttgart: Klett-Cotta
- Gray, John (1999): Die falsche Verheißung. Der globale Kapitalismus und seine Folgen. Berlin: Alexander Fest
- Habermann, Friederike (2009): Halbinseln gegen den Strom. Anders leben und wirtschaften im Alltag. Königstein/Taunus: Ulrike Helmer
- Hayek, Friedrich August von (1949): The Intellectuals and Socialism. In: The University of Chicago Law Review (Spring 1949)
- Hegel, Georg Wilhelm Friedrich (1973): Phänomenologie des Geistes. Frankfurt/Main: Suhrkamp
- Heintze, Cornelia (2010): Das skandinavische Vorbild: zur Rolle des Staates als Arbeitgeber. In: Vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik 49/2010: 50-61
- Helfrich, Silke/Bollier, David (Hrsg.) (2012): Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat. Bielefeld: transcript
- Helfrich, Silke/Bollier, David (2012a): Commons als transformative Kraft. Zur Einführung. In: Helfrich, Silke/Bollier, David (Hrsg.) (2012): Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat. Bielefeld: transcript
- Hirsch, Fred (1976): Social Limits to Growth. Cambridge, Mass.: Harvard University Press

- Hopkins, Rob (2012): Resilienz denken. In: Helfrich, Silke/Bollier, David (Hrsg.) (2012): Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat. Bielefeld: transcript
- Jackson, Tim (2011): Wohlstand ohne Wachstum. Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt. München: oekom
- Kaufman, Stephan/Müller, Tazio (2009): Grüner Kapitalismus. Krise, Klimawandel und kein Ende des Wachstums. Berlin: Dietz
- Kern, Horst/Schumann, Michael (1984): Das Ende der Arbeitsteilung? München: C.H.Beck
- Keynes, John Maynard (1994): Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes. Berlin: Duncker & Humblot
- Klein, Dieter (2008): Krisenkapitalismus. Wohin es geht, wenn es so weiter geht. Berlin: Dietz
- Klein, Dieter (2010): Eine zweite große Transformation und die Linke. Berlin: Rosa Luxemburg Stiftung. Kontrovers 01/2010. Beiträge zur politischen Bildung
- Klein, Dieter (2011): Das Viereck – Nachdenken über eine zeitgemäße Erzählung der Linken. Berlin: Rosa Luxemburg Stiftung. Standpunkte 34/2011
- Klein, Naomi (2007): Die Schock-Strategie. Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus. Frankfurt/Main: S. Fischer
- Klein, Naomi (2012): Klima vs. Kapitalismus. Was die linke Umweltbewegung von den rechten Think Tanks lernen kann. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 1/2012: 75-88
- Klein, Naomi (2012a): Der neue Antihumanismus. Der Klimawandel und die politische Rechte. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 2/2012: 111-119
- Krysmanski, Hans Jürgen (2012): 0,1 Prozent. Das Imperium der Milliardäre. Frankfurt/Main: Westend
- Links, Christoph/Volke, Kristina (Hrsg.)(2009): Zukunft erfinden. Kreative Projekte in Ostdeutschland. Berlin: Ch. Links
- Loske, Reinhard (2012): Wie weiter mit der Wachstumsfrage? Rangsdorf: Basiliken
- Löwy, Michael (2005): Destruktiver Fortschritt. Marx, Engels und die Ökologie. In: Utopie kreativ 174: 306-315
- Lutz, Burkart (1989): Der kurze Traum immerwährender Prosperität: eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts. Frankfurt/Main: Campus
- Marx, Karl (1974): Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. Berlin: Dietz
- Marx, Karl (1975): Das Kapital. Kritik der Politischen Ökonomie. Erster Band. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 23. Berlin: Dietz
- Marx, Karl (1987): Kritik des Gothaer Programms. In: Marx/Engels: Werke, Bd.

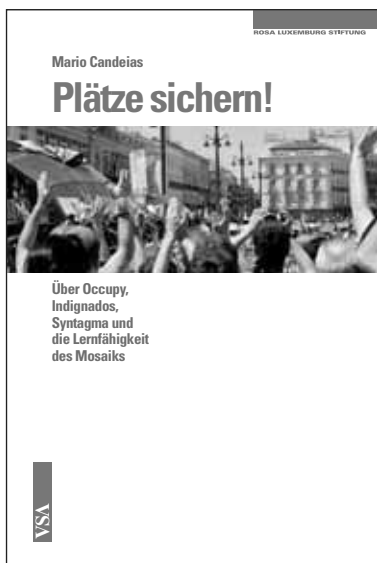
19. Berlin: Dietz
- Meadows, Donella et al. (2008): Grenzen des Wachstums. Das 30-Jahre-Update: Signal zum Kurswechsel. Stuttgart: Hirzel
- Miegel, Meinhard (2010): Exit. Wohlstand ohne Wachstum. Berlin: Propyläen
- Miegel, Meinhard (2012): Welches Wachstum und welchen Wohlstand wollen wir?
In: Aus Politik und Zeitgeschichte 27-28/2012: 3-8
- Moore, Barrington (1998): Moral Aspects of Economic Growth and Other Essays. Ithaca: Cornell University Press
- Müller, Horst (2012): Sozialkapitalismus und Systemtransformation. In: Berliner Debatte Initial 23 (2012)3: 77-93
- New Economics Foundation (2009): The Cuts Won't Work. The second report of the Green New Deal Group. Why spending on a Green New Deal will reduce the public debt, cut carbon emissions, increase energy security und reduce fuel poverty. www.neweconomics.org/sites/neweconomics.org/files/The_Cuts_Wont_Work.pdf [15.10.2012]
- Nuss, Sabine (2006): Copyright & Copyriot. Aneignungskonflikte um geistiges Eigentum im informationellen Kapitalismus. Münster: Westfälisches Dampfboot
- OECD (2008): Divided We Stand. Why Inequality Keeps Rising. Paris: OECD
- OECD (2011): Towards Green Growth. Monitoring Progress. Paris: OECD
- Ostrom, Elinor (1999): Die Verfassung der Allmende. Jenseits von Staat und Markt. Tübingen: Mohr Siebeck
- Ostrom, Elinor (2011): Handeln statt Warten. Ein mehrstufiger Ansatz zur Bewältigung des Klimaproblems. In: Leviathan (2011) 39: 267-278
- Paqué, Karl-Heinz (2010): Wachstum! Die Zukunft des globalen Kapitalismus. München: Hanser
- Peach, Niko (2012): Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie. München: oekom
- Piore, Michael/Sabel, Charles (1985): Das Ende der Massenproduktion. Studie über die Requalifizierung der Arbeit und die Rückkehr der Ökonomie in die Gesellschaft. Berlin: Wagenbach
- Polanyi, Karl (1978): The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen. Frankfurt/Main: Suhrkamp
- Randers, Jorgen (2012): 2052. Der neue Bericht an den Club of Rome. Eine globale Prognose für die nächsten 40 Jahre. München: oekom
- Rätz, Werner/von Egan-Krieger, Tanja et al. (Hrsg.)(2011): Ausgewachsen! Ökologische Gerechtigkeit. Soziale Rechte. Gutes Leben. Hamburg: VSA
- Redlich, Tobias (2011): Wertschöpfung in der Bottom-up-Ökonomie. Heidelberg: Springer
- Reuter, Norbert (2000): Ökonomik der »Langen Frist«. Zur Evolution der Wachs-

- tumsgrundlagen in Industriegesellschaften. Marburg: Metropolis
- Rifkin, Jeremy (2012): Die Emphatische Zivilisation. Wege zu einem globalen Bewusstsein. Frankfurt/Main: S. Fischer
- Robinson, Joan (1972): Die Akkumulation des Kapitals. Frankfurt/Main: Ullstein
- Rockström, Johan et al. (2009): A safe operating space for humanity. *Nature* 461 (7263): 472-475
- Rockström, Johan et al. (2009a): Planetary Boundaries: Exploring the Safe Operating Space for Humanity. *Ecology and Society* 14(2) 32. <http://www.ecologyandsociety.org/vol14/iss2/art32/> [10.01.2013]
- Rogall, Holger (2012): Nachhaltige Ökonomie. Ökonomische Theorie und Praxis einer Nachhaltigen Entwicklung. Marburg: Metropolis
- Sachs, Wolfgang (2002): Nach uns die Zukunft. Der globale Konflikt um Gerechtigkeit und Ökologie. Frankfurt/Main: Brandes & Apsel
- Sachs, Wolfgang, (2009): Basis wechseln. Für eine lebensdienliche Marktwirtschaft. In: *Luxemburg* 1 (2009): 141-149
- Scheer, Hermann (1999): Solare Weltwirtschaft. Strategie für die ökologische Moderne. München: Kunstmann
- Scheer, Hermann (2005): Energieautonomie. Eine neue Politik für erneuerbare Energien. München: Kunstmann
- Scheer, Hermann (2010): Der energetische Imperativ. 100% jetzt: Wie der vollständige Wechsel zu erneuerbaren Energien zu realisieren ist. München: Kunstmann
- Schirmacher, Frank (2011): Ich beginne zu glauben, dass die Linke recht hat. In: *FAZ*, 15.8.2011
- Schumpeter, Joseph A. (1993): Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. Tübingen: Francke
- Schumpeter, Joseph A. (1997): Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung. Berlin: Duncker & Humblot
- Seidl, Irmi/Zahrnt, Angelika (Hrsg.) (2010): Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft. Marburg: Metropolis
- Sennett, Richard (2012): Zusammenarbeit. Was unsere Gesellschaft zusammenhält. München: Hanser
- Siefkes, Christian (2008): Beitragen statt tauschen. Materielle Produktion nach dem Modell Freier Software. Neu-Ulm: AG SPAK Bücher
- Simonis, Udo Ernst (2006): Ökonomie und Ökologie. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung
- Skidelsky, Robert (2009): Die Rückkehr des Meisters. Keynes für das 21. Jahrhundert. München: Kunstmann
- Skidelsky, Robert/Skidelsky, Edward (2012): How much is enough? The Love of Money and the Case for the good life. London: Allen Lane (dt.: Wie viel ist ge-

- nug?: Vom Wachstumswahn zu einer Ökonomie des guten Lebens. München 2013: Antje Kunstmann)
- Sohn, Manfred (2012): Der dritte Anlauf. Alle Macht den Räten. Köln: PapyRossa
- SRU (Sachverständigenrat für Umweltfragen) (2011): Ökologische Leitplanken setzen, natürliche Lebensgrundlagen schützen – Empfehlungen zum Fortschrittsbericht 2012 zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie. Berlin: SRU
- SRU (Sachverständigenrat für Umweltfragen) (2012): Verantwortung in einer begrenzten Welt. Berlin: SRU
- Stern, Nicholas (2009): Der Globale Deal. Wie wir dem Klimawandel begegnen und ein Zeitalter von Wachstum und Wohlstand schaffen. München: C.H.Beck
- Stützel, Wolfgang (1978): Volkswirtschaftliche Saldenmechanik. Tübingen: Mohr
- Thie, Hans (2004): Schöne neue Welt. Revolution statt Depression. In: Freitag 21 (2004): 5
- Thie, Hans (2007): Modell Varchentin – wie Agrarbetriebe Neue Energie für einen Neuen Osten mobilisieren. In: Jahrbuch Ökologie 2008: 108-114. München: Beck
- Thie, Hans (2009): Erneuerbare Energie in eigener Regie. Wie mit kommunalen Projekten ein multidimensionaler »Return on Initiative« möglich wird. In: Keppler, Dorothee et al. (Hrsg.) (2009). Erneuerbare Energien ausbauen. Erfahrungen und Perspektiven regionaler Akteure in Ost und West. München: oekom
- Thie, Hans (2010): Gemeinwirtschaft neuen Typs. Energieautonomie schafft Einkommen und neue Jobs in den Regionen. In: Rosalux 2-2010: 14-15
- Thie, Hans (2011): Exit statt Exitus. Das Rote Projekt für den Grünen Umbau in 16 Leitsätzen. Berlin: Rosa Luxemburg Stiftung. Standpunkte 09/2011
- Thie, Hans (2011a): Gleichheit, Planung, Tempo. Der grüne Umbau kann nur als gesellschaftlicher Umbau gelingen. In: Berliner Debatte Initial 22 (3): 47-57
- Tomasello, Michael (2010): Warum wir kooperieren. Frankfurt/Main: Suhrkamp
- UNEP (United Nations Environment Programme) (2011): Towards a Green economy. Pathways to Sustainable Development and Poverty Eradication. A Synthesis for Policy Makers. Genf: UNEP
- Victor, Peter (2008): Managing without Growth. Slower by Design, Not Disaster. Cheltenham: Edward Elgar
- Vogl, Joseph (2012): Das Gespenst des Kapitals. Zürich: diaphanes
- Wagenknecht, Sahra (2011): Freiheit statt Kapitalismus. Frankfurt/Main: Eichborn
- WBGU (Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen) (2009): Kassensturz für den Weltklimavertrag – Der Budgetansatz. Berlin: WBGU
- WBGU (Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen) (2011): Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transforma-

- mation. Hauptgutachten. Berlin: WBGU
- Welzer, Harald (2011): Mentale Infrastrukturen. Wie das Wachstum in die Welt und in die Seelen kam. Berlin: Heinrich-Böll Stiftung. Schriften zur Ökologie 14.
- Welzer, Harald (2012): Futur Zwei. Die Wiedergewinnung der Zukunft. In: Welzer, Harald/Rammler, Stephan (2012): Der Futurzwei Zukunftsalmanach 2013. Geschichten vom guten Umgang mit der Welt. Schwerpunkt Mobilität. Frankfurt/Main: S. Fischer
- Welzer, Harald (2013): Selbst denken. Eine Anleitung zum Widerstand. Frankfurt/Main: S. Fischer
- Welzer, Harald/Rammler, Stephan (2012): Der Futurzwei Zukunftsalmanach 2013. Geschichten vom guten Umgang mit der Welt. Schwerpunkt Mobilität. Frankfurt/Main: S. Fischer
- Werner, Richard (2007): Neue Wirtschaftspolitik. Was Europa aus Japans Fehlern lernen kann. München: Vahlen
- Wilkinson, Richard/Pickett, Kate (2009): Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind. Berlin: Zweitausendeins
- World Wildlife Fund (2012). Living Planet Report 2012. http://wwf.panda.org/about_our_earth/all_publications/living_planet_report/ [22.01.2013]
- Zelik, Raul (2011): Nach dem Kapitalismus? Perspektiven der Emanzipation oder: Das Projekt Communismus anders denken. Hamburg: VSA
- Ziegler, Jean (2007): Das Imperium der Schande. Der Kampf gegen Armut und Unterdrückung. München: Pantheon

VSA: Signale der Hoffnung



Mario Candeias
Plätze sichern!
Über Occupy, Indignados, Syntagma
und die Lernfähigkeit des Mosaiks
Eine Veröffentlichung
der Rosa-Luxemburg-Stiftung
144 Seiten | € 10.80
ISBN 978-3-89965-551-3
Erfolgreiches Scheitern war schon immer
die wichtigste Bewegungs- und Lernform
der Linken. Immer wieder kommt es zu
Revolten, sozialen Bewegungen, Organi-
sierung, gerade auch von jenen, von denen
man es am wenigsten erwartet.



Dieter Klein
Das Morgen tanzt im Heute
Transformation im Kapitalismus
und über ihn hinaus
Eine Veröffentlichung
der Rosa-Luxemburg-Stiftung
200 Seiten | € 16.80
ISBN 978-3-89965-568-1
Die globalen Krisen fordern eine erneute
Große Transformation zu einem zukunfts-
fähigeren Gesellschaftssystem heraus.
Dieter Klein entwickelt Leitideen einer mo-
dernen linken Erzählung von den möglichen
Inhalten einer doppelten Transformation. Er
macht positive Ansätze im Spannungsfeld
gegensätzlicher Entwicklungspfade der
gegenwärtigen Gesellschaft deutlich, die
zur Geltung kommen müssen.

Prospekte anfordern!

VSA: Verlag
St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
Tel. 040/28 09 52 77-10
Fax 040/28 09 52 77-50
Mail: info@vsa-verlag.de

VSA

www.vsa-verlag.de

VSA: Andere Welten denken



Raul Zelik/Aaron Tauss (Hrsg.) Andere mögliche Welten?

Krise, Linksregierungen, populäre Bewegungen:
Eine lateinamerikanisch-europäische Debatte

Raul Zelik / Aaron Tauss (Hrsg.)
Andere mögliche Welten?
Krise, Linksregierungen, populäre
Bewegungen: Eine lateinamerikanisch-
europäische Debatte
200 Seiten | € 17,80
ISBN 978-3-89965-534-6
Die kapitalistische Welt befindet sich in ei-
ner Vielfachkrise. Vor diesem Hintergrund
versammelt der Band Beiträge, die aus
fünf verschiedenen lateinamerikanischen
und europäischen Ländern stammen und
eine Perspektive jenseits des herrschenden
»There is no Alternative« eröffnen.



mark fisher kapitalistischer realismus ohne alternative?

mark fisher
**kapitalistischer realismus
ohne alternative?**
eine flugschrift
Aus dem Englischen von Christian Werth-
schulte, Peter Scheiffele und Johannes
Springer
120 Seiten | € 12,80
ISBN 978-3-89965-421-9
»Fishers bezwingend zu lesendes Buch
ist einfach die beste Diagnose unseres
Dilemmas, die es gibt! Mit Beispielen aus
Alltagsleben und Populärkultur zeichnet er,
ohne die theoretische Stringenz zu opfern,
ein schonungsloses Porträt unserer ideolo-
gischen Misere ... Es ist ein ernüchternder
Appell an geduldige theoretische und
politische Arbeit.« (Slavoj Žižek)

Prospekte anfordern!

VSA: Verlag
St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
Tel. 040/28 09 52 77-10
Fax 040/28 09 52 77-50
Mail: info@vsa-verlag.de

VSA

www.vsa-verlag.de